

Bertram Triebel
Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR –
Blockpartei mit Eigeninteresse

Bertram Triebel

Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR

Blockpartei mit Eigeninteresse

Herausgegeben im Auftrag der Unabhängigen
Historischen Kommission
zur Geschichte der CDU in Thüringen und in
den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl
von 1945 bis 1990 von
Jörg Ganzenmüller und Hermann Wentker

Herausgegeben im Auftrag der
Unabhängigen Historischen Kommission
zur Geschichte der CDU in Thüringen und in den
Bezirken Erfurt, Gera und Suhl von 1945 bis 1990
von Jörg Ganzenmüller und Hermann Wentker

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwertungen sind ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und
Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2019, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlaggestaltung: Hans Dung
Satz: CMS der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Druck: Kern GmbH, Bexbach
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN: 978-3-95721-569-7

Inhaltsverzeichnis

Geleitworte	7
Vorwort	13
Einleitung	15
I. Gründungs- und Transformationsjahre: Die Thüringer CDU in der SBZ und frühen DDR (1945–1961)	
1. Die Gründung der CDU in Thüringen	23
2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes	32
3. Im Bann der Transformation: Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl bis 1961	46
II. Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl – Eine Blockpartei im Staatssozialismus (1961–1985)	
1. Die Organisation der CDU	59
1.1. Funktion und Parteikultur der CDU	60
1.2. Der Apparat der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl	62
1.3. Der Bezirksvorsitzende – Statthalter der Parteiführung	66
1.4. Der Kreissekretär – Grenzgänger zwischen Basis und Parteiführung	76
2. Das Innenleben der CDU	82
2.1. Die Mitgliederentwicklung der CDU	82
2.2. Unmut und Gemeinschaft: Die Basis der CDU	94
3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit	103
3.1. Das Verhältnis zur SED	103
3.2. Die Überwachung durch das MfS	109
4. Politische Handlungsfelder der CDU	120
4.1. Integrationsversuche: Die CDU und die Kirchen	121
4.2. Stabilisierung und Eigeninteresse: Die Rolle der CDU bei Wahlen	130

III. Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl in der Endphase der DDR (1985–1990)	
1. Die CDU in der finalen Krise des Systems	137
2. Der Umbruch der CDU in der Friedlichen Revolution 1989/1990	146
Schluss	165
Verzeichnis der Siglen und Abkürzungen	169
Quellen-, Literatur- und Bildquellenverzeichnis	173
Personenregister	202

Geleitworte

Die vorliegende Studie ist das Ergebnis einer dreieinhalbjährigen Tätigkeit der „Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte der CDU in Thüringen und in den Bezirken Erfurt, Suhl und Gera von 1945 bis 1990“. Die Historikerkommission wurde am 20. Juli 2015 vom Landesverband Thüringen der CDU einberufen. Sie hatte den Auftrag, die Geschichte der Thüringer CDU von ihrer Gründung 1945 bis zum Zusammenschluss der drei Bezirksverbände Gera, Erfurt und Suhl zum Thüringer Landesverband am 20. Januar 1990 zu untersuchen. Folgende Mitglieder gehörten ihr an: ihr Vorsitzender Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (Stiftung Ettersberg/ Friedrich-Schiller-Universität Jena), ihr stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte Berlin-München), Dr. Manfred Agethen (ehem. Mitarbeiter des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung), Christian Dietrich (Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters (Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung), Dr. Ehrhart Neubert (ehem. Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), Dr. Henning Pietzsch (Vorstandsvorsitzender der Geschichtswerkstatt Jena e.V.), Prof. Dr. Josef Pilvousek (em. Professor für Kirchengeschichte des Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Erfurt), Dr. Cornelia von Ruthendorf-Przewoski (Pfarrerin in Bautzen und Dozentin für Kirchengeschichte an der Evangelischen Hochschule Moritzburg), Dr. Siegfried Suckut (ehem. Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), Dr. Thomas Widera (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden).

Mir und der gesamten Kommission war es wichtig, unabhängig und in wissenschaftlicher Freiheit zu arbeiten. Und das ist auch geschehen. Wir konstituierten uns am 28. September 2015 und trafen uns zu sieben weiteren Sitzungen: am 20. Januar 2016, am 15. Juni 2016, am 28. Juni 2016, am 11. Januar 2017, am 10. Juli 2017, am 2. Februar 2018

und am 5. September 2018. Unsere Zusammenkünfte fanden in einer vertrauensvollen Arbeitsatmosphäre statt, und wir alle haben die konzentrierte und konstruktive Zusammenarbeit sehr geschätzt.

In der zweiten Sitzung verabredeten wir das weitere Vorgehen: Wir wollten eine Studie in Auftrag geben, die einerseits den aktuellen Forschungsstand bündelt und andererseits wenig beachtete Themenbereiche auf der Grundlage von Archivstudien neu erforscht. Wir sahen in einer regionalgeschichtlichen Tiefenbohrung das Potential, Erkenntnisse zu gewinnen, die über die Geschichte der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl hinausweisen. Wir einigten uns schließlich darauf, dass der Schwerpunkt der archivgestützten Forschung auf den Jahren zwischen Mauerbau und den 1980er Jahren liegen sollte, da für diesen Zeitraum nur wenige empirische Studien zur Funktions- und Arbeitsweise der Blockparteien vorlagen, und formulierten folgende Leitfragen:

- Für die Jahre 1945–1952: Auf welche Weise wurde die CDU zu einer systemkonformen Partei und zu einem integralen Bestandteil der SED-Diktatur?
- Für die Jahre 1952–1985: Inwieweit und auf welche Weise trug die CDU zum Funktionieren der SED-Diktatur bei?
- Für die Jahre 1985–1990: Welche Rolle spielte die CDU bei der Erosion der SED-Herrschaft, und wie fand die Partei aus der Diktatur heraus?

Daraufhin schrieben wir einen Werkvertrag für eine Untersuchung mit dem Titel „Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR“ öffentlich aus, der dankenswerterweise von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert wurde. Auf unserer Sitzung am 28. Juni 2016 wählten wir einstimmig Dr. Bertram Triebel als Bearbeiter aus und beauftragten ihn mit dem Verfassen einer Studie, die sich an der zeitlichen Schwerpunktsetzung und den formulierten Leitfragen orientieren sollte, deren konkrete Ausgestaltung jedoch dem Verfasser freigestellt wurde.

In den folgenden beiden Jahren begleiteten wir die Forschungsarbeit von Dr. Triebel mit großem Interesse und unterstützten ihn im Rahmen unserer Möglichkeiten. Dr. Triebel präsentierte in regelmäßigen Abständen seine Arbeitsergebnisse und stellte im zweiten Jahr auch Manuskriptentwürfe zur Diskussion. Alle Sitzungen waren von einer konzentrierten und konstruktiven Arbeitsatmosphäre geprägt und wurden von allen Beteiligten als hilfreich und ergebnisorientiert empfunden. Bei allen Anregungen, welche die Kommission in den unterschied-

lichen Arbeitsphasen gegeben hat, war es uns stets wichtig, die alleinige Verantwortung des Autors für den Inhalt der Studie nicht zu beschneiden. So entwickelte sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, die dem Projekt zugutekam.

Am 19. Juli 2018 legte Dr. Bertram Triebel seine Studie innerhalb der vereinbarten Laufzeit vor. Die Historikerkommission hat auf deren Basis einen Bericht verfasst und ihrem Auftraggeber überreicht.¹ Ich freue mich, dass diese wichtige Forschungsarbeit nun in gedruckter Form vorliegt und künftig einem breiten Leserkreis zur Verfügung steht. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die zum Gelingen dieser Studie beigetragen haben, insbesondere bei deren Autor und bei allen Kommissionsmitgliedern für die hervorragende Zusammenarbeit, die mir persönlich große Freude gemacht und viele neue Einsichten erbracht hat. Ich hoffe, den Lesern dieses Buches geht es genauso.

Jörg Ganzenmüller, Weimar im April 2019

1) <https://www.cdu-thueringen.de/aktuelles/2018/mitglieder-waren-teil-einer-systemtragenden-partei-und-signalisierten-zugleich-eine-gewisse-distanz-zur-sed> [25. April 2019].

2019 ist es 30 Jahre her, dass Bürger in der Friedlichen Revolution das SED-Regime in der DDR stürzten, demokratische Verhältnisse herstellten und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands mit vorantrieben. In meiner Heimatstadt Apolda habe ich als Abiturient und aktives Mitglied des Neuen Forums an diesen Geschehnissen unmittelbar mitgewirkt. Die Geschichte der DDR ist bis in die politischen Debatten der Gegenwart ein wichtiger Bezugspunkt geblieben. Sozialistische Politik und Politiker sehen sich zu Recht mit der Erwartung konfrontiert, sich zur Geschichte und Verantwortung der SED klar zu positionieren. Vorbehaltlos geschieht dies leider eher selten.

Zu den beliebten Argumenten der LINKEN, mit denen sie die Hauptverantwortung der SED für die sozialistische Diktatur in der DDR zu relativieren versucht, gehört der Verweis auf die Blockpartei-Vergangenheit der CDU. Die CDU Thüringen hat sich an dieser Art Geschichtsklitterung nicht beteiligt und um Differenzierung bemüht. Anfang der 1990er Jahre entwickelte eine Kommission der Landespartei einen Kriterienkatalog, der helfen sollte, das Verhalten von CDU-Mitgliedern in der DDR zu bewerten. Ihr Vorsitzender war der vom Demokratischen Aufbruch (DA) kommende Dr. Klaus Zeh. In ihrem Grundsatzprogramm hat die CDU Thüringen 2006 die ambivalente Rolle der CDU offen angesprochen. Es heißt dort: „Viele aufrechte Freunde hielten die Idee der christlichen Demokratie auch in Zeiten der Diktatur wach. Sie versuchten in Nischen zu wirken und konnten so einen Beitrag zur Friedlichen Revolution leisten. Gleichwohl hat die CDU in den drei Bezirken, in die Thüringen in der Zeit der SED-Diktatur aufgeteilt war, in diesem totalitären System mitgewirkt.“

Funktion und Selbstverständnis der mindermächtigen Blockparteien und ihrer Mitglieder in der DDR sind Gegenstand teils heftiger Kontroversen geblieben; wissenschaftlicher ebenso wie politischer oder auch im persönlichen Austausch über Lebenswege. Angesichts der erwähnten Kommunikationsstrategie nicht weniger Politiker der LINKEN, fand das Thema im Umfeld der Bildung einer rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung 2014 erneut Aufmerksamkeit. Überdies hat inzwischen eine jüngere Historikergeneration begonnen, neue Fragen an die Geschichte der SBZ und DDR zu stellen. Beides nahm der Landesvorstand der CDU Thüringen mit Beschluss vom 20. Juli 2015 zum Anlass, die Geschichte der CDU Thüringen durch eine unabhängige historische Kommission untersuchen und bewerten zu lassen -

auch in der bisher vergeblichen Erwartung, dass die LINKE sich daran ein Beispiel nimmt.

Die vorliegende Studie Dr. Bertram Triebels geht auf einen Auftrag der Unabhängigen Historischen Kommission zurück. Sie ist im engen fachlichen Austausch zwischen Dr. Triebel und deren Mitgliedern entstanden. Ich danke den Wissenschaftlern für die rund drei Jahre währende engagierte und fundierte Arbeit. Ebenso danke ich den Mitgliedern der CDU Thüringen, die sich als Zeitzeugen zur Verfügung gestellt haben: In drei Zeitzeugenforen und etlichen gesonderten Zeitzeugenbefragungen haben sie ausführlich ihre Sicht der Dinge dargelegt. Die Zeitzeugeninterviews stehen der Forschung auch zukünftig zur Verfügung. Mein Dank gilt schließlich der Konrad-Adenauer-Stiftung, die diese Forschungsarbeit finanziert hat.

Die Studie vertieft das Verständnis für die systemstabilisierende Rolle der CDU im Herrschaftssystem der SED ebenso wie für die bescheidenen Möglichkeiten, sich für lokale Belange einzusetzen. Intensiv haben sich der Verfasser und die Kommission mit der CDU als einem Ort der Vergemeinschaftung und des Eigensinns nach Abschluss der erzwungenen Transformation zu einem Herrschaftsinstrument der SED befasst. Daraus ergeben sich neue Einsichten in die Motivation für eine Mitgliedschaft. Die Einbeziehung und Würdigung regionaler Besonderheiten zeigt, dass es sich lohnt, weitere Landes- beziehungsweise Bezirksverbände zu betrachten. Denn auch die Geschichte der CDU in der SBZ und DDR verlief weniger gleichförmig, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Mike Mohring, Landesvorsitzender der CDU Thüringen, im Mai 2019

Vorwort

Am Anfang dieses Buches stand die Unabhängige Historische Kommission zur Geschichte der CDU in Thüringen und in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl von 1945 bis 1990 unter Leitung von Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller (Weimar/Jena) und Prof. Dr. Hermann Wentker (Berlin/Potsdam). Sie hat mich im Juni 2016 beauftragt, eine wissenschaftliche Studie zur Thüringer CDU in der SBZ/DDR zu erstellen. In den folgenden zwei Jahren habe ich regelmäßig mit den Kommissionsmitgliedern über meine Erkenntnisse in angenehmer und konstruktiver Runde diskutiert. Ihre klugen Anregungen, instruktiven Hinweise und berechtigten Einwände haben die Arbeit in großem Maße bereichert. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Kommissionsmitgliedern herzlich bedanken.

Großen Dank schulde ich auch der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit ihren Leitern Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters und Dr. Michael Borchard. Sie haben nicht nur die Finanzierung und Publikation der Studie übernommen, sondern mir zusammen mit der früheren Leiterin der Abteilung Schriftgutarchiv, Dr. Angela Keller-Kühne, auch den ungehinderten Zugang zu den Akten der CDU ermöglicht. Ohne die unermüdliche, tatkräftige Unterstützung des seinerzeit zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiters Konrad Kühne hätte ich die schier endlosen Aktenreihen der CDU nicht so rasch erschließen können. Ihm sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den von mir besuchten Archiven danke ich sehr. Im Rahmen der Studie habe ich auch Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt, von denen ich einige ohne die großzügige Hilfe von Dr. Hans-Peter Häfner nicht ausfindig gemacht hätte. Allen Gesprächspartnern danke ich für sowohl für ihre Bereitschaft zum zeitintensiven Interview als auch für ihre Offenheit mir gegenüber.

Dass aus dem Manuskript der Studie ein vorzeigbares Buch wurde, liegt am Leiter der Abteilung Publikationen/Bibliothek der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der KAS, Dr. Wolfgang Tischner, und den wissenschaftlichen Mitarbeitern Dr. Christopher Beckmann und Dr. Oliver Salten.

Vorwort

Für ihre umsichtige Redaktion danke ich vielmals. Anerkennung gebührt ebenso Marie-Lisa Noltenius aus dem Medienarchiv der KAS, die mich bei der Bildrecherche unterstützt hat. Während meiner Archivreisen habe ich die Gastfreundschaft vieler Freundinnen und Freunde genossen, die immer wieder auch für den nötigen Ausgleich nach einem intensiven Recherchetag sorgten. Zugleich fühle ich mich meiner Familie verbunden. Nur dank ihrer großartigen Unterstützung konnte ich die Studie so schnell verfassen.

Bertram Triebel, Frankfurt am Main, im April 2019

Einleitung

Im Wahlkampf im Frühjahr 1990 versprach die CDU in der DDR eine „Umkehr in die Zukunft“. Mit diesem Slogan warb sie bei den Volkammerwahlen für ihre zentralen Ziele, den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung nach westlichem Vorbild und eine baldige Vereinigung mit der Bundesrepublik. Doch ihre politischen Konkurrenten riefen die Vergangenheit der Union als Blockpartei an der Seite der SED in Erinnerung: „Wer bei Honecker BLOCKflöte gelernt hat, kann in keiner Demokratie die erste Geige spielen“, forderte das „Bündnis 90“. Und die SPD plakatierte: „SED+CDU: Partner seit 1949“.

Trotz dieser Vorwürfe ging die CDU aus der Wahl als stärkste Partei hervor. Das eingängige Sprachbild der „Blockflöte“ hielt sich aber in den 1990er Jahren in der Öffentlichkeit und mit ihm auch die Diskussion über das Verhalten der CDU in der DDR.¹ Die Partei wies die mit dem Begriff unterstellte Nähe zur SED stets als zu pauschal zurück und unterschied in ihrem Geschichtsbild – etwa im Grundsatprogramm von 1994 – zwischen dem „Opportunismus und [der] Kollaboration“ einzelner Politiker und der „inneren Unabhängigkeit“ vieler Mitglieder.² Auch wenn im Laufe der Zeit das Thema in den Hintergrund trat, begleitet das Image der „Blockflöte“ die CDU in Ostdeutschland bis in die Gegenwart. Deutlich wird dies an der politischen Auseinandersetzung im Zuge der Landtagswahl in Thüringen im September 2014, als sich CDU und Die Linke über die jeweilige Rolle der eigenen Partei in der DDR stritten.³ Trotz der wiederkehrenden Debatten hat sich die Geschichtswissenschaft bislang wenig für das Wirken der CDU als Blockpartei interessiert. Daher war aus wissenschaftlicher Sicht der aus dem jüngsten Streit erwachsene Vorstoß der Thüringer CDU, ihre Geschichte in der DDR unabhängig erforschen zu lassen, ein geeigneter Anlass, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen.

1) Siehe beispielsweise das 1991 erschienene Buch von C. v. Ditfurth mit dem Titel „Blockflöten“.

2) *CDU-Bundesgeschäftsstelle: Freiheit*, S. 4.

3) Siehe dazu „Angepasst bis zum Ende“, in: *Thüringer Allgemeine vom 20. Januar 2015*.

Die CDU Thüringen gab es zwischen 1945 und 1990 nur wenige Jahre. Nachdem sich der Landesverband in Weimar im Juli 1945 gegründet hatte, wurde er mit der Abschaffung der Länder in der DDR im Sommer 1952 aufgelöst. An seine Stelle traten die Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl. Erst im Januar 1990 bildete sich wieder ein Thüringer Landesverband. Mit diesen drei Phasen änderte sich jeweils auch das politische Profil der Union. Entstanden als selbständige, demokratisch verfasste Partei, wandelte sich die CDU unter dem Druck von sowjetischer Besatzungsmacht und SED Anfang der 1950er Jahre in eine nachrangige Blockpartei. Im Zuge der Friedlichen Revolution 1989/90 agierte sie wieder als eigenständige politische Kraft. Für diese drei Perioden der Parteigeschichte interessierte sich die Forschung bislang in unterschiedlichem Maße.⁴ Die meisten Arbeiten liegen zum ersten Abschnitt vor, sie beschäftigen sich mit der Entstehung der CDU in Thüringen⁵, ihrer politischen Arbeit und der Transformation zur Blockpartei⁶ verbunden mit dem Ende des Landesverbandes⁷. Verstärkte Aufmerksamkeit fand auch die Demokratisierung der CDU in den Jahren 1989/90 samt Wiedergründung des Landesverbandes.⁸ Vergleichsweise wenig haben sich Historiker dagegen bislang mit der mehr als drei Jahrzehnte umfassenden Phase der CDU als Blockpartei in der DDR befasst. Hierzu sind weder für die drei Bezirksverbände noch für die Gesamtpartei ausführliche Darstellungen vorhanden. Bislang

4) *Siehe auch den ausführlichen Forschungsüberblick zur CDU in der SBZ/DDR von O. Salten: CDU in der DDR. Nicht nur bei der CDU, sondern bei allen Blockparteien stellt die Geschichte nach 1961 ein Forschungsdesiderat dar, vgl. dazu D. Hoffmann u.a. S. 29–30.*

5) *Vgl. vor allem die Geschichte des Landesverbandes von M. Kiefer: Thüringer CDU. Siehe speziell zur Gründung R. T. Baus und zur CDU im Eichsfeld die Biografie von Hugo Dornhofer von T. Speckmann. Das Verhältnis der Thüringer CDU zur katholischen Kirche in den 1940er Jahren beleuchtet W. Tischner. Einen allgemeinen Überblick zur CDU zwischen 1945 und 1953 bieten M. Agethen: CDU 1945–1953 und S. Suckut: CDU(D).*

6) *S. Suckut: Bodenreform untersucht den Konflikt zwischen CDU und KPD um die Bodenreform, die Arbeit der Landtagsfraktion analysiert umfassend M. C. Biebert.*

7) *Siehe M. Richter: CDU 1948–1952.*

8) *Speziell zur Thüringer CDU T. Sauer und U. Schmidt. Entsprechende Darstellungen liegen auch zur CDU im Norden der DDR von C. Schwießelmann: Politische Wende und L. Güth: Blockparteien vor. Zur Gesamtpartei in dieser Zeit M. Richter: Aufbruch, ders.: Ost-CDU 1990, M. Agethen: Unruhepotential, E. Neubert: Brief und W. Jäger/M. Walter: Allianz.*

existieren lediglich Beiträge zu bestimmten Zeitspannen⁹, lokalen Parteioorganisationen¹⁰, zum Verhältnis zur Staatssicherheit¹¹ und zu einzelnen Aspekten der CDU-Politik wie die Kaderschulung und die Kirchenpolitik¹².

Diesem ungleichen Wissensstand Rechnung tragend behandelt die Arbeit die mittlere Periode, also die CDU als Blockpartei im Staatssozialismus, in besonderer Weise. Dabei stehen zwei Aspekte im Mittelpunkt. Zum einen geht es um die Partei als Organisation. Daraus ergeben sich Fragen nach Strukturen, Normen und Funktionärgruppen, nach Entwicklung und sozialer Zusammensetzung der Mitgliederschaft sowie nach dem Innenleben der CDU und deren Bindung an die Gesellschaft. Zum anderen rückt die Partei als politischer Akteur in den Blick, unter diesen Aspekt fallen sowohl die Beziehungen zu SED und Staatssicherheit als auch das Wirken der CDU in der „sozialistischen Demokratie“. Für ihre Erkenntnisinteressen wählt die Studie neben den „klassischen“ politik- und sozialgeschichtlichen Zugängen der Parteienforschung auch neuere kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Ansätze, insbesondere für den Hauptteil der Arbeit. Dazu zählt das Konzept der Organisations- beziehungsweise Parteikultur. Darunter wird ein Ensemble von Normen, Praktiken, Traditionen und Ritualen verstanden, das einer Partei zu eigen ist und im Idealfall sinn- und gemeinschaftsstiftend wirkt.¹³ Für die CDU in der DDR stellt sich die Frage, wie ihre Parteikultur aussah und ob diese den Zusammenhalt

9) *Die Entwicklung der CDU bis 1961 behandelt S. Zeidler, während C. Schwießelmann: CDU im Norden, die CDU in den Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg bis 1961 in den Blick nimmt.*

10) *Siehe J. Schönfelder zum Kreisverband Pößneck sowie H. Matthiesen zur CDU in Greifswald in der SBZ/DDR.*

11) *T. Sauer S. 52–56 beschreibt überblicksartig das Verhältnis von MfS und CDU in den Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl, die Durchdringung der CDU mit MfS-Informanten in den Bezirken Schwerin, Rostock und Neubrandenburg behandeln C. Schwießelmann: Fremdsteuerung und J. Schmidt-Pohl.*

12) *Vgl. M. Reißmann: Kaderschulung, zur Kirchenpolitik, H. Wentker: Kirchenpolitische Abteilung, ders.: Ost-CDU, B. Schäfer: Kirchenpolitik sowie R. F. Goeckel.*

13) *Bei der Organisationskultur handelt es sich um einen vielfach besetzten Begriff aus der Soziologie und den Wirtschaftswissenschaften. Grundsätzlich wird darunter die „Eigenart“ einer Organisation verstanden. Sie äußert sich in ihrem Selbstverständnis, in eigenen Normen, Traditionen und Ritualen, in spezifischen formellen wie informellen Handlungsweisen ihrer Akteure und der kommunikativen Praxis inner- und außerhalb der Organisation, vgl. B. Löffler, S. 166–174, H. Berghoff: Unternehmenskultur, S. 172–180, ders.: Unternehmensgeschichte, S. 151–171 und R. Bergien: Generalstab, S. 38–41.*

förderte. Zum anderen greift die Studie auf das Konzept „Herrschaft als soziale Praxis“ zurück, das von Alf Lüdtke stammt und das Thomas Lindenberger für die DDR-Forschung weiter entwickelte.¹⁴ Nach diesem Ansatz ist Herrschaft nicht ausschließlich eine geradlinige Handlung entlang des Machtgefälles, sondern auch ein Aushandlungs- und Interaktionsprozess. Damit ist gemeint, dass die „Herrschenden“ Angebote machen und Kompromisse eingehen müssen, wollen sie dauerhaft und stabil regieren. Zugleich besitzen die „Beherrschten“ eine eigene Handlungsmacht, Lindenberger spricht in diesem Zusammenhang von „Eigen-Sinn“. Dieser äußert sich nicht nur in oppositionellem oder widerständigem Verhalten, sondern auch darin, dass die Akteure die bestehenden Strukturen im Sinne ihrer Interessen und Bedürfnisse nutzen. Vor diesem Hintergrund wird das Auftreten der CDU gegenüber der SED ergründet. Zudem analysiert die Studie mit Hilfe des Modells innerparteiliche Prozesse. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie sich die Mitglieder in der Partei verhielten.

Die Untersuchung stützt sich auf die Überlieferung verschiedener Archive. Grundlegend für die Arbeit war das Schriftgut der CDU in der DDR im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin. Dabei fällt die Überlieferung der Bezirksverbände unterschiedlich aus. Den dichtesten Bestand an Akten weist der Bezirksverband Gera auf. Die CDU-Verbände Erfurt und Suhl haben dagegen deutlich weniger Schriftgut hinterlassen. Diese Lücke konnte über den Bestand des Hauptvorstandes ausgeglichen werden, in dem neben den Informationsberichten und Mitgliederstatistiken auch Duplikate der Protokolle von Leitungssitzungen in den Bezirken lagern. Mit den dort eingesehenen Akten – Protokolle der Leitungssitzungen, Mitgliederstatistiken, Personalunterlagen – konnten die wesentlichen Fragen zu Strukturen, Akteuren und Mitgliederschaft der CDU geklärt werden. Die Informationsberichte aus den Bezirken und Kreisen über das Innenleben der Partei erwiesen sich dagegen (erwartungsgemäß) nur als bedingt aussagekräftig, da sie im systemspezifischen formelhaften Duktus verfasst sind. Wesentlich gehaltvoller waren dagegen die monatlichen Berichte der Bezirksvorsitzenden an den CDU-Vorsitzenden Gerald Götting über ihre Arbeit und die Situation des jeweiligen Verbandes.

14) A. Lüdtke: *Herrschaft*, T. Lindenberger: *Diktatur und ders.: Herrschaft*.

Einen anderen wichtigen Quellenbestand bildeten die Unterlagen der SED auf zentraler Ebene bei der SAPMO im Bundesarchiv und auf Bezirksebene in den Landesarchiven Weimar, Rudolstadt und Meiningen. Neben Korrespondenzen über Anliegen der CDU fanden sich dort ebenso aufschlussreiche Aufzeichnungen von Gesprächen mit CDU-Funktionären über Personal- und Strukturfragen der Union. Zugleich wurden relevante Schriftstücke des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) bei der Stasiunterlagenbehörde in Erfurt eingesehen. Dazu zählten Ermittlungsvorgänge gegen nonkonforme CDU-Mitglieder, Berichte der für die Union zuständigen Hauptabteilung XX und Akten von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ (IM) in der Partei. Mit letzteren konnte nicht nur das Gefüge der Überwachung rekonstruiert werden. Die Berichte enthielten auch belastbare Informationen über informelle Praktiken von Mitgliedern und Funktionären, die in parteioffiziellen Schriftstücken ausgespart blieben.¹⁵

Das Schriftgut von CDU, SED und MfS eröffnete aufgrund seiner Heterogenität bereits verschiedene Sichtweisen auf die einzelnen Themen. Gleichwohl folgen die Unterlagen bestimmten Deutungsmustern und haben blinde Flecken. Aus diesem Grund wurden weitere Quellen erschlossen. So wurden für die Kirchenpolitik der CDU insbesondere Dokumente aus den Amtszeiten der Landesbischöfe Moritz Mitzenheim (1945–1970) und Werner Leich (1978–1992) im Landeskirchenarchiv in Eisenach gesichtet. Die Haltung der katholischen Kirche konnte über vorliegende Akteneditionen rekonstruiert werden.

Die Suche nach einer anderen, das „offizielle“ Schriftgut erweiternden Perspektive gab außerdem den Anstoß für insgesamt sechzehn Zeitzeugeninterviews. Die Auswahl der Gesprächspartner fand nach zwei Kriterien statt. Neben einer regionalen Ausgewogenheit war es wichtig, die Ebenen der Partei abzubilden: vom „einfachen“ Mitglied und dem Vorsitzenden einer Ortsgruppe über den Kreissekretär und Kreisvorsitzenden bis hin zum Funktionär im Bezirksvorstand. Die Zeitzeugen deckten mit ihren Erinnerungen vor allem die in der Forschung zur CDU wenig berücksichtigten Jahre zwischen Mauerbau und Mauerfall ab. Die Interviews waren thematisch angelegt, im Mittelpunkt

15) *Siehe zur Nutzung von IM-Berichten als Quelle für den Alltag in der DDR J. Gieseke: Different Shades.*

stand das Engagement in der CDU.¹⁶ Die Gespräche gaben einen tieferen Einblick in den Parteialltag, zugleich legten sie Wahrnehmungsmuster und Verhaltensmuster der Mitglieder und Funktionäre offen. Einige Zeitzeugen stellten zudem Unterlagen aus der fraglichen Zeit zur Verfügung.

Die Studie folgt einem chronologisch-thematischen Aufbau und gliedert sich in drei Teile. Der erste Abschnitt behandelt die CDU in der SBZ und frühen DDR von 1945 bis 1961. Mit dieser Einteilung weicht die Arbeit von der üblichen Periodisierung der Parteigeschichte ab, die die Gründungs- und Transformationsjahre bis 1952 datiert. Zunächst geht es um die Entstehung der Thüringer CDU im Sommer 1945 als demokratisch verfasste Partei mit Gestaltungsanspruch. Schnell geriet sie in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht und der von ihr unterstützten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Daran anschließend wird die erzwungene Transformation zu einer Blockpartei als eine strukturelle, ideelle und personelle Anpassung an die SED geschildert. Teil dieses Wandels war auch die Auflösung des Landesverbandes im Sommer 1952 und die Bildung der Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl. Sie stellten in den ersten Jahren wegen zahlreicher Probleme, die sich aus der Transformation ergaben, instabile Organisationen dar.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl zwischen dem Bau der Berliner Mauer 1961 und der Mitte der 1980er Jahre. Er bildet den Schwerpunkt der Studie. Zuerst werden Apparat und Akteure der Bezirksverbände untersucht. In einer Partei, die nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ funktionierte, waren die Parteiverwaltungen – die „Sekretariate“ – zentrale Herrschaftsräume. Entscheidende Personen in diesen Strukturen waren der Bezirksvorsitzende und der Kreissekretär, weshalb ihre Auswahl und Rolle in der Partei, ihre biografischen Hintergründe und Karrierewege besonders interessieren. Von Belang für die Organisation der CDU war außerdem ihr Normengerüst, das ebenfalls an dieser Stelle erörtert wird. Das zweite Kapitel in diesem Abschnitt beschäftigt sich mit dem Innenleben der CDU. Zum einen geht es um die soziale und quantitative Entwicklung der Mitgliederschaft. Dabei rücken sowohl der Einfluss der SED als auch die Werbemethoden der CDU-Funk-

16) *Die Oral-History-Forschung unterscheidet zwischen drei Interviewtypen: thematisch, biografisch und das Gespräch mit einem Experten, siehe dazu D. Wierling S. 109–113.*

tionäre in den Blick. Zum anderen werden die Mitglieder selbst und ihr Alltag in der Partei betrachtet. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen CDU und SED. Neben der Anleitungspraxis durch die SED wird der Frage nachgegangen, wie sich die CDU-Funktionäre auf Kreis- und Bezirksebene gegenüber der Staatspartei verhielten. In diesem Zusammenhang setzt sich die Arbeit zudem mit der Überwachung der CDU durch die Staatssicherheit auseinander. Am Beispiel des Bezirksverbands Erfurt werden das Netz an Informanten nachgezeichnet sowie ausgewählte Überwachungsfälle dargestellt. Das vierte Kapitel in diesem Teil der Studie widmet sich den politischen Handlungsfeldern der CDU. Entsprechend der zentralen Aufgabe der Partei, die christlichen Bevölkerungsgruppen an das System zu binden, werden die Beziehungen zu den Kirchen analysiert. Daneben wird anhand der Rolle der CDU bei Wahlen diskutiert, wie die Partei ihre systemstabilisierende Funktion wahrnahm.

Der dritte und abschließende Teil der Studie befasst sich mit der CDU in den drei Bezirken in der „finalen Krise“ des Systems Ende der 1980er Jahre. Ihm liegt die These zugrunde, dass bereits vor dem Umbruch im Herbst 1989 Teile der Basis – sprich die Mitglieder ohne Funktion oder lediglich mit einer ehrenamtlichen Stelle in der CDU – sich aktiv vom Kurs der Parteiführung abgrenzten und eigene Vorschläge entwickelten. Ausschlaggebend dafür waren Diskussionen im kirchlichen Raum und die Reformpolitik in der Sowjetunion. Darauf aufbauend geht es um den Wandel der CDU im Herbst 1989 und der damit verbundenen Wiedergründung der CDU Thüringen im Jahr 1990.

I. Gründungs- und Transformationsjahre: Die Thüringer CDU in der SBZ und frühen DDR (1945–1961)

Dem Thüringer Landesverband der CDU war eine kurze Existenz beschieden. Sieben Jahre nach seiner Gründung wurde er im Sommer 1952 aufgelöst. Aus ihm gingen die Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl hervor. Dieser strukturelle Bruch war Teil der 1948 einsetzenden, konfliktreichen Transformation der Union zu einer zentralistischen Kaderpartei nach dem Muster der SED. Die Bezirksverbände sahen sich mit den innerparteilichen Folgen dieses Prozesses konfrontiert. Zu den größten Schwierigkeiten gehörten der stetige Mitgliederrückgang und der Mangel an qualifizierten wie politisch zuverlässigen Kadern. Es dauerte bis Anfang der 1960er Jahre, bis sich die Bezirksverbände konsolidiert hatten. Dazu trug neben Professionalisierungsmaßnahmen der Parteispitze um Gerald Götting vor allem der Bau der Berliner Mauer im August 1961 bei.

Damit setzt die Studie einen neuen Akzent in der Periodisierung der Geschichte der Partei in der SBZ/DDR. In der Forschung gilt die Transformation der CDU zur Blockpartei 1952 als abgeschlossen.¹ Für diese Sicht spricht, dass in jenem Jahr die CDU nicht nur ihre Landesverbände abschaffte, sondern auch die Führungsrolle der SED öffentlich anerkannte. Andererseits berücksichtigt sie zu wenig die erwähnten Probleme der Partei im Zuge der Transformation, die über das Jahr 1952 hinausreichten. Aber genau deshalb war die CDU auch noch in den 1950er Jahren eine Partei im Wandel.

1) So O. Salten: *CDU in der DDR*, S. 343 und M. Richter: *CDU*, S. 292, der die Zäsur bereits 1950 ansetzt. Die starke Konzentration auf das Jahr 1952 hängt auch mit einem Ungleichgewicht in der Forschung zusammen. Die meisten Publikationen zur CDU in der SBZ/DDR beschäftigten sich mit der Geschichte der Partei und ihrer Landesverbände bis zu deren Auflösung im Sommer 1952. Nur wenige nehmen die Anfänge der CDU in den Bezirken in den Blick, vgl. O. Salten: *CDU in der DDR*, S. 361.

1. Die Gründung der CDU in Thüringen

Das Kriegsende in Deutschland lag erst wenige Tage zurück, als die sowjetische Militärregierung für eine Überraschung sorgte. Am 10. Juni 1945 veröffentlichte sie Befehl Nr. 2, der in ihrer Besatzungszone die Gründung von Parteien erlaubte. Damit war sie den westlichen Alliierten voraus, von denen die US-Amerikaner als erste die Initiative ergriffen und im August 1945 in ihrer Zone Parteien zuließen. Der Vorstoß der sowjetischen Militärs war taktisch motiviert. Zum einen versuchte man, die Attraktivität der eigenen Zone herauszustellen. Zum anderen galten die Parteien als geeignetes Mittel, um die Entwicklung Gesamtdeutschlands im sowjetischen Sinne zu beeinflussen.²

Nach der Bekanntgabe von Befehl Nr. 2 entstanden in der sowjetischen Besatzungszone rasch vier Parteien. Den Anfang machten zwei Gruppierungen, die bereits vor dem Krieg existiert hatten: Am 11. Juni 1945 wandte sich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit ihrem Manifest an die Bevölkerung, vier Tage später die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Ihnen folgten am 26. Juni die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und am 5. Juli die Liberal-Demokratische Partei (LDP). Während sich letztere als Nachfolgerin der liberalen Parteien der Weimarer Republik, allen voran der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), sah, verstand sich die CDU nicht als Wiederauflage des katholischen Zentrums. Sie begriff sich vielmehr als neuartige, überkonfessionelle Sammlungspartei. Gemäß dem Anspruch in ihrem Berliner Gründungspapier, „alles Trennende“ in der Gesellschaft zu überwinden, richtete sich die CDU an Protestanten wie Katholiken, an Arbeiter wie Gewerbetreibende. Ziel der Partei war es, in Deutschland eine freiheitliche, am Gemeinwohl orientierte Demokratie mit rechtsstaatlicher Verfassung aufzubauen.³ Entscheidender Kopf hinter dem Aufruf, den 35 Menschen unterzeichneten, war der frühere Zentrumspolitiker und Reichsminister Andreas Hermes. Er hatte sich im Widerstand gegen das NS-Re-

2) Vgl. zum Befehl Nr. 2 und den dahinter stehenden Motiven der sowjetischen Militärregierung M. Kaiser S. 265–272, G. Keiderling S. 265–268 und S. Suckut: *Blockparteien 1945–1990*, S. 13–17. Allgemein zur Zulassung der Parteien durch die Besatzungsmächte nach dem 2. Weltkrieg W. Benz S. 73–75.

3) Vgl. *Gründungsaufruf der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vom 26. Juni 1945*, in: A. Grau/H. J. Küsters S. 12–19. Zum Selbstverständnis der CDU als Sammlungspartei S. Suckut: *CDU(D)*, S. 515–517.

1. Die Gründung der CDU in Thüringen

gime engagiert und wäre fast hingerichtet worden. Seit Mitte Mai 1945 amtierte Hermes als Stadtrat für Ernährungsfragen in Berlin.⁴ Der Gründerkreis um Hermes agierte von Berlin aus. Auf die Entwicklung der Partei in den Regionen hatten sie anfangs kaum Einfluss. In Thüringen entstanden die ersten CDU-Gruppen Anfang Juli, nachdem die sowjetischen Militärs dort die Kontrolle von den US-Amerikanern übernommen hatten. Zentren waren Weimar und das katholische Eichsfeld, wo es bereits vor dem Wechsel der Besatzungsmächte eine Initiative für eine „Christlich-Soziale Volkspartei“ gegeben hatte.⁵ Ihr Einfluss zeigte sich bei der Gründung des Landesverbandes. So stammten drei von sechs Mitgliedern, die als „Vorstand“ einen Aufruf der CDU Thüringen verfassten, aus Weimar und Heiligenstadt. Das Papier vom 16. Juli 1945 enthielt ein 12-Punkte-Programm. Dabei orientierte sich die Gruppe um Max Kolter, Vizepräsident der Landesverwaltung Thüringen und früherer Zentrumsolitiker, stark an den Aussagen des Berliner Manifests und forderte eine freiheitliche wie soziale Demokratie eingebettet in einen Rechtsstaat.⁶ Auf dieser geistig-politischen Grundlage trafen sich am 20. Juli in Weimar 25 Personen und gründeten einen Landesverband der CDU in Thüringen. Sie wählten Max Kolter zum Vorsitzenden und den Altenburger Kaufmann Georg Grosse zu seinem Stellvertreter.⁷ Gleich nach seiner Bildung versuchte der Vorstand, seinen Einfluss im „bürgerlichen“ Lager zu vergrößern. Deshalb lud Kolter 52 Politiker zu einer zweiten Gründungsveranstaltung am 22. Juli in Weimar ein. Unter ihnen waren Vertreter früherer liberaler und konservativer Parteien wie Zentrum, Landbund und Deutsche Demokratische Partei, aber auch der entstehenden Thüringer Volkspartei (TVP). Das Kalkül der Führung ging auf, die Anwesenden schlossen sich bis auf einige Repräsentanten der TVP der CDU an. Deren Konkurrenz musste die CDU allerdings nicht

4) *Siehe zu Hermes seine autobiografischen Aufzeichnungen (A. Hermes und Anna Hermes) und R. Morsey.*

5) *Vgl. M. Kiefer: Thüringer CDU, S. 3, W. Tischner S. 204–205 und V. Wahl: Umwälzung in Thüringen, S. 129–134. Zur Situation im Eichsfeld vgl. H. Siebert S. 108–110 und A. Schaefer S. 60–62.*

6) *Vgl. den Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Thüringen vom 16. Juli 1945, in: A. Grau/H. J. Küsters S. 27–29. Ob der Aufruf an die Öffentlichkeit gelangte, ist fraglich, vgl. R. Th. Baus S. 159. Zu Max Kolter siehe V. Wahl: Kolter.*

7) *Vgl. Gründungsprotokoll der Christlich-Demokratischen Union Thüringen vom 20. Juli 1945, in: A. Grau/H. J. Küsters S. 31.*

lange fürchten, die Partei erhielt keine Zulassung.⁸ Zu den TVP-Mitgliedern, die in die Union übertraten, gehörte auch August Bach, der spätere Vorsitzende des Landesverbandes und der Gesamtpartei.

Die aus der Taufe gehobene Thüringer CDU baute sich schnell eine stabile Mitgliederbasis auf. Im September 1945 besaß die Partei 3.314 Mitglieder in 49 Ortsgruppen, ein halbes Jahr später, im April 1946, hatte sich der Mitgliederbestand vergrößert auf 23.183 Frauen und Männer in 341 Ortsgruppen. Ende 1946 bekannten sich 35.475 Menschen zur CDU in Thüringen, organisiert in 889 Ortsgruppen.⁹ Trotz dieses rasanten Wachstums war die Union die kleinste Partei in Thüringen, vor ihr lagen die LDP (37.600 Mitglieder) und SED (240.000 Mitglieder)¹⁰, die im April 1946 durch die Fusion von KPD und SPD entstanden war. Die Mitglieder selbst kamen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen und waren größtenteils politisch unerfahren. Ende 1946 versammelten sich in der CDU Arbeiter und Angestellte, Bauern und Hausfrauen, Handwerker und Selbständige.¹¹ Für zwei Drittel der Mitglieder war das Engagement in einer Partei eine neue Erfahrung, sie waren vor 1945 nicht parteilich gebunden gewesen. Von den übrigen Mitgliedern (11.825) blickten etwa 30 Prozent (3.548) auf eine NSDAP-Vergangenheit zurück.

Neben ihrer sozialen Breite war für die damalige Thüringer CDU ihre deutliche katholische Prägung kennzeichnend. Der Großteil der Bevölkerung in Thüringen war, wie in den anderen Ländern in der SBZ, protestantisch.¹² Zugleich lagen dort mit dem Eichsfeld und dem Geisaer Amt in der Thüringer Rhön zwei mehrheitlich katholische Regionen, die seit dem Kaiserreich Hochburgen des Zentrums dargestellt hatten.¹³ In beiden Gebieten besaß die CDU einen starken Rückhalt, Ende 1946 war die Union im Eichsfeld mit 5.322 Mitgliedern der größte Kreisverband, was 15 Prozent der gesamten Mitgliederschaft des Landesverbandes ausmachte.¹⁴ Aber auch jenseits dieser Regionen schlos-

8) Vgl. R. T. Baus S. 160–161.

9) Vgl. M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 5, 9 und 58.

10) *Mitgliederzahlen nach R. T. Baus S. 483.*

11) Vgl. zu sozialen und politischen Hintergründen der Mitglieder *Jahresbericht 1946 der CDU Thüringen vom 10. Januar 1947*, in: *ACDP 03-031-138*.

12) *In Thüringen waren 1946 76,6 Prozent der Bevölkerung evangelisch, 16,7 Prozent katholisch*, vgl. G. Braun: *Daten*, S. 1072.

13) *Siehe zum Eichsfeld im 19. Jahrhundert S. Hummel.*

14) *Zahlen nach Jahresbericht 1946 der CDU Thüringen vom 10. Januar 1947*, in: *ACDP 03-031-138 und M. Kiefer: Thüringer CDU*, S. 60.

1. Die Gründung der CDU in Thüringen

sen sich – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil – vermehrt Katholiken der CDU an. Von den rund 35.000 Mitgliedern Ende 1946 waren gut 52 Prozent protestantisch und 47 Prozent katholisch.¹⁵ Dieser starke Einfluss im Landesverband zeigte sich auch im Parteivorstand. Auf dem Parteitag im April 1946 wählten die Delegierten mit Walter Körner einen Protestanten zum Vorsitzenden, seine zwei Stellvertreter Hugo Dornhofer und Georg Grosse waren katholisch. Im Landesvorstand bekannten sich 59 Prozent der Mitglieder zum protestantischen, 41 Prozent zum katholischen Glauben. Ein wesentlicher Grund für die Bindung vieler Katholiken an die CDU war, dass kirchliche Amtsträger die Partei in dieser Zeit unterstützten. Der Erfurter Dompropst Joseph Freusberg beispielsweise hatte die CDU in der Stadt mitgegründet und arbeitete 1946 in der Beratenden Landesversammlung – dem Vorläufer des Landtags – mit.¹⁶ Angesichts ihres katholischen Einschlags in einem überwiegend protestantischen Land sah sich die Thüringer CDU regelmäßig mit Vorwürfen konfrontiert, sie sei eine „verkappte Zentrumspartei“¹⁷. Obwohl die Partei diese Bezeichnung zurückwies¹⁸, konnte sie sich in ihren Anfangsjahren nicht davon lösen. So erklärte Georg Dertinger, Generalsekretär des Gesamtverbandes, das mäßige Abschneiden der CDU bei den Gemeindewahlen im September 1946 teilweise mit dem Ruf der Partei als neues Zentrum. Dieser habe protestantische Kreise abgehalten, für die Union zu stimmen.¹⁹

15) Vgl. zu den folgenden Daten M. Wilde S. 98, M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 60 und W. Tischner S. 204–206. Letzterer bezeichnet die Thüringer CDU angesichts des hohen Anteils von Katholiken gar als „Fortsetzung des Zentrums in anderer Gestalt“.

16) *Sein Engagement in der CDU begründete Freusberg, der 1953 aus der Partei austrat, rückblickend mit „der Hoffnung, dass diese Partei eine wirklich christliche sei“*, vgl. Brief von Weihbischof Freusberg an den Fuldaer Bischof Dietz vom 19. September 1956, in: J. Pilvousek: *Kirchliches Leben*, S. 234. Siehe zu Freusbergs Wirken als Dompropst und Weihbischof in Erfurt und seinen politischen Aktivitäten in der Nachkriegszeit J. Pilvousek: *Freusberg. Allgemein zur Bedeutung der katholischen Kirche in der Frühphase der CDU in der SBZ M. Höllen: 1945–1955*, S. 56–60.

17) *Schreiben des Ortsverbandes Erfurt an den Landesverband vom 28. Februar 1946*, in: ACDP 03-031-204, zitiert nach W. Tischner S. 219.

18) *So betonte Georg Grosse in seiner Eröffnungsrede auf dem Landesparteitag im April 1946, dass die CDU weder eine evangelische noch eine katholische, sondern eine christliche Politik betreibe*, vgl. M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 9.

19) Vgl. W. Tischner S. 224.

Doch nicht nur ihr öffentliches Bild bereitete der „jungen“ Thüringer CDU Probleme. Gravierender für die weitere Entwicklung waren ihre begrenzten Handlungsmöglichkeiten. Im besagten Befehl Nummer 2 vom 10. Juni 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) festgeschrieben, dass die Parteien in der SBZ unter ihrer Kontrolle standen. Darüber hinaus büßte die CDU an Unabhängigkeit ein, als sie sich im Sommer 1945 dem Landesblock der „antifaschistisch-demokratischen Parteien“ anschloss. Dieser Schritt hing mit dem Druck der sowjetischen Militärregierung zusammen. Sie hatte die Zulassung der CDU (und der LDP) an die Bereitschaft zur Mitarbeit in einem Parteienblock geknüpft. Eine Rolle spielte aber auch die in allen Parteien verbreitete Überzeugung, dass man den Wiederaufbau nur gemeinsam bewältigen könne. Damit wollte man die konfliktträchtige politische Kultur der Weimarer Republik hinter sich lassen, die aus Sicht vieler den Aufstieg des Nationalsozialismus begünstigt hatte.²⁰ Dieser gute Wille wurde aber durch die Praxis im Landesblock konterkariert. Zum einen galt das Einstimmigkeitsprinzip, sodass dessen Mitglieder stets geschlossen Beschlüsse fassen mussten. Zum anderen duldeten die von der sowjetischen Besatzungsmacht protegierte KPD/SED kein Veto gegen ihre Vorschläge. Diese Erfahrung machte die CDU gleich beim ersten großen Vorhaben, der Bodenreform.²¹ Die KPD plante, Grundbesitz von über 100 Hektar entschädigungslos zu enteignen. Diese Regelung lehnte Max Kolter im Landesblock entschieden ab. Die KPD ignorierte seine Einwände und legte der Landesverwaltung die Initiative zur Bodenreform vor. Nach deren Zustimmung gab Kolter jedoch nicht auf und arbeitete nicht in der Landeskommision zur Durchführung der Bodenreform mit. Am 5. November 1945 entließ die SMA Thüringen (SMATh) Kolter aus seinen Landesämtern. In der offiziellen Begründung spielte seine Haltung zur Bodenreform keine Rolle. Man lastete Kolter an, dass er als Leiter des Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft Befehle nicht erfüllt

20) *In der Forschung wird in Anlehnung an E. Krippendorff S. 83–84 häufig davon gesprochen, dass die CDU und LDP in den Parteienblock „hineingründet“ wurden, vgl. S. Suckut: Blockpolitik, S. 16–18. Zur konsensorientierten Haltung der Parteien siehe D. Staritz: Gründung der DDR, S. 97–98 und M. Agethen: CDU 1945–1953, S. 49.*

21) *Vgl. S. Suckut: Bodenreform, S. 1084–1085, R. Th. Baus S. 220–221 und M. Kiefer: Thüringer CDU, S. 6–7.*

1. Die Gründung der CDU in Thüringen

und seine Behörde kaum entnazifiziert habe.²² Gesundheitlich angeschlagen, zog sich Kolter aus der Öffentlichkeit zurück und starb Ende Dezember 1945. Er war nicht der einzige führende CDU-Politiker in der SBZ, der sein Amt im Zuge der Bodenreform aufgeben musste. Die sowjetischen Militärs setzten im Dezember 1945 auch Andreas Hermes als CDU-Vorsitzenden in der SBZ ab, nachdem er sich gegen eine entschädigungslose Enteignung ausgesprochen hatte.

Ihren eingeschränkten Aktionsradius spürte die CDU auch bei den ersten Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone. Im Herbst 1946 entschieden die Menschen über die Gemeinde-, Kreis- und Landtage. Ziel der für Innenpolitik zuständigen Propagandaverwaltung der SMAD unter Oberst Sergei Tjulpanow war es, dass die SED als klarer Sieger aus den Abstimmungen hervorgehen sollte. Als Hauptkonkurrent galt die CDU. Entsprechend ihrem Selbstverständnis als breite politische Sammlungsbewegung warb sie nicht nur in bürgerlichen Schichten, sondern bemühte sich intensiv auch um Bauern und Arbeiter sowie um Frauen und Jugendliche. Diese waren aber allesamt Zielgruppen der SED. Um die Erfolgsaussichten der Union zu schmälern, benachteiligten die sowjetischen Offiziere die Partei systematisch im Wahlkampf. In der LDP sah man eine kleinere Gefahr, wobei auch sie Schikanen unterlag.²³

Bei der Gemeindewahl am 8. September 1946 schrieb die Wahlordnung fest, dass nur registrierte, sprich von der SMAD erlaubte Ortsgruppen der Parteien Kandidatenvorschläge einreichen konnten. Die Taktik der Besatzungsmacht bestand darin, die Genehmigungen für die Konkurrenzparteien der SED bewusst zu verzögern. Zu dieser Zeit besaß die Thüringer CDU 879 Ortsgruppen in 2.435 Gemeinden. Davon waren jedoch nur 449 registriert, sodass die CDU nur 61 Prozent der Bevölkerung in Thüringen erreichte.²⁴ Zugleich beeinträchtigten die sowjetischen Offiziere gezielt die Wahlkampagne der CDU. Dies fing beim Papier an, von dem die Partei deutlich weniger als die SED erhielt. Die Union hatte daher Mühe, ihre Positionen unter der

22) Vgl. *V. Wahl: Kolter*, S. 197–198. Zur Politik der SMAD siehe S. Kreuzberger: *SMAD, deren Aufbau beleuchtet D. N. Nochtowitsch*.

23) *Umfassend zur Wahlvorbereitung durch die SMAD und deren Einflussnahme im Wahlkampf* S. Kreuzberger: *Sowjetische Besatzungsmacht*, S. 44–84. Zu den Wahlkampfstrategien von CDU und SED R. Th. Baus S. 303–315.

24) *Zahlen nach R. Th. Baus* S. 488.

Bevölkerung zu verbreiten.²⁵ Zudem durfte die CDU ihre Plakate im für sie wichtigen Eichsfeld erst eine Woche vor der Wahl aufhängen. Eine negative Wirkung hatte auch die Überwachung von Wahlkampfveranstaltungen. CDU-Landesgeschäftsführer Georg Schneider beklagte etwa, dass die Zuhörer aus Angst vor den anwesenden sowjetischen Offizieren nicht mehr offen reden oder applaudieren würden.²⁶ Neben einer demokratiefeindlichen Wahlordnung und der Sabotage des CDU-Wahlkampfs setzte die sowjetische Besatzungsmacht auf offene Repression gegen unliebsame CDU-Politiker. Zwei Tage vor der Gemeindewahl, am 6. September 1946, inhaftierte sie den Eichsfelder Landrat Aloys Schaefer. Er hatte die Regelungen zur Kandidatenzulassung kritisiert, wobei ihm die SMATH offiziell „konterrevolutionäre Sabotage“ in der Landwirtschaft vorwarf. Schaefer wurde zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt.²⁷

Der ungleiche Wahlkampf zeigte seine Wirkung. Die CDU erreichte bei den Gemeindewahlen in Thüringen 18,2 Prozent, bei den Landtagswahlen 18,9 Prozent. Mit diesen Ergebnissen rangierte sie hinter SED und LDP. Lediglich bei den Kreistagswahlen wurde die Union mit 23,7 Prozent zweitstärkste Partei nach der SED.²⁸ Landesweit am besten schnitt die Union im Eichsfeld ab, wo sie dank ihres Rückhalts im katholischen Milieu bei den Abstimmungen über 60 Prozent erzielte.²⁹ Abgesehen von diesem Erfolg verliefen die Wahlen für die Thüringer CDU desillusionierend. Die mäßigen Resultate waren jedoch nicht allein den Benachteiligungen durch die SMAD geschuldet. Als Last erwies sich ebenfalls das bereits erwähnte Image der CDU als wiedererstandenes Zentrum. Hinzu kam das Programm der CDU unter dem Slogan „christlicher Sozialismus“, das nach parteiinternen Analysen bürgerliche Wähler abgeschreckt hatte.³⁰ Ernüchtert über den Wahlausgang waren aber auch die Gewinner von der SED und ihre

25) Vgl. *Jahresbericht 1946 der CDU Thüringens vom 10. Januar 1947*, in: *ACDP 03-031-138*.

26) Vgl. *R. Th. Baus* S. 322–323.

27) Vgl. *A. Schaefer* S. 72–103, *G. Buchstab: Verfolgt*, S. 255 und *H. Siebert* S. 127–129.

28) Vgl. *zu den Ergebnissen der Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen G. Braun: Wahlen*, S. 396–397.

29) *So erhielt die CDU im Landkreis Worbis, der große Teile des Eichsfelds umfasste und dessen Sitz in Heiligenstadt war, bei den Gemeindewahlen 63,7 und bei den Landtagswahlen 63,1 Prozent, vgl. ebd. S. 416.*

30) Vgl. *W. Tischner* S. 224 und *R. Th. Baus* S. 337.

1. Die Gründung der CDU in Thüringen

sowjetischen Unterstützer.³¹ Während die Partei bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen die absolute Mehrheit erreichte, verfehlte sie diese bei den Landtagswahlen. Die SED behielt dennoch ihre vorherrschende Stellung in Thüringen, da alle Parteien gemäß dem Blockprinzip eine Koalition bildeten. Der Ministerpräsident Rudolf Paul kam aus den Reihen der SED, die CDU stellte mit Georg Grosse den Minister für Handel und Versorgung.

Die Eingriffe bei den Wahlen und der Streit um die Bodenreform ein Jahr zuvor zeigten der Thüringer CDU deutlich die unumschränkte Macht der sowjetischen Besatzungsmacht auf. Über das künftige Verhalten der Partei ihr gegenüber entbrannte 1947 ein interner Streit. Er sollte die weitere Entwicklung der CDU in der SBZ maßgeblich beeinflussen.

31) *Siehe zur Bewertung der Wahlergebnisse durch SED und SMAD M. C. Bienert S. 128–131.*

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

Die Wandlung der CDU in Thüringen zu einer systemloyalen Partei wurde durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED erzwungen. Eine wichtige Rolle spielten aber auch Teile der CDU, die auf eine engere Kooperation mit der Besatzungsmacht setzten. Ihr Aufstieg begann mit der Absetzung von Jakob Kaiser als Zonen-Vorsitzender der CDU. Mit seiner Vita zählte er zu den markanten Persönlichkeiten der Partei: In der Weimarer Republik im Zentrum und der christlichen Gewerkschaftsbewegung engagiert gewesen, hatte sich Kaiser am Widerstand gegen das NS-Regime beteiligt. 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in der SBZ, die er seit der Absetzung von Andreas Hermes im Dezember 1945 führte.

Im Sommer 1947 profilierte Kaiser die CDU immer entschiedener als Opposition zur herrschenden Ordnung.¹ Er stellte sich nicht nur gegen das Vorhaben der SED, Massenorganisationen wie den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in den Block der „antifaschistischen“ Parteien aufzunehmen. Offen prangerte er auch die undemokratische Lage in der Besatzungszone an und warb für die CDU als „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen“. Seinen Positionen stimmten große Teile der CDU zu. Doch es gab auch Kritik an Kaisers oppositionellem Kurs. Sie kam vor allem von Landespolitikern wie dem CDU-Vorsitzenden von Sachsen, Hugo Hickmann, und seinem Amtskollegen in Sachsen-Anhalt, Leo Herwegen, die ein kompromissorientiertes Auftreten gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht für zielführender hielten. Diesen latenten Konflikt nutzte die SMAD, um die CDU in ihrem Sinne zu verändern. Die Strategie der maßgeblichen Informationsverwaltung mit Tjulpanow an der Spitze – sie hatte ihren Namen im Frühjahr

1) Vgl. zur Positionierung der CDU unter Kaiser als Opposition zur sowjetischen Besatzungsmacht W. Conze S. 153–175, M. Hausmann S. 165–166 und M. Agelthen: *CDU 1945–1953*, S. 53–54 sowie die Reden Kaisers aus dieser Zeit bei C. Hacke S. 246–269. Zur Sicht seiner Kritiker unter den Landespolitikern siehe R. Th. Baus S. 373–379 und 386–388.

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

1947 geändert – bestand darin, den in ihren Augen „linken Flügel“ der Partei auf Kosten des „rechten Flügels“ zu stärken.²

Gemäß diesem Plan agierte die SMATH auch gegenüber der Thüringer CDU.³ Nachdem der im April 1947 zum Vorsitzenden gewählte Otto Schneider drei Monate später, im Juli, gestorben war, führte übergangsweise Hugo Dornhofer als Erster Stellvertreter den Landesverband. Der in Heiligenstadt lebende Politiker stammte wie Kaiser aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung und unterstützte dessen Linie gegenüber der Besatzungsmacht.⁴ Die SMATH versuchte daher, Dornhofer mit Presseartikeln über seine vermeintliche Nähe zum NS-Regime gezielt zu diskreditieren. Als Belege führte man unter anderem ein Kriegsverdienstkreuz II. Klasse an – in Wirklichkeit hatte er als zwangsverpflichteter Arbeiter die Auszeichnung für seine Überstunden erhalten. Ende September 1947 trat Dornhofer schließlich zurück. Nachfolger sollte nach dem Willen der Besatzungsmacht Siegfried Trommsdorff werden. Der zweite stellvertretende Vorsitzende repräsentierte zusammen mit Wilhelm Bachem, späterer Landesminister für Verkehr, und Walter Rücker, stellvertretender Landessekretär, den Flügel der Thüringer CDU, der zu Konzessionen gegenüber der Besatzungsmacht bereit war. Gegen diese Personalie regte sich unter den Anhängern von Jakob Kaiser in der Thüringer CDU Widerstand, der in der Aufstellung eines Gegenkandidaten beim Parteitag im Oktober gipfelte. Letztlich beugten sich die meisten Delegierten der sowjetischen Vorgabe und wählten Trommsdorff zum neuen Vorsitzenden.

Das politische Gewicht der beiden Lager veränderte sich im Dezember 1947 weiter, als die SMAD Jakob Kaiser als Parteivorsitzenden absetzte. Anlass war der Konflikt um den von der SED angestoßenen „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“, der sich mit der

2) *Siehe dazu Bericht der Informationsverwaltung der SMAD für das ZK der KPdSU (B) über den Parteitag der CDU der Sowjetischen Besatzungszone, in: B. Bonwetsch S. 127–129 sowie den Abschnitt zur CDU im „Tjulpanow-Bericht“, in: G. Wettig S. 209–233. Tjulpanows rigider Kurs gegen Kaiser und seine Anhänger war in sowjetischen Führungskreisen umstritten. So kritisierte das ZK der KPdSU den Oberst scharf und forderte von Stalin – erfolglos – seine Absetzung. Die ZK-Funktionäre hielten Kaiser für einen für das Ansehen der SBZ wichtigen Politiker aus dem bürgerlichen Lager und plädierten für eine konziliantere Linie, vgl. dazu N. M. Naimark: CDU, S. 384–387. Zu Tjulpanows gesamten Wirken als Oberst der SMAD siehe ders.: Russen, S. 374–411.*

3) *Vgl. ausführlich dazu M. Kiefer: Thüringer CDU, S. 15–17.*

4) *Siehe ausführlich zu Dornhofer die Biografie von T. Speckmann. Speziell zu den christlichen Motiven für sein politisches Engagement M. Biesenbach.*

Entwicklung Deutschlands beschäftigen sollte. Kaiser verweigerte die Teilnahme der CDU. Er fürchtete, dass eine solche Initiative ohne Absprache mit SPD und CDU aus den westlichen Zonen die Teilung des Landes weiter vertiefen würde. Diese ablehnende Position trugen seine Kritiker in der Partei nicht mit und nahmen an dem Kongress teil, unter ihnen auch Siegfried Trommsdorff. In dieser Situation bestanden die sowjetischen Offiziere gegenüber den Landesvorsitzenden darauf, Kaiser abzulösen.⁵ Anfang des Jahres 1948 wandte sich die SMATh dann gegen die Anhänger Kaisers unter den CDU-Funktionären in Thüringen. Neben Mitgliedern im Landesvorstand mussten zwölf Kreisvorsitzende ihre Posten räumen.⁶ In Ungnade fiel auch Georg Grosse, der im Februar 1948 als Minister für Handel und Versorgung zurücktrat. Als Grund nannte er offen die „Umformung“ der CDU-Führung, „der ich aus menschlichen und sachlichen Gründen gegenwärtig nicht zustimmen kann“.⁷ Zugleich übernahmen Vertreter des Kaiser-kritischen Lagers einflussreiche Positionen in der Thüringer CDU – so stieg Walter Rucker zum Landessekretär auf, nachdem Georg Schneider Ende Dezember 1947 zurückgetreten war.

Trotz dieses Drucks blieben die meisten Mitglieder den Positionen von Jakob Kaiser verbunden. Ihren Unmut über die sowjetfreundliche Haltung der Führung zeigten sie auf dem Parteitag im Mai 1948.⁸ Während Trommsdorff mit nur 69 von 149 Stimmen im Amt bestätigt wurde, wählten die Delegierten vor allem Politiker aus dem Kaiser-Lager in den Landesvorstand. Den größten Zuspruch mit 149 Stimmen erhielt Georg Grosse. Solche Kämpfe fanden aber nicht nur innerhalb der Thüringer CDU statt. Auch die anderen Landesverbände in der Sowjetischen Zone waren gespalten in Anhänger und Kritiker von Jakob Kaiser. Wie in Thüringen standen große Teile der Basis hinter dem Kurs des ehemaligen Parteichefs, gegen die sich ihre Widersacher mit Hilfe der Besatzungsmacht aber durchsetzen konnten.⁹

5) Vgl. dazu ausführlich R. Th. Baus S. 397–408, W. Conze S. 185–210 und die Reden und Erklärungen Kaisers aus dieser Zeit bei T. Mayer S. 368–408.

6) Siehe zu den Personalwechseln M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 18–21.

7) Brief von Grosse an Eggerath vom 16. Februar 1948, in: LATH – HStA Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 1523.

8) Vgl. M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 22–23 und M. Richter: *CDU 1948–1952*, S. 84–85.

9) Vgl. M. Richter: *CDU 1948–1952*, S. 46–59 und 81–87. Zur Situation im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ausführlich C. Schwießelmann: *CDU in MV*, S. 235–247 und S. 252–257.

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

Die Führung des Gesamtverbandes nach Kaiser übernahm nach einer Übergangszeit Otto Nuschke. Der ausgebildete Journalist hatte 1945 zu den Gründern der CDU in Berlin gehört, nachdem er sich in der Weimarer Republik in der DDP engagiert hatte, etwa als Abgeordneter im Preußischen Landtag. Nuschke galt als Pragmatiker und glaubte, dass die CDU ihre Anliegen nur umsetzen könne, wenn sie zu Kompromissen mit der Besatzungsmacht bereit sei.¹⁰

Die neue CDU-Spitze stand gleich doppelt unter Zugzwang. Im Frühjahr 1948 stieß die SMAD die Gründung zweier Parteien an, die mit ihren politischen Profilen Konkurrenten von CDU und LDP darstellten. Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) wandte sich an frühere Wehrmatsangehörige und NSDAP-Anhänger, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) zielte auf ländliche Kreise.¹¹ An der Spitze standen mit Lothar Bolz (NDPD) und Ernst Goldenbaum (DBD) zwei ehemalige KPD-Mitglieder, die sich dem Führungsanspruch der SED unterordneten. Druck auf die CDU übte auch der neue Kurs der sowjetischen Regierung in ihrer Deutschlandpolitik aus. Mit der sich abzeichnenden Teilung des Landes trieb die Besatzungsmacht den Aufbau einer „Volksdemokratie“ in ihrer Zone voran. Die Richtung gab die SED vor. Ihre Führung beschloss im Frühjahr 1948, die Partei in eine zentralistische Kaderpartei nach dem Vorbild der KPdSU umzuformen.¹² Dabei etablierten die Funktionäre nicht nur neue Strukturen, sondern verfolgten auch rigoros unliebsame Mitglieder.

Beide Ereignisse zwangen die CDU-Führung um Otto Nuschke, sich zu positionieren. Im Sinne ihres konzessionsbereiten Kurses gegenüber der SMAD gab sie pragmatisch den Erwartungen nach und stieß den Umbau der CDU nach dem Muster der SED an. Dabei handelte es sich nicht um ein kurzzeitiges Ereignis, sondern um einen mehrjährigen, konfliktreichen Prozess. Die Spitze der Thüringer CDU um den Vorsitzenden Siegfried Trommsdorff und den Landessekretär Walter Rücker trug die Transformation von Anfang an mit. In deren Ver-

10) *Zur Haltung von Otto Nuschke siehe M. Agethen: CDU 1945–1953, S. 55–56. Eine umfassende wissenschaftliche Biografie Nuschkes stellt ein Forschungsdesiderat dar, bislang liegen nur parteioffizielle Darstellungen aus der DDR vor, vgl. G. Wirth und G. Fischer.*

11) *Vgl. zur NDPD D. Staritz, NDPD, zur DBD B. W. Tietz und T. Bauer.*

12) *Vgl. zur Transformation der SED und ihren politischen wie ideologischen Hintergründen A. Malycha/P. J. Winters S. 52–72.*

lauf stellte sich die Partei strukturell, personell und politisch neu auf. Für diese Entwicklung der CDU wird in der Forschung der Begriff „Gleichschaltung“ verwendet.¹³ Er wird hier aus mehreren Gründen nicht genutzt. Zunächst handelt es um eine Bezeichnung der Nationalsozialisten für alle Maßnahmen zur Etablierung der eigenen Herrschaft nach 1933. Daneben weckt der Begriff falsche Assoziationen, da diese Transformation der CDU eben kein einfaches und schnelles Umschalten auf eine Richtung darstellte. Hinzu kommt, dass die CDU nach ihrem Wandel zwar eine von der SED abhängige Blockpartei war und diese Unterordnung nicht infrage stellte, sie aber auch eigene Interessen im Rahmen der herrschenden Ordnung verfolgte.

Zentralisierung der CDU

Die Wandlung der CDU bedeutete vor allem eine schleichende Entmachtung der Peripherie – und damit auch der Thüringer CDU – zu Gunsten der Führung in Berlin. Ein wichtiger Markstein hin zu einer zentralistischen Organisation war die Satzung, die die Partei im Mai 1949 verabschiedete. Sie legte fest, dass die gewählten Vorstände innerhalb eines Landesverbandes erst ihr Amt antreten durften, wenn das jeweils höhere Gremium sie bestätigt hatte.¹⁴ Dazu erweiterte sie die Befugnisse der Haupt- und Landesvorstände. Im Vergleich zur Satzung von 1947 hatten sie nun das Recht, die ihnen unterstehenden Vorstände ohne Einschränkungen ab- und einzusetzen.¹⁵ Mehr Einfluss erhielten die Landesvorstände auch bei der Einstellung eines Kreisgeschäftsführers (später Kreissekretär). Die Kreisvorstände hatten bei der Einstellung keine Mitsprache mehr, sie lag allein in der Hand des Landesvorstandes. Unangetastet blieb die Berufung des Landesgeschäftsführers beziehungsweise Landessekretärs, der weiterhin der Hauptvorstand zustimmen musste.¹⁶ Darüber hinaus stärkte die Satzung die

13) *Den Begriff führte M. Richter: CDU 1948–1952, Anfang der 1990er Jahre in die Forschung zur CDU in der DDR ein, vgl. dazu S. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 101. Siehe zur Verwendung durch die Nationalsozialisten aus sprachhistorischer Sicht C. Schmitz-Berning S. 277–280, zu den damit verbundenen Maßnahmen nach der Machtübernahme Hitlers vgl. U. v. Hehl S. 4–10.*

14) *Vgl. § 10 Absatz 2 der Satzung der CDU vom 25.5.1949, in: ACDP 07-011-705.*

15) *Vgl. ebd. Nach Paragraph 10 Absatz 4 der Satzung von 1947 konnten die Vorstände nur abberufen werden, wenn sie „gegen die Satzungen und Grundsätze der Union verstoßen oder die ihnen gestellten Aufgaben in gröblicher Weise vernachlässigen“, in: ACDP 07-011-706.*

16) *Vgl. § 10 Absatz 7 der Satzung der CDU vom 25. Mai 1949, in: ACDP 07-011-705.*

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

Macht der Zentrale, indem sie die Parteibeschlüsse aufwertete. Zum einen waren fortan die Mitglieder zur Einhaltung der Parteilinie verpflichtet.¹⁷ Zum anderen galten die Entscheidungen der CDU-Jahrestagung als höchstes Parteigremium für alle Instanzen als verbindlich.¹⁸ Der Steuerungsanspruch der Führung förderte den Ausbau des Parteiapparates. Seit Januar 1951 bestand die Hauptgeschäftsstelle aus einem Generalsekretariat mit drei Hauptabteilungen für die Bereiche Politik, Organisation und Verwaltung.¹⁹ Parallel dazu wuchsen die Geschäftsstellen auf Landesebene. Ihre Funktionäre bereiteten alle Sitzungen der Vorstände vor und setzten getroffene Entscheidungen um. Die Leiter dieser Apparate – der Generalsekretär beziehungsweise Landessekretär – stiegen so zu entscheidenden Akteuren der „neuen“ CDU auf. In den Kreisen nahm diese Stellung der Kreissekretär ein, allerdings ohne eigene Administration.

Die CDU brach endgültig mit ihrer bisherigen Struktur, als die SED im Sommer 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ ankündigte.²⁰ Mit dieser Parole verbanden sich eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Dazu gehörte eine Verwaltungsreform, mit der die fünf Länder abgeschafft und durch 14 (später 15) Bezirke ersetzt wurden. Im Zuge dieser Neuordnung löste die Partei ihre Landesverbände auf und bildete Bezirksverbände. Damit gab es keine Thüringer CDU mehr. Entsprechend der Bezirke entstanden die eigenständigen Verbände in Erfurt, Gera und Suhl, die bis zum Januar 1990 bestehen sollten.

Die Bezirksverbände folgten alle dem gleichen Aufbau. An der Spitze stand ein hauptamtlicher Vorsitzender, der sich die Leitung der Partei mit drei Funktionären (stellvertretendem Vorsitzenden, Organisationsleiter und Schatzmeister) teilte. Die Bezirksverbände bildeten in der nunmehr zentralistischen Parteistruktur „Mittelinstanzen“: Ihnen übergeordnet war der Hauptvorstand, untergeordnet waren die Kreis-

17) Vgl. *ebd.* § 4 Absatz 2 der Satzung der CDU vom 25.5.1949. Dieser untersagte den Mitgliedern den „Widerspruch zu den Grundsätzen der Union [...], wie sie in den Beschlüssen der Organe der Partei festgelegt werden.“ Nach Paragraph 4 Absatz 2 der Satzung von 1947 durften die Anhänger nicht gegen die „Grundsätze der Union“ verstoßen, in: ACDP 07-011-706.

18) Vgl. § 33 Absatz 4 der Satzung der CDU vom 25.5.1949, in: ACDP 07-011-705.

19) Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses am 9. Januar 1951, in: ACDP 07-011-1841. Siehe dazu auch M. Richter: *CDU 1948–1952*, S. 313.

20) Vgl. zu den Hintergründen und Beschlüssen der II. Parteikonferenz der SED D. Staritz: *Geschichte der DDR*, S. 94–100 und H. Weber: *DDR*, S. 36–41.

verbände mit ihren Ortsgruppen. Das Verhältnis der Ebenen zueinander war streng hierarchisch. Die Satzung, die die Partei im Oktober 1952 verabschiedete, schrieb fest, dass die „Beschlüsse höherer Parteiorgane für alle nachgeordneten Gliederungen und alle Mitglieder verbindlich“²¹ waren. Mit dieser Rangordnung passte sich die CDU erneut der SED an. Sie hatte sich das von Lenin stammende Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ im Zuge ihrer Transformation zur „Partei neuen Typus“ angeeignet.

„Säuberungen“ in der CDU

Die Wandlung der Thüringer CDU ging einher mit einer rigiden Unterdrückung von Andersdenkenden in der Partei. Als Modell diente auch hier die SED, von der man die konfrontative Vorstellung von Politik als Kampf zwischen Freund und Feind übernahm. In diesem Sinne unterschied die CDU-Spitze zwischen „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Mitgliedern. Als „fortschrittlich“ galten diejenigen, die die eingeschlagene Entwicklung der Partei in der sowjetischen Besatzungszone unterstützten. „Reaktionär“ waren jene, die den Anpassungskurs anzweifelten oder ihn offen ablehnten. Diese Mitglieder verkörperten in den Augen der CDU-Führung „Feinde“, gegen die man vorgehen musste.

Einen Unruheherd stellte die CDU-Landtagsfraktion unter dem Fraktionsvorsitzenden Johannes Mebus dar.²² Einer ihrer profiliertesten Abgeordneten war Karl Magen, im Hauptberuf Vizepräsident des Oberlandesgerichts (OLG) in Gera. In der Weimarer Republik als Amts- und Landgerichtsrat in Oppeln und Breslau tätig, hatten die Nationalsozialisten ihn in den Ruhestand versetzt und anschließend zur Zwangsarbeit herangezogen. Nach dem Krieg war der Jurist nach Thüringen übersiedelt und 1946 in die CDU eingetreten.²³ Magen trat für eine eigenständige CDU ein und bot der SED im Landtag regelmäßige Paroli, etwa bei den Verhandlungen über die Landesverfassung im Dezember 1946.²⁴ Als einer der Rechtsexperten der CDU-Fraktion kri-

21) § 7 Absatz 1c der Satzung der CDU vom 18. Oktober 1952.

22) In der Literatur zum Thema wird in der Regel Karl Magen als Fraktionsvorsitzender aufgeführt. K. E. Hahn S. 216–217 belegt allerdings, dass Johannes Mebus, evangelischer Pfarrer in Erfurt, die Landtagsfraktion von Dezember 1946 bis 1950 führte. Zuvor stand Georg Grosse der Landtagsfraktion vor.

23) Vgl. zu Magens Biografie J. Lengemann S. 466–469.

24) Zum Folgenden ausführlich M. C. Bienert S. 198–218 und H. Gottwald S. 23–36.

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

tisierte er an der SED-Vorlage insbesondere die fehlende Gewaltenteilung und ungenügende Rechtsstaatlichkeit sowie religionspolitische Aspekte. Ein eigener, von der Berliner Parteizentrale erarbeiteter Verfassungsentwurf lag erst später vor, weshalb die SED die Diskussion darüber verweigerte. In den abschließenden Beratungen gelang es der Union, noch Korrekturen wie einen knappen Grundrechtekatalog durchzusetzen, da die SED eine einstimmige Verabschiedung anstrebte. Dass alle anwesenden Abgeordneten für die Verfassung votierten, lag aber nicht zuletzt am Druck der sowjetischen Besatzungsmacht.

Angesichts seiner kritischen Haltung war Magen den Kommunisten ein Dorn im Auge. Nachdem die SMATH auf Bitte der SED im Frühjahr 1948 seine Entlassung als OLG-Vizepräsident vorangetrieben hatte, geriet er wenige Monate später, im Juni, endgültig ins Abseits. Der Anlass war eine Debatte im Landtag über einen Gesetzesentwurf der SED, mit dem die Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgehöhlt werden sollte.²⁵ Magen lehnte wie sein Vorredner von der LDP das Vorhaben der Kommunisten entschieden ab und bezweifelte, dass sie die Mehrheit der Menschen im Land vertraten. Im Anschluss an die Rede beantragte der LDP-Abgeordnete Karl Mehnert den Übergang zur Tagesordnung, um die Überweisung der Gesetzesvorlage in den Rechtsausschuss zu verhindern. Die nicht vollständige SED-Fraktion musste bei der Abstimmung eine Niederlage fürchten und zog empört aus dem Plenarsaal aus. Nach dieser Sitzung drohte Magen die Verhaftung und er entschied sich zur Flucht. Neben ihm schieden im selben Jahr auf Druck der Besatzungsmacht drei weitere CDU-Abgeordnete aus.²⁶

Ein Jahr später, im August 1949, verlangte die Parteispitze um Siegfried Trommsdorff von Georg Grosse den Rückzug aus dem Parlament.²⁷ Bekannt für seine widerspenstige Haltung, hatte der ehemalige Minister Mitte Juli im Landtag die Wirtschafts- und Personalpolitik der SED kritisiert. Ohne die Immunität, die er als Abgeordneter genoss, fürchtete Grosse um seine Sicherheit und floh in den Westen. Daraufhin schloss ihn der Landesvorstand aus der Thüringer CDU

25) Vgl. zum Auftritt von Karl Magen im Landtag und seinen Folgen M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 23–24. Zur Strategie der Fraktionen von CDU und LDP bei der Debatte am 4. Juni 1948 siehe M. C. Bienert S. 399–400. Umfassend zu den Auseinandersetzungen um die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thüringen im Laufe des Jahres 1948 T. Heil S. 197–236 und P. Weber S. 59–79.

26) Vgl. M. Kiefer: *Thüringer CDU*, S. 24.

27) Vgl. Abgang Georg Grosse, *Dokument vom 12. September 1949*, in: *ACDP 03-031-A 258*.

aus. Die Plätze der abgelösten Abgeordneten übernahmen in der Regel „fortschrittliche“ Politiker, die die Vorhaben der SED im Landtag mittrugen. Dieser Personalaustausch bei der CDU, der in ähnlicher Form auch bei der LDP stattfand, war ein Grund, warum der Thüringer Landtag sich mehr und mehr zu einer „uniformen Volksvertretung“ (Michael C. Bienert) entwickelte.

Neben dem erzwungenen Umbruch in der Landtagsfraktion verfolgten CDU-Führung, sowjetische Besatzungsmacht und SED immer wieder unabhängig agierende CDU-Mitglieder und Parteifunktionäre.²⁸ Einen Höhepunkt erreichte die Unterdrückung, als das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zwischen August und Dezember 1952 67 Personen festnahm, die entweder der CDU angehörten oder ihr nahe standen. Die Geheimpolizei beobachtete sie bereits seit Oktober 1951 im „Gruppenvorgang Zentrum“. Dass ihre Offiziere die Verdächtigen seit Sommer 1952 inhaftierten, hing mit der repressiven Politik der SED im Zuge des „Aufbaus des Sozialismus“ zusammen. Den Festgenommenen warf man vor, im Auftrag des Ost-Büros der Exil-CDU unter Leitung von Jakob Kaiser eine „umfangreiche Agenten- und Spionagetätigkeit“²⁹ in der DDR betrieben zu haben. Sie bildete indes keine geschlossene oppositionelle Gruppe. Was sie zu „Feinden“ machte, waren ihre direkten oder indirekten Verbindungen zum Ost-Büro, das die Anhänger von Kaiser in der DDR stützte. Diese Kontakte waren für SED und MfS ein geeigneter Anlass, die CDU weiter auf Linie zu bringen. Es dauerte daher nicht lange, bis sich die ersten Festgenommenen vor Gericht verantworten mussten.³⁰ Im Dezember 1952 verurteilte das Bezirksgericht Erfurt in einem zweitägigen Schauprozess sieben CDU-Mitglieder zu hohen Zuchthausstrafen. 12 Jahre erhielt beispielsweise der Bürgermeister von Camburg, Herbert Teu-

28) *Welche Ausmaße die Disziplinierung annehmen konnte, zeigt der Fall der beiden CDU-Mitglieder und Bergarbeiter Johann Muras und Ernst Wilhelm im Mai 1952. Bei einem Betriebsfest in Obergebra im Kreis Mühlhausen stritten sie sich mit dem SED-Funktionär Alfred Sobik. Daraufhin kam es zu einer Schlägerei mit anderen Gästen, bei der Sobik einen Herzschlag erlitt und starb. Die SED warf Muras und Wilhelm öffentlich Mord vor. Im anschließenden Gerichtsverfahren wurde beide zum Tod verurteilt und hingerichtet, detailliert dazu P. Weber S. 347–351.*

29) *Bericht über Gruppenvorgang „Zentrum“ vom 6. Juni 1953, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AOP 227/54, Bl. 55.*

30) *Siehe zu den einzelnen Prozessen die umfangreiche Darstellung von F.-J. Kos und P. Weber S. 324–332.*

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

scher. Er hatte einen geheimen CDU-Kreisvorstand gegründet, der mit Hilfe des Ost-Büros freie Wahlen in der DDR vorbereiten wollte. Wie bei einem Schauprozess üblich berichteten Presse und Rundfunk in warnendem Ton über die Verhandlungen. Auch die CDU-Führung in Berlin nutzte das Verfahren, um die eigenen Reihen zu disziplinieren. Gleich nach Prozessende wies sie alle Funktionäre und Mitglieder an, die Anklageschrift gegen die „Agenten“ auszuwerten und die „innerparteiliche Wachsamkeit“ zu erhöhen.³¹

Dem Schauprozess in Erfurt folgten drei weitere Prozesse (einer in Erfurt, zwei in Gera) ohne größere Öffentlichkeit. Aber auch bei diesen Verfahren agierten die Richter rigide gegen die angeklagten CDU-Anhänger. Dass es dabei mehr um die Disziplinierung der CDU als um reale Spionage ging, zeigte die Verurteilung von Hugo Dornhofer zu zwölf Jahren Zuchthaus. Dem früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden hatte die Staatsanwaltschaft vorgeworfen, das „geistige Oberhaupt der gesamten Widerstandsbewegung“ in der DDR zu sein.³² Im Zuge der „Säuberungen“ gerieten auch CDU-Funktionäre in Bedrängnis, die die Transformation der Partei mitgeprägt hatten. Dafür steht der Fall des mächtigen Landessekretärs Walter Rücker.³³ Seit Mai 1949 führte er gemeinsam mit August Bach, Chefredakteur der parteieigenen Zeitung „Thüringer Tageblatt“, informell den Landesverband, nachdem sie den Vorsitzenden Siegfried Trommsdorff entmachtet hatten. Das Gespann zerbrach allerdings an der Frage, wer beim Parteitag im Juni 1950 offiziell das Amt übernehmen sollte. In diesen Streit griff die sowjetische Besatzungsmacht ein und legte fest, dass Rücker Minister für Handel und Versorgung in Thüringen werden sollte. Den Parteivorsitz bekam Bach zugesprochen. Die Rivalität zwischen beiden blieb jedoch bestehen, im Herbst 1950 kam es zum Eklat. Aufhänger war die „Fortschritts-Affäre“, benannt nach der Gesellschaft, die das parteieigene Vermögen verwaltete. Die Parteispitze um Bach beschuldigte die Firmenleitung, dass sie die Ablösung der „fortschrittlichen“ Landessekretäre Hermann Kalb und Richard Götz betrieben habe. Zuvor hatte die Firma ein Darlehen von einem anonymen Geldgeber für die finanzschwache Partei vermittelt, der seine Hilfe aber von einem Rücktritt der beiden Funktionäre abhängig machte.

31) *Auswertung der Erfurter Prozesse, Beschluss des Sekretariats der Parteileitung vom 22. Dezember 1952, in: ACDP 07-011-1834.*

32) *Zitiert nach P. Weber S. 330.*

33) *Vgl. M. Kiefer: Thüringer CDU, S. 24–26 und 32–33.*

Der Landesvorstand sah darin eine „parteizersetzende und staatsfeindliche Tätigkeit“³⁴ des Geschäftsführers Paul Löffler und verfolgte ihn und seine „Hintermänner“ in der CDU. Ins Visier geriet auch Walter Rucker, der seit August einer der Gesellschafter war. Im Oktober beschloss der Landesvorstand, dass der Minister zurücktreten sollte. Rucker weigerte sich jedoch und versuchte vergeblich, mit einem Übertritt zur SED sein Amt zu behalten. Daraufhin schloss ihn die Partei aus ihren Reihen aus.³⁵

Unterordnung unter die SED

Die Transformation der CDU betraf nicht allein Struktur und Personal. Die Partei ordnete sich schrittweise auch politisch der SED unter. Eine wichtige Etappe waren die Auseinandersetzung um die Durchführung der Kommunal-, Landtags- und Volkskammerwahlen im Herbst 1950. Um ihre Dominanz dauerhaft abzusichern, plädierte die SED für eine Einheitsliste mit einer feststehenden Anzahl von Mandaten für jede Partei und Massenorganisation. Dabei sollte die SED mehr Sitze als ihre Mitbewerber erhalten. Zudem konnte sie sich auf die Massenorganisationen stützen, in deren Reihen und Führungsgremien sich viele ihrer Mitglieder befanden. Über den vorgeschlagenen Wahlmodus herrschte in der CDU-Führung Uneinigkeit.³⁶ Parteichef Otto Nuschke machte sich für freie, ergebnisoffene Wahlen stark, mit denen er einen Machtwechsel hin zur Union erreichen wollte. Für die Einheitsliste sprach sich dagegen Gerald Götting aus. Der junge Politiker – er war 1923 in Nietleben bei Halle/Saale geboren – hatte 1949 die Nachfolge von Georg Dertinger als Generalsekretär angetreten und galt als Verfechter einer engen Zusammenarbeit mit SMAD und SED.³⁷

34) Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes der CDU Thüringen am 9. September 1950, in: ACDP 07-011-540.

35) Im August 1952 nahm die Staatssicherheit Rucker, der mittlerweile als kaufmännischer Angestellter arbeitete, im Rahmen des Überwachungsvorgangs „Zentrum“ fest, entließ ihn aber aus Mangel an Beweisen schnell wieder. Spätestens 1955 wanderte der frühere Politiker in die Bundesrepublik aus, vgl. zu Rückers Werdegang J. Lengemann S. 561–563.

36) Vgl. zum Folgenden M. Richter: CDU 1948–1952, S. 241–247 und S. Suckut: Innenpolitische Aspekte, S. 375–377.

37) Welche Rolle die sowjetische Besatzungsmacht bei Göttings raschem Aufstieg in der CDU spielte, ist in der Forschung umstritten. Während S. Suckut: Götting, S. 166 von einer entscheidenden Einflussnahme ausgeht, betont P. J. Lapp: Götting, S. 47–48, dass vor allem Otto Nuschke die Berufung Göttings zum Generalsekretär vorantrieb.

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

In diesem für die Partei grundlegenden Streit teilten die meisten Mitglieder Nuschkes Position. In Thüringen reaktivierte die Hoffnung auf freie Wahlen große Teile der Anhängerschaft, nachdem sie sich aus Unzufriedenheit über den Kurs ihrer Partei zurückgezogen hatten. Um für den Wahlkampf gerüstet zu sein, warben die CDU-Vertreter Anfang 1950 wieder um neue Mitglieder, kassierten Beiträge und gründeten neue Ortsgruppen. Im Kreis Bad Salzungen zogen die Mitglieder bereits durch die Straßen und versprachen neue Arbeitsplätze. Die Motivation der „Unionsfreunde“ speiste sich aus ihrer Ablehnung der SED. Selbstbewusst proklamierte ein CDU-Mitglied aus Eisenach: „Die marxistische Richtung ist lange genug am Ruder. Es wird Zeit, daß sie durch etwas anderes abgelöst wird.“³⁸

Trotz dieser Unterstützung durch die Basis änderte Otto Nuschke im März 1950 seine Haltung und stimmte gegenüber Staatspräsident Wilhelm Pieck der Einheitsliste zu. Beide Politiker vereinbarten aber, die Einigung erst später öffentlich zu machen. Am 16. Mai 1950 beschloss dann der zentrale Blockausschuss offiziell die Wahl per Einheitsliste. Was Nuschke zu seinem Umschwung bewog, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Ein wesentlicher Grund war sicherlich der Druck von SED und sowjetischer Besatzungsmacht. Die Geschichte seiner Vorgänger Kaiser und Hermes zeigte, dass ihm bei anhaltendem Widerspruch die Absetzung drohte. Zudem erscheint es plausibel, dass Nuschke wie auch der Vorsitzende der LDP, Hermann Kastner, das Prestige und die Privilegien nicht verlieren wollten, die mit ihren Ämtern einhergingen. So war Nuschke nicht nur CDU-Vorsitzender, sondern auch stellvertretender Ministerpräsident. An der Parteibasis in Thüringen sorgte der Schwenk Nuschkes für Unmut. So verweigerten in etlichen Kreisen die Mitglieder von CDU und LDP die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten.³⁹ In kleineren Orten wehrten sie sich gegen die Kandidaten der Massenorganisationen und wollten die Mandate nur unter den Parteien aufteilen. Bei der Wahl selbst lehnten in Gemeinden, in denen die CDU die Mehrheit innehatte, teilweise bis zu 50 Prozent der Wähler die vorgelegte Liste ab.⁴⁰

38) *Stellungnahme zur Vorbereitung der Wahlen im Oktober vom 28. Januar 1950, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, SED-Landesleitung Thüringen, A IV/2/4–123, Bl. 1.*

39) *Bericht über Vorbereitung der Wahlen vom 26. August 1950, ebd., Bl. 223–224.*

40) *Vgl. M. Richter: CDU 1948–1952, S. 296.*

Die Führung der Thüringer CDU um den Vorsitzenden August Bach und den Landessekretär Hermann Kalb trug die Wahlen per Einheitsliste loyal mit. Grundlegende Kritik an der SED entsprach nicht ihrer Überzeugung. Dies bedeutete aber nicht, dass sie alle Vorstöße der Staatspartei akzeptierten. Im Rahmen der entstehenden Ordnung setzten sie sich auch für die Belange ihrer Partei ein. Dies zeigt der Streit um die Postenvergabe nach der Wahl im Herbst 1950. Nach dem Willen der SED sollte die CDU nur im Eichsfeld den Landrat stellen. Die CDU forderte jedoch in der Sitzung des Landesblocks Mitte November 1950 zwei weitere Landräte, in Meiningen und Bad Salzungen.⁴¹ Die SED sowie die Vertreter der anderen Parteien und Massenorganisationen lehnten das Ansinnen ab. Auch einen Kompromiss mit nur einem zusätzlichen Amt wiesen sie zurück. Weil aber die CDU auf ihrer Haltung beharrte, konnte der Landesblock die vorlegte Liste über die Ämterverteilung nicht verabschieden. Erst nach einem Gespräch mit dem 1. Sekretär der SED-Landesleitung, Erich Mückenberger, Ende November lenkte die CDU-Führung ein.⁴² Für ihre Zustimmung sollte die Partei zusätzlich die Stelle eines Gemeindebürgermeisters im Kreis Suhl erhalten.

Neben der Zustimmung zu den Wahlen per Einheitsliste erwartete die SED, dass die CDU sich auch offiziell unterordnete. Nach längerem Zögern anerkannte die Union auf ihrem Parteitag im Oktober 1952 „vorbehaltlos die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim Aufbau des Sozialismus“.⁴³ Mit diesem Bekenntnis nahm die CDU endgültig den ihr zugedachten Platz als „Blockpartei“ in der DDR ein.

Die Transformation hatte einen hohen Preis. Die Partei verlor ihre Eigenständigkeit und Teile ihrer Basis. Hatte die Thüringer CDU Anfang 1949 36.388 Mitglieder sank die Zahl innerhalb von drei Jahren auf 32.163 (siehe Abbildung 1).⁴⁴

41) *Landesblockssitzung am 20. November 1950, in: LATH – HStA Weimar, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten Nr. 669, Bl. 123–138.*

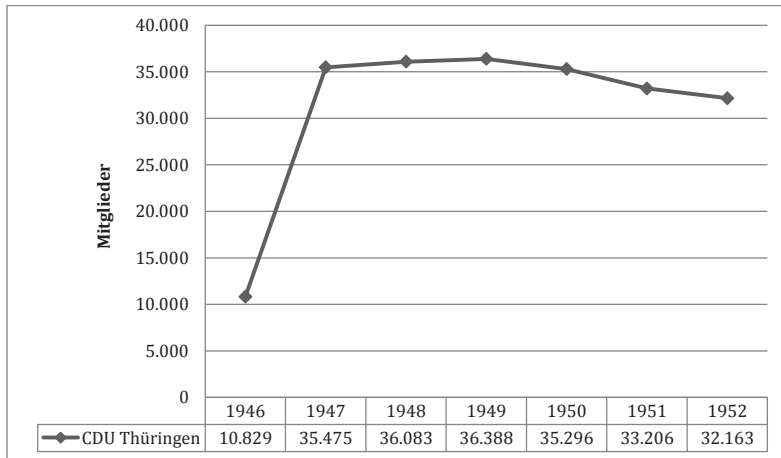
42) *Protokoll der Sekretariatssitzung der SED-Landesleitung vom 30. November 1950, in: ebd., BPA SED Erfurt, SED-Landesleitung Thüringen, IV/L2/3–048, Bl. 136.*

43) *Entschliessung vom 18. Oktober 1952, zitiert nach M. Agethen: CDU 1945–1953, S. 60.*

44) *Vgl. Mitgliederbewegung für die Zeit von 1946–1952, Dokument ohne Datum, in: ACDP 07-011-5911.*

2. Wandlung und Auflösung des Landesverbandes

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung der CDU Thüringen von 1946 bis 1952⁴⁵



Der Rückgang hielt in den nächsten Jahren an und belastete so auch die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl.

⁴⁵⁾ Eigene Aufstellung nach Mitgliederbewegung für die Jahre 1946 bis 1952 (ebd.)
Zahlen beziehen sich auf den 1. Januar des jeweiligen Jahres.

3. Im Bann der Transformation: Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl bis 1961

Die CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl stellten keinen Neuanfang dar.¹ Sie waren auf vielfache Weise mit dem aufgelösten Landesverband verknüpft. Augenscheinlich wird die Kontinuität anhand der handelnden Personen. Der vormalige Landessekretär Hermann Kalb führte den Verband im Bezirk Erfurt, sein bisheriger Stellvertreter Richard Götz übernahm die Leitung in Suhl. In Gera rückte Günther Neumann an die Spitze, er hatte zuvor als Kreisrat in Bad Salzungen gearbeitet. Daneben standen die Bezirksverbände strukturell in enger Beziehung zum aufgelösten Landesverband, von dem sie die jeweiligen Kreisverbände eingliederten. Damit blieben aber auch die vielfältigen Probleme der Partei bestehen, angefangen bei der Mitgliederentwicklung über die Engpässe beim Budget bis hin zur hohen Fluktuation unter den Funktionären. Diese Mängel prägten die Geschichte der Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl in den 1950er Jahren.

Mitgliederrückgang

Sorge bereitete den CDU-Verbänden, dass ihre Mitgliederbasis weiter schwand. Im Bezirk Erfurt büßte die CDU zwischen 1952 und 1958 34 Prozent ihrer Anhänger ein (von 18.645 auf 12.256, siehe Abbildung 2).² Im selben Zeitraum verloren auch die Parteioorganisationen in Gera und Suhl deutlich an Mitgliedern. In Gera sank die Zahl um 27 Prozent (von 5.694 auf 4.167), in Suhl um 26 Prozent (von 4.980 auf 3.686). Solche Einbrüche hatte die CDU in der DDR überall zu verzeichnen, insgesamt verlor die Partei in diesen sechs Jahren knapp 35 Prozent ihrer Mitglieder (von 152.821 auf 99.372).³ Lässt man die Spanne Ende 1947 beginnen, als sich 218.189 Menschen in der Union

1) Dies betont vor allem in personeller Hinsicht auch für die Bezirksverbände Schwerin, Rostock und Neubrandenburg C. Schwießelmann: *CDU in MV*, S. 444–445.

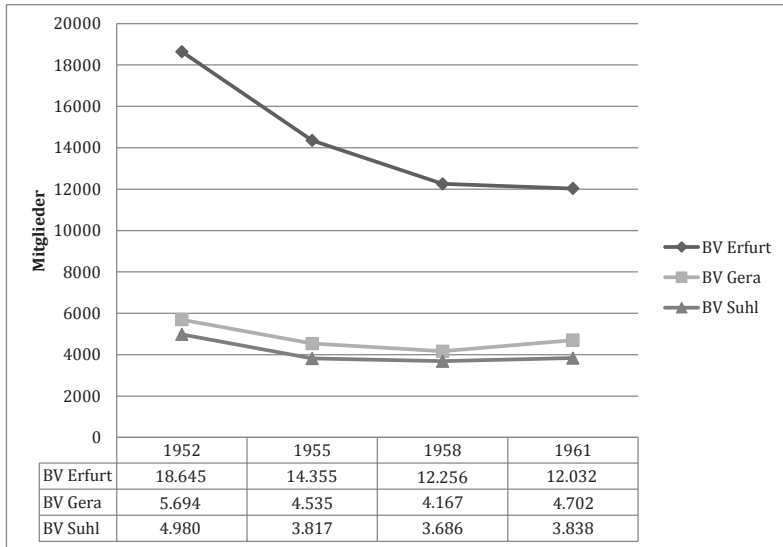
2) Siehe zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der Bezirksverbände von 1952 bis 1961 die Statistik vom 13. September 1990, in: *ACDP 07-011-3857. Die Zahlen beziehen sich immer auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.*

3) So auch M. Kiefer: *Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen*, S. 153 und M. Agethen: *CDU in der DDR*, S. 216–217. Vgl. für die entsprechenden Mitgliederzahlen der CDU in der DDR die Statistik vom 13. September 1990.

3. Im Bann der Transformation

versammelten, so gingen in den folgenden elf Jahren die Mitgliederzahlen gar um 54 Prozent zurück.

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung der CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl von 1952 bis 1961⁴



Der Mitgliederrückgang hatte politische Gründe. Dies zeigt eine Bilanz der Parteiführung in Berlin für das Jahr 1958.⁵ Demnach verzeichnete die gesamte CDU in der SBZ 9.895 „Abgänge“. Der überwiegende Teil, nämlich 61 Prozent (6.027), waren Mitglieder, die aus der Partei austraten. Hinzu kamen diejenigen (17 Prozent, 1.665), deren Mitgliedschaft wegen Vergehen wie Weggang in die Bundesrepublik „gestrichen“ wurde. Die Anhänger, die aus anderen Gründen (Tod oder „Verzüge“) aus der CDU schieden, bildeten mit insgesamt 22 Prozent (2.203) die Minderheit. Deutlich wird die mangelnde Bindekraft der CDU anhand der Situation in der Ortsgruppe Wolkrams-

4) Eigene Aufstellung nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

5) Analyse der Mitgliederbewegung in der CDU im Jahr 1958, Dokument vom 10. März 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/15/49, Bl. 13–15.

hausen im Kreis Nordhausen.⁶ Sie verlor im Jahr 1958 innerhalb kurzer Zeit acht Mitglieder. Zunächst erklärte der Vorsitzende seinen Austritt – die Union sei zu „SEDistisch“ geworden. Ihm missfiel unter anderem, dass die Parteiführung die von der SED propagierte Jugendweihe als Ersatz für Firmung und Konfirmation unterstützte.⁷ Zugleich verließen zwei Brüder die CDU, um Nachteile für ihre berufliche Laufbahn zu vermeiden. Vier „Unionfreunde“ aus Wolkramshausen begründeten ihre Austritte vieldeutig damit, dass sie sich für einen „anderen Weg“ entschieden hätten. Zudem verließ der stellvertretende OG-Vorsitzende das Land. Dieser rapide Schwund lähmte die politische Arbeit der Ortsgruppe, da niemand der verbliebenen Mitglieder die vakanten Leitungämter übernehmen wollte.

Die Führung der CDU versuchte den Abwärtstrend mit besserer „politisch-ideologischer Arbeit“ zu stoppen. So sollten die lokalen Funktionäre austrittswillige Mitglieder vom Verbleib in der CDU überzeugen. Ließ sich jemand nicht umstimmen, waren die Parteivertreter angehalten, den Verlust durch Gewinnung eines neuen Mitglieds auszugleichen. Diese Vorgaben erfüllten viele Kreissekretäre allerdings nicht. In dem besagten Bericht über die Mitgliederentwicklung 1958 kritisierte die Parteileitung beispielsweise den Kreisverband Weimar-Land für seine schlechte Mitgliederarbeit. Der Vorstand habe sich weder mit den 50 Austritten beschäftigt noch die Werbung von neuen „Unionsfreunden“ forciert.⁸ Im März 1959 legte der CDU-Hauptvorstand in Berlin zusätzlich fest, dass die Bezirks- und Kreissekretariate zukünftig die Mitgliederbewegung systematisch analysieren sollten.⁹ Ziel war es, mit Hilfe der Berichte die nachrangigen Parteigliederungen besser anzuleiten. Die Neuaufnahmen fielen indes so niedrig nicht aus. Im Jahr 1958 traten 4.663 Menschen in die CDU ein, die Verbände in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl gewannen insgesamt 859 neue Mit-

6) *Bericht über die CDU-Ortsgruppe Wolkramshausen vom 30. Oktober 1958, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM 1383/66, Arbeitsvorgang, Bd. 3, Bl. 171–172.*

7) *Die Jugendweihe war ursprünglich ein Ritus Freireligiöser, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Arbeiterbewegung verbreitete. Seit Mitte der 1950er Jahre nutzte die SED die Jugendweihe als politisches Instrument, um den gesellschaftlichen Einfluss der Kirchen zurückzudrängen, vgl. dazu H. Wentker: Jugendweihe.*

8) *Analyse der Mitgliederbewegung in der CDU im Jahr 1958, Dokument vom 10. März 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/15/49, Bl. 13.*

9) *Vgl. ebd. Bl. 23 und Stärkung und Festigung der Partei durch Gewinnung neuer Mitglieder, Vorlage für Sekretariat des Hauptvorstandes am 18. Februar 1959, in: ACDP 07-011-0563.*

3. Im Bann der Transformation

glieder.¹⁰ Diese recht passablen Ergebnisse reichten aber nicht aus, um die Abgänge zu kompensieren – in den drei Bezirken beliefen sie sich zusammen auf 1.575¹¹, sodass die Partei im Thüringer Raum ein Minus von 716 Anhängern registrierte.

In den folgenden Jahren gelang es der CDU in der DDR, die Mitgliederzahlen bei gut 100.000 zu stabilisieren.¹² Entscheidend dafür war, dass sich die Höhe der „Abgänge“ verringerte.¹³ Der Schwund dürfte weniger an den angeordneten Maßnahmen gelegen haben. Wahrscheinlicher ist, dass die „Häutung“ der Partei langsam ein Ende fand, dass also die meisten Mitglieder, die die Transformation der CDU ablehnten, ausgetreten waren. Ein weiterer Grund war der Mauerbau im August 1961. Er nahm kritischen „Unionsfreunden“ die Möglichkeit, das Land zu verlassen. 1962 reduzierten sich beispielsweise die Parteiausschlüsse, die man vorher häufig gegen „Republikflüchtige“ verhängt hatte, auf 267.¹⁴

Neben den sinkenden Abgängen speiste sich die positivere Bilanz auch aus der Tatsache, dass die CDU mehr Mitglieder warb als zuvor.¹⁵ An dieser Entwicklung waren auch die CDU-Verbände in den Bezirken Gera und Suhl beteiligt. Seit 1958 wuchsen sie stetig, 1961 bekannten sich im Bezirk Gera 4.702 Menschen zur Union, in Suhl blickte der Verband auf 3.838 Mitglieder.¹⁶ Die Parteiorganisation im Bezirk Erfurt dagegen büßte weiter an Anhängern ein, wobei der Verlust nicht mehr so drastisch ausfiel wie Mitte der 1950er Jahre. 1961 wies die

10) *Die Zahl der Neuaufnahmen in: Erfurt: 395; Gera: 216; Suhl: 248. Vgl. Neuaufnahmen der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.*

11) *Das Gros der Abgänge kam aus dem CDU-Verband im Bezirk Erfurt (1.106). Moderater fiel die Bilanz in Gera (234) und Suhl (235) aus. Sie konnten die Verluste (fast) ausgleichen.*

12) *In diesem Sinne auch M. Kiefer: Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen, S. 153–154 und S. Zeidler S. 90.*

13) *So 1959: 5.642; 1960: 5.955; 1962: 4.259, vgl. Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1960, Dokument vom 7. Juni 1961, und Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1962, Dokument vom 14. Juni 1963, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/49, Bl. 324 und 475.*

14) *Vgl. Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1962, Dokument vom 14. Juni 1963, ebd., Bl. 475.*

15) *1959: 6.675; 1960: 5.577; 1962: 4.698, wie Fußnote 13 in diesem Kapitel.*

16) *Einen Anstieg der Mitglieder zwischen 1958 und 1961 verzeichnete die CDU auch in den Bezirken Magdeburg, Halle, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg, Potsdam und Rostock. Die übrigen Parteiorganisationen pendelten zwischen Wachstum und Rückgang.*

CDU dort 12.032 Mitglieder auf – ein Niveau, das sie in den nächsten Jahren halten sollte.

Finanznot

Neben den Mitgliederverlusten machte der CDU ihre schlechte finanzielle Lage zu schaffen. Spätestens seit Anfang der 1950er Jahre hatten die Mittel der Partei nicht mehr ausgereicht, um den wachsenden Parteiapparat zu unterhalten.¹⁷ Nach der Gründung der Bezirksverbände wurde die Partei zwar entschuldet. Fortan erhielt sie vom Staat Geld, um die Parteiangestellten zu bezahlen.¹⁸ Dennoch plagten die CDU – anders als bislang dargestellt – weiterhin Finanznöte.¹⁹

Im Januar 1953 kürzte die Parteileitung in Berlin das monatliche Budget der Kreis- und Bezirksverbände erheblich.²⁰ Die CDU in den Bezirken Erfurt und Gera musste mit gut einem Viertel weniger auskommen. Noch härter traf es die Partei in Suhl, deren Haushalt sich um 30 Prozent verringerte.²¹ Als die Vorsitzenden der fünfzehn Bezirksverbände mit der Parteileitung am 7. Januar über mögliche Sparmaßnah-

17) *So fehlten im Etat der CDU für Juli 1951 41.000 Mark zur Finanzierung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen, siehe Die Finanzsituation der CDU, Vermerk für den Politischen Ausschuss am 10. Juli 1951, in: ACDP 07-011-1841. Siehe auch M. Richter: CDU 1948–1952, S. 314–315 und zu den Finanzproblemen des Landesverbandes Mecklenburg Anfang der 1950er Jahre C. Schwießelmann: CDU in MV, S. 378–380.*

18) *Siehe zur staatlichen Finanzierung der CDU M. Richter: CDU 1948–1952, S. 331, P. J. Lapp: Staatsparteien, S. 67 sowie die Darstellung von Gerald Götting in P. J. Lapp: Götting, S. 109. Die Finanzen der CDU stellen eine Forschungslücke dar. Dies betrifft sowohl ihre Entwicklung als auch den (politischen) Umgang mit den Mitteln.*

19) *C. Schwießelmann: CDU im Norden, S. 39 sieht mit den staatlichen Zuwendungen die „Finanzmisere“ der CDU überwunden. Diesen Eindruck erweckt auch M. Richter: CDU 1948–1952, S. 331. Mit der Entwicklung der finanziellen Situation der Partei über 1952 hinaus beschäftigen sie sich allerdings nicht.*

20) *Wie groß die Kürzungen bei den Kreisverbänden in den drei Bezirken ausfielen, lässt sich wegen fehlender Vergleichszahlen nicht beziffern.*

21) *Der Haushalt richtete sich nach der Anzahl der Kreisverbände. Die CDU im Bezirk Erfurt gehörte mit ihren 15 Kreisverbänden zu den größeren Parteiorganisationen und erhielt monatlich 11.500 Mark (ursprünglich 15.200), Gera (13) und Suhl (8) zählten zu den kleinen Verbänden, ihnen gestand man 11.000 Mark (14.300) beziehungsweise 9.500 Mark (13.700) zu. Zu den Zahlen vgl. Monatliche Haushaltsrate für 1953 für die BV Erfurt, Gera und Suhl, ohne Datum, in: ACDP 07-011-5111 und Sitzung des Sekretariats am 12. Dezember 1952 samt der Vorlage für das Haushaltsjahr 1953, in: ACDP 07-011-1834.*

3. Im Bann der Transformation

men diskutierten, bestand Konsens darüber, die Personalkosten zu reduzieren. Zur Disposition stand etwa die Stelle des Schatzmeisters im Bezirkssekretariat.²² Nach der Sitzung handelten die Bezirksverbände im Thüringer Raum umgehend und schafften das Amt ab. Darüber hinaus beschlossen sie weitere Einsparungen. Die CDU im Bezirk Erfurt kürzte bei einigen Kreisverbänden das Gehalt der leitenden Funktionäre und strich Mitarbeiterstellen.²³ Der Bezirksverband Gera entließ Angestellte aus der eigenen Verwaltung.²⁴ Am radikalsten ging die CDU im Bezirk Suhl vor. Sie kündigte nicht nur eine Reihe Mitarbeiter im Bezirkssekretariat.²⁵ Um die Zahl der Beschäftigten zu senken, legte das Bezirkssekretariat die Kreisverbände Schmalkalden und Suhl sowie Sonneberg und Neuhaus organisatorisch zusammen.²⁶

Ein Manko bei den Einnahmen waren die Mitgliedsbeiträge. Dass sie nicht in ausreichendem Maße zum Unterhalt der Partei beitrugen, lag an der schrumpfenden Basis. Hinzu kam – und das war für die Partei ein massives Problem – der mangelhafte Einzug der Beiträge. In der zentralen Finanzverwaltung der CDU, die seit Februar 1951 existierte, mussten die Ortsgruppen über die Kreisverbände die Mitgliedsbeiträge an den Schatzmeister der Parteileitung in Berlin abführen. Die Führung erwartete, dass die Funktionäre vor Ort von allen „Unionsfreunden“ den jeweiligen Beitrag einzogen. In der Praxis aber kassierten viele der Verantwortlichen die Abgaben nicht konsequent, sei es aus Passivität, Überlastung oder weil sie auf Mitglieder trafen, die sich weigerten, ihre Beiträge zu zahlen.²⁷ Darüber hinaus erwiesen sich für einige Kreisverbände ihre manipulierten Mitgliederzahlen als Problem. Deren Funktionäre *konnten* das „Beitragsoll“ gar nicht erfüllen. Auf diesen Zusammenhang wies beispielsweise Lothar Zschommler, Or-

22) Vgl. *Sitzung des erweiterten Sekretariats der Parteileitung am 7. Januar 1953, in: ACDP 07-011-1835.*

23) Vgl. *Sekretariatssitzung des Bezirksverbandes Erfurt am 8. Januar 1953, in: ACDP, 07-011-1415.*

24) Vgl. *Sitzung des Bezirksvorstandes Gera am 21. Januar 1953 und Sitzung des Sekretariats des Bezirksverbandes Gera am 14. Oktober 1953, in: ACDP 07-011-1680.*

25) Vgl. *Sitzung des Sekretariatssitzung des Bezirksverbandes Suhl am 8. Januar 1953, in: ACDP 07-011-1273.*

26) Vgl. *Sekretariatssitzung des Bezirksverbandes Suhl am 3. Juni 1953, in: ACDP 07-011-1273.*

27) *Der Kreisverband Ilmenau beispielsweise wies Ende 1953 ein Minus von 325 Mark bei den Mitgliedsbeiträgen auf. Die Schuld sah das Bezirkssekretariat bei dem Kreissekretär, dem sie mangelndes Engagement vorwarf, vgl. Sitzung des Bezirkssekretariats der CDU Suhl am 6. Januar 1954, in: ACDP 07-011-1272.*

ganisationsleiter beim CDU-Bezirksverband Gera, im Januar 1953 hin, als er die „karteimässigen [sic!] Mitglieder“ – sie waren verstorben oder verzogen – bei etlichen Kreisverbänden anprangerte.²⁸

In den folgenden Jahren besserte sich der Einzug der Mitgliedsbeiträge in der CDU kaum. Nach einem kleinen Anstieg zwischen 1953 und 1955, fielen die Summen bis 1957 wieder. Stetig wuchs dagegen in dieser Zeit eine andere wichtige Einnahmequelle der Gesamt-CDU, die Zahlungen der parteieigenen Betriebe.²⁹ Gleichwohl reichte die Summe aller Erträge bei weitem nicht aus, um die Ausgaben zu decken. 1957 beispielsweise erzielte die Union aus den Mitgliedsbeiträgen und Betriebsüberschüssen zusammen gut 3,2 Millionen Deutsche Mark der DDR; dem standen jedoch Aufwendungen in Höhe von 8,2 Millionen Mark gegenüber.³⁰ Diese Lücke machte die CDU in starkem Maße abhängig von den staatlichen Geldern, deren Höhe die SED bestimmte. Wollte die CDU ihren hauptamtlichen Apparat in den Bezirken und Kreisen (wieder) erweitern, waren Verhandlungen mit der Staatspartei nötig. Diese Abhängigkeit begleitete die Union in den kommenden Jahrzehnten.³¹

Fluktuation beim Personal

In den 1950er Jahren fehlte es der CDU in den drei Bezirken an ausreichend systemloyalen wie fähigen Funktionären. Dieser Mangel, der auch andere Verbände betraf³², war fatal für eine „Kaderpartei“, deren Organisation stark auf ihre hauptamtlichen Mitarbeiter zugeschnitten war. Vor dem Mauerbau kam es immer wieder vor, dass Parteiarbeiter das Land in Richtung Westen verließen. Vorrangig quittierten Kreissekretäre auf diese Weise ihren Dienst. Bei der CDU im Bezirk Suhl flohen aber auch drei Akteure der Verbandsspitze: Richard Götz, ehemaliger Bezirksvorsitzender und Direktor der Industrie- und Han-

28) *Sitzung des Bezirksvorstandes der CDU Gera am 7. Januar 1953, in: ACDP 07-011-1680.*

29) *Siehe dazu die Gewinn- und Verlustrechnungen für 1953, 1955 und 1957, in: ACDP 07-011-5111, -5113, -5114/2.*

30) *Zahlen nach Deutscher Bundestag: UKPV 1996, S. 24.*

31) *Siehe dazu Kapitel 3.1. in diesem Buch.*

32) *Vgl. M. Rißmann: Kaderschulung, S. 101–102 und 217–219. Für die CDU in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin siehe C. Schwießelmann: CDU im Norden, S. 44–46.*

delskammer, Karl Paulsen, Organisationsleiter, und Heinz Mahle, Sekretär für Finanzen.³³

Neben politisch unzuverlässigen „Kadern“ sahen sich die Parteileitungen in den Bezirken mit Kreissekretären konfrontiert, die mit ihrer Tätigkeit überfordert waren. Davon zeugen der nachlässige Beitrags-einzug und die inkonsequente Mitgliederarbeit. Häufige Personalwechsel waren daher an der Tagesordnung. So hatten die Kreisverbände Suhl und Ilmenau zwischen 1953 und 1957 jeweils drei verschiedene Kreissekretäre.³⁴ Diese hohe Fluktuation erschwerte die politische Arbeit vor Ort.

Es dauerte bis in die 1960er Jahre, bis die CDU in den drei Bezirken eine größere Stetigkeit im Amt des Kreissekretärs erreichte.³⁵ Dafür gab es mehrere Gründe. Zentral war die mehrstufige Auswahl der Funktionäre. Im September 1960 legte der Hauptvorstand fest, dass diese Funktionäre vor Amtsantritt vom Sekretariat des Hauptvorstandes bestätigt werden mussten.³⁶ Bis dahin hatten allein die Bezirkssekretariate in Rücksprache mit den Kreisverbänden über die Personalie entschieden. Bei der Einstellung achtete die Parteileitung neben der politischen Arbeit auf die wahrgenommenen Schulungsangebote.³⁷ Dieses Kriterium war nicht neu. Seit 1952 hatte der Hauptvorstand wiederholt verlangt, dass nur Funktionäre ein Amt antreten konnten, wenn sie zuvor eine Parteischule besucht hatten.³⁸ An diesen Anspruch hielten sich die lokalen Stellen jedoch kaum.³⁹

33) Vgl. zu Götz *Sitzung des Bezirksvorstandes am 2. September 1954*, zu Paulsen *Sitzung des Bezirksvorstandes der CDU Suhl am 10. Oktober 1954* und zu Mahle *Sitzung des Sekretariats am 27. April 1957*, in: ACDP 07-011-1277.

34) *So im Kreisverband Suhl: Grabowski (1953), Frotzscher (1953), Max Koch (1954–1962); Ilmenau: Peter Bauch (1953–1956), Gerhard Kümmerling (1956), Annemarie Ehrentraut (1957).*

35) *Dies galt für die gesamte Partei*, vgl. M. Rißmann: *Kaderschulung*, S. 285.

36) *Vgl. Für eine neue Qualität unserer Arbeit, Beschluß des Hauptvorstandes am 27. September 1960*, in: *Union teilt mit*, Nr. 12 (1960) S. 5, und *die erste Kadernomenklatur der CDU in der DDR, beschlossen durch das Sekretariat des Hauptvorstandes am 21. November 1960*, in: ACDP 07-011-569.

37) Vgl. M. Rißmann: *Kaderschulung*, S. 218.

38) *Vgl. Arbeitsrichtlinien für das Hauptreferat Kaderpolitik, Vorlage für Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 15. August 1952*, in: ACDP 07-011-1834 und *Arbeitsrichtlinien für die Abteilung Kaderpolitik, Vorlage für Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 22. März 1954*, in: ACDP 07-011-1837.

39) *Zwischen 1951 und 1955 nahmen nur 81 Kreissekretäre an den Kursen der Parteischulen teil*, vgl. M. Rißmann: *Kaderschulung*, S. 158.

Die nunmehr systematischere Rekrutierung förderte den Aufbau eines funktionierenden Systems der Aus- und Weiterbildung der Kreissekretäre – ein weiterer Faktor für die größere Kontinuität. Dazu gehörten auch die Sonderlehrgänge für Kreissekretäre, die seit 1957 an der Zentralen Schulungsstätte (ZSS) in Burgscheidungen jährlich stattfanden. Sie waren obligatorisch für die Funktionäre und behandelten die alltäglichen politischen Aufgaben vor Ort.⁴⁰ In den folgenden Jahren definierte die Parteileitung ein klares Anforderungsprofil für Kreissekretäre. Ein idealtypischer Funktionär zeichnete sich danach durch seine Loyalität zur DDR, sein politisches Engagement und eine überzeugende Persönlichkeit aus. Zudem musste er entsprechende Qualifikationen nachweisen – sowohl politisch-organisatorisch durch den Besuch eines Mittelstufenlehrgangs an der ZSS als auch fachlich-inhaltlich in Form eines Berufsabschlusses, mindestens als Facharbeiter.⁴¹

Zugleich baute die Parteileitung gezielt eine „Kaderreserve“ auf, indem sie 1966/1967 die Ausbildung zukünftiger Kreissekretäre regelte.⁴² Sie dauerte sechs Monate und bestand aus der Teilnahme am Mittelstufenlehrgang, einem Ausbildungsseminar an der Schulungsstätte in Burgscheidungen sowie einem sechswöchigen Praktikum an der „Seite eines erfahrenen Kreissekretärs“. Neben den internen Maßnahmen profitierte die Parteileitung auch in diesem Fall vom Bau der Berliner Mauer im August 1961. Die Grenzschließung erhöhte den Anpassungsdruck auf Mitglieder wie Funktionäre.

Disziplinierung der Mitglieder und Funktionäre

Neben all den genannten Problemen – der bröckelnden Basis, der Finanznot und dem Mangel an zuverlässigen Kadern – sorgte die Politik der Parteiführung um Gerald Götting für Unruhe in den Verbänden. Sie strebte nach Gründung der Bezirksverbände im Sommer 1952 nach parteilicher Geschlossenheit und betrieb konsequent die Disziplinierung der Mitglieder und Funktionäre. Ihre Politik war stark von der

40) Vgl. *ebd.* S. 181.

41) Vgl. *Beschluß über Qualifikationsmerkmale der Kreissekretäre vom 13. April 1964*, in: *ACDP 07-010-3264*.

42) Vgl. *Vorlage über Nachwuchskader für Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 22. August 1966 und Richtlinie für die kaderpolitische Arbeit mit den Kreissekretären, Vorlage für Sitzung des Sekretariats vom 18. Dezember 1967*, in: *ACDP 07-011-130*.

3. Im Bann der Transformation

SED und deren Weltansicht beeinflusst, dass mit dem „Aufbau des Sozialismus“ der „Klassenkampf“ zwischen „alten“ und „neuen“ Kräften zunehme.

In dieses Schema passte die Festnahme von Außenminister Georg Dertinger im Januar 1953. Mit ihm fiel einer der entscheidenden Köpfe der systemloyalen CDU in Ungnade.⁴³ Öffentlich warf man ihm „Spionage“ vor, wahrscheinlicher ist es aber, dass Dertinger mit seinem strikten Einsatz für die Einheit Deutschlands zunehmend die Kreise der SED störte. Die Parteiführung um Gerald Götting passte sich umgehend der Lage an und verurteilte ihn als „Verräter“.⁴⁴ Dazu ordnete der Hauptvorstand an, alle CDU-Funktionäre in Partei, Verwaltung und Wirtschaft zu überprüfen. Er knüpfte damit an Pläne an, die bezeichnenderweise Dertinger im Sinne einer „höheren Wachsamkeit“ mit angestoßen hatte. Die Kontrolle lag bei den Untersuchungsausschüssen. Diese Instanzen hatte die Parteiführung im Herbst 1952 geschaffen, Vorbild war die Parteikontrollkommission der SED.⁴⁵ Im Zuge des „Neuen Kurses“ der SED, der die sozialistische Transformation des Landes verlangsamte, stoppte die CDU-Führung Anfang Juli 1953 allerdings die Aktion.⁴⁶

Mit dieser Entscheidung gab sie aber nicht den Anspruch auf, die Partei weiter zu formieren. Angespornt durch die sowjetische Führung in Deutschland, bemühte sich die CDU nach dem 17. Juni 1953 zunächst um eine eigenständigere Rolle im politischen System der DDR.⁴⁷ So erlaubte sie ihren Mitgliedern, Parteiorganisationen in Betrieben fortzuführen. Dieser Kurs missfiel aber der SED, widersprach er doch deren absolutem Machtanspruch. Sie drängte daher die CDU-Leitung um Gerald Götting, sich (wieder) klar unterzuordnen und gegen „reaktionäre Kräfte“ in den eigenen Reihen vorzugehen. Diesem Druck beugte sich das Sekretariat des Hauptvorstandes und wandte sich im

43) Vgl. zur Person und den Hintergründen der Festnahme M. Agethen: *Dertinger und P. J. Lapp: Dertinger*.

44) *Siehe Entschließung des Politischen Ausschusses vom 21. Januar 1953 und Sitzung des Politischen Ausschusses am 4. Februar 1953, in: ACDP 07-011-1325. Ausführlich zu den parteiinternen Reaktionen auf die Verhaftung Dertingers J. Franke.*

45) Vgl. M. Reißmann: *Zur Rolle der Ost-CDU*, S. 82–83.

46) Vgl. *Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 6. Juli 1953, in: ACDP 07-011-1836.*

47) *Zum Auftreten der CDU nach dem 17. Juni 1953 und die Kritik der SED daran S. Zeidler S. 144–150, Leo Haupts S. 405–410 und M. Reißmann: Kadenschulung, S. 101–103.*

Frühjahr 1954 gegen eine Reihe von Bezirksvorsitzenden.⁴⁸ Einer von ihnen war Günther Neumann, Vorsitzender der CDU im Bezirk Gera.⁴⁹ Ihm warf man vor, die Parteiarbeit bewusst „desorganisiert“ und weder die Beschlüsse des Hauptvorstandes berücksichtigt noch die Kreisverbände politisch angeleitet zu haben. Zudem sollte er Walter Ulbricht diffamiert und den 17. Juni 1953 als „Ausdruck des wahren Volkswillens“ bezeichnet haben.⁵⁰ Ende März 1954 setzte die Parteileitung um Gerald Götting Neumann als Bezirksvorsitzenden ab und schloss ihn wenig später, am 8. April 1954, aus der CDU aus.⁵¹ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Staatssicherheit Neumann bereits festgenommen. Sie ermittelte seit September 1953 gegen ihn wegen „feindliche[r] Tätigkeit“ in der CDU und Kontakten zum Ost-Büro der bundesdeutschen CDU.⁵² Bei den Vernehmungen in der Untersuchungshaft bestritt Neumann alle Vorwürfe, die Staatssicherheit aber sah seine „Feind-

48) *So gegen den Vorsitzenden des Verbandes Frankfurt/Oder, Günter Frölich, und seinen Kollegen aus Cottbus, Adolf Maurer, vgl. Sitzungen des Sekretariats des Hauptvorstandes am 22. März und 3. Mai 1954, in: ACDP 07-011-1837. Ihre Ablösung hatte Götting zuvor mit SED-Funktionären abgestimmt, vgl. Aktennotiz der ZK-Abteilung Leitende Organe über eine Besprechung mit Gerald Götting vom 6. März 1954, in: SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/15/6, Bl. 10.*

49) *Neumann, CDU-Mitglied seit 1948, leitete den Bezirksverband Gera seit September 1952. Zuvor hatte der gelernte Kaufmann im öffentlichen Dienst gewirkt: von 1946 bis 1950 als Leiter der Abteilung Handel und Versorgung im Landratsamt Mühlhausen, danach kurzzeitig als stellvertretender Landrat des Kreises Langensalza und schließlich in gleicher Funktion im Kreis Bad Salzungen, wo er auch den Vorsitz des CDU-Kreisverbandes übernommen hatte. Seit Februar 1952 führte das MfS Neumann als IM „Hammer“, wobei er sich nach Aktenlage einer intensiveren Zusammenarbeit entzog. Als die Staatssicherheit gegen Neumann ermittelte, brach sie die Verbindung ab, vgl. Erklärung von Neumann vom 15. Februar 1952, Beurteilung über Informator „Hammer“ vom 2. September 1952 sowie Beschluss über Abbrechen der Verbindung vom 11. Dezember 1953, in: BStU, MfS, BV Gera, AIM 498/53, Personalakte, Bl. 12, 13 und 15.*

50) *Siehe Bericht über Günther Neumann, ohne Datum, in: ACDP 03-045-003/6 und G. Buchstab: Widerspruch, S. 521-522.*

51) *Vgl. Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 30. März 1954, in: ACDP 07-011-1837 und Sitzung des Politischen Ausschusses am 8. April 1954, in: ACDP 07-011-1208.*

52) *Vgl. Beschluss über einen Überprüfungsvorgang gegen Günther Neumann vom 28. September 1953, in: BStU, MfS, BV Gera, AUV 178/54, Bd. 1, Bl. 37/38. Ein Großteil der Informationen stammte von IM „Graf“. Hinter diesem Decknamen verbarg sich laut dem Historiker Bernd Schäfer Günther Grewé, CDU-Mitglied und stellvertretender Oberbürgermeister von Gera, vgl. B. Schäfer S. 153. Grewé folgte Neumann als Bezirksvorsitzender in Gera nach.*

schaft zur Arbeiter- und Bauernmacht“ auf Grundlage von Zeugenaussagen als erwiesen an.⁵³

Das Bezirksgericht Gera übernahm erwartungsgemäß diese Sicht und verurteilte Neumann in der damals üblichen Kombination aus „Boykotthetze“ (Artikel 6 der DDR Verfassung) und „Gefährdung des Friedens“ (Kontrollratsdirektive 38) zu zehn Jahren Zuchthaus.⁵⁴ Die CDU-Führung um Gerald Götting wiederum versuchte mit dem Fall die eigenen Reihen weiter zu disziplinieren. In einem Artikel in der parteieigenen Zeitung „Neue Zeit“ wies sie Mitglieder wie Funktionäre an, sich mit Neumanns „zersetzende[r] Tätigkeit“ zu beschäftigen und gegen „alle reaktionären Kräfte“ in der CDU einen „kompromißlosen Kampf“⁵⁵ zu führen.

Ein Jahr später, Ende April 1955, sah der Hauptvorstand die „Wachsamkeit“ wieder in Gefahr und beschloss eine Kontrolle der Kreissekretäre.⁵⁶ Hinter der Maßnahme steckte die Angst der SED, dass der „Westen“ im Zuge des bevorstehenden NATO-Beitritts der Bundesrepublik „Agenten“ in die Parteien der DDR eingeschleust habe.⁵⁷ Die Überprüfung blieb in den Bezirken Erfurt und Suhl allerdings ohne Konsequenzen. Lediglich im Bezirk Gera setzte die dortige Parteileitung Joachim Gelfert als Kreisvorsitzenden von Jena-Land wegen angeblicher „Hetze“ gegen die DDR und die Sowjetunion im Jahr 1953 ab. Diese Vorwürfe waren bekannt, das Bezirkssekretariat Gera erfuhr jedoch erst im Frühjahr 1955 davon.⁵⁸

53) Vgl. *Schlussbericht vom 29. Mai 1954*, in: BStU, MfS, BV Gera, AU 75/54, Bd. 1, Bl. 117–126.

54) *Urteil gegen Günther Neumann vom 1. Juli 1954*, in: BStU, MfS, BV Gera, AU 75/54, Bd. 2, Bl. 176–186.

55) *Die Lehren von Gera*, in: *Neue Zeit* Nr. 87 vom 13. April 1954, in: ACDP 07-045-003/6.

56) *Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 27. April 1955*, in: ACDP 07-011-1838. *Siehe zu den Überprüfungen bei der CDU im Bezirk Erfurt Sitzung des Bezirkssekretariats am 11. Juli 1955*, in: ACDP 07-011-1212 und *im Bezirk Suhl Sitzung des Bezirkssekretariats am 26. Mai 1955*, in: ACDP 07-011-1272.

57) Vgl. S. Zeidler S. 241–242.

58) Vgl. *Sitzungen des Bezirksvorstandes am 5. Mai 1955 und am 26. Mai 1955*, in: ACDP 07-011-1680. *Mit dieser Absetzung war Gelferts Laufbahn als Funktionär in der CDU aber nicht beendet. Im November 1956 wurde er Vorsitzender des Kreisverbandes Gotha. Sechs Jahre später wechselte Gelfert als Sekretär für Agitation und Propaganda in das Sekretariat des Erfurter Bezirksverbandes. Im Jahr 1966 übernahm der Parteiarbeiter das Amt des Vorsitzenden im Bezirksverband Karl-Marx-Stadt, das er bis 1988 innehatte.*

Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 war ein weiterer Anlass, die Vorstände auf Kreis- und Bezirksebene zu inspizieren. Diesmal schaltete die Parteiführung allerdings nicht die Untersuchungsausschüsse ein. Sie beauftragte die Bezirksvorsitzenden, die Funktionäre in ihrer politischen Arbeit und Haltung zur Grenzschießung einzuschätzen. Im Rahmen dieser Überprüfungen schieden etliche ehrenamtliche Mitglieder aus den Kreis- und Bezirksvorständen aus.⁵⁹ Zudem plante der Hauptvorstand, einige Kreissekretäre abzulösen.⁶⁰ Nach dieser Untersuchung beendete die Parteiführung die kampagnenartige Disziplinierung der Mitglieder und Funktionäre. Sie war in dem nun abgeschotteten System nicht mehr nötig.

59) *So in den Kreisverbänden Schleiz und Saalfeld, vgl. Einschätzung der Haltung der Kreisvorstände in den Grenzkreisen, Brief von Wipler an Rösner, vom 9. Oktober 1961, in: ACDP 07-011-4755.*

60) *Vgl. ebd. Einschätzung der Einstellung und Haltung der Mitglieder des Hauptvorstandes, der Bezirksvorstände Bezirkssekretariate und der Kreissekretariate zu den Maßnahmen des 13. August 1961.*

II. Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl – Eine Blockpartei im Staatssozialismus (1961–1985)

Der Bau der Berliner Mauer stabilisierte die DDR entscheidend – zu Recht bezeichnet Dietrich Staritz den 13. August 1961 als ihren „heimlichen Gründungstag“.¹ Die Grenzschießung trug auch dazu bei, dass die CDU sich als Blockpartei konsolidierte. Nach einer Phase der Stagnation in den 1960er Jahren stiegen die Mitgliederzahlen in den Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl seit 1970 kontinuierlich. Diese Entwicklung lag an der allgemeinen (Selbst-)Disziplinierung der Menschen durch den Mauerbau, aber auch an einer verstärkten Mitgliederwerbung. Mit dem Mitgliederwachstum differenzierte sich der Parteiapparat aus, insbesondere auf Bezirksebene. Zudem erreichte die CDU durch eine systematischere Auswahl und Ausbildung eine größere Kontinuität unter den Kreissekretären. Gleichwohl behielt sie als Organisation etwas Instabiles. Dieser Zustand resultierte daraus, dass ein großer Teil der Basis die herrschende Parteikultur – sprich die geltenden Normen und Praktiken der Führung – nicht in dieser Form teilte. Viele Mitglieder störte vor allem die enge Bindung an die SED, ohne dass sie generell das System infrage stellten. Ihre Bindung an die Union beruhte vor allem auf sozialen Motiven.

In der politischen Praxis verhielt sich die CDU in den drei Bezirken entsprechend ihren Funktionen als Blockpartei. Sie bemühte sich um die Integration des christlichen Bevölkerungsanteils und arbeitete in der „sozialistischen Demokratie“ mit. Eine direkte „Anleitung“ durch die SED war dafür nicht nötig, wobei die CDU mehr war als ein „Wurmfortsatz“ der Staatspartei.² Im Rahmen des Sag- und Machbaren verfolgte sie ebenso eigene Interessen und setzte sich für Anliegen „ihres“ gesellschaftlichen Umfeldes ein. Dieser „Doppelcharakter“ der CDU (und aller anderen Blockparteien) als „Verbündeter und potentieller Konkurrent“³ der SED war auch der Grund für die stetige Überwachung durch die Staatssicherheit.

1) D. Staritz: *Geschichte der DDR*, S. 196.

2) Diese Beschreibung stammt von U. Schmidt S. 11.

3) S. Suckut: *Bedeutung*, S. 289.

1. Die Organisation der CDU

Die CDU hatte sich im Zuge ihrer Transformation zur Blockpartei grundlegend gewandelt. Zunächst besaß sie als „Bündnispartner“ der SED eine andere Funktion als zuvor. Dazu pflegte sie als Blockpartei ein neues Selbstverständnis, zu dessen Leitlinien neben dem christlichen Glauben das sozialistische Gesellschaftsmodell und die Führungsrolle der SED gehörten. Zudem war sie organisatorisch anders aufgestellt. Die Entscheidungshoheit lag nicht bei mehr den gewählten Vorständen, sondern bei der Parteibürokratie, der das Sekretariat vorstand. Dessen Mitglieder gehörten zum inneren Führungszirkel der CDU, wobei zwei Akteure eine besondere Rolle innehatten. Zum einen handelte es sich um den Bezirksvorsitzenden als Statthalter der Parteiführung in der Region und zum anderen um den Kreissekretär, der die Parteiarbeit vor Ort verantwortete.

1.1. Funktion und Parteikultur der CDU

Das politische System in der DDR bezeichnete die SED stolz als „sozialistische Demokratie“ und grenzte sich damit bewusst von der „bürgerlichen Demokratie“ im westlichen Ausland und deren Parteiensystemen ab.⁴

Die ideologische Grundlage der „sozialistischen Demokratie“ bildete der Marxismus-Leninismus. Zwei seiner Normen waren elementar für die Ordnung in der DDR: erstens der Sozialismus als verbindliches Gesellschaftsmodell und zweitens die „führende Rolle“ der SED als „Partei der Arbeiterklasse“. Diese unveräußerlichen Prinzipien bestimmten die Funktionen der mit der SED „befreundeten Parteien“. Dazu gehörten explizit nicht die programmatische Profilierung und politische Vertretung bestimmter Bevölkerungsgruppen samt Wettstreit um Mehrheiten.⁵ Die wichtigste Aufgabe der in einem „Block“ mit der SED agierenden Parteien war es vielmehr, ihre Mitglieder und ihr gesellschaftliches Umfeld in das System zu integrieren. So oblag es der

4) *Zum System der „sozialistischen Demokratie“ siehe die zeitgenössischen Beiträge von F. Harder u.a. und K. Sorgenicht. Für die Analyse aus westlicher Sicht vgl. P. J. Lapp: Befreundete Parteien. Zur politischen Ordnung der DDR und ihrer Wirkung auf die Gesellschaft nach wie vor instruktiv M. R. Lepsius.*

5) *Siehe etwa die weit verbreitete Definition einer Partei in demokratischen Systemen von Otto Stammer bei G. J. Glaesner: Politik, S. 318.*

1. Die Organisation der CDU

CDU, vor allem christliche Kreise, teilweise den Mittelstand und Selbständige für die herrschende Ordnung zu gewinnen. Die Blockparteien sollten aber nicht für den Sozialismus in der DDR werben, sondern diesen zusammen mit der SED auch tragen. Dafür gestand die SED den Blockparteien Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu, wobei die entscheidenden Ämter bis auf einzelne Ausnahmen in der Hand der Kommunisten blieben.

Die Rolle der CDU als Blockpartei schlug sich in ihrer Organisationskultur nieder. Kern des offiziellen Selbstverständnisses der Union war die Unterordnung unter die SED. Eigenständige, dem System widersprechende Politikentwürfe erarbeitete die Partei nicht.⁶ Stattdessen huldigte sie im Sinne des Marxismus-Leninismus der „führenden Rolle der SED“ in der DDR und erklärte den Sozialismus zum allein gültigen Gesellschaftsmodell. Im Vorwort ihrer Satzung von 1964 definierte sich die CDU als einen „untrennbaren Teil der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die unter Führung der Partei der Arbeiterklasse mit der Verwirklichung des Programms des Sozialismus die DDR festigt und weiter entwickelt“.⁷ Neben dieser Norm adaptierte die CDU weitere Elemente aus der politischen Kultur kommunistischer Parteien wie das Verständnis von Politik als Kampf zwischen Freund und Feind und die herausgehobene Rolle der Führung, die mit dem „demokratischen Zentralismus“ einherging.⁸

Zum öffentlichen Selbstbild der CDU – und da unterschied sie sich fundamental von der SED und den anderen Blockparteien – gehörte aber ebenfalls stets ein christlicher Bezug. In der Satzung von 1964 verstand sie sich als „Partei, in der sich Christen der DDR zur Mitarbeit an der Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung, am umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR und an der friedlichen Lösung der deutschen Frage zusammengeschlossen haben“.⁹ Erinnerung an diesen christlichen Hintergrund an die Gründung der Partei, grenzte sie sich ansonsten entschieden von ihrem Anfang als eine demokratisch verfasste und eigenständige Organisation ab.¹⁰ Dieses eigentüm-

6) *Zur programmatisch-ideellen Anpassung an die SED ausführlich O. Salten: Arbeitskreis.*

7) *Satzung der CDU von 1964, in: ACDP 07-011-3426.*

8) *Zur Parteikultur der SED und ihren handlungsleitenden Normen siehe A. Bahr S. 146–156.*

9) *Satzung der CDU von 1964, in: ACDP 07-011-3426.*

10) *Siehe beispielsweise die parteiunabhängige Geschichte des Thüringer Landesverbandes der CDU von V. Thiel unter dem Titel „Christen Thüringens in der Bewährung“.*

liche ideelle Gerüst aus kommunistischen Normen und christlichem Überrest war auf verschiedene Weise im Parteileben präsent. Das Selbstverständnis als Blockpartei prägte die ideologische Schulung der Funktionäre in Burscheidungen, die das damit verbundene Wertesystem wiederum an die Mitglieder weitergeben sollten.¹¹ Zugleich zeigten sich wesentliche Elemente wie die Bindung an die SED im Handeln und Sprechen der Parteivertreter. Der christliche Teil der Parteikultur wiederum manifestierte sich in Form von Kirchenkonzerten zum Parteitag oder den Weihnachtsfeiern, die sowohl in Ortsgruppen als auch in den Kreis- und Bezirksvorständen stattfanden.¹²

1.2. Der Apparat der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl

Die CDU in der DDR glich strukturell stark der SED. Von ihr übernahm die Union zwei wesentliche Organisationsprinzipien. Zum einen folgte die CDU einem zentralistischen Aufbau. Zum anderen lag die Macht beim hauptamtlichen Parteiapparat und seinem „Sekretariat“ als Entscheidungsgremium. Die gewählten ehrenamtlichen Vorstände verfügten dagegen kaum über Einfluss. Sekretariate samt eigener Verwaltung gab es auf allen Ebenen der Parteien, wobei sie sich in Größe und Verantwortung unterschieden. Entsprechend der Hierarchie war das Sekretariat des Hauptvorstandes die Leitinstanz, ihr nachgeordnet waren die Sekretariate der Bezirks- und Kreisverbände.¹³

11) *Zwei Themen des für Kreissekretäre bestimmten Mittelstufe-Lehrgangs an der ZSS im Jahr 1959 lauteten: „Die Deutsche Demokratische Republik – der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ und „Wir Christliche Demokraten bauen mit am Sozialismus der DDR“.* Zu diesem und weiteren Lehrplänen siehe *M. Reißmann: Kadenschulung, S. 300–308.*

12) *So fand während des Parteitages der CDU im Oktober 1972 in Erfurt ein Kirchenkonzert in der Predigerkirche statt, vgl. Gesamtablaufplan für den 13. Parteitag der CDU in Erfurt, SHV-Vorlage zum 15. September 1972, in: ACDP 07-011-1506. Ein Beispiel für eine Weihnachtsfeier ist die des Bezirkssekretariates der Geraer CDU im Jahr 1973, vgl. Brief von Sandberg an Günnel vom 26. November 1973, in: ACDP 03-045-142/1. Zu den Weihnachtsfeiern in Ortsgruppen siehe Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Dr. Hans-Peter Häfner S. 32–33, Johannes Hertwig S. 50 und mit Karl Stein S. 19.*

13) *Struktur, Arbeitsweise und Mitarbeiterstab des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU sind bislang noch nicht erforscht. Zur Organisation der Kirchenpolitik in der Parteileitung in den 1950er und 1960er Jahren siehe H. Wentker: Kirchenpolitische Abteilung S. 160–164.*

1. Die Organisation der CDU

Das Bezirkssekretariat bildete das regionale Machtzentrum in der CDU. Anfangs gehörten dem Gremium nur die leitenden Funktionäre des Verbandes (Bezirksvorsitzender, sein Stellvertreter, der Organisationsleiter und Schatzmeister) an. Ab 1960 nahm auch der CDU-Repräsentant im Rat des Bezirkes an den Sitzungen teil.¹⁴ Spätestens in den 1970er Jahren erweiterte der Chefredakteur der parteieigenen Regionalzeitung beziehungsweise der Leiter der jeweiligen Bezirksredaktion die Runde. Das Sekretariat tagte gewöhnlich alle 14 Tage. Die Teilnehmer diskutierten und entschieden über wichtige politische und organisatorische Fragen des Bezirksverbandes, sei es die Situation in einem Kreisverband, die Auswahl von „Kadern“ oder die Beteiligung an den staatlichen Wahlen. Die tägliche Parteiarbeit erledigte der Apparat. Sie bestand aus drei wesentlichen Aufgaben.¹⁵ Zum einen oblag es ihm, die „Beschlüsse und Weisungen“ der Parteileitung umzusetzen. Zum anderen sollte das Bezirkssekretariat die Kreisverbände und Ortsgruppen politisch-ideologisch wie organisatorisch „anleiten“ und kontrollieren. Außerdem mussten die Funktionäre monatlich gegenüber der Zentrale über die Entwicklung des Bezirksverbandes berichten.

In der Entwicklung der regionalen Parteibürokratie lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Die Zeit bis Anfang der 1970er Jahre war von häufigen Umstellungen geprägt. In der Ära Honecker expandierte der Apparat des Bezirkssekretariats dann beständig. Nach seiner Einführung im Sommer 1952 bestand das Sekretariat aus den vier oben genannten Personen.¹⁶ Vier Jahre später, im Januar 1956, beschloss die CDU-Führung in Berlin eine neue Zusammensetzung. Ziel war es, die Organisation auf Bezirksebene an die der Parteileitung anzugleichen. Neben den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter traten nun je ein Sekretär für Agitation und Propaganda sowie für Finanzen und Verwaltung. Aber auch dieses Gefüge hielt nur wenige Jahre. Im Herbst 1960 fiel die Stelle des Sekretärs für Finanzen weg. Seine Aufgaben oblagen fortan einem Instrukteur, der dem Bezirksvorsitzenden unterstand. Neu waren auch die Instrukteure für Wirtschaft und operativen Einsatz, wobei letzteren nur große Bezirksverbände wie Erfurt

14) Vgl. § 35 der Satzung der CDU von 1960.

15) Vgl. § 16 der Satzung der CDU von 1968.

16) Zum folgenden S. Zeidler S. 75–76.

zugesprochen bekamen. Beide Funktionäre waren dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden zugeordnet.¹⁷

Diese Struktur modifizierte die Parteileitung bald wieder. Als die SED im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik unter der Formel des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL) im Frühjahr 1963 den eigenen Apparat reformierte, richtete auch die CDU ihre Organisation auf Bezirksebene stärker auf die wirtschaftliche Praxis aus.¹⁸ Im Winter 1964 strich die Parteileitung in Berlin den Posten des Sekretärs für Agitation und Propaganda ersatzlos. Stattdessen etablierte sie einen Sekretär für Landwirtschaft (in ländlichen Regionen) beziehungsweise für Wirtschaft (in Industriegebieten).¹⁹ Diese Maßnahmen hatten länger als bei der SED Bestand, wurden aber schließlich ebenso zurückgenommen. Nachdem die Parteileitung im Januar 1966 die Stelle eines Instruktors für Agitation und Propaganda geschaffen hatte²⁰, richtete sie Anfang der 1970er Jahre erneut das Amt eines entsprechenden Sekretärs ein. Wirtschaftliche Fragen bearbeitete nun ein Abteilungsleiter, der als solcher an den Sitzungen des Sekretariats teilnahm. Beide Ämter bildeten zusammen mit dem Bezirksvorsitzenden und seinem Stellvertreter sowie ihren jeweiligen Instruktoren fortan den institutionellen Kern des Bezirkssekretariats.

Um diesen Kern herum vergrößerte sich der Apparat mit den steigenden Mitgliederzahlen in der Ära Honecker stetig. So installierte man in den 1970er Jahren je einen Instrukteur für Kirchenfragen und für Kader, wobei letztere Stelle 1979 zum Abteilungsleiter aufgewertet wurde.²¹ Im Sommer 1987 erweiterte die Parteileitung erneut das Be-

17) Vgl. *Struktur- und Geschäftsverteilungsplan für die Bezirkssekretariate der CDU, SHV-Vorlage zum 31. Oktober 1960*, in: ACDP 07-011-0569. Zu den weiteren großen Bezirksverbänden zählten Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt.

18) *Siehe zur Reform des SED-Apparates L. Prieß: Kontinuität und Wandel*, S. 122–123.

19) Vgl. *Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 27. Januar 1964*, in: ACDP 07-011-1776 und *Sitzung des Präsidiums des Hauptvorstandes am 4. Februar 1964*, in: ACDP 07-011-1816. *Den neuen Strukturplan für die Bezirkssekretariate beschloss das Sekretariat am 19. Mai 1964*, ebd.

20) Vgl. *Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes am 17. Januar 1966*, in: ACDP 07-011-0104.

21) *Zur Einrichtung der Stelle eines Instruktors für Kader vgl. Verstärkung der kaderpolitischen Arbeit der Bezirkssekretariate der CDU, Dokument vom 17. September 1976*, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl., 21844. Zu dessen Aufwertung siehe *Sekretariats-sitzung des BV Gera am 24. November 1978*, in: ACDP 03-045-145/2.

1. Die Organisation der CDU

zirkssekretariat und seinen Stab.²² Dort gab es nun neben dem Bezirksvorsitzenden und seinem Stellvertreter drei Sekretäre (für Agitation und Propaganda, für Kader und für Wirtschaft). Dem Bezirksvorsitzenden unterstanden nicht mehr Instrukteure, sondern Abteilungsleiter für Kirchenfragen und für Finanzen. Seinem Stellvertreter und den Sekretären waren je ein Instrukteur zugeordnet.

Mit ähnlichen Aufgaben wie das Bezirkssekretariat war das Kreissekretariat betraut. Seine Verwaltung fiel aber deutlich kleiner aus. Diese bestand zunächst nur aus dem Kreissekretär und einem Sachbearbeiter.²³ Mit dem Mitgliederwachstum in den den 1970er Jahren schuf die Partei bei größeren sowie politisch bedeutsamen Kreisverbänden die Stelle eines stellvertretenden Kreissekretärs.²⁴ Zu den Mitgliedern des Sekretariats gehörten unter anderen Kreissekretär, Kreisvorsitzender und der CDU-Vertreter im Rat des Kreises beziehungsweise der Stadt. Sie trafen sich zweimal im Monat und berieten analog zum Bezirkssekretariat die wichtigsten Fragen des Kreisverbandes. Dabei ging es vor allem um die Lage in den Ortsgruppen und deren „Anleitung und Kontrolle“ entlang der zentralen Beschlüsse.

Unterhalb der Kreisverbände standen die Ortsgruppen. Die CDU versammelte ihre Mitglieder ausschließlich in deren Wohnorten.²⁵ Eigene Gruppen in den Betrieben durfte die Partei seit 1952 nicht mehr unterhalten. Dort organisierte die SED vorrangig ihre Anhänger, in den Parteiorganisationen in den Wohngebieten und Gemeinden waren die nicht (mehr) berufstätigen Mitglieder wie Rentner und Hausfrauen zusammengefasst. Die Ortsgruppe der CDU leitete ein ehrenamtlicher Vorsitzender. Seine Aufgabe war es, auf die Mitglieder im Sinne der Parteiführung einzuwirken.

22) Vgl. *Struktur- und Geschäftsverteilungsplan der Bezirkssekretariate, SHV-Vorlage zum 14. April und zum 8. September 1987*, in: ACDP 07-011-5819.

23) Vgl. *Vorläufiger Struktur- und Stellenplan für Kreissekretariate vom 14. August 1952*, in: ACDP 07-011-5111.

24) *Dazu zählten im Bezirk Suhl die Kreisverbände Suhl und Bad Salzungen. Im Bezirk Erfurt: Eisenach, Worbis, Heiligenstadt, Weimar, Erfurt-Land und Arnstadt*, vgl. *Zur Verstärkung der politischen Wirksamkeit der Kreisvorstände der CDU, Dokument vom 17. September 1976*, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl., 21844.

25) Vgl. dazu M. Richter: *CDU*, S. 295. *Zur Gliederung der SED siehe L. Prieß: Organisationsstruktur*, S. 135–144.

Die apparatzentrierte Organisation der CDU bildete in den CDU-Verbänden in Erfurt, Gera und Suhl zwei „Dienstklassen“²⁶ von Funktionsträgern heraus. Zur engeren Dienstklasse gehörten die hauptamtlichen Funktionäre in den Bezirks- und Kreissekretariaten. Sie organisierten tagtäglich die regionale Parteiarbeit entsprechend den Beschlüssen der Führung in Berlin. Sie waren nicht nur politisch an die Leitung gebunden, sondern als hauptamtlich Tätige auch in materieller Hinsicht. In dieser Gruppe spielten die leitenden Personen – im Bezirksverband der Vorsitzende und im Kreis der Kreissekretär – eine besondere Rolle. Als Mitglieder des „Herrschaftsstabes“²⁷ der CDU war es ihre Aufgabe, den Willen der Zentrale vor Ort durchzusetzen. Von den Amtsinhabern erwartete die Parteileitung daher eine ausgeprägte Loyalität. Nicht ohne Grund sprach bei ihrer Auswahl neben dem Sekretariat des Hauptvorstandes der Union ebenso die SED mit.

Die andere Dienstklasse bildeten die ehrenamtlichen Funktionäre, die an der Basis politische Verantwortung trugen. Zu ihnen zählten die Vorsitzenden der Kreisverbände und Ortsgruppen. Sie waren wirtschaftlich von der Parteiführung unabhängig, blieben ihr aber politisch unterstellt. So gehörten ihre Positionen zur Nomenklatur der CDU, was ihren Inhabern eine zumindest äußerliche politische Konformität abverlangte.²⁸ Diese Konstellation ließ sie von Fall zu Fall ungezwungener, jedoch nicht losgelöst von den Vorgaben von „oben“ agieren.

1.3. Der Bezirksvorsitzende – Statthalter der Parteiführung

In der Organisation der CDU in der DDR zählte das Amt des Bezirksvorsitzenden zu den Schlüsselpositionen. Interessanterweise hat sich die Forschung bislang kaum mit dieser Funktionärsgruppe be-

26) *Den Begriff hat Heike Solga in die DDR-Forschung eingeführt. Er wird mittlerweile allgemein für Funktionäre und Mitglieder (der SED) verwendet, so R. Jessen/J. Gieseke S. 23 und T. Pohlmann: Die Ersten, S. 53 und 124. In Solgas Modell der DDR-Gesellschaft stehen unter der „Parteilite“ eine administrative und eine operative Dienstklasse. Sie unterscheiden sich in ihrer „politischen Verfügungsgewalt über die Reproduktionsmittel“. Dabei ist die administrative der operativen Dienstklasse überlegen, vgl. H. Solga, S. 67–69.*

27) *Siehe zum Begriff R. Jessen: Herrschaftsmechanismen, S. 31–32.*

28) *Vgl. erste Kadernomenklatur der CDU in der DDR, beschlossen durch das Sekretariat des Hauptvorstandes am 21. November 1960, in: ACDP 07-011-569.*

1. Die Organisation der CDU

schäftigt.²⁹ Der Bezirksvorsitzende hatte mehrere Rollen inne. Es lag an ihm, den Verband entsprechend der Beschlüsse des Sekretariats des Hauptvorstandes zu führen. Dabei stützte er sich auf eine Reihe von Funktionären – vom stellvertretenden Vorsitzenden über den Sekretär für Agitation und Propaganda bis hin zu den Instruktoren. Gleichzeitig war der Bezirksvorsitzende das Gesicht der Partei in der Öffentlichkeit und hielt Kontakt zu den anderen Parteien und Massenorganisationen, allen voran der SED.

Offiziell wählte der Bezirksvorstand den Vorsitzenden. Den jeweiligen Kandidaten stimmte die CDU aber zuvor mit der SED ab. Im Februar 1970 beispielsweise informierte Gerald Götting die ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ über anstehende Personalrochaden in den Bezirken.³⁰ In Erfurt schied Franz Kirchner als Bezirksvorsitzender aus, ihm sollte Werner Behrend nachfolgen, bislang CDU-Chef in Gera. Für dessen Stelle schlug man Bernhard Schnieber, Fachschuldozent aus Görlitz, vor. Mit diesen Veränderungen waren die ZK-Funktionäre in Berlin einverstanden.³¹ Sie entschieden aber nicht allein, bei der Auswahl sprachen ebenfalls die jeweiligen SED-Bezirksleitungen mit. In Erfurt unterstützten die Genossen offensichtlich Behrend, der den CDU-Verband wie vorgesehen übernahm. Ihre Kollegen in Gera dagegen lehnten Schnieber wegen seiner Herkunft aus Görlitz ab und plädierten für eine ortsansässige Persönlichkeit.³² Aus Mangel an geeigneten Kandidaten musste die SED schließlich Eberhard Sandberg, einen Lehrer aus Ludwigslust in der Nähe von Schwerin, akzeptieren. Zeitgleich waren die SED-Funktionäre in Suhl mit dem dortigen CDU-Vorsitzenden Heinz Büttner unzufrieden und drängten auf dessen Absetzung.³³ Die Union gab dem Druck nach und installierte Schnieber als neuen Leiter.

29) *Zu den wenigen Darstellungen gehört C. Schwießelmann: CDU im Norden, S. 41–44. Er zeichnet die Biographien der Bezirksvorsitzenden in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg nach, die zwischen 1952 und 1961 amtierten.*

30) *Vgl. Hausmitteilung an Hermann Matern vom 3. März 1970, in: SAPMO-BArch, DY 30, IV A 2/15/4.*

31) *Der für die ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ zuständige Sekretär Hermann Matern vermerkte auf der Hausmitteilung: „Das sind große Änderungen, die wahrscheinlich notwendig sind. Ich kenne einige der Genannten.“*

32) *Vgl. Bericht des IM „Arno“ vom 24. April 1970, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM 1473/80, Teil A, Bd. 1, Bl. 81–85.*

33) *Vgl. Gespräch mit Genosse Harder am 27. Februar 1970, Notiz vom 1. März 1970, in: LATH – StA Meiningen, BPA SED Suhl, Bezirksleitung der SED Suhl, IV/B-2/15/600.*

Der Verdienst eines Bezirksvorsitzenden basierte auf einem „Gehaltsregulativ“, das die SED festlegte und für alle „befreundete Parteien“ gleichermaßen galt. Seit Juli 1983 verdiente ein regionaler CDU-Chef monatlich zwischen 1.400 und 1.700 Mark zuzüglich Aufwandsentschädigungen von 300 bis 500 Mark.³⁴ In diesem Rahmen bestimmte der Parteivorsitzende Gerald Götting das Gehalt, Kriterien waren Leistung, Arbeitserfahrung und fachliche wie politische Qualifikation. Mit ihrem Lohn lagen die Funktionäre über dem durchschnittlichen monatlichen Einkommen im Jahr 1983 von 1.089 Mark³⁵, aber deutlich unter dem Verdienst eines 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung. Gerhard Müller beispielsweise, SED-Parteichef im Bezirk Erfurt, erhielt 4.200 Mark.³⁶ Die materiellen Ressourcen eines Bezirksvorsitzenden erschöpften sich aber nicht in seinem Einkommen. Mit dem Amt ging auch ein soziales Kapital in Form von Kontakten zu Entscheidungsträgern in Staat und Partei einher, das der Inhaber für eigene Vorteile nutzen konnte. Auf diese Beziehungen setzte etwa Werner Behrend bei der Wohnungssuche für seinen Nachfolger Bernhard Schnieber. Im September 1983 schrieb er Gerhard Müller und bat um eine „kurzfristige Wohnungszuweisung“ für den Kollegen.³⁷ Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung kam dem Anliegen nach, sodass Schnieber ein Angebot erhielt, das seinen Wünschen entsprach.

Zwischen Sommer 1952 und Herbst 1989 amtierten in den CDU-Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl insgesamt 13 Vorsitzende. Der überwiegende Teil von ihnen übte die Funktion mindestens sechs Jahre aus, nur vier hatten die Position mit maximal drei Dienstjahren relativ kurz inne. Prägende Figuren der CDU im Thüringer Raum waren Werner Behrend und Bernhard Schnieber. Behrend leitete in seiner fast 30-jährigen Laufbahn als Bezirksvorsitzender alle drei Parteiorga-

34) *Gehaltsregulativ für hauptamtliche politische Mitarbeiter der befreundeten Parteien zum 1. Juli 1983 und Allgemeine Bestimmungen zum Gehaltsregulativ für hauptamtliche politische Mitarbeiter vom 1. Juni 1983, beide Dokumente in: ACDP 07-011-5096.*

35) *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) S. 127.*

36) *Nach seiner Beförderung zum Kandidaten des Politbüros im Jahr 1985 stieg Müllers Gehalt auf 6.000 Mark an, vgl. dazu H. Mestrup: SED, S. 430.*

37) *Brief von Behrend an Müller vom 7. September 1983 und Brief von Dyballa, 1. Sekretär SED-Stadtleitung Erfurt, an Müller vom 8. September 1983, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt, IV E/2/15/20. Siehe zur Verteilung knapper Güter wie Wohnungen unter den Dienstklassen der DDR auch J. Gieseke: Soziale Ungleichheit, S. 182–185.*

1. Die Organisation der CDU

nisationen. Schnieber führte in seiner knapp 20-jährigen Karriere die Geschäfte sowohl in Suhl als auch in Erfurt. Wie sie und ihre Kollegen sich verhielten, hing nicht nur von den Strukturen in Partei und Staat sowie den internen und externen Vorgaben ab, sondern auch von ihnen selbst. Wer die Bezirksvorsitzenden waren, sprich wie ihr soziales Profil aussah und wo ihre biografischen Prägungen lagen, ist daher von besonderem Interesse.

Sozialprofil der Bezirksvorsitzenden

Im Gegensatz zur SED stellte die soziale und politische Herkunft aus einem bestimmten Milieu bei der Personalrekrutierung der CDU kein wichtiges Kriterium dar.³⁸ Geht man nach dem Beruf des Vaters – das Spektrum reichte von Handwerker über Kaufmann bis hin zu Angestellten – stammten die Bezirksvorsitzenden aus der Mittelschicht. Besondere Bedeutung bei der Kaderauswahl hatte entsprechend dem christlichen Anspruch der Partei die Kirchenzugehörigkeit. Sie wurde nicht explizit abgefragt, sondern stillschweigend vorausgesetzt. Ihre Rolle zeigt sich beispielhaft bei der Suche nach einem Vorsitzenden für den CDU-Verband in Gera im Frühjahr 1970. Als der Bezirksvorstand erfuhr, dass der Kandidat Hans Engelhardt erst kurz vor seiner Nominierung wieder in die Kirche eingetreten war, kam er für das Amt nicht mehr in Frage.³⁹ Wie die konfessionelle Verteilung unter den Bezirksvorsitzenden aussah, lässt sich (noch) nicht sagen, da die Fragebögen in den Personalakten darüber keine Auskunft geben.

Der Bildungsstand fiel unterschiedlich aus. Sieben der Bezirksvorsitzenden absolvierten eine Lehre oder hatten keinen Berufsabschluss.⁴⁰ Sie kamen in den 1950er oder frühen 1960er Jahren ins Amt. Die übrigen Funktionäre hatten studiert und rückten seit Ende der 1960er Jahre sukzessive an die Spitze der Verbände. Diese Akademisierung hing mit einem gewandeltem „Kaderbild“ zusammen. Wichtig war stets, dass der Kandidat loyal zur CDU und zum System auftrat und bereits im politischen Bereich – sei es in der staatlichen Verwaltung oder in

38) *Ein entscheidendes Kriterium der SED-Personalpolitik war die soziale und politische Verwurzelung in der „Arbeiterklasse“, siehe A. Bahr S. 118–125 und T. Pohlmann: Die Ersten, S. 127–128.*

39) *Vgl. Berichte des IM „Arno“ vom 24. April 1970 und 7. Mai 1970, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM 1473/80, Teil A, Bd. 1, Bl. 86–91 und 93.*

40) *Hermann Kalb, Vorsitzender der CDU im Bezirk Erfurt von 1952 bis 1961, hatte sein Jurastudium nach einem Semester abgebrochen.*

II. Blockpartei im Staatssozialismus

der CDU – gearbeitet hatte. Die berufliche Qualifikation spielte dagegen in der Zeit vor dem Mauerbau eine nachgeordnete Rolle. Die Parteileitung in Berlin forderte zwar, dass die „leitenden Kader“ sich durch ein Studium qualifizieren sollten. Mit diesem Anliegen konnte sie sich aber kaum durchsetzen.⁴¹ Erst im Laufe der 1960er Jahre gewann die fachliche Bildung stärker an Bedeutung.⁴² Spätestens seit Sommer 1969 zählte neben Erfahrung in der politischen Arbeit (sowohl in Partei als auch im Staat) und einem Besuch des Oberstufenlehrgangs an der ZSS auch ein erfolgreiches Studium (mindestens an einer Fachschule) zu den Einstellungskriterien.⁴³

Das Amt des Bezirksvorsitzenden war eine Männerdomäne. Frauen hatten dieses Amt in den drei Thüringer Bezirken nicht inne. Damit unterschieden sich die Verbände nicht von den übrigen in der DDR. Lediglich in zwei Bezirksverbänden standen Frauen an der Spitze: Emma Heinrich, Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Neubrandenburg (1952–1960) und Ursula Raurin-Kutzner, Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Berlin (1978–1981). In den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl fanden sich Frauen erst auf nachgeordneten Führungspositionen im Bezirkssekretariat wie der eines Sekretärs für Wirtschaft oder Instruktors für Kirchenfragen, wobei sie auch hier eine Minderheit darstellten.⁴⁴

41) So beklagte die Kaderabteilung im Dezember 1959 das geringe Interesse der „leitenden Kader“ in den Bezirkssekretariaten an einem Fernstudium, vgl. Beschluss zur weiteren Verbesserung der Kaderarbeit, SHV-Vorlage zum 21. Dezember 1959, in: ACDP 07-011-0563.

42) Die CDU war mit dieser Aufwertung nicht allein, auch in der Kaderpolitik der SED erhielt die fachliche Ausbildung mehr Gewicht, vgl. M. Niemann: Sekretäre, S. 137–150 und R. Bergien: Generalstab, S. 254–259. Diese Maßnahmen bingen zusammen mit einer von der SED betriebenen Bildungspolitik, die auf die akademische Qualifizierung breiter Bevölkerungskreise im Sinne einer „wissenschaftlich-technischen Revolution“ setzte.

43) Vgl. Richtlinie für die kaderpolitische Arbeit mit den hauptamtlichen politischen Mitarbeitern der CDU, SHV-Vorlage zum 8. Juli 1969, in: ACDP 07-011-238.

44) *Bisher bekannte Frauen in Erfurt: Irene Stedefeld, Sekretär (später Abteilungsleiterin) für Wirtschaft von 1968 bis 1981, Martha Scheuring, Sekretär für Wirtschaft und Landwirtschaft seit 1987. In Gera: Brigitte Bäumler, Abteilungsleiterin für Wirtschaft von 1974 bis mindestens 1987, Charlotte Pollentzke, Instrukteur (seit 1987 als Abteilungsleiterin) für Kirchenfragen im Bezirkssekretariat von 1978 bis mindestens 1987, Annemarie Steudel, stellvertretende Bezirksvorsitzende (ehrenamtlich) seit 1987. In Subl: Liska Voigt, Sekretär für Agitation und Propaganda 1958, Hildegard Borkowski, Sekretär (später Instrukteur) für Agitation und Propaganda von 1962 bis 1970.*

Generationenschichtung

Die Gruppe der Bezirksvorsitzenden kann in Generationen strukturiert werden. Mit dieser Kategorie rücken altersspezifische Erfahrungen verbunden mit bestimmten Denk- und Handlungsmustern in den Mittelpunkt.⁴⁵ Die Funktionäre lassen sich im Hinblick auf ihre Rolle in der CDU in drei Generationen einteilen.

Die erste Generation umfasst die Jahrgänge bis 1920. Ihre Angehörigen übernahmen in den 1950er Jahren das Amt des Bezirksvorsitzenden. Bei dieser Alterskohorte hat sich die DDR-Forschung bislang vor allem mit den Erfahrungen und Aktivitäten kommunistischer Politiker auseinandergesetzt und sie deshalb auch als Generation der „Altkommunisten“ oder „misstrauischen Patriarchen“ bezeichnet. Die Lebensläufe von Akteuren aus anderen politischen Lagern fanden dagegen kaum Berücksichtigung.⁴⁶ Kennzeichnend für die erste Generation der CDU-Bezirksvorsitzenden war, dass sie teils im Kaiserreich, teils in der Weimarer Republik politisch sozialisiert worden waren und als Erwachsene eine Haltung zum Nationalsozialismus entwickeln mussten. Die kriegstauglichen unter ihnen kämpften im Zweiten Weltkrieg als Soldat. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes beteiligten sie sich mit ihrem beruflichen und teilweise vorhandenen politischen Kapital am Wiederaufbau des Landes und der Entwicklung der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone. Zu den jüngeren unter den sechs CDU-Bezirksvorsitzenden aus der ersten Generation zählte Werner Behrend.⁴⁷ Er wurde 1918 geboren und absolvierte eine Ausbildung sowohl zum Autoschlosser als auch zum Kaufmann. Seine Lehrzeit endete, als er zu Beginn des Zweiten Weltkriegs zur Wehrmacht eingezogen wurde. Bereits 1937 war Behrend in die NSDAP eingetreten. Nach Kriegsende 1945 fand er eine Stelle in der kommunalen Verwaltung in Mecklenburg und schloss sich der gerade gegründeten CDU an. 1951 begann schließlich seine Laufbahn als CDU-Funktio-

45) *Die Frage, ob sich die vorgestellten Generationen als Gemeinschaften in der CDU verstanden haben, wird hier nicht behandelt und bedarf noch eingehender Forschungen. Beispiele für das Ordnen von Personengruppen entlang von Generationen im Feld der DDR-Geschichte etwa T. Pohlmann: Die Ersten, J. Gieseke: Dritte Generation, und A. Babr. Grundlegend dazu U. Jureit S. 53–62.*

46) *Siehe dazu M. Fulbrook S. 122–124 und T. Ahbe/Rainer Gries S. 501–502. Die Fixierung vieler Generationenmodelle auf geschichtsprägende Gruppen kritisiert B. Weisbrod S. 5–8.*

47) *Vgl. zum folgenden Personalbogen vom 8. März 1985, PA Werner Behrend, in: ACDP 07-011-5260 und Biographie in A. Herbst S. 30–31.*

när. Zunächst als Referent im Landesverband, leitete Behrend ab 1952 den Kreisverband Schwerin als hauptamtlicher Vorsitzender. Vier Jahre später beförderte ihn die Partei zum Bezirksvorsitzenden der CDU Suhl. Behrend entwickelte sich von 1970 an zu dem Gesicht der Union im Thüringer Raum. Den Verband in Suhl leitete er bis 1968, danach stand er an der Spitze des Verbandes in Gera, 1970 avancierte er im Bezirk Erfurt zum CDU-Chef.

Die zweite Generation der Bezirksvorsitzenden wurde in den 1920er und frühen 1930er Jahren geboren und übte diese Funktion in der Regel seit den 1960er Jahren aus. Die Angehörigen dieser Alterskohorte stellten das personelle Rückgrat der DDR dar, weshalb die Forschung sie auch als „Aufbaugeneration“ bezeichnet.⁴⁸ Ihre Vertreter erlebten Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus und kamen früh mit dessen Ideologie in Berührung. Nach dem Zweiten Weltkrieg suchten sie nach ideellen Alternativen: Hoch im Kurs stand der von der SED propagierte Sozialismus, aber auch die anderen Parteien halfen bei der geistigen Neuorientierung. Zugleich bot das entstehende System den jungen Männern und Frauen materielle Perspektiven. Sei es, dass sie sofort eine der freien Stellen antraten, oder erst studierten und dann in verantwortungsvolle Positionen vorrückten. Dieser soziale Aufstieg in jungen Jahren, verbunden mit dem eigenen politischen Neuanfang, begründete die enge Loyalität der Aufbaugeneration gegenüber der DDR. Zu dieser Erfahrungsgemeinschaft lassen sich fünf CDU-Bezirksvorsitzende rechnen, für die nahezu idealtypisch der Werdegang von Hermann Kalb steht.⁴⁹ Geboren 1924, gehörte er während der Schulzeit der Hitler-Jugend an und diente nach dem Abitur als Soldat im 2. Weltkrieg. 1946 begann Kalb in Jena ein Jura-Studium und trat der CDU bei. Schnell wurde der Landesvorstand auf ihn aufmerksam und ernannte ihn zum Kreisgeschäftsführer der CDU in Meiningen. In den folgenden Jahren profilierte sich Kalb als „fortschrittlicher“ Funktionär und machte Karriere in seiner Partei. 1948 stieg er zum Kreisvorsitzenden in Meiningen, zwei Jahre später zum Landessekretär der Thüringer CDU auf. 1952 übernahm der 29-jährige den Vorsitz des CDU-Bezirksverbandes Erfurt. Nach seiner neunjährigen Amtszeit arbeitete Kalb als Chefredakteur der parteieigenen Zeitung

48) So L. Niethammer S. 104–105 und H. Zwahr S. 449–450.

49) Vgl. zum folgenden Kurzbiographie vom 16. Februar 1981, PA Hermann Kalb, in: ACDP 07-011-4198.

„Neue Zeit“. Ab 1977 war er Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen tätig.

Die dritte und jüngste Generation umfasst jene, die in den 1940er Jahren zur Welt gekommen waren. Ihre Vertreter blieben in den drei Bezirken eine Episode – Johannes Schimoneck führte den Verband in Suhl von 1984 bis 1989. Michael Galley übernahm das Amt als Bezirksvorsitzender in Gera im Herbst 1989. Die Repräsentanten dieser Altersgruppe, in der Forschung mit dem Etikett der „FDJ-Generation“ versehen, kannten bewusst nur die DDR. Sie wuchsen mit dem System, seinen Grenzen wie Möglichkeiten, auf und lebten auf selbstverständlich-pragmatische Weise in dem Land. Johannes Schimoneck als einer ihrer Protagonisten in der CDU wurde 1946 geboren.⁵⁰ Der gelernte Werkzeugmacher und studierte Ingenieurpädagoge schloss sich 1973 der Union an und sammelte zunächst als Mitglied des Rates im Kreis Suhl-Land politische Erfahrungen. 1980 wechselte Schimoneck in den Parteiapparat und wurde stellvertretender CDU-Vorsitzender im Bezirk Suhl. Vier Jahr später trat er an die Spitze des Verbandes, den er bis zum Januar 1990 führte. Dass nicht mehr Alterskollegen das Amt übernahmen, lag an der Dominanz der Gründer- und Aufbaugeneration im Parteiapparat der CDU.⁵¹ Der mögliche Wechsel hätte Anfang der 1990er Jahre angestanden, doch da existierte die DDR nicht mehr.

Die politische Vergangenheit

Elf von 13 Bezirksvorsitzenden haben die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus als Heranwachsende oder Erwachsene erlebt. Bei ihnen stellt sich die Frage nach früheren Parteimitgliedschaften, insbesondere in der NSDAP. Nach den bisherigen Recherchen gehörten fünf der 13 Bezirksvorsitzenden vor ihrem Beitritt zur CDU einer anderen Partei an. Richard Götz, CDU-Chef im Bezirk Suhl in den Jahren 1952/1953, war zwischen 1931 und 1933 SPD-Mitglied gewesen. Die anderen vier Funktionäre blickten auf eine NSDAP-Vergangenheit zurück. Heinz Büttner, Leiter des CDU-Verbandes in Suhl von 1968 bis 1970, war 1933 aufgenommen Georg Wipler worden, CDU-Chef in Gera zwischen 1961 und 1968, war 1940 der Partei

50) Siehe zum Werdegang von Schimoneck den Eintrag in: A. Herbst S. 294–295.

51) Mit dieser Generationenverteilung glich die CDU der SED. Auch in der Riege ihrer Bezirkesekretäre waren die Angehörigen der ersten und zweiten Generation in der Mehrheit, vgl. M. Niemann: *Kaderpolitik*, S. 47–48.

beigetreten. Sein Nachfolger Werner Behrend hatte sich 1937 der NSDAP angeschlossen. Eberhard Sandberg war 1944 Mitglied geworden.⁵² Dass sich in den Reihen der CDU – wie in den anderen Parteien auch – frühere „Parteigenossen“ befanden, stellt keine neue Erkenntnis dar.⁵³ In der Nachkriegszeit hatte sich die Union rasch über einen gemeinsamen Beschluss vom Sommer 1945 hinweggesetzt und „einfache“ Anhänger der NSDAP aufgenommen. Diese Praxis legitimierte nachträglich der Befehl Nr. 201 der SMAD vom August 1947, der die „nominalen Parteigenossen“ offiziell rehabilitierte. Fünf Jahre später erhielten schließlich alle übrigen, nicht verurteilten NSDAP-Mitglieder sämtliche politischen Rechte. Parallel zu diesem Gesetz beschloss die Leitung der CDU, auch den Beitritt dieser früheren „Parteigenossen“ zu erlauben.⁵⁴ Zugleich ist bekannt, dass einige „Unionsfreunde“ mit „brauner“ Vorgeschichte zu hochrangigen Funktionären aufstiegen. Was die Forschung bislang aber noch nicht beleuchtet hat, sind die Umstände, unter denen die entsprechenden CDU-Politiker in ihre Ämter gelangten. Neuere Arbeiten zur Bauernpartei und zur SED belegen, dass höhere Funktionäre eine vorhandene NSDAP-Mitgliedschaft aus Opportunitätsgründen in der Regel verschwiegen.⁵⁵ Diese Praxis scheint auch unter den Repräsentanten der CDU üblich gewesen zu sein. Dies zeigt der Fall von Werner Behrend. Seine Mitgliedschaft gelangte über die Recherchen des westdeutschen Untersuchungsausschusses freier Juristen Ende der 1950er Jahre an die Öffentlichkeit, der damals die NS-Verstrickungen vieler DDR-Funktionäre aufdeckte. Die Nachricht kam für die Parteiführung um Gerald Götting überraschend. In den selbstverfassten Lebensläufen hatte Behrend seine Parteizugehörigkeit konstant verschwiegen und lediglich seine Jahre in der Hitlerjugend angegeben.⁵⁶ Der Generalsekretär Gerald Götting forderte von

52) Vgl. zu den Daten O. Kappelt S. 290 (Büttner) S. 572–573 (Wipler), S. 267–268 (Behrend) und S. 497 (Sandberg).

53) Siehe dazu allgemein H. A. Welsch S. 59–67, speziell zur CDU M. Wilde S. 90–91 und 296–297, zur Aufnahmepraxis der SED J. Danyel S. 185–189.

54) Vgl. Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern in die CDU, SHV-Vorlage zum 20. Mai 1952, in: ACDP 07-011-1835.

55) Zur Bauernpartei vgl. T. Bauer S. 208–209 und 469–470. Für die SED fanden H. Best/A. Salbeiser und S. Meenzen heraus, dass von 263 1. und 2. Sekretären der SED-Bezirks- und Kreisleitungen in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl 35 ihre NSDAP-Mitgliedschaft kaschiert hatten. R. Bergien: Kader ermittelte, dass 54 ZK-Mitglieder ihre Biografie in Hinblick auf die NS-Zeit geglättet hatten.

56) So Lebenslauf vom 27. Juni 1955, PA Werner Behrend, in: ACDP 07-011-5260.

1. Die Organisation der CDU

dem Funktionär eine Stellungnahme. Aber auch in seiner „Erklärung“ blieb Behrend seiner Lebenserzählung treu und leugnete seine Eintritt in die NSDAP: „Einen Antrag auf Übernahme in die NSDAP habe ich von mir aus nicht gestellt.“ Vielmehr beschrieb er sich als regimeskeptischen Bürger mit „Antipathie gegen Hitler“ und Kontakt zu einem „Antifaschist[en]“ und ehemaligen Angehörige[n] der KPD.⁵⁷

Der Darstellung glaubte Götting offenbar. Behrend erhielt weder eine Parteistrafe noch verlor er sein Amt. Er schied erst 1984 aus Altersgründen als Bezirksvorsitzender aus. Dass Behrend allerdings Konsequenzen fürchtete, geht aus seinen Stasi-Unterlagen hervor. Seit 1954 arbeitete der CDU-Politiker als IM „Arno“ für die Geheimpolizei. Bei einem von ihm angestoßenen Treffen erzählte Behrend seinem Führungsoffizier von den Vorwürfen und beteuerte seine Unschuld.⁵⁸ Zugleich bat Behrend, dass der Leiter des MfS in Suhl bei dem erbosten Otto Funke, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, ein positives Wort für ihn einlegen solle. Neben Behrend verschwiegen auch andere CDU-Politiker ihre NS-Vergangenheit. So verheimlichte Max Hartig, persönlicher Referent von Otto Nuschke und seit 1957 stellvertretender Staatssekretär für Kirchenfragen, seinen Dienst als SS-Unterscharführer im KZ Oranienburg. Nachdem 1960 westdeutsche Medien die Tätigkeit aufgedeckt hatten, verlor Hartwig sein Amt und erhielt als Parteistrafe eine „schwere Rüge“.⁵⁹

Die verbreitete Praxis unter den Parteifunktionären, in ihren Lebensläufläufen die „braunen“ Flecken zu tilgen, verdeutlicht die Wirkung des „Offizialdiskurses“ von der DDR als das „bessere Deutschland“. Nach diesem hatte allein der „Arbeiter- und Bauern-Staat“ mit dem Nationalsozialismus entschieden gebrochen, sodass nur konsequente „Antifaschisten“ leitende Positionen ausübten. Ehemalige NSDAP-Anhänger gab es aber nicht nur unter den CDU-Bezirksvorsitzenden, sondern auch unter den Kreissekretären.

57) *Erklärung vom 29. Juni 1959, PA Werner Behrend, siehe ebd.*

58) *Vgl. Bericht des IM „Arno“ vom 16. Juli 1959, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM 1473/80, Teil A, Bd. III, Bl. 121-124.*

59) *Vgl. A. Boyens S. 127 und H. Leide S. 87.*

1.4. Der Kreissekretär – Grenzgänger zwischen Basis und Parteiführung

In der Organisation der CDU war der Kreissekretär ein weiterer wichtiger Funktionär. Mit ihnen hat sich die Forschung im Vergleich zu den Bezirksvorsitzenden intensiver beschäftigt.⁶⁰ Gleichwohl liegt auch zu dieser Gruppe bislang keine systematische sozial- und kulturgeschichtliche Untersuchung vor.

Der Kreissekretär stand in der CDU zwischen Parteiführung und Basis. Diese Position machte den Amtsinhaber zu einem einflussreichen Funktionär, konfrontierte ihn aber auch mit zahlreichen Erwartungen. Die Parteileitung sah im Kreissekretär ihren Statthalter vor Ort. Er sollte die Basis im Sinne der zentralen Beschlüsse anleiten und über ihre Aktivitäten berichten. Hermann Kalb, Vorsitzender der CDU im Bezirk Erfurt zwischen 1952 und 1961, sah in dem Amt des Kreissekretärs eine „Schlüsselfunktion“, da dieser den „engsten Kontakt mit der Masse der Mitglieder“ habe. Von ihm hänge es entscheidend ab, „in welcher Weise wir die Beschlüsse [...] bis an die Mitglieder heranbringen und sie auch dort unverfälscht durchsetzen“.⁶¹ Zugleich wandten sich die Mitglieder bei Alltagsproblemen an den Kreissekretär, zumal er häufig aus dem Kreisverband stammte. Ein wenig larmoyant bezeichnete sich beispielsweise ein Kreissekretär aus dem Bezirk Gera im Dezember 1960 als „Ablageplatz häuslicher Sorgen und Nöte [der Mitglieder, B. T.] und Sachbearbeiter für Paß- und Wohnungsangelegenheiten“.⁶² Dass der Kreissekretär auf ihre Interessen einging, entsprang nicht nur persönlichen Motiven, sondern war auch eine probate Herrschaftstechnik. Über Gefälligkeiten ließen sich Anhänger binden und Außenstehende für die Partei gewinnen. Dies war umso wichtiger, da die Parteiführung in Berlin dem Ausbau der Mitgliederbasis einen großen Wert zuschrieb.

Im Alltag mussten die Kreissekretäre die Aufgaben im Kreisverband oft allein bewältigen. Angesichts des bestenfalls kleinen hauptamtli-

60) M. Agethen: *CDU in der DDR*, S. 210–212 und M. Kiefer: *Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen*, S. 140–142 beschäftigten sich mit den Aufgaben und der Stellung der Kreissekretäre in der CDU. M. Reißmann: *Kaderschulung, passim*, beleuchtet die Schulung und Ausbildung der Funktionäre.

61) Hermann Kalb, „Parteikader qualifizieren“, in: *Union teilt mit* Nr. 3 von 1960, S. 9–10.

62) *Bericht des IM „Gast“ vom 8. Dezember 1960*, in: *BStU, MfS, BV Gera, AIM, Teil II, Bd. 1, Bl. 15*.

1. Die Organisation der CDU

chen Apparats an seiner Seite sollten ihn offiziell die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes unterstützen. Doch viele hatten neben ihrer Arbeit kaum Zeit für ein umfassendes politisches Engagement. So warb der Kreissekretär neue Mitglieder, leitete Ortsgruppen an, bereitete Sitzungen des Kreisvorstandes vor, verfasste Tagungsprotokolle sowie Informationsberichte und hielt Kontakt zu SED und Nationaler Front.⁶³ Dieses Auftreten als Solitär kritisierte die Parteileitung oft und forderte (erfolglos) von den Kreissekretären, das „Kollektiv“ in die Arbeit miteinzubeziehen. Im Frühjahr 1964 etwa konstatierte die zentrale Kaderabteilung der CDU nüchtern: „Nach Lage der Dinge kann ein Kreissekretär jedoch nicht die dem Kreisverband zufallenden Aufgaben allein ohne die Unterstützung des ehrenamtlichen Kollektivs lösen.“⁶⁴

In den 1950er Jahren beriefen und entließen in der CDU allein die Bezirkssekretariate die Kreissekretäre. Die SED versuchte von Anfang an, Einfluss auf die Auswahl zu nehmen. Doch die Lenkung und Kontrolle funktionierte nicht reibungslos.⁶⁵ Erst nach dem Mauerbau entwickelte sich die Einstellung der Kreissekretäre zu einem ausgefeilten Prozess, an dem mehrere Instanzen in- und außerhalb der CDU beteiligt waren. Stand eine Neubesetzung an, diskutierten die regionalen CDU-Funktionäre ihre Vorstellungen zunächst mit dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung. Bevor dieser eine Entscheidung traf, holte er oft bei der Staatssicherheit Informationen über die Person und ihre politische Haltung ein. Wenn der 1. Sekretär zugestimmt hatte, durchlief die Personalie die Sekretariate der CDU in Bezirks- und Hauptvorstand. Hatten dessen Mitglieder den Kandidaten bestätigt, konnte er sein Amt antreten. Dieses Prozedere kann anhand der Berufung eines Kreissekretärs in Sonneberg Anfang der 1970er Jahre nachvollzogen werden. Dort hatte sich die CDU auf einen Nachfolger für den

63) Vgl. *Arbeitsplan des Kreissekretärs des KV Eisenberg vom 17. bis zum 28. Mai 1982*, in: ACDP 03-045-073/1 und *Gewinnung neuer Mitglieder, Bericht des Kreissekretärs des KV Saalfeld vom 2. März 1983*, in: ACDP 03-045-157/1.

64) *Analyse der kaderpolitischen Situation der Kreissekretäre vom 14. April 1964*, in: ACDP 07-010-3264.

65) *Im Frühjahr 1954 rühmte sich beispielsweise die SED-Bezirksleitung Erfurt, dass mit ihrer Hilfe der loyale Kreissekretär in Eisenach im Amt blieb. Gleichzeitig mussten die Genossen zugeben, dass sie den kritischen Kreissekretär in Heiligenstadt nicht ablösen konnten*, vgl. *Veränderungen der Kreisvorstände der CDU, Bericht der SED-Bezirksleitung vom 10. Mai 1954*, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/15/9, Bl. 39–40.

scheidenden Amtsinhaber geeinigt.⁶⁶ Die SED lehnte den Kandidaten allerdings ab, nachdem sie von der Staatssicherheit erfahren hatte, dass er sich „intern gegen uns“ geäußert habe. Hinzu kam – und dieser Makel wog in einem „Grenzkreis“ schwer –, dass ein naher Verwandter in die Bundesrepublik geflüchtet war. Im Winter 1971 präsentierte die Union mit Günter Weiß einen neuen Mann, gegen den die SED nichts einzuwenden hatte.⁶⁷ Für Weiß sprachen sein „parteiliches Engagement“ als Stadtrat und Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Sonneberg und dass niemand in seiner engeren Verwandtschaft „republikflüchtig“ geworden war. Daraufhin bestätigte das Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU Weiß als Kreissekretär.

Diese mehrstufige, professionalisierte Auswahl zusammen mit den regelmäßigen Schulungen sorgten nach der starken Fluktuation in den 1950er Jahren für eine größere Kontinuität im Amt des Kreissekretärs. Einige Funktionäre amtierten mehr als zwei Jahrzehnte wie Karl Strache, der als Kreissekretär des Kreisverbandes Mühlhausen von 1956 bis 1985 wirkte.⁶⁸ Zugleich gab es nach wie vor Kreisverbände, in denen häufiger die Kreissekretäre wechselten, beispielsweise arbeiteten im Kreisverband Eisenberg zwischen 1978 und 1990 vier Kreissekretäre. Die Gründe für die mangelnde Kontinuität waren vielfältig. Neben dem angesprochenen hohen Arbeitspensum, dem einige nicht gewachsen waren, lag es bei anderen an der mangelnden fachlichen und politischen Eignung. Hinzu kam das begrenzte Reservoir an einsetzungsfähigen Kadern in der CDU, sodass Kreissekretäre das Amt für eine andere Position in der Partei oder im Staat aufgeben mussten.

Wie bei den Bezirksvorsitzenden basierte der Lohn der Kreissekretäre auf dem „Gehaltsregulativ“, das die SED für alle „befreundete Parteien“ bestimmte.⁶⁹ Bei den lokalen Parteiarbeitern gab es unterschiedliche Gehaltskorridore, sie hingen von der Größe des Kreisverbandes

66) Siehe zum folgenden Notiz vom 16. Dezember 1969, in: *LATH – StA Meiningen, BPA SED Suhl, Bezirksleitung der SED Suhl, IV/B-2/15/600.*

67) Siehe dazu Sitzung des Bezirkssekretariats des BV Suhl am 5. Februar 1971, in: *ACDP 07-011-1157 und SHV-Sitzung am 23. März 1971 und die entsprechende Kadervorlage, in: ACDP 07-011-651.*

68) Vgl. K. Strache, „Wie aus einem Dienstjahr 36 wurden“, in: *Union teilt mit 3/1985, S. 18.*

69) Siehe zum Folgenden Gehaltsregulativ für hauptamtliche politische Mitarbeiter der befreundeten Parteien zum 1. Juli 1983 und Allgemeine Bestimmungen zum Gehaltsregulativ für hauptamtliche politische Mitarbeiter vom 1. Juni 1983, in: *ACDP 07-011-5096.*

1. Die Organisation der CDU

ab. Seit Juli 1983 verdiente ein Funktionär bei kleineren Parteiorganisationen 800 bis 1.200, bei größeren 900 bis 1.300 Mark. Ein höheres monatliches Einkommen bekamen die Kreissekretäre in den urbanen Zentren des Landes – in Halle, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Magdeburg, Rostock reichte die Spanne von 1.000 bis 1.400, in Leipzig und Dresden von 1.200 bis 1.500 Mark. Die Aufwandsentschädigungen pro Monat waren für alle gleich und betragen 300 bis 450 Mark. Wie viel ein Kreissekretär konkret verdiente, legte der Bezirksvorsitzende nach Rücksprache mit Gerald Götting fest. Kriterien waren die Leistung im Amt, die bisherigen Dienstjahre als Funktionär und die politische wie fachliche Qualifikation.

In ihrem sozialen und biografischen Profil ähnelten die Kreissekretäre den Bezirksvorsitzenden, wobei sich vier Merkmale herausarbeiten lassen.⁷⁰ Der erste Punkt betrifft die Geschlechterverteilung. Die Mehrheit der Kreissekretäre waren Männer, nur wenige Frauen bekleideten das Amt. Nach einer allgemeinen Statistik über alle Kreissekretäre waren 1964 fünf Prozent der Funktionäre (11 von 220) weiblich. In den folgenden Jahrzehnten stieg der Anteil Frauen marginal – 1976 betrug er zehn Prozent (24 von 230) und 1986 elf Prozent (26 von 231).⁷¹ Mit diesem geringen Frauenanteil glich die CDU der SED, bei der ebenfalls kaum Frauen als 1. Sekretäre tätig waren.⁷² Die Männerdominanz spürten die wenigen Frauen im Amt. Gisela Farinski, Kreissekretärin des Kreisverbandes Eisenach in den 1980er Jahren, betont, dass sie und andere einen schwereren Stand gehabt hätten:

„Wenn ein Kreissekretär gebraucht wurde, hat man nie nach Frauen geguckt, da hieß es immer: ‚Guckt mal, was ist so unter [den, B. T.] Männern, wer könnte das.‘ Wir waren im Bezirk Erfurt zwei Frauen. Die eine in Sondershausen und die andere ich. Und in Sondershausen, die hat zu tun gehabt, dass sie über die Runden kam.

70) *Die Aussagen beruhen größtenteils auf Analysen, die die Parteileitung über die lokalen Funktionäre regelmäßig anfertigte. Sie gilt es, in einer umfassenden Studie auf einer breiten, eigenen Datengrundlage zu differenzieren.*

71) *Diese und folgende Zahlen nach Analyse der kaderpolitischen Situation der Kreissekretäre vom 14. April 1964, in: ACDP 07-010-3264. Kaderpolitische Einschätzung der Kreissekretäre, SHV-Vorlage zum 22. April 1976, in: ACDP 07-011-2355. Zur politischen Wirksamkeit und kaderpolitischen Situation bei Kreissekretären, SHV-Vorlage zum 11. November 1986, in: ACDP 07-011-3087.*

72) *Siehe zum geringen Anteil von Frauen unter den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen T. Pohlmann: Die Ersten, S. 142–148.*

II. Blockpartei im Staatssozialismus

Dort ist eben viel mit Arbeitern gewesen und so, und die hat eben ihre Schwierigkeiten gehabt. Ich weiß noch, als ich dann kam, da haben die Herren der Schöpfung [gesagt, B.T.]: „Jetzt kommt noch mal eine Frau, du liebes bisschen. Das wird doch nichts.“⁷³

Zweitens lässt sich bei den Kreissekretären eine „Akademisierung“ feststellen. Der Anteil der Kreissekretäre mit Hoch- und Fachschulabschluss stieg kontinuierlich – 1964 verfügten 21 Prozent der Funktionäre über einen entsprechenden Abschluss, 1976 27 Prozent, 1986 hatten 53 Prozent einen akademischen Hintergrund. Darüber hinaus legen drittens die Statistiken nahe, dass sich die Kreissekretäre analog zu den Bezirksvorsitzenden in drei Generationen einteilen lassen. Dabei dominierten allerdings die Vertreter der Gründer- und Aufbaugeneration nicht zu stark gegenüber den Angehörigen der FDJ-Generation. 1986 waren 46 Prozent der Kreissekretäre unter 40 Jahren.⁷⁴ Dies hing mit der Politik der Parteileitung zusammen, gezielt jüngere Mitglieder im Amt zu installieren. Damit wollte die Führung eine „Überalterung“ verhindern – im Jahr 1964 waren 69 Prozent der Kreissekretäre älter als 50 Jahre gewesen.⁷⁵ Zudem hoffte man anscheinend, dass jüngere Funktionäre mit den Belastungen des Amtes besser umgehen konnten.

Daneben gab es viertens auch unter den Kreissekretären ehemalige NSDAP-Mitglieder. Im Umgang der Partei mit ihnen lassen sich zwei Phasen unterscheiden. In den 1950er Jahren konnten „Unionsfreunde“ mit entsprechender Vergangenheit offenbar relativ problemlos eine Laufbahn als Kreissekretär einschlagen. Dies legt eine Statistik von 1964 nahe, nach der 33 Prozent der Kreissekretäre entweder NSDAP-Mitglieder, Offiziere in der Wehrmacht oder Beamte im NS-Regime gewesen waren.⁷⁶ Aus diesen Zahlen spricht zum einen der Mangel an fähigen wie willigen „Kadern“, zum anderen die Tatsache, dass die

73) *Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Gisela Farinski S. 11–12.*

74) *Zur politischen Wirksamkeit und kaderpolitischen Situation bei Kreissekretären, SHV-Vorlage zum 11. November 1986, in: ACDP 07-011-3087.*

75) *Vgl. Analyse der kaderpolitischen Situation der Kreissekretäre vom 14. April 1964, in: ACDP 07-010-3264.*

76) *Der Bezirksverband Erfurt gehörte zu jenen Parteiorganisationen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Kreissekretären mit nationalsozialistischer Vergangenheit, vgl. Beschluß über Qualifikationsmerkmale der Kreissekretäre vom 13. April 1964, in: ACDP 07-010-3264.*

1. Die Organisation der CDU

Parteilösungen in den Bezirken die Kandidaten nicht systematisch prüfen, zumal es noch keine verbindlichen Berufungskriterien gab. Erst in den 1960er Jahren achtete man bei der Personalrekrutierung stärker auf die NS-Vergangenheit des Personals. Zwar bestellte das Sekretariat des Hauptvorstandes weiter regelmäßig Mitglieder als Kreissekretäre, die vor 1945 der NSDAP angehört hatten.⁷⁷ Ein wichtiges Motiv dürfte das nach wie vor begrenzte Reservoir an geeigneten Kadern gewesen sein. Zugleich versuchte man aber, die Gruppe der „Belasteten“ zu verkleinern. Seit 1967 durften nicht mehr als 15 Prozent der Kreissekretäre eines Bezirksverbandes dieses „Merkmal“ besitzen.⁷⁸ Eine größere Sensibilität gegenüber der NS-Vorgeschichte ihrer Parteiarbeiter legte damals auch die SED an den Tag. Das wachsende Problembewusstsein beider Parteien hing mit dem deutsch-deutschen Systemkonflikt zusammen.⁷⁹ Seit Ende der 1950er Jahre griff die SED gezielt hochrangige Beamte und Politiker in der Bundesrepublik wegen ihrer Rolle im Nationalsozialismus an. Daraufhin berichteten westdeutsche Medien und Organisationen wie der Untersuchungsausschuss freier Juristen über die NS-Verstrickungen von leitenden DDR-Funktionären. Um das für die Legitimation der eigenen Herrschaft wichtige Selbstbild vom „besseren“, weil „antifaschistischen“ Deutschland zu wahren, beschäftigte sich die SED wie auch die CDU nun intensiver mit den Lebensläufen des eigenen Personals. Die Überprüfungen betrafen nicht die Mitglieder. Diese stellten die CDU-Führung in anderer Hinsicht vor Herausforderungen.

77) *So im Januar 1962 C. P. – NSDAP-Mitglied von 1934 bis 1945 – zum Kreissekretär des Kreisverbandes Borna, vgl. Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes vom 8. Januar 1962, in: ACDP 07-011-1766.*

78) *Vgl. Richtlinie für die kaderpolitische Arbeit mit den Kreissekretären, SHV zum 18. Dezember 1967, in: ACDP 07-011-130.*

79) *Siehe dazu S. Meenzen S. 62 und J. Danyel S. 177–180. Detailliert zu den SED-Kampagnen gegen die „braune“ Bundesrepublik M. Lemke.*

2. Das Innenleben der CDU

Die Mitglieder der CDU waren in zweierlei Hinsicht ein Politikum. Zum einen setzte sich die Union bei der Mitgliederwerbung immer wieder über die Vorgaben der SED hinweg und geriet deshalb mit der Staatspartei in Konflikt. Zum anderen standen viele Mitglieder der Parteiführung und ihrer Politik skeptisch gegenüber. Für ihre Bindung an die Partei war die Gemeinschaft vor Ort ausschlaggebend.

2.1. Die Mitgliederentwicklung der CDU

Die Mitgliederentwicklung war für die CDU in der DDR ein zentrales Thema. Stetig forderte die Parteileitung um Gerald Götting von den Bezirks- und Kreisvorständen, neue „Unionsfreunde“ zu gewinnen.¹ Bei der Werbung ging es zunächst um den Selbsterhalt der Partei. Traten nur wenige jüngere Menschen ein, drohte ihr Überalterung und langfristig die Auflösung – eine Angst, die die CDU vor allem in den 1960er Jahren umtrieb. Damals lag das Durchschnittsalter der Mitglieder bei 51 Jahren.² Wuchs die Partei aber, erwies sie sich als lebendige Organisation, was wiederum ihre Attraktivität steigerte. Zudem ging mit einem Mehr an Mitgliedern auch eine größere Mitwirkung in den Grenzen des Systems einher. Dies galt vor allem für die Orte, in denen die CDU noch nicht vertreten war. Faste sie dort Fuß, konnte sie auf Mandate in den Gemeindevertretungen hoffen und an der lokalen Entwicklung mitarbeiten.

Als Blockpartei konnte die CDU allerdings nicht allein über ihre Mitgliederentwicklung entscheiden. Entsprechend ihrer Funktion als „Transmissionsriemen“ sollte die Union vor allem jene Bevölkerungsgruppen aufnehmen, die die SED kaum oder gar nicht erreichte. Dazu zählten neben Christen und „kirchlichen Amtsträgern“ Handwerker, Gewerbetreibende und Unternehmer. Als einzige der Blockparteien durf-

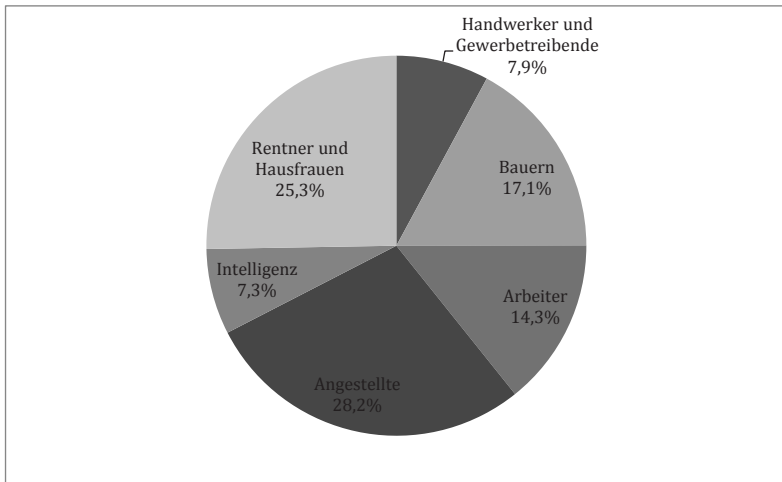
1) *Siehe zur Bedeutung der Mitgliederwerbung im Arbeitsalltag von CDU-Funktionären die Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Gerhard Kästner S. 25 und Johannes Hertwig S. 15–16.*

2) *Darauf weist die ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ in ihrem Bericht vom 14. Mai 1968 über die Mitgliederbewegung der Parteien im Jahr 1967 hin, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/15/15.*

2. Das Innenleben der CDU

te sie begrenzt Arbeiter als Mitglieder gewinnen, wenn sie christlich gebunden waren. Akribisch kontrollierte die SED die soziale Zusammensetzung der CDU und war stets über deren Größe informiert. Trotz dieser Einschränkungen blieb die CDU eine sozial breit aufgestellte Partei (siehe Abbildung 3). Im Jahr 1961 versammelte der Bezirksverband Erfurt Handwerker und Gewerbetreibende (7,9 Prozent der Mitglieder), Arbeiter (14,3 Prozent), Bauern (17,1 Prozent), Angestellte (28,2 Prozent), Angehörige der „Intelligenz“ (7,3 Prozent) sowie Rentner und Hausfrauen (25,3 Prozent).³

Abbildung 3: Soziale Gliederung des BV Erfurt 1961 (in Prozent)⁴



3) Die sozialen Kategorien stammen aus statistischen Übersichten der CDU in der DDR, vgl. Mitgliederstatistik der CDU von 1945 bis 1990 vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857. Bei der Einteilung orientierte man sich am ausgeübten Beruf der Mitglieder. Wurden „Hausfrauen“ und „Rentner“ bis einschließlich 1977 zusammengefasst, bildeten danach „Hausfrauen“ eine eigene Kategorie, die Rentner ordnete man entsprechend ihrer früheren Tätigkeit den übrigen Gruppen zu. 1983/1984 definierte man das Profil der „Intelligenz“ um, deren Anteil in der Statistik damit stark anstieg. Vermutlich zählte man leitende Angestellte in Staat, Wirtschaft und Landwirtschaft fortan zur „Intelligenz“. Die genaue Aufstellung der Mitgliederstatistik der CDU, ihre Weiterentwicklung und den politischen Umgang mit den Daten gilt es noch zu erforschen. Für eine Historisierung zeitgenössischer Statistiken (und der auf ihnen beruhenden sozialwissenschaftlichen Theorien) plädieren eindringlich R. Graf/K. C. Priemel.

4) Eigene Aufstellung nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857, Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

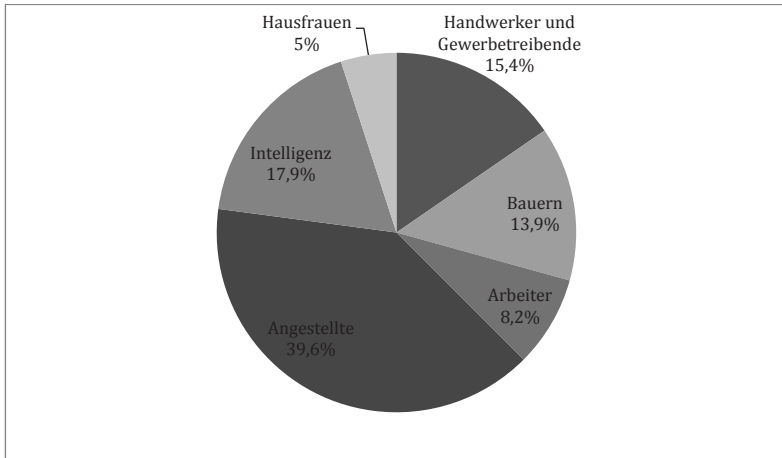
II. Blockpartei im Staatssozialismus

Was sich unter den Vorgaben der SED änderte, waren die Gewichte der einzelnen Sozialgruppen. So stieg zwischen 1961 und 1988 der Anteil der Handwerker und Gewerbetreibenden unter den Mitgliedern um acht Prozentpunkte (1988: 15,4 Prozent, siehe Abbildung 4). In derselben Zeit sanken die Anteile der Arbeiter um gut sechs (1988: 8,2 Prozent) und der Bauern um vier Prozentpunkte (1988: 13,9 Prozent). Stetig größer wurde die Gruppe der Angestellten, deren Anteil um 11 Prozentpunkte (1988: 39,6 Prozent) wuchs. Diese Schicht überließ die SED unter Erich Honecker zunehmend den Blockparteien, nachdem die Angestellten in den 1960er Jahren stärker im Fokus der SED gestanden hatten. Gleichwohl reklamierte die Staatspartei die leitenden Köpfe weiter für sich.⁵ Dies galt auch für die Angehörigen der „Intelligenz“. Dennoch stieg deren Anteil bei der CDU in Erfurt um 10 Prozentpunkte (1988: 17,9 Prozent). Zu den Angestellten beziehungsweise der „Intelligenz“ zählten die Geistlichen. Sie bildeten allerdings eine Minderheit, in Erfurt bekannten sich 1988 53 Theologen (1961: 23) zur CDU. Zwar bemühte sich die CDU intensiv um sie, hatte dabei aber kaum Erfolg. Nicht im Blickfeld der SED standen die Hausfrauen. Ihre Entwicklung lässt sich für den besagten Zeitraum nicht beziffern, da sie mit den „Rentnern“ in der Mitgliederstatistik bis Ende 1977 eine gemeinsame Gruppe bildeten. Seit 1978 (9,2 Prozent) verringerte sich der Anteil der Hausfrauen an der Gesamtmitgliederschaft um 4 Prozentpunkte (1988: 5).

5) *Siehe zur SED-Mitgliederpolitik seit 1961 A. Malycha/P. J. Winters S. 412–416, H. Mestrup: SED, S. 267–291, G.-J. Glaeßner: Republik S. 127–129 und L. Prieß: Parteimitglieder.*

2. Das Innenleben der CDU

Abbildung 4: Soziale Gliederung des BV Erfurt 1988 (in Prozent)⁶



Ähnlich wie in Erfurt verlief zwischen 1961 und 1988 die qualitative Mitgliederentwicklung bei der CDU in Gera und – mit einem signifikanten Unterschied – auch in Suhl.⁷ Dort ging der Arbeiteranteil nicht zurück, sondern stieg um fast drei Prozentpunkte an. Neben Suhl verzeichnete die CDU nur noch im Bezirk Magdeburg einen steigenden Arbeiteranteil, wobei dieser mit 0,4 Prozentpunkten deutlich geringer ausfiel. Mit ihrem Sozialprofil bewegten sich die drei Bezirksverbände bis auf zwei Ausnahmen im Rahmen der Gesamtpartei. Die eine betraf den Bezirksverband Suhl, dessen Arbeiteranteil konträr zur Entwicklung der ganzen Partei verlief. Die andere bestand im Anteil der Bau-

6) Eigene Aufstellung nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857, Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

7) Der Bezirksverband Gera setzte sich 1961 zusammen aus 7 Prozent Handwerker und Gewerbetreibende (1988: 10,4 Prozent), 14,1 Prozent Arbeiter (10,5), 18,1 Prozent Bauern (14,8), 26,3 Prozent Angestellte (39,4), 7,4 Prozent Angehörige der „Intelligenz“ (18,8) und 27,1 Prozent Rentner und Hausfrauen (1978: 8,5; 1988: 6). Unter den Angestellten waren 14 Theologen (1988: 25). Der CDU in Suhl gehörten 1961 an 12,1 Prozent Handwerker und Gewerbetreibende (1988: 13,2 Prozent), 11,4 Prozent Arbeiter (14,1), 19,1 Prozent Bauern (13,2), 25,5 Prozent Angestellte (39,9), 7,6 Prozent Intelligenz (14,5) und 24,4 Prozent Rentner und Hausfrauen (1978: 9,4; 1988: 5,1). Zu den Angestellten gehörten 22 Theologen (1988: 17).

II. Blockpartei im Staatssozialismus

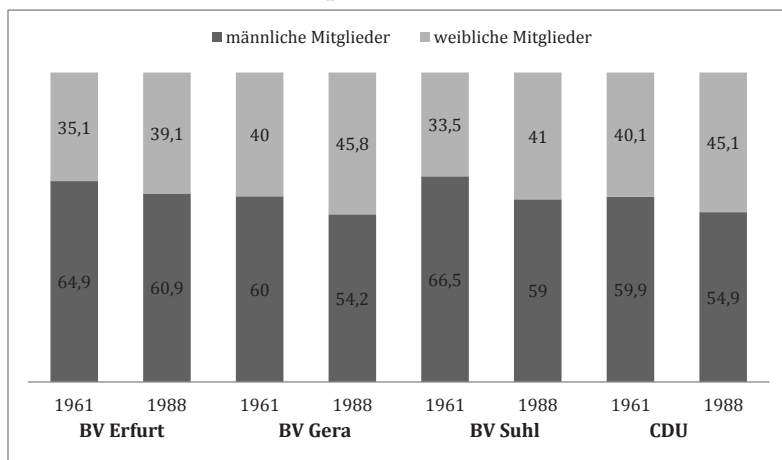
ern unter den Mitgliedern, der anders als bei den drei Bezirksverbänden insgesamt leicht wuchs. In ihrer größeren sozialen Breite hob sich die CDU von den übrigen Blockparteien ab, deren jeweilige Mitgliederbasis sehr viel stärker von einzelnen Schichten beziehungsweise Berufsgruppen bestimmt war.⁸

Eine weitere Besonderheit der CDU war die im Vergleich zu anderen Parteien ausgewogenere Geschlechterverteilung. 1961 waren im Bezirksverband Erfurt 64,9 Prozent der „Unionsfreunde“ Männer und 35,1 Prozent Frauen, in Gera fiel das Verhältnis 60 zu 40 aus und in Suhl 66,5 zu 33,5 (siehe Abbildung 5). Die gesamte Mitgliederschaft der CDU teilte sich in 59,9 Prozent Männer und 40,1 Frauen. Damit war die CDU wesentlich „weiblicher“ als die SED – 1958 wies diese einen Frauenanteil von 23,5 Prozent auf.⁹ In den folgenden Jahrzehnten vergrößerte sich der Anteil der Frauen in der CDU merklich. Bis Ende 1988 wuchs er in Erfurt um 4 Punkte auf 39,1 Prozent, in Gera um fast 6 Prozentpunkte auf 45,8 und in Suhl um 7,5 auf 41 Prozent. Bei der Gesamtpartei stieg der Anteil um 5 Prozentpunkte auf 45,1. Mit dieser Geschlechteraufteilung blieb die CDU deutlich vor der SED – 1989 waren 36,5 Prozent der Genossen Frauen.

-
- 8) *Bei der DBD waren 1986 72 Prozent der Mitglieder Genossenschaftsbauern, vgl. C. Nehrig S. 355. In der NDPD dominierten Ende 1979 Angestellte, Angehörige der „Intelligenz“, Handwerker und Gewerbetreibende die Mitgliederschaft (70 Prozent), Arbeiter und Bauern bildeten dagegen mit zusammen knapp 7 Prozent Randgruppen, vgl. Information über die Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien 1979, Bericht vom 3 April 1980, in: SAPMO-BArch DY 30/vorl. SED, 70023, Bl. 119. Ähnlich sah die Sozialstruktur der LDPD aus. Im Jahr 1988 machte der „Mittelstand“ 77 Prozent der Mitglieder aus, der gemeinsame Anteil von Arbeiter und Bauern lag bei 5 Prozent, vgl. J. Frölich: LDPD, S. 329.*
- 9) *Zum Frauenanteil in der SED siehe G. Meyer S. 236.*

2. Das Innenleben der CDU

Abbildung 5: Geschlechteraufteilung der CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera, Suhl und Gesamtpartei 1961 und 1988 (in Prozent)¹⁰



Interessanterweise wurde die vergleichsweise starke Präsenz von Frauen in der CDU bislang kaum beleuchtet. Den hohen Frauenanteil in der Nachkriegszeit erklärt die Forschung mit andauernden Traditionen aus der Weimarer Republik, in der Frauen besonders zu christlich-konservativen Parteien neigten.¹¹ Im Unterschied zu damals wurden sie in der SBZ/DDR Parteimitglied, da sie sich sonst – etwa in entsprechenden weltanschaulichen Vereinen – nicht mehr sammeln konnten. Deutungen, die über die frühen Jahre hinausweisen, liegen nicht vor. Ein weiterer Grund für den stetig wachsenden Anteil dürfte die gezielte Aufnahme von Ehefrauen von „Unionsfreunden“ gewesen sein, um die Mitgliederzahlen zu erhöhen. Doch nicht nur die Beitrittsmo-

10) Eigene Aufstellung nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857, Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

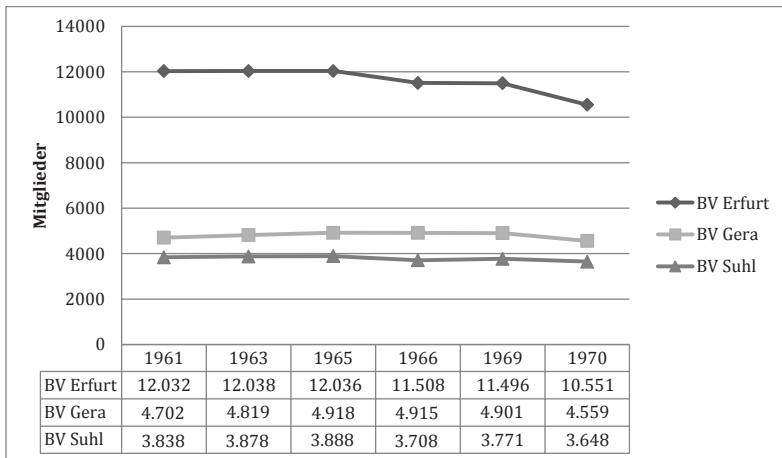
11) So F. Bösch: *Konservatives Milieu*, S. 172–173. Neben der Kirche und ihren Männern waren Frauen auch über eigene Vereine ins konservativ-protestantische wie ins katholische Milieu eingebunden, vgl. ebd. S. 85–91 und Weichlein: *Sozialmilieus*, S. 62–68 und 163–164. In der frühen Bundesrepublik wiederum zeigte sich die aus der Weimarer Republik bekannte Nähe von Frauen zu christlich-konservativen Positionen im Wahlverhalten. So stimmten die Wählerinnen vor allem für CDU/CSU. Der Frauenanteil unter den CDU-Mitgliedern war dagegen niedrig, vgl. F. Bösch: *Adenauer-CDU*, S. 299–302.

II. Blockpartei im Staatssozialismus

tive der Frauen stellen eine Forschungslücke dar, sondern auch ihre Rolle und ihr Selbstverständnis in der CDU.¹²

Die quantitative Mitgliederentwicklung der CDU zwischen 1961 und 1988 lässt sich in zwei Abschnitte teilen. Nach dem Mauerbau stabilisierte die Union zunächst ihren Mitgliederbestand.¹³ Mit leichten Schwankungen nach oben und unten lag in den 1960er Jahren die Zahl der Mitglieder im Bezirksverband Erfurt bei 12.000, in Gera bei 4.800 und in Suhl um die 3.800 (siehe Abbildung 6). Die gesamte Partei hielt sich bei knapp 100.000 „Unionsfreunden“.

Abbildung 6: Mitgliederentwicklung der CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl von 1961 bis 1970¹⁴



12) A. Kaminsky analysiert lediglich den Frauenanteil der SED näher. I. vom Hofe wiederum konzentriert sich auf die Frauenpolitik der CDU in der DDR. Die Beitrittsmotive, das Verhalten und Selbstbild der Frauen in der Partei nimmt sie nicht in den Blick.

13) Siehe zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der Bezirksverbände von 1961 bis 1990 die Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857. Die Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

14) Eigene Aufstellung nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, ebd.

2. Das Innenleben der CDU

Die Stagnation erklärt die Forschung bislang mit einem von der SED verhängten „Aufnahmestopp“. ¹⁵ Wenngleich sich diese Behauptung nicht aufrechterhalten lässt, so ist doch nachweisbar, dass die SED versuchte, die Mitgliederwerbung der Union zu reglementieren. In den 1960er Jahren kritisierten die Mitarbeiter der ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ regelmäßig, dass sich diese zu stark auf die Gewinnung neuer Mitglieder konzentrieren würden. ¹⁶ Dies ging nach Meinung der Genossen zu Lasten der „politisch-ideologischen Arbeit“ in- und außerhalb der Parteien. Daher sollte die CDU wie alle anderen auch keine „organisierte Mitgliederwerbung“ betreiben, wobei die Gewinnung neuer Parteifreunde generell erlaubt blieb. ¹⁷ Doch nicht allein aus diesem Grund bemühten sich die Funktionäre weiter um neue „Unionsfreunde“, sondern auch, weil sich die CDU-Führung nur bedingt an die Auflage der SED hielt. ¹⁸ Zwar legte sie zunächst keine Soll-Zahlen für die Werbung mehr fest, verlangte aber, dass die Kreisverbände Verluste über Neuaufnahmen auffingen. Schon bald arbeitete sie wieder mit konkreten Vorgaben. 1971 beispielsweise zog die Parteileitung erst nach „mehrmaligen Eingreifen“ von ZK-Mitarbeitern die zu leistende Norm zurück. ¹⁹ In den folgenden Jahren

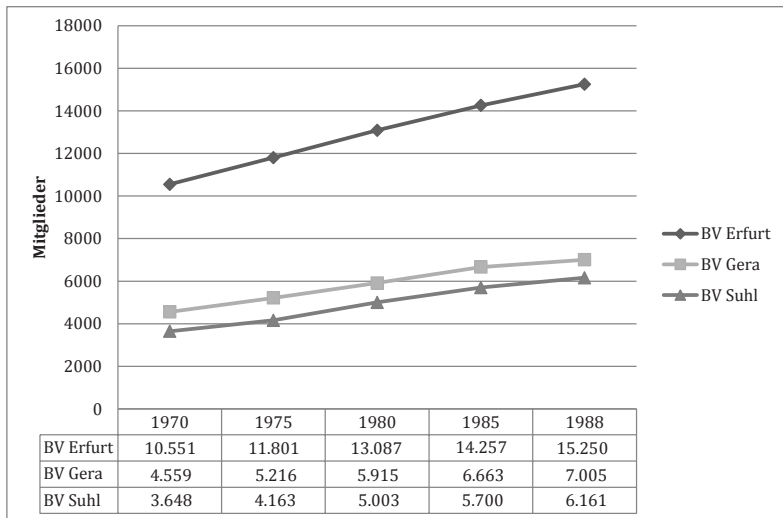
-
- 15) So argumentieren M. Richter: *CDU*, S. 297, ders.: *Blockparteien*, S. 2602 und P. J. Lapp: *Blockparteien*, S. 328, ohne allerdings eine Quelle zu nennen. Differenzierter und unter Bezug auf Dokumente der ZK-Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ S. Suckut: *DDR-Blockparteien*, S. 112. Er spricht von einem „Verbot aktiver Werbung“ beziehungsweise einer Reduzierung der Mitgliederwerbung durch die SED, vgl. ders.: *Ost-CDU*, S. 110–111. M. Reißmann: *Rolle der Ost-CDU*, S. 73 konstatiert, dass die SED Anfang der 1970er Jahre der Mitgliedergewinnung der Union „Einhalt“ geboten habe.
- 16) Als Beispiele Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1964, Bericht vom 31. März 1965, in: *SAPMO-BArch*, DY 30/IV A 2/15/49. und Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien 1966, Bericht vom 25. Mai 1967, in: *SAPMO-BArch*, DY 30/IV A 2/15/3.
- 17) Siehe Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien Jahre 1965, ohne Datum, in: *SAPMO-BArch* DY 30/IV A-2/15/3.
- 18) Im Jahr 1967 beispielsweise verzeichnete die CDU 3.687 Zugänge und 3.649 Abgänge, was einem Plus von 38 Mitgliedern entsprach. Das Verhältnis in den Bezirksverbänden: Erfurt 359/376, minus 17 „Unionsfreunde“; Gera 191/209, minus 18 und Subl 136/115, plus 21, Zahlen nach *Statistische Jahresanalyse 1967*, Bericht des SHV der CDU vom 13. März 1968, in: *SAPMO-BArch* DY 30/IV A 2/15/49.
- 19) Vgl. ebd. *Einschätzung der Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1971*, Bericht vom 13. März 1972. So sollte nach dem Willen der CDU-Führung jede Ortsgruppe zu Jahresbeginn zwei neue Mitglieder werben, vgl. *Direktive für die Jahreshauptversammlung 1971*, SHV-Vorlage zum 30. Dezember 1970, in: *ACDP* 07-011-0651.

II. Blockpartei im Staatssozialismus

änderte die SED ihren Kurs und gestand der CDU eine intensivere Mitgliederwerbung zu.

Die CDU-Führung nutzte den größeren Handlungsspielraum und forcierte mit Erfolg die Mitgliedergewinnung.²⁰ Zwischen 1970 und 1988 vergrößerte sich die Basis bei der CDU im Bezirk Erfurt um knapp 45 Prozent (von 10.551 auf 15.250 Mitglieder), in Gera um 54 Prozent (von 4.559 auf 7.005) und in Suhl gar um 69 Prozent (von 3.648 auf 6.161, siehe Abbildung 7). Die CDU als Ganzes expandierte in dieser Zeit um 47 Prozent, von 95.293 auf 139.705 Mitglieder.

Abbildung 7: Mitgliederentwicklung der CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl von 1970 bis 1988²¹



Das Wachstum hing aber nicht allein mit dem massiven Werben der Partei zusammen. Der Zulauf neuer „Unionsfreunde“ resultierte auch aus der (Selbst-)Disziplinierung vieler Menschen in der DDR nach

20) Siehe die entsprechenden Beschlüsse zur Stärkung und Festigung der Partei durch Gewinnung neuer Mitglieder, SHV-Vorlagen zum 10. Juli 1973 und zum 28. März 1978, in: ACDP 07-011-2084/-2522.

21) Eigene Aufstellung nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857, Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

dem Mauerbau im August 1961.²² Die CDU war nämlich kein Einzelfall, seit Beginn der 1970er Jahre stiegen die Mitgliederzahlen aller Blockparteien.²³ Sie boten die Möglichkeit, dass man mit seinem Eintritt die geforderte Systemkonformität dokumentierte, ohne SED-Mitglied werden zu müssen. Zugleich konnte speziell die CDU ein annehmbarer Kompromiss sein, wenn man sich als Christ in der DDR politisch engagieren wollte.

Das Mitgliederwachstum ging mit einer Verjüngung der Partei einher. Hinter dieser Entwicklung stand eine gezielte Werbestrategie der Parteiführung. Zwischen 1970 und 1988 wuchs die CDU im Bezirk Erfurt um 4.699 Mitglieder. Knapp die Hälfte von ihnen (2.269 = 48,3 Prozent) war jünger als 40 Jahre.²⁴ Damit sank das Durchschnittsalter in der CDU beim Bezirksverband Erfurt um 4 auf 45,4 Jahre.²⁵ Die gesamte Mitgliederschaft der Union verjüngte sich um 4 auf 46,1 Jahre. Einen ähnlichen Altersschnitt wies die SED auf, er lag 1989 bei 45 Jahren.²⁶

Wachstum um jeden Preis – Die Praxis der Mitgliederwerbung

Die Mitgliederwerbung begann beim Hauptvorstand, der die Mitgliederentwicklung jährlich analysierte und den Bezirksverbänden regelmäßig Vorgaben über die Anzahl und soziale Stellung der zu werben den „Unionsfreunde“ machte. Die Bezirkssekretariate der CDU in Gera, Suhl und Erfurt schlüsselten wiederum die Forderungen auf die Kreisverbände auf, sodass es an den Kreisvorständen lag, die Zahlen zu erfüllen.

Im Alltag mussten vor allem die Kreissekretäre erfahren, wie schwierig es war, immer genügend „Unionsfreunde“ zu gewinnen. Um die

22) *Allgemein zur Anpassung der Menschen in der DDR nach dem Mauerbau siehe D. Pollack S. 295–296, im Hinblick auf das Wachstum der Parteien und Massenorganisationen vgl. F. Bösch/J. Gieseke S. 53–54.*

23) *Zwischen 1969 und 1987 wuchs die DBD von 83.965 auf 115.000 Mitglieder, die LDPD von 67.386 auf 106.530 und NDPD von 80.914 auf 110.000, vgl. C. Nehrigh S. 355, J. Frölich: LDPD, S. 327 und ders.: NDPD, S. 1554.*

24) *In Gera wuchs die CDU um 2.446 Mitglieder, davon waren 927 (38 Prozent) jünger als 40 Jahre, in Suhl um 2.513 „Unionsfreunde“, davon waren 1.213 (48,3 Prozent) jünger als 40 Jahre. Eigene Berechnungen nach: Altersstruktur der CDU, Übersicht vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.*

25) *Bei der CDU im Bezirk Gera fiel das Durchschnittsalter von 48,5 auf 45,9 Jahre, in Suhl von 49,4 auf 44,7 Jahre, vgl. Altersstruktur der CDU, Übersicht vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.*

26) *Vgl. H. Mestrup: SED, S. 275.*

Vorgaben des Hauptvorstandes dennoch zu erfüllen, wandten die Funktionäre vor Ort verschiedene Strategien an. Zunächst warben sie zum Ärger der SED in allen sozialen Schichten Mitglieder – nicht nur in jenen, die in die „Zuständigkeit“ der CDU fielen. In den 1960er Jahren suchten CDU-Funktionäre verstärkt den Kontakt zu Angestellten, Genossenschaftsbauern, Studenten und Angehörigen der „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“ – allesamt Gruppen, die die SED für sich beanspruchte.²⁷ Hinzu kam, dass die Kreissekretäre gezielt Arbeiter ansprachen. Im April 1971 beispielsweise monierte die Arbeitsgruppe „Befreundete Parteien“ des Zentralkomitees, dass der Arbeiteranteil bei der CDU zunehme, während er bei NDPD und LDPD sinke.²⁸ Die Genossen waren besonders erzürnt über die CDU-Bezirksverbände im Thüringer Raum. Bei den Bezirksverbänden Gera und Erfurt kamen gut 18 Prozent der neuen Mitglieder aus der „Arbeiterklasse“, in Suhl 25 Prozent. Ihre Unzufriedenheit mit der Mitgliederentwicklung der CDU teilte die SED offensichtlich auch der CDU-Führung um Gerald Götting mit. Zumindest achtete die Parteileitung fortan penibel darauf, dass die Kreis- und Bezirksverbände nicht aktiv Arbeiter warben.²⁹

Eine weitere, oft genutzte Maßnahme war die bewusste Werbung von passiven Mitgliedern. Ihre Mitgliedschaft bestand nur auf dem Papier, von ihnen ging keine Initiative aus, dies erwarteten die CDU-Funktionäre auch nicht. Häufig warben Mitglieder und Funktionäre Menschen aus ihrem sozialen Umfeld, etwa die Ehefrauen, die ihrem Mann zuliebe in die CDU eintraten.³⁰ Neben den Ehefrauen gehörten auch jene zu den passiven Mitgliedern, die die Kreissekretäre mit Zugeständnissen zu einem Eintritt überredeten. Ihnen versprach man reduzierte Mitgliedsbeiträge oder das Recht, nur unregelmäßig an Mitglie-

27) *Siehe Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1966, Bericht vom 27. April 1967, und Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien 1967, Bericht vom 14. Mai 1968, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/15/49 und DY 30/ IV A 2/15/15.*

28) *Mitgliederbewegung der befreundeten Parteien 1970, Einschätzung vom 16. April 1971, in: SAPMO-BArch DY 30/69016, Bl. 75.*

29) *Vgl. Analyse zum statistischen Bericht für das Jahr 1973, Bericht vom 21. Februar 1974, in: ACDP 07-011-5667.*

30) *Vgl. zu dieser Praxis Bericht des IM „Arno“ vom 18. Januar 1962, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM 1473/80, Teil A, Bd. 2, Bl. 102–104.*

derversammlungen teilnehmen zu müssen.³¹ Darüber hinaus versuchten die Kreissekretäre auch mit Hilfe von ideellen und materiellen Anreizen, Menschen an die CDU zu binden. Auf solche Abmachungen setzte der Kreissekretär von Gera-Land, Gerd Felzmann, als er im Herbst 1982 um die Gunst einer Reihe von Handwerkern warb.³² So sicherte er einem Uhrmacher neben der Gewerbeerlaubnis noch dringend benötigte Materialien zu, wenn er in die CDU eintrat.

Diese beschriebenen Wege reichten allerdings nicht aus, um die Vorgaben der Parteileitung zu erfüllen. Für ein ausreichendes Saldo bei der Mitgliederwerbung manipulierten die Verantwortlichen auch die Angaben in der Statistik, insbesondere in den 1960er Jahren. Ein Mittel war es, verstorbene oder ausgetretene Mitglieder nicht zu streichen. Erst wenn der Kreisverband neue Mitglieder geworben hatte, bereinigte man die Statistik. Diese Praktiken kannten auch die Bezirksvorstände, wie Akten der Staatssicherheit über die CDU im Bezirk Erfurt aus der Zeit nach dem Mauerbau belegen.³³ Die dortige Parteiführung tolerierte die geschönten Statistiken aus zwei Gründen. Zum einen wollten sie dem Sekretariat des Hauptvorstandes keinen Anlass zur Kritik geben. Zum anderen hing an der Größe des Verbandes der Stellenplan. Bei weniger als 12.000 Mitgliedern fürchteten die Funktionäre Streichungen beim Personal.

Spätestens Ende 1965 erfuhr das Sekretariat des Hauptvorstandes von den „ungeklärten Mitgliedschaften“, worauf es die Mitgliederdaten der Bezirksverbände im Laufe des Jahres 1966 aktualisieren ließ. Im Zuge dieser Aktion stellten sich die Statistiken vor allem in sieben Bezirks-

31) *Wie weit man für neue Mitglieder ging, illustriert das Verhalten des CDU-Kreissekretärs von Sömmerda, Erwin Kleyer, im Jahr 1971. Zusammen mit dem Leiter einer PGH, der dem CDU-Kreisvorstand angehörte, gewann er einige Beschäftigte des Betriebs für die Partei mit der Zusicherung, dass sie ihre Beiträge über den Stundenlohn erstattet bekommen sollten, vgl. Brief von Unruh an Harder vom 4. November 1971, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt, IV B/2/15/407, Bl. 133–134.*

32) *Vgl. Aktivitäten des Bezirks- und Kreisvorstandes der CDU zur Gewinnung neuer Mitglieder, ohne Datum, in: LATH – StA Rudolstadt, BPA SED Gera, Bezirksleitung der SED Gera, A 8028, Bl. 120–121.*

33) *Für den Erfurter Verband siehe etwa die Berichte des IM „Franz“ alias Theo Weinrich. Er war von 1962 bis 1969 stellvertretender CDU-Vorsitzender im Bezirk. Zum folgenden vgl. Bericht des IM „Franz“ vom 21. Dezember 1963, in: BStU, MfS, BV Erfurt, 1191/61, Teil II, Bd. 3, Bl. 183–184.*

verbänden – unter ihnen Erfurt und Suhl – als falsch heraus.³⁴ Bei beiden reduzierten sich die Mitgliederzahlen im Vergleich zu 1965 um mehr als 4 Prozent.³⁵ Im Jahr 1970 führte die CDU ein neues Karteiwesen für die Mitgliederverzeichnisse ein.³⁶ Bei dieser Umstellung tauchten (wieder) „ungeklärte Mitgliedschaften“ in Erfurt, Suhl und Gera auf. In den drei Verbänden gingen die Mitgliederzahlen im Vergleich zu 1969 um bis zu 8 Prozent zurück.³⁷

Mit diesen Inspektionen endete allerdings nicht die Manipulation bei der Mitgliederstatistik. Auch danach arbeiteten die Kreis- und Bezirksverbände der CDU im Thüringer Raum und darüber hinaus mit falschen Angaben.³⁸ Im März 1989 beispielsweise berichtete der Stasi-Informant „Franz Schulze“ von bis zu 70 „Karteileichen“ im Stadtkreisverband Erfurt.³⁹ Die Zahl erklärte der Zuträger mit den Ambitionen der CDU-Führung im Bezirk Erfurt, den größten Verband innerhalb der Union zu stellen. Die Parteileitung habe daher angeordnet, verstorbene oder ausgetretene Mitglieder weiter in der Statistik zu führen.

2.2. Unmut und Gemeinschaft: Die Basis der CDU

Zu den bekanntesten Narrativen über die CDU in der DDR zählt die These von einer „Kluft“ zwischen Parteiführung und Basis. Sie bestimmt sowohl die wissenschaftliche Debatte als auch das Geschichts-

34) *Die anderen fünf waren Magdeburg, Halle, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt, vgl. Bericht über die Arbeit der CDU im Jahre 1966, ohne Datum, in: ACDP 07-011-4660 und Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1965, Bericht vom 13. April 1966, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/15/49.*

35) *Die CDU im Bezirk Erfurt verzeichnete 1966 einen Verlust von 4,4 Prozent, von 12.036 auf 11.508 „Unionsfreunde“. Im Bezirk Suhl ging der Mitgliederbestand um 4,6 Prozent zurück, von 3.888 auf 3.708. Lediglich in Gera blieben die Zahlen fast gleich: 4.918 zu 4.915.*

36) *Vgl. Analyse zum statistischen Bericht 1970, ohne Datum, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/15/49 und Bericht des IM „Franz“ vom 11. März 1970, in: BStU, MfS, BV Erfurt, 1191/61, Teil II, Bd. 5, Bl. 115.*

37) *Die CDU im Bezirk Erfurt registrierte 1970 ein Minus von gut 8 Prozent, von 11.496 auf 10.551 Mitgliedern, der Verband in Gera büßte 7 Prozent seiner Mitglieder ein, von 4.901 auf 4.559. Die Union im Bezirk Suhl hatte einen Rückgang von gut 3 Prozent zu verzeichnen, von 3.771 auf 3648 „Unionsfreunde“.*

38) *So auch im Bezirk Schwerin, vgl. C. Schwießelmann: Fremdsteuerung, S. 117–118.*

39) *Vgl. Information des IM „Franz Schulze“ vom 9. März 1989, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IX 727/73 Teil II, Bd. 6, Bl. 232.*

bild der heutigen CDU.⁴⁰ Demnach sei die Leitung der Partei SED-hörig gewesen, große Teile der Basis dagegen hätten regelmäßig die SED und die Systemnähe ihrer eigenen Spitze kritisiert. Diese Deutung ist nicht falsch, aber ergänzungsbedürftig. Dies betrifft die Rolle der Funktionäre, gerade auf Bezirks- und Kreisebene. Sie traten nicht als bloße Gefolgsleute der SED auf, sondern agierten vielschichtiger.⁴¹ Was die „einfachen“ Mitglieder anbelangt, so äußerten sich viele zweifelsohne kritischer, ohne dass sie aber generell das System infrage stellten. Zudem blieben die meisten von ihnen in der CDU. Die Gründe dafür hat die Forschung allerdings noch nicht hinreichend ausgeleuchtet.

Die Motive, warum Menschen in der DDR in die CDU eintraten, waren unterschiedlich. Mit ihnen hat sich die Forschung bereits intensiv beschäftigt, gilt doch der Eintritt in eine machtlose Blockpartei bis heute als erklärungsbedürftig.⁴² Viele schlossen sich der Partei an, um sich dem Werben der SED auf systemkonforme Weise zu entziehen. Dass sie sich für die CDU und nicht für eine andere Blockpartei entschieden, lag an ihrer christlichen Prägung. Hans-Peter Häfner aus Vacha im Bezirk Suhl beispielsweise wurde zweimal von SED-Vertretern angesprochen. Um einem erneuten Werbeversuch zu entgehen, trat er als Christ 1972 der CDU bei: „Die Genossen waren jedenfalls überrascht und erbost, als ich ihnen von meiner CDU-Mitgliedschaft berichtete.“⁴³ Daneben wurden Menschen Parteimitglied, weil sie sich politisch engagieren wollten und die SED für sie als Christen nicht infrage kam. Zu ihnen gehörte Johannes Hertwig aus Sulzbach im Bezirk Erfurt:

„Ganz einfach, mein Vater war Pfarrer. Ich bin mit einem christlichen Menschenbild aufgewachsen und hatte nie einen Draht in Richtung SED. Da hab' ich mir gedacht,

40) Siehe beispielsweise M. Agethen: *Unruhepotentiale*, S. 90–93, M. Richter: *CDU*, S. 305–306 und zuletzt C. Schwießelmann: *Fremdsteuern*, S. 152–153. Zum Geschichtsbild der heutigen CDU vgl. F. Bösch: *Macht*, S. 58 und T. Sauer S. 66–67.

41) Vgl. dazu die Kapitel 3.1., 4.1. und 4.2. in dieser Arbeit.

42) Siehe etwa M. Agethen: *CDU in der DDR*, S. 225–227, P. J. Lapp: *Blockparteien*, S. 292–294 und S. Suckut: *DDR-Blockparteien*, S. 117–118.

43) *Zeitzeugenbericht von Dr. Hans-Peter Häfner vom 21. Januar 2017* S. 3 (*Sammlung Häfner*) sowie *Transkript des Zeitzeugeninterviews mit dems.* S. 1–4. Siehe zu diesem weit verbreiteten Beitrittsmotiv auch die *Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Gerhard Kästner* S. 1–6 und *Dieter Althaus* S. 2–4.

II. Blockpartei im Staatssozialismus

wenn du dich politisch mal bindest, dann gehst du in die CDU. Und das habe ich dann '76 gemacht.“⁴⁴

Inwieweit Karriereabsichten hinter einem Beitritt standen, lässt sich schwer beurteilen. Als CDU-Mitglied hatte man nicht die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten wie ein SED-Genosse. Bis auf einige Ausnahmen abgesehen, nahmen „Unionsfreunde“ maximal die Position eines Stellvertreters ein, wobei es keinen Automatismus gab.⁴⁵ Generell wohnte der CDU-Mitgliedschaft etwas Ambivalentes inne. Einerseits war man Teil einer systemtragenden Partei, andererseits konnte man die Zugehörigkeit als systemkonforme Distanzierung gegenüber der SED verstehen.⁴⁶

Mögen die Gründe für den Eintritt in die CDU unterschiedlich gewesen sein, so machte sich bei vielen Mitgliedern über kurz oder lang aus mehreren Gründen Ernüchterung über die Stellung der CDU in der „sozialistischen Demokratie“ breit. Zunächst störte sie die allgegenwärtige Nähe der eigenen Parteiführung zur SED. Im Dezember 1968 etwa bezeichneten CDU-Mitglieder im Bezirk Suhl ihre Partei als „Anhängsel der SED“. ⁴⁷ Mit ihrem Wunsch nach mehr Distanz zur Staatspartei stellten viele „Unionsfreunde“ ein Kernelement der offiziellen Parteikultur infrage, was wiederum die CDU als Organisation schwächte. Der zweite Grund für die Desillusionierung war die Politik der SED, die viele an der Bedeutung, ja am Fortbestand der eigenen Partei zweifeln ließ. Besonders ausgeprägt war die Unsicherheit in den 1960er und frühen 1970er Jahren. Damals schienen die gesellschaftspolitischen Konzepte der SED – Ulbrichts klassenlose „sozialistische Menschengemeinschaft“ beziehungsweise die stärkere Betonung der führenden Rolle der SED unter Honecker – die Blockparteien überflüssig zu

44) Matthias Benkenstein: „Die Wende ist für Jahrhunderte einmalig“, Interview mit Johannes Hertwig, in: *Thüringische Landeszeitung*, 30. April 2015, S. 3. Siehe zu diesem Beitrittsgrund auch das Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Jörg Kallenbach S. 1–2.

45) Wie gering die Aussichten waren, als CDU-Mitglied eine Führungsstelle einzunehmen, zeigt ein Blick auf die Schuldirektoren mit CDU-Parteibuch. So gab es 1988 in der gesamten nur 16 Leiter, die der Union angehörten, fünf Jahre zuvor waren es 23 gewesen. Für S. Suckut: *DDR-Blockparteien*, S. 118 war die CDU-Mitgliedschaft ein „Garantieschein“, nicht Schuldirektor werden zu können.

46) Siehe dazu auch T. Sauer S. 51.

47) *Einige Probleme in Auswertung der Informationsberichte des Bezirksvorstandes der CDU, Bericht vom 11. Dezember 1968*, in: LATH – StA Meiningen, BPA SED Suhl, Bezirksleitung der SED Suhl, IV/B-2/15/600.

machen. Als Gradmesser für das Ansehen der CDU diente die Stellenvergabe. Aufmerksam achteten die Mitglieder darauf, wie viele und welche Posten die CDU einnahm. Musste die Partei ein Amt abgeben, sorgte das für Unruhe an der Basis. Als im Herbst 1976 die SED Gerald Götting als Präsident der Volkskammer ablöste, fragten einige „Unionsfreunde“ besorgt: „Hat die CDU im Sozialismus-Kommunismus noch eine Perspektive?“⁴⁸ Mit ihrer Existenzangst waren die CDU-Mitglieder nicht allein, auch die anderen Blockparteien sorgten sich regelmäßig um ihre Zukunft.⁴⁹ Das Selbstwertgefühl der Mitglieder hing aber nicht nur vom öffentlichen Prestige ihrer Partei ab. Viele fühlten sich als „Unionsfreund“ – drittens – sozial benachteiligt, vor allem was die eigene berufliche Laufbahn anbelangte. Im Dezember 1977 berichtete beispielsweise Herbert Lautenbach, Kreissekretär des Kreisverbandes Weimar, über Beschwerden von Mitgliedern über ihre Stellung im Betrieb. Deren Vorgesetzte hätten ihnen geringere „Entwicklungsmöglichkeiten“ eingeräumt, weil sie der CDU angehören würden.⁵⁰

Die Unzufriedenheit vieler Mitglieder äußerte sich aber nicht nur verbal, sondern auch in einem allenfalls mäßigen parteilichen Einsatz. So besuchten sie nur unregelmäßig die monatlichen Parteiversammlungen. 1981 kamen bei der CDU im Bezirk Erfurt 69 Prozent der „Unionsfreunde“ zu den Veranstaltungen, in Gera 67 Prozent und in Suhl rund 65 Prozent. Mit ihren Werten befanden sich die drei Verbände im beziehungsweise über dem Durchschnitt der Gesamtpartei (65 Prozent).⁵¹ Obwohl die Zahlen deutlich höher lagen als in den 1950er Jahren (1956: knapp 28 Prozent), waren sie für die CDU-Führung aus

48) *Zur Lage und Situation innerhalb der CDU im Zusammenhang mit den Wahlen zur Volkskammer und den Bezirkstagen, Aktenvermerk vom 23. Dezember 1976, in: BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 1366, Bl. 102.*

49) *Siehe S. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 105–106 und speziell zur LDPD T. Widerra S. 108.*

50) *Informationsbericht an das CDU-Bezirkssekretariat Erfurt zum 5. Dezember 1977, in: LATH – HStA Weimar, Nationale Front, 933, Bl. 253. Siehe dazu auch die bekannte Liste des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU von Anfang März 1978 über Benachteiligungen von CDU-Mitgliedern und parteilosen Christen in der DDR, abgedruckt bei S. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 167–177.*

51) *Erfurt gehörte neben Magdeburg (69 Prozent) und Halle (72 Prozent) zu den Bezirksverbänden in der CDU mit der höchsten Quote, vgl. Versammlungsbeteiligung, Übersicht vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857. Deutlich besser war die Versammlungsbeteiligung bei der SED im Bezirk Erfurt, sie belief sich 1981 auf 89 Prozent, vgl. H. Mestrup: SED, S. 171–172.*

zwei Gründen unzureichend. Erstens galt die Teilnahme als Pflicht. Zweitens sollten die Versammlungen ein Forum der Ideologisierung und Mobilisierung der Mitglieder sein. Daneben traten die „Unionsfreunde“ eher unwillig für die Politik ihrer Partei in der Öffentlichkeit ein. Im Mai 1978 verlangte beispielsweise Walter Günnel, stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Gera, von den Mitgliedern das „eindeutige Engagement für unsere Partei, für die Nationale Front, für unseren sozialist[ischen] Staat, für den Frieden“.⁵² Der Unmut der Mitglieder machte sich zudem in Austritten und Streichungen bemerkbar. Dabei fielen die Zahlen allerdings nicht so hoch aus wie in den 1950er Jahren. 1978 registrierte die Partei landesweit 559 Austritte.⁵³ Nach einer parteiinternen Analyse in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl begründete ein gewichtiger Teil der ehemaligen Unionsfreunde (zusammen 44 Prozent) diesen Schritt mit ihren politischen Erfahrungen: 12 Prozent interessierten sich nicht mehr für die Parteiarbeit, 10 Prozent der Ausgetretenen führten berufliche Nachteile an, 4 Prozent lehnten die Politik der CDU ab und 18 Prozent fühlten sich bei Problemen mit Ämtern (Wohnungssuche, Reisen nach Westdeutschland) nicht genügend unterstützt. Die anderen Mitglieder verließen die Partei, weil sich ihre „weltanschaulich-philosophische Position“ geändert hatte (40 Prozent). Hinzu kamen jene (16 Prozent), die offiziell aus unpolitischen Gründen wie Alter oder Gesundheitszustand die Partei verließen. Noch deutlicher als bei den Austritten spiegelte sich die innere Verfasstheit bei den Streichungen wider. 1978 verloren insgesamt 779 „Unionsfreunde“ ihr Parteibuch, fast zwei Drittel von ihnen wegen „Inaktivität und Interessenlosigkeit“. Das übrige Drittel teilte sich auf Mitglieder auf, die in die Bundesrepublik gezogen waren oder sich „parteischädigend“ verhalten hatten. Trotz der vorhandenen Missstimmung blieben die meisten Mitglieder in der CDU. Ihr Ausharren lässt sich mit pragmatischen Erwägungen erklären, bewies man doch mit dem CDU-Parteibuch äußerlich die stets geforderte Systemloyalität. Eine wichtige Rolle spielten ebenso

52) *Referat für die Sitzung des Bezirksvorstandes am 8. Mai 1978, in: ACDP 03-045-133.*

53) *Siehe zum folgenden Analyse der Streichungen und Austritte von Mitgliedern der CDU im Jahre 1978, SHV-Vorlage zum 24. April 1979, in: ACDP 07-011-2636. Der Bericht schlüsselt die Austritte und Streichungen nicht einzeln für die Bezirke auf. In der Mitgliederstatistik, die die Bezirksverbände berücksichtigt, werden „Austritte, Streichungen, Ausschlüsse“ zusammengefasst genannt, für 1978: Erfurt 160, Gera 70, Suhl 61 (Zahlen der Bezirke), vgl. Austritte, Streichungen, Ausschlüsse der CDU, Statistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.*

soziale Motive. Entscheidend hierfür war die Parteigruppe vor Ort. Diese erlebten die Mitglieder vielfach als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, mit denen man sich ungezwungener über politische und gesellschaftliche Fragen austauschen konnte.⁵⁴ In der Ortsgruppe Vacha sei es vor allem um lokale Ärgernisse gegangen, schildert Hans-Peter Häfner:

„Meistens haben wir geschimpft oder gemeckert über Versorgungsmängel oder über Entscheidungen, die komisch waren oder mit denen wir nicht einverstanden waren, zum Beispiel gab es noch in den 70er Jahren noch Stromsperrern. Also das sind ja 25 Jahre nach dem Krieg gab es noch Stromsperrern, allerdings nie unten an der beleuchteten Grenze. Da brannten die Lichter immer.“⁵⁵

Bei ihren Zusammenkünften wussten die Mitglieder, über welche Themen sie reden konnten und welche Tabus darstellten – allen voran Kritik an der Führungsrolle der SED. „Da konnten wir über solche Missstände eigentlich reden, so lange sie nicht [die] Politik [gemeint der SED sowie ihre herausgehobene Stellung in der DDR, B.T.] betrafen“⁵⁶, betont Hans-Peter Häfner.

Gemeinschaftsbildend war außerdem der Einsatz für das eigene Umfeld, insbesondere in den ländlichen Gemeinden. Dabei ging es weniger um das Aushandeln von Entscheidungen in den örtlichen Gremien, das nur wenigen vorbehalten war. Gefordert war die Union als Gruppe, wenn es darum ging, Anliegen konkret umzusetzen, sei es die Erneuerung der Straße oder der Bau eines Kindergartens. Den offiziellen Rahmen für den Einsatz bildete in der Regel die Nationale Front mit ihrem jährlichen Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“, an dem sich auf Geheiß der CDU-Spitze auch die

54) Siehe zu dieser verbreiteten Erfahrung die Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Jörg Schwäblein S. 81, Marion Walsmann S. 3 und 6, Johannes Hertwig S. 49–50 und mit Jörg Kallenbach S. 1–2. Das Gemeinschaftliche hob auch Susanne Murowski, Bürgermeisterin einer Kleinstadt im Norden der DDR zwischen 1965 und 1970, hervor, als sie in einem Zeitzeugeninterview Ende der 1980er Jahre über ihre ehrenamtliche Tätigkeit für die örtliche CDU sprach: „Und dann treffe ich wieder alte Freunde und auch sehr viele junge, mit denen man in der früheren Zeit als Funktionär der CDU schon zu tun hatte. Es ist eigentlich sehr schön.“, vgl. L. Niethammer u.a. S. 519.

55) Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Dr. Hans-Peter Häfner S. 6.

56) Ebd. S. 19.

Ortsgruppen mit eigenen „Initiativen“ beteiligen sollten.⁵⁷ Der Wettbewerb trieb die „Unionsfreunde“ jedoch nicht vorrangig an, in der Freizeit teilweise hart körperlich zu arbeiten. Vielmehr engagierte man sich aus der Identifikation mit dem Heimatort, verbunden mit der Möglichkeit, die eigenen Lebensumstände zu verbessern. Dieser Umstand klingt auch in Erinnerungen von Zeitzeugen an. In einem Interview betonte beispielsweise Willibald Böck, Bürgermeister von Bernterode im Eichsfeld in den 1980er Jahren, dass man als CDU im Ort „viel unternommen [habe], um ihn zu verschönern, haben ausgeschachtet, Bürgersteige gebaut und vieles mehr.“⁵⁸ Fast zeitgleich engagierte sich Johannes Hertwig für seinen Heimatort Sulzbach:

„Mir lag immer daran, etwas zu bewegen. Und wenn man richtig Krach gemacht hat, dann hat das auch etwas bewirkt... Und wenn es nur ein Weg war, der gepflastert wurde, ein Jugendzimmer, das geschaffen worden ist oder etwas für den Sportverein. Wer nichts gesagt hat, hat nichts gekriegt: Das haben wir beherzigt.“⁵⁹

Mit diesem Einsatz für ihren Ort machten die Mitglieder auf die eigene Gruppe aufmerksam, was wiederum andere motivieren konnte, sich ihnen anzuschließen und der CDU beizutreten. Mit der Gemeinschaft, die die CDU in ihrem lokalen Umfeld darstellte, begründete auch Christine Lieberknecht ihren Beitritt:

„Ich war 1981 in die Partei eingetreten, weil ich gehofft hatte, in der CDU ließen sich in wenigstens in bescheidenen Ansätzen eigene Akzente setzen, und weil in Rams-la nahe Weimar, dort, wo ich mit meiner Familie wohnte, Menschen in der CDU mitmachten, die mich persönlich überzeugten: bodenständige Bauern und private Handwerker, unsere Kirchenältesten und auf Kreisebene auch befreundete Pastoren.“⁶⁰

57) *Zu den Ursprüngen und Entwicklung des Wettbewerbs sowie zu dessen Aneignung durch die Menschen in der DDR* siehe J. Palmowski S. 165–193.

58) *Interview mit Willibald Böck*, in: Mike Mohring S. 26. *Siehe zum Engagement von CDU-Mitgliedern für ihr Umfeld* auch L. Niethammer u.a. S. 518 und H. Matthiesen S. 662.

59) *Matthias Benkenstein*: „Die Wende ist für Jahrhunderte einmalig“, *Interview mit Johannes Hertwig*, in: *Thüringische Landeszeitung (TLZ)* vom 30. April 2015.

60) *C. Lieberknecht* S. 267

Aktive Ortsgruppen waren daher nicht nur eine politische Gruppierung, sondern auch eine soziale Interessengemeinschaft. Als solche verankerten sie die Union gesellschaftlich und ersetzten die fehlenden, für ein parteinahes Milieu wichtigen Organisationen wie Vereine und Verbände.⁶¹ Angesichts der stärkeren sozialen Bindung der Mitglieder an die Partei und ihres handfesten Einsatzes haben Historiker die Ortsgruppen als „Geselligkeitsverein“ oder „unpolitische Bürgerinitiative“ charakterisiert.⁶² Diese Einschätzungen greifen aber zu kurz. Auch mit ihren basalen Praktiken waren die Ortsgruppen stets politische Akteure, die den Argwohn der SED wecken konnten. Diese Erfahrung machte Johannes Hertwig:

„Ich hab' 1976 in Sulzbach eine Gruppe der CDU gegründet. Das war damals schon etwas aufsehenerregend, weil ich innerhalb eines halben Jahres 25 Leute in der CDU hatte, die etwas tun wollten. Da gabs schon Stirnrunzeln bei der SED-Kreisleitung in Apolda.“⁶³

Der politische Charakter des gemeinschaftlichen Engagements vor Ort zeigt sich zudem in dessen Instrumentalisierung durch die CDU-Führung. Gezielt nutzte sie das Geleistete, um für die CDU als eine tatkräftige, vor Ort einflussreiche Organisation zu werben. Dieses Bild fand sich in der Partei überall: in Reden der Funktionäre, in internen Berichten und in den parteieigenen Zeitungen. Bei der parteiinternen Vermittlung des Images war die Zeitschrift *Union teilt mit* wichtig, die sich an alle ehren- und hauptamtlichen Funktionäre richtete. In jeder Ausgabe erschien am Heftende eine Bildreportage über eine Ortsgruppe, deren Mitglieder und deren politisches Engagement. Bild und Text präsentierten den lokalen Verband stets modellhaft als eine regional

61) *Diese Ersatzfunktion stellt F. Bösch: Krise, S. 300 auch bei der westdeutschen CDU in den 1970er Jahren fest, wenngleich aus einem anderen Grund. In dieser Zeit büßten die „alten“ Milieuvereine und -verbände langsam an Attraktivität ein, an ihre Stellen traten Parteiorganisationen. Siehe zur Bedeutung von gesellschaftlichen Organisationen für die Milieubildung F. Bösch: Konservatives Milieu, passim und allgemein zur historischen Milieuforschung S. Weichlein: Wahlkämpfe.*

62) *So urteilen H. Matthiesen S. 558 und 664 und J. Schönfelder S. 34.*

63) *Matthias Benkenstein: „Die Wende ist für Jahrhunderte einmalig“, Interview mit Johannes Hertwig, in: TLZ Nr. 100 vom 30. April 2015, S. 3. Ein weiteres Beispiel ist die CDU-Ortsgruppe in Dermbach im Bezirk Suhl, die ihr Vorsitzender Harald Wehner in den 1980er Jahren zu einer bestimmenden politischen Kraft ausbaute. Gegen ihn ging die Staatssicherheit deshalb massiv vor, siehe Kapitel 3.2. in dieser Arbeit.*

II. Blockpartei im Staatssozialismus

verankerte Institution, die das Gemeinwesen mitgestaltete und von der Bevölkerung geschätzt wurde. Im Februar 1985 stellte die Zeitschrift die CDU-Ortsgruppe in der Gemeinde Lindau im Kreis Pößneck vor. Der Begleittext lobte die „sehenswerte[n] Spuren des Mach-mit-Fleißes christlicher Demokraten“ bei Aufräumarbeiten in den Wäldern, bei der Renovierung der Gaststätte und der Verschönerung des Freibades.⁶⁴

Mit diesen makellosen Reportagen inszenierte die CDU aber nicht nur sich selbst, sondern sie vermittelte auch, dass das System so funktionierte, wie es sich die SED vorstellte. Genau das war das Dilemma der CDU-Mitglieder: Mögen sie mit dem Ausbau ihrer Gemeinde eigene Zielsetzungen verfolgt haben, so brachen sie doch nicht aus dem System aus. Im Gegenteil, die „Unionsfreunde“ nahmen mit ihrem lokalen Engagement genau den Platz ein, den ihnen die SED in der politischen Ordnung zugewiesen hatte und leisteten damit einen Beitrag zur Stabilisierung des Systems.⁶⁵

64) *Union teilt mit*, Nr. 2/1985 Umschlagseite.

65) J. Palmowski S. 199 sieht im „Mach mit!“-Wettbewerb ein „zentrales strategisches Mittel“ der SED, mit dem sie ihre Herrschaft auf „diskrete Weise“ ausübte.

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

Auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 sprach Erich Honecker wie ein Vater über seine Kinder, als er die „befreundeten Parteien“ lobte für den „wertvollen Beitrag [...] bei der Herausbildung des sozialistischen Staatsbewusstseins ihrer Mitglieder und Bürger der ihnen nahestehenden Schichten“. ¹ Dieser paternalistische Ton gab treffend die politische Machtverteilung in der DDR wieder. Die SED trat gegenüber der CDU als Souverän mit umfassendem Informations- und Steuerungsanspruch auf. In diesem Sinne kontrollierte die Staatspartei die Geschehnisse in der Union, machte ihr Vorgaben und sprach bei wichtigen Entscheidungen mit. Im Auftrag der SED agierte das Ministerium für Staatssicherheit. Mit seinen geheimdienstlichen Instrumenten sammelte es Informationen über die CDU und sanktionierte Mitglieder und Funktionäre, die zentrale Normen der herrschenden Ordnung wie die Führungsrolle der SED verletzten. Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl wiederum nahm ihre nachrangige Rolle an und stellte sich ihren Aufgaben auch ohne direkte Lenkung durch die SED. Gleichwohl ging die Union nicht in dieser Subordination auf. Ihre handelnden Funktionäre waren keineswegs nur „ausführende Marionetten einer fremden Partei“ ², sondern setzten sich im Rahmen des Systems auch für Anliegen der Partei und ihres gesellschaftlichen Umfelds ein.

3.1. Das Verhältnis zur SED

Die SED beließ es nicht bei der strukturellen Benachteiligung der CDU in der „sozialistischen Demokratie“. Auch im politischen Alltag versuchte sie, den Handlungs- und Entscheidungsraum ihres „Bündnispartners“ zu beschneiden. Dafür setzte sie auf eine stetige „Anleitung und Kontrolle“. Diese Aufgabe nahm im Zentralkomitee die Abteilung „Befreundete Parteien“ wahr. Sie existierte in dieser Form seit Ende 1972, zuvor hatte sie den Status einer Arbeitsgruppe mit dem Namen „Befreundete Organisationen“. 1988 beschäftigte die Abteilung acht Mitarbeiter (sechs politische und zwei technische) und ge-

1) *Bericht des ZK der SED an IX. Parteitag der SED, zitiert nach K. Sorgenicht S. 1334.*

2) *Das harsche Urteil stammt von M. Richter: CDU, S. 306.*

hörte damit zu den kleineren ZK-Abteilungen.³ Dabei war jeweils ein Funktionär für eine Blockpartei zuständig, mit der CDU setzte sich in den 1960er Jahren Erika Lipfert auseinander, danach Friedel Harder.⁴ Auf Bezirks- und Kreisebene unterhielt die SED auf diesem Gebiet keine gesonderten Abteilungen. Dort war es je ein Funktionär im Geschäftsbereich des 1. Sekretärs, der sich mit allen „befeundeten Parteien“ beschäftigte.⁵

Ihre Arbeit bestand zunächst einmal darin, Informationen zusammenzutragen. Allen voran die ZK-Abteilung drängte die CDU-Führung um Gerald Götting, sie über alle wichtigen Angelegenheiten in Kenntnis zu setzen.⁶ Dem kam die Unionsspitze nach und legte alle relevanten Unterlagen vor, seien es Vorlagen für Sekretariatsbeschlüsse, Berichte von Brigadeeinsätzen in Bezirksverbänden oder Personallisten. Eine ähnliche Transparenz erwarteten die Bezirks- und Kreisleitungen der SED auch von den regionalen und lokalen CDU-Verbänden. Die Bezirks- und Kreissekretariate beugten sich in der Regel und reichten die internen monatlichen Berichte über das Parteileben weiter. Die SED-Kader ließen sich aber nicht nur über die Vorgänge in der Union informieren, sondern griffen auch aktiv in deren Belange ein. Davon zeugen die Einschränkungen bei der Mitgliederwerbung und die Mitsprache in Personalangelegenheiten. Einfluss nahm die SED zudem auf die finanzielle Ausstattung der CDU.

In der DDR erhielten alle Parteien staatliche Zuschüsse.⁷ In diesem System der Parteienfinanzierung nahm die SED eine Schlüsselposition ein. Entscheidender Akteur in der Partei war die ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe. Mit ihr musste die CDU-Füh-

3) Die Zahlen nach A. Malycha S. 81. Zur Entwicklung der Abteilung siehe P. J. Lapp: Götting, S. 108–109.

4) Vgl. *Arbeitsplan der Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen für das 1. Halbjahr vom 8. Februar 1971*, in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. 69016, Bl. 355.

5) Zur Verteilung der Aufgaben unter den Sekretären der SED-Kreisleitung siehe L. Prieß: *Kreisleitungen*, S. 2495, zum Aufbau der SED-Bezirksleitungen H. Messtrup: *Aufbau*, S. 128 und 159.

6) Siehe zum Verhältnis von ZK-Funktionären und CDU-Führung die (larmoyanten) Erinnerungen von Gerald Götting bei P. J. Lapp: Götting, S. 109–114.

7) *Das Finanzwesen der Parteien in der DDR stellt ein Forschungsdesiderat dar. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Recherchen der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisation der DDR (UKPV)*, vgl. *Deutscher Bundestag: UKPV 1996*, S. 64 und ders.: *UKPV 2006*, S. 15. Siehe außerdem den Artikel „Alles wurde mit Zahlen codiert“, in: *Der Spiegel vom 20. August 1990*, S. 34–35.

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

rung um Gerald Götting ihren jährlichen Finanzbedarf abstimmen. Anschließend besprachen die SED-Funktionäre die Pläne mit dem Finanzministerium und ließen sich die Zuwendungen aushändigen. Die Mittel zahlte die ZK-Abteilung dann in Raten alle zwei Monate in bar aus. Ab Frühjahr 1982 überwies man die Beträge auf ein Konto des Hauptvorstandes. Die SED dagegen verhandelte ihren Finanzbedarf direkt mit dem Ministerium und erhielt ohne Umwege das Geld.⁸ Die staatlichen Mittel für die CDU stiegen – mit Schwankungen nach oben und unten – im Laufe der Jahre an. Lag die Zuwendung 1957 bei 4,6 Millionen, so erreichte sie 1985 mit 39,3 Millionen Mark den Höchststand. Mit dieser Summe lag sie vor den anderen Blockparteien, aber deutlich hinter der SED.⁹

Die staatlichen Zuschüsse waren für die CDU die wichtigste Einnahmequelle – 1985 machten sie 81 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Mit ihnen finanzierte die Partei den kostenintensiven Apparat der hauptamtlichen Mitarbeiter. Sobald sie neue Stellen einrichten wollte, benötigte sie daher die Zustimmung der SED. Im November 1969 etwa wandte sich die CDU-Führung an die ZK-Arbeitsgruppe Befreundete Parteien mit der Idee, zusätzliche Instrukteure bei den Bezirkssekretariaten einzustellen.¹⁰ Geplant waren 32 Stellen, davon drei im Bezirksverband Erfurt, zwei in Gera und eine in Suhl. Sie sollten überlastete Kreissekretäre in ihrer Arbeit unterstützen und in Abwesenheit vertreten. In ihrem Papier bezifferte die Union die jährlichen Kosten auf gut 300.000 Mark. Über dieses Ansinnen entschied der Leiter der ZK-Arbeitsgruppe Waldemar Pilz zusammen mit seinem Kollegen Karl Raab von der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe. Sie genehmigten rund 150.000 Mark, sodass die CDU ihr Vorha-

8) Vgl. *dazu und zur Entwicklung der Einnahmen der SED R. Bergien: Generalstab, S. 417–419.*

9) *Die NDPD erhielt 24,3, die DBD 19 und die LDPD 17 Millionen Mark. Zahlen nach Deutscher Bundestag: UKPV 1996, S. 57–58 (CDU), S. 144 (DBD), S. 198 (LDPD) und S. 300 (NDPD). Die SED bekam 51,6 Millionen Mark. Die Zuwendungen machten anders als bei den Blockparteien aber nur einen kleinen Teil des Haushaltes der SED aus. 1985 betrug ihr Anteil an den Gesamteinnahmen vier Prozent, Berechnung nach den Angaben von Deutscher Bundestag: UKPV 1998, S. 347.*

10) *Aktennotiz vom 7. November 1969, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/15/21.*

ben nicht in vollem Umfang umsetzen konnte. Die Summe reichte für insgesamt 19 Instrukteurstellen.¹¹

Die nachrangige Rolle der CDU gegenüber der SED akzeptierte nicht nur die Spitze um Gerald Götting. Spätestens nach dem Mauerbau im August 1961 agierten auch die meisten CDU-Funktionäre in den Kreisen und Bezirken im Rahmen der herrschenden Ordnung. Sie setzten inner- und außerhalb der Partei die geltenden Regeln um, ohne dass die SED sie direkt anleiten musste.¹² Deutlich wird diese Haltung an der offiziellen Kommunikation der Partei. Ihre Repräsentanten bekannten sich in allen öffentlichen Äußerungen stets zum System mit der SED an der Spitze. So verkündete der Geraer Bezirksvorstand im Jahr 1973 feierlich: „Wir sind stolz darauf, daß wir als Christen im Sozialismus nicht Zaungäste der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei fest mit allen demokratischen Kräften verbunden sind und in der sozialistischen Gesellschaft unseren Dienst am Mitmenschen, das Füreinander und Miteinander verwirklichen können.“¹³ Solche Erklärungen mögen in der Rückschau schablonenhaft und aussagelos erscheinen, in der DDR aber waren sie wesentlicher Bestandteil der offiziellen politischen Kommunikation. Diese war bewusst ritualisiert und diente der symbolischen Manifestation der „sozialistischen Demokratie“.¹⁴ Mit ihren verbalen Ehrerbietungen versicherte die CDU der SED immer wieder aufs Neue ihre Loyalität. Zugleich verdeutlichte die Union ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit, dass sie ihre Rolle als nachrangige Blockpartei annahm.

Das systemkonforme Verhalten der Bezirks- und Kreissekretäre zeigte sich zudem an ihrem Umgang mit den Parteimitgliedern, die einen Ausreiseantrag stellten. Ziel war es zunächst, die Ausreisewilligen von der Rücknahme des Antrags zu überzeugen. Geling dies nicht, veranlassten die Funktionäre die „Streichung“ der Mitgliedschaft. Im Bezirk Suhl beispielsweise verloren im Jahr 1984 drei derartige „Fälle“

11) *Die CDU-Bezirksverbände in Erfurt und Suhl erhielten je einen Instrukteur, Gera zwei, da die Stelle in Potsdam zunächst unbesetzt blieb, vgl. die beiden Mitteilungen von Bastian an Wolfgang Heyl vom 17. August 1970, ebd.*

12) *In diesem Sinne auch C. Schwießelmann: Fremdsteuerung, S. 115 und S. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 102.*

13) *Gute Bilanzen der Christlichen Demokraten im Bezirk Gera, Rechenschaftsbericht in erweiterter Bezirksvorstandssitzung, ohne Datum, in: ACDP 03-045-142/1.*

14) *Siehe zum rituellen Charakter der Herrschaftskommunikation in der DDR R. Jensen: Diktatorische Herrschaft, S. 65–69.*

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

ihre Parteizugehörigkeit.¹⁵ Noch restriktiver handelte man bei Ausreisewilligen, die Ämter in Staat und Partei bekleideten. Sie büßten umgehend ihre Funktionen ein. So setzte Eberhard Sandberg, Vorsitzender des Bezirksverbandes Gera, Anfang 1986 den stellvertretenden Kreissekretär von Greiz ab, kaum hatte er von dessen Ausreiseantrag erfahren. Der Funktionär habe sich als „nicht geeignet“ erwiesen und einen „Vertrauensbruch“ begangen.¹⁶ Mit diesem rigiden Vorgehen gegenüber Ausreisewilligen bewegten sich die Kreis- und Bezirkssekretäre ganz auf der Linie des Staates, der eine strikte gesellschaftliche Ausgrenzung dieser Gruppe betrieb.¹⁷

Für die CDU-Funktionäre war daher auch die Zusammenarbeit mit der SED etwas Alltägliches. Sie akzeptierten generell die Rangordnung zwischen beiden Parteien und stimmten sich regelmäßig mit den SED-Vertretern ab. Wichtige Themen waren, wie bereits dargestellt, Personalfragen und die Werbung von „heiklen“ Mitgliedern. Dazu zählten neben Arbeitern auch ehemalige SED-Mitglieder.¹⁸ Im Frühjahr 1983 etwa wollte sich in Gera ein früherer Genosse der CDU anschließen. Bevor das Kreissekretariat der CDU den Beitritt satzungsgemäß bestätigte, sprach der Kreissekretär mit der SED-Kreisleitung über den Fall. Sie hatte nichts gegen die Aufnahme einzuwenden, sodass M. C. „Unionsfreund“ werden konnte. Das regelkonforme Verhalten der Funktionäre lässt sich nicht allein mit Überzeugung erklären. Eine wesentliche Rolle spielte auch die Bereitschaft vieler Menschen nach dem Mauerbau, sich selbst entlang bestimmter Rollenbilder zu formen.¹⁹ Das offizielle Profil eines CDU-Funktionärs entsprang der

15) Siehe dazu *Berichte von Schimoneck an Götting vom 27. April und 28. Mai 1984*, in: *ACDP 07-011-3411* und *Textanalyse zur Jahresstatistik 1984, ohne Datum*, in: *ACDP 03-041-024*. Vgl. auch die *Streichungen von Mitgliedern wegen eines Ausreiseantrages im Bezirk Erfurt im ersten Halbjahr 1984*, dokumentiert in *Bericht von Schnieber an Götting vom 28. Mai 1984*, in: *ACDP 07-011-3411*.

16) *Bericht von Sandberg an Götting vom 22. Januar 1986*, in: *ACDP 07-011-3415*.
17) *Detailliert dazu R. Hürtgen S. 198–222*.

18) *P. J. Lapp: Befreundete Parteien, S. 37, betont, dass Ende der 1940er und Anfang der 1950er eine starke Mitgliederfluktuation vor allem zwischen den Blockparteien geherrscht habe. Danach habe der Parteiwechsel eine Ausnahme dargestellt. Genaue Zahlen nennt er allerdings nicht, sodass das Thema einer weiteren Untersuchung bedarf. Folgendes nach Bestätigung einer Aufnahme als Mitglied der CDU, Sitzung des Bezirkssekretariats des BV Gera vom 31. März 1983*, in: *ACDP 03-045-036/2*.

19) *Zur „Selbst-Beherrschung“ der Menschen in der DDR in Anlehnung an die „Techniken des Selbst“ von Michel Foucault siehe M. Sabrow S. 39–40*.

parteieigenen Organisationskultur. Zu ihren grundlegenden Normen zählten das Bekenntnis zur herrschenden Ordnung und die Unterordnung unter die SED. Diese Prinzipien vermittelte die Partei ihren Funktionären in Lehrgängen und forderte sie auch im Alltag ein. Wollte man als (hauptamtlicher) Parteiarbeiter dauerhaft bestehen, musste man normengemäß sprechen und handeln. Die offizielle Rolle der CDU in der DDR infrage zu stellen, kam deren Repräsentanten daher nicht in den Sinn, wie Josef Gröger, Vorsitzender des Kreisverbandes Heiligenstadt von 1970 bis 1990, verdeutlicht: „Wir haben eine politische Partei vertreten, die eben im Block drin war, im Großen und Ganzen waren die Richtungen vorgegeben.“²⁰

Dass die CDU-Funktionäre in den Kreisen und Bezirken aktiv mit der SED kooperierten, bedeutete allerdings nicht, dass sie der Staatspartei bedingungslos folgten. Viele Mitarbeiter versuchten in den Grenzen des Sag- und Machbaren auch die Interessen der CDU zu wahren. Eigensinnig handelten einige Funktionäre beispielsweise bei der Weitergabe von Informationen an die SED. So berichtet Karl Stein, stellvertretender CDU-Vorsitzender im Bezirk Suhl von 1984 bis 1989, dass man nicht die parteiinternen Informationsberichte an die SED geschickt, sondern für diese besondere, „gefälligere“ Schreiben verfasst habe. Es gab auch Funktionäre wie die Eisenacher Kreissekretärin Gisela Farinski, die sich weigerten, Berichte an die SED weiterzuleiten.²¹ Neben diesen (kleinen) Eigenwilligkeiten suchte die CDU auch die offene Diskussion mit der SED. Bestimmendes Thema war die Besetzung von Ämtern in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, gerade seit Anfang der 1970er Jahre, als die SED zu Lasten der „Blockparteien“ immer mehr öffentliche Funktionen für sich reklamierte. Mit ihren Interventionen gelang es der CDU von Fall zu Fall, Ämter zu behalten. Ein Beispiel ist der Streit um den vakanten Vorsitz der Ver-

20) *Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Josef Gröger S. 78–79. Siehe zu dieser verinnerlichten Akzeptanz der Rangordnung zwischen SED und CDU auch Transkript des Zeitzeugengesprächs mit Karl Stein S. 24–25.*

21) *Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Karl Stein S. 22–23, 68–70 und mit Gisela Farinski S. 16. Wie verbreitet diese Praxis war, lässt sich schwer sagen. In jedem Fall war sie nicht auf den Thüringer Raum beschränkt. Im Bezirk Neubrandenburg beispielsweise reichten die Kreissekretäre in den 1970er Jahren die Parteunterlagen nicht regelmäßig weiter, vgl. C. Schwießelmann: Fremdsteuern, S. 115–116. Nach P. J. Lapp: Götting, S. 114, händigten seit den 1960er Jahren die Spitzen der Blockparteien der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ nur noch geschönte Berichte aus. Für dieses Verhalten nennt er allerdings keine Belege.*

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

einigten Kirchen- und Klosterkammer Erfurt – eine Stiftung zur Sanierung kirchlicher Bauten – im Herbst 1982.²² Seit Anfang der 1960er Jahre hatten stets CDU-Mitglieder dieses Amt bekleidet. Der CDU-Bezirksvorstand erwartete daher, dass die Partei auch weiterhin den Leiter stellen würde. Die SED verfolgte aber andere Pläne und wollte die Führung einem Genossen anvertrauen. Erst auf Bitten von Werner Behrend, CDU-Vorsitzender im Bezirk, gestand Gerhard Müller, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, der CDU den Posten wieder zu.

Über die eigenen Angelegenheiten hinaus wirkte die CDU als Vermittlerin von Interessen aus ihrem gesellschaftlichen Umfeld – eine Funktion, die Partei offiziell nicht inne hatte, die die SED aber bis zu einem gewissen Grade tolerierte. Häufig wandten sich die CDU-Repräsentanten mit Belangen aus dem kirchlichen Raum an die SED. Dabei ging es nicht um grundlegende Systemfragen, sondern um die Lösung von alltäglichen Problemen. Im Winter 1977 beispielsweise kontaktierte Werner Behrend Jochen Unruh, zuständig für „Befreundete Parteien“ bei der SED-Bezirksleitung Erfurt, nachdem sich ein Pfarrer einer Gemeinde im Kreis Gotha bei ihm beschwert hatte.²³ Anlass war der Beschluss des Direktors der ansässigen Schule, dass für die Jugendweihe die Konfirmation verschoben werden sollte. Unruh nahm sich der Angelegenheit an und löste sie im Sinne der Kirchgemeinde. Sie konnte die Konfirmation weiter am Sonntag nach Ostern feiern.

Mit ihrem Einsatz für eigene Belange und die anderer stellte die CDU nicht die herrschende Ordnung infrage. Trotz dieser Loyalität misstraute die SED aber der Union und ließ die Partei von der Staatssicherheit überwachen.

3.2. Die Überwachung durch das MfS

Als „Generalunternehmen für Sicherheit, Machtsicherung und Unterdrückung“²⁴ hatte das Ministerium für Staatssicherheit gegenüber der

22) *Brief von Behrend an Müller vom 16. November 1982, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt, IV E/2/15/20.*

23) *Vgl. Aktennotiz – Anruf Bezirksvorstand der CDU vom 24. Januar 1977, Dokument vom 25. Januar 1977, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, Bezirksleitung der SED Erfurt, IV D/2/15/573, Bl. 2.*

24) *K.-D. Henke S. 723.*

CDU – wie bei anderen Organisationen in der DDR – zwei Aufgaben. Ein Ziel war es, so viele Informationen wie möglich über Personen und Geschehnisse in der Partei zu ermitteln. Zudem ging es der Staatssicherheit darum, nonkonforme Mitglieder und Funktionäre zu sanktionieren.

Im Ministerium für Staatssicherheit war die Überwachung der CDU und der anderen Blockparteien in der Hauptabteilung (HA) XX angesiedelt, die bis 1963 als HA V firmierte. Sie galt als „Kernbereich der politischen Repression und Überwachung“, in ihre Zuständigkeit fielen neben den Parteien der Staatsapparat, die Kirchen, der Kulturbetrieb, das Bildungswesen sowie der „politische Untergrund“. ²⁵ Um diesem breiten Spektrum gerecht zu werden, war die HA in verschiedene Abteilungen mit Fachreferaten gegliedert. Das Referat „Befreundete Parteien und Massenorganisationen“ gehörte zur Abteilung XX/3. Im Sommer 1981 wurde es der Abteilung XX/1 zugeordnet. Die Mitarbeiter des Referats observierten die Führungsgremien der Parteien sowie deren Wirtschaftsbetriebe und Verlage. Mit ihren Bezirksverbänden beschäftigte sich die Abteilung XX der jeweiligen Bezirksverwaltung (BV) des MfS. Sie glich in ihrer Struktur der HA XX, sodass der verantwortliche Mitarbeiter auch dort im Referat XX/3 beziehungsweise XX/1 saß. ²⁶ Die lokalen Aktivitäten der Blockparteien hatten die Kreisdienststellen (KD) des MfS im Blick. Die Überwachung lag dabei in den Händen des Referats „Territoriale Sicherung“, das vor Ort hauptsächlich die Bereiche der HA XX abdeckte. ²⁷

Die Staatssicherheit sammelte auf zwei Arten Informationen über die CDU. Um die Lage in der Partei einschätzen zu können, trafen sich MfS-Mitarbeiter regelmäßig mit deren leitenden Funktionären. Dabei handelte es sich um „offizielle“ Kontakte zu Amtsträgern, die die Staatssicherheit auch zu den anderen Parteien und Institutionen in der DDR unterhielt. ²⁸ Der „offizielle“ Charakter bedeutete nicht, dass die Gespräche öffentlich wahrnehmbar stattfanden. Meist agierten die Betei-

25) *Siehe zu Aufbau und Entwicklung der HA XX des MfS M. Braun: HA XX. Zum Referat „Befreundete Parteien und Massenorganisationen“ der HA XX/3 und XX/1 vgl. M. Braun: HA XX/3, S. 80–83, und M. Braun/B. Eisenfeld S. 53–59.*

26) *Siehe dazu den Aufbau der Abteilung XX der BV Leipzig bei E. Catrain S. 65.*

27) *Vgl. die Struktur der KD Nordhausen bei H. Labrenz-Weiß S. 149–150.*

28) *Siehe allgemein zum Ablauf, Umfang und Bedeutung der „offiziellen“ Kontakte des MfS C. Boos: Denunziationskomplex, und ders.: Kollege Judas. Speziell zu den formellen Beziehungen zur LDPD siehe T. Widera S. 109–110, zur DBD T. Bauer S. 282–283.*

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

ligten vorsichtig und achteten auf Diskretion. Bei den Treffen selbst konnte der MfS-Offizier Belangloses erfahren, genauso gut aber auch sensible Informationen über die Partei und die handelnden Personen erhalten. Einen Einblick in diese Beziehungen bieten die (wenigen) Notizen der Suhler Bezirksverwaltung über die Gespräche mit dem CDU-Bezirksvorsitzenden Bernhard Schnieber. Mitte der 1970er Jahre informierte er die MfS-Offiziere über Klagen von CDU-Mitgliedern über gesellschaftliche Benachteiligungen, listete die Namen der Kirchenvertreter auf, die zur Bezirksdelegiertenkonferenz eingeladen waren, und nannte die Gründe für die zahlreichen Absagen.²⁹ Zudem legte Schnieber einen Personalwechsel im Bezirkssekretariat offen.³⁰ Die Staatssicherheit zeigte sich generell mit Schnieber zufrieden, er bemühte sich um einen „guten Kontakt zum MfS“. Zugleich kritisierte der verantwortliche Offizier Konrad Mörs, dass der CDU-Politiker nicht alle relevanten Parteiinterna weitertrage.

Neben diesem formellen Austausch setzte die Staatssicherheit auf geheime Informanten in der CDU, in der Sprache des MfS „Inoffizielle Mitarbeiter“.³¹ Interessant für eine Zusammenarbeit im regionalen Raum waren vor allem Personen, die qua ihres Amtes über einen guten Einblick und Einflussmöglichkeiten in der Union verfügten. Dementsprechend standen wie bei der LDPD und der DBD die Sekretäre und Vorsitzenden der Kreis- und Bezirksverbände im besonderen Fokus der Staatssicherheit.³² „Schlüsselpositionen“ nahmen ebenso die höherrangigen CDU-Funktionäre in den staatlichen Verwaltungen ein. Als Ratsmitglied im Kreis oder Bezirk waren sie in der Lage, über die Geschehnisse in ihrer Abteilung zu berichten. Zugleich gehörten sie dem Kreis- und Bezirkssekretariat der CDU an, sodass sie ebenfalls

29) *Information zur Situation im Bezirksverband der CDU vom 10. Oktober 1974, Aktenvermerk zur Objektübernahme BV der CDU vom 22. Mai 1975 und Information über die Teilnahme kirchlicher Würdenträger an BDK der CDU vom 2. Juni 1975, in: BStU, MfS, BV Subl, AOPK „Germanist“, 223/76, Bl. 23, 65–66, 69.*

30) *Aktenvermerk vom 16. Oktober 1975, in: BStU, MfS, BV Subl, AOPK 881/77, Bl. 52.*

31) *Vgl. grundlegend zu den „Inoffiziellen Mitarbeitern“ des MfS die dreibändige Studie von H. Müller-Enbergs.*

32) *Zu diesem Schluss kommen auch T. Sauer S. 52–53 sowie C. Schwießelmann: Fremdsteuern, S. 124–140, der die Überwachung der CDU durch das MfS in den Bezirken Schwerin, Neubrandenburg und Rostock analysiert. Zur Überwachung der LDPD durch die Staatssicherheit siehe T. Widera S. 110–116, zur DBD T. Bauer S. 278–295.*

über die Diskussionen und Entscheidungen der Partei informieren konnten. Über diese Stellen versuchte das MfS auch an Informationen über die Basis zu gelangen. Nach eigenem Bekunden war die Staatssicherheit unter den „einfachen“ Mitgliedern nicht so gut vernetzt.³³ Wie die Staatssicherheit die Überwachung über Informanten konkret organisierte, lässt sich ansatzweise am CDU-Bezirksverband Erfurt nachvollziehen.³⁴ Dort verfügte das MfS stets über mindestens einen Zuträger im Bezirkssekretariat, dem engsten Führungszirkel der Partei. In der Regel handelte es sich um den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden. Zwischen 1953 und 1990 übten vier Männer dieses Amt aus, drei von ihnen wirkten als „Inoffizielle Mitarbeiter“ beziehungsweise „Geheimer Informator“: Kurt Schmidt (GI „Burghardt“), zwischen 1953 und 1961 als Stellvertreter tätig, Theo Weinrich (IM „Franz“), von 1962 bis 1969 in dieser Funktion, und Hans-Georg Rosenstock (IM „Conrad“), von 1979 bis 1989/90 zweiter Mann im Bezirksverband.³⁵ Während Weinrich und Rosenstock bereits zuvor als IM tätig gewesen waren, warb das MfS Schmidt nach dessen Amtsübernahme.³⁶ Sie alle unterrichteten ihre Führungsoffiziere über Diskussionen und Entscheidungen der Parteispitze. Daneben arbeitete das MfS auch mit einigen Bezirksvorsitzenden „inoffiziell“ zusammen. Neben Hermann Kalb berichtete auch Werner Behrend als IM „Arno“ über Par-

33) Vgl. unter Verweis auf die gleiche Quelle S. Suckut: *Ost-CDU*, S. 115 und U. Schmidt S. 43. Zu diesem Schluss kommt auch T. Sauer S. 53.

34) *Es ist aus forschungspraktischen Gründen nicht möglich, das Netz der Überwachung für alle drei Bezirke nachzuzeichnen. Für Überprüfungen auf eine IM-Tätigkeit durch die zuständige Behörde BStU sind umfangreiche Personalrecherchen notwendig, die im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden konnten. Weitere Arbeiten, die sich speziell mit dem Verhältnis von CDU und MfS beschäftigen, sind daher geboten.*

35) *Karl Hanisch, stellvertretender Bezirksvorsitzender von 1970 bis 1978, war nicht als IM registriert.*

36) *Mit Hilfe von Schmidt versprach sich die Erfurter Bezirksverwaltung eine „bessere Bearbeitung der CDU“. Charakteristik vom 7. April 1955, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM „Burghardt“, 1383/66, Personalakte, Bl. 22. Das MfS gewann Weinrich 1954, damals beim Rat des Kreises Heiligenstadt beschäftigt, vgl. Beurteilung des GI „Franz“ vom 13. Juni 1956, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IMS „Franz“, 1191/61, Teil II, Bd. 1, Bl. 117. Rosenstock verpflichtete sich 1973 zum IM, als er noch beim Wirtschaftsrat des Rates des Bezirkes tätig war, vgl. Bericht über Treff mit IMS „Conrad“ vom 15. November 1973 und Tonbandabschrift vom 11. Februar 1975, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IMS „Conrad“, IX 637/73, Teil II, Bd. 1, Bl. 4–5 und 28–31.*

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

teintern. ³⁷ Er hatte sich in seiner Zeit als Kreissekretär des Kreisverbandes Schwerin 1954 als IM verpflichtet. Nachdem er zum Bezirksvorsitzenden in Suhl aufgestiegen war, schwankte sein Status immer wieder zwischen geheimem Informanten und offiziellem Gesprächspartner. Im Juli 1980 beendete das MfS endgültig die „inoffizielle“ Zusammenarbeit, wollte sich aber weiter „offiziell“ mit Behrend treffen. ³⁸ Ein weiterer Informant im Bezirkssekretariat der Erfurter CDU Anfang der 1980er Jahre war Johannes Hahnl. Der Abteilungsleiter für Kaderfragen firmierte als IM „Johann“ und hielt die Staatssicherheit über die personelle Entwicklung der Partei auf dem Laufenden. ³⁹ Die Informanten im Bezirkssekretariat berichteten aber nicht nur über die Arbeit der Parteileitung, sondern auch über den Stadtkreisverband der CDU in Erfurt. Dieser hatte für die CDU eine herausgehobene Bedeutung, da er die Partei in der „Bezirksstadt“ repräsentierte. Im Stadtkreisverband selbst gab es eine Reihe von Informanten. Zu ihnen gehörte Victor Thiel. Der frühere Zentrumspolitiker und Journalist übte von 1962 bis 1967 das Amt des Stadtkreissekretärs aus. ⁴⁰ Das MfS führte ihn seit 1960 als IM „Asta“, damals wirkte er als Sekretär für Agitation und Propaganda beim Erfurter Bezirksverband. 13 Jahre später brach die Geheimpolizei die Verbindung zu Thiel wegen seiner angegriffenen Gesundheit ab. Seine Tätigkeit als IM lässt sich nicht beurteilen, da seine Berichte nicht überliefert sind. Das MfS jedenfalls schätzte seine Dienste: „Asta“ agiere „initiativreich“ und berichte sehr „umfangreich“, vermerkte der zuständige Heinz Hopfe im Januar 1971. ⁴¹ Eine emsige, teilweise übereifrige Quelle seit Anfang der 1970er Jahre war „Franz Schulze“. Hinter diesem Decknamen verbarg sich Hans

37) Zu Kalbs Tätigkeit als IM siehe C. Vollnhals: *Kirchenpolitische Abteilung*, S. 96 und A. Boyens S. 127.

38) *Abschlussbericht vom 22. Juli 1980*, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM „Arno“, 1473/80, Teil I, Bl. 167.

39) *Siehe beispielsweise den Bericht vom 25. März 1986 über anstehende Personalveränderungen im Stadtkreisverband Erfurt*, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IMS „Johann“, IX 489/79, Teil II, Bl. 212.

40) *Biografische Angaben nach Biografie vom 24. Mai 1954*, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AIM „Asta“, 1165/74, Bl. 29–30. *Zu Beginn und Ende der Tätigkeit siehe Vereinbarung vom 6. März 1960 und Abschlussbericht vom 30. Mai 1973*, in: Ebd., Bl. 37 und 91–92. *Nach seiner Laufbahn als CDU-Funktionär verfasste V. Thiel eine parteioffizielle Geschichte des Thüringer Landesverbandes der CDU mit dem Titel „Christen Thüringens in der Bewährung“.*

41) *Zur Verbesserung der Arbeit mit dem FIM-System vom 15. April 1971*, in: BStU, MfS, BV Erfurt, FIM „Fritz Vogt“, IX 625/65, Teil II, Bd. 4, Bl. 146–147.

Pfotenhauer, Stadtbezirkssekretär in Erfurt-Süd. Seine politische Laufbahn begann bei der CDU im Bezirk Gera, wo ihn die Staatssicherheit 1955 als Informanten warb.⁴² Nachdem das MfS Ende der 1960er Jahre keine Verwendung mehr für Pfotenhauer hatte, nahm man die Verbindung wieder auf, als er im Jahr 1972 zum Stadtkreisverband wechselte. Dort entwickelte sich „Franz Schulze“ zu einem beflissenen Zuträger, der detailliert über die Geschehnisse in der Erfurter CDU berichtete. Bei der Überwachung der CDU in Erfurt setzte das MfS „Führungs-IM“ (FIM) ein. Als FIM steuerten sie einen Kreis von Informanten, deren Berichte sie an den zuständigen MfS-Offizier weiterreichten. Zum Netz von „Fritz Vogt“ und „Joachim“ gehörten neben CDU-Funktionären („Asta“, „Franz“, „Franz Schulze“, „Conrad“, „Johann“) auch Spitzel aus den anderen „befreundeten Parteien“. Beide FIM waren SED-Mitglieder, die sich im weiteren Umfeld der Blockparteien bewegten. „Fritz Vogt“ alias Helmut Zanotelli arbeitete als Dozent für Gesellschaftswissenschaften in Erfurt.⁴³ Seit 1961 als IM tätig, führte er die IM-Gruppe von 1965 bis 1983.⁴⁴ Danach übernahm sie „Joachim“.⁴⁵ Dieses Pseudonym nutzte Hans-Joachim Müller, gelernter Kaufmann, der sich vor seinem Eintritt in die SED kurzzeitig der LDP angeschlossen hatte.⁴⁶ Das MfS warb ihn 1958, weil er als Leiter des Referats Abgaben beim Rat der Stadt Erfurt unter anderem Kontakt mit „kapitalistischen und Handwerksbetrieben“ hatte. Die gesammelten Informationen über die CDU waren für die Arbeit der Staatssicherheit in zweierlei Hinsicht essentiell. Zum einen konnte sie bei Bedarf Stimmung und Personal der Union beurteilen. Auf diese Expertise griff die SED stets zurück, sobald Ämterbesetzungen in der

42) Siehe Bericht vom 15. Oktober 1973, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IMS „Franz Schulze“ IX 727/73, Teil II, Bd. 1, Bl. 28–29.

43) Vgl. Zur Verbesserung der Arbeit mit dem FIM-System vom 15. April 1971, in: BStU, MfS, BV Erfurt, FIM „Fritz Vogt“, IX 625/65, Teil II, Bd. 4, Bl. 145–146.

44) Zum Beginn der FIM-Tätigkeit im Bereich „Befreundete Parteien“ (damals noch unter der Bezeichnung Geheimer Hauptinformator) vgl. Bericht vom 17. August 1965, in: BStU, MfS, BV Erfurt, FIM „Fritz Vogt“, IX 625/65, Teil A, Bd. 2, Bl. 53.

45) Die Übergabe des IM-Netzes begann im Februar 1983 und erstreckte sich über mehrere Monate, vgl. den Bericht vom 4. Februar 1983, in: BStU, MfS, BV Erfurt, FIM „Joachim“, IX 2001/80, Teil II, Bd. 1, Bl. 76–77.

46) Angaben nach Vorschlag zur Anwerbung als GI vom 28. Februar 1958, in: BStU, MfS, BV Erfurt, GI „Joachim“ 68/70, Arbeitsvorgang, Bd. 1, Bl. 8–10.

CDU anstanden.⁴⁷ Dabei schätzte die Staatssicherheit die politische „Zuverlässigkeit“ der Kandidaten ein, wie die Unterlagen zu W. T. aus dem Winter 1973 belegen.⁴⁸ T. arbeitete damals als stellvertretender Bürgermeister in Neustadt im Bezirk Suhl und war in der Union als neuer Sekretär und Vorsitzender des Kreisverbandes Bad Salzungen im Gespräch. Die zuständige MfS-Kreisdienststelle Ilmenau charakterisierte W. T. als engagierten Funktionär mit einer „positiven“ Haltung „zur Politik unseres Staates“. Ihre „Ermittlungen“ schickten die Offiziere zur Abteilung XX der MfS-Bezirksverwaltung in Suhl, die das Papier der SED-Bezirksleitung zur „Entscheidungsfindung“ vorlegte. Auf Grundlage dieser Informationen und einer ebenfalls wohlwollenden Beurteilung der SED-Kreisleitung Ilmenau stimmte die Bezirksleitung dem Vorschlag der CDU zu. Dass W. T. das Amt letztlich nicht antrat, lag an ihm. Kurz vor dem Wechsel nach Bad Salzungen sagte er seiner Partei ab.⁴⁹

Darüber hinaus konnte das MfS mit Hilfe des erworbenen Wissens nonkonforme „Unionsfreunde“ aufspüren und sanktionieren. Diese Praxis verdeutlichen zwei Überwachungsfälle aus den 1980er Jahren. Der erste betrifft zwei hauptamtliche Funktionäre des Stadtkreisverbandes Erfurt, bei denen das MfS „negative und destruktive Tendenzen“ im Sommer 1980 konstatierte. Konkret warf die Staatssicherheit ihnen vor, die Beschlüsse der Parteitage von SED und CDU zu ignorieren und eine „eigene Politik“ zu betreiben.⁵⁰ Diese bestand unter anderem darin, vor allem Mitglieder zu werben und die „politisch-ideologische Arbeit“ zu vernachlässigen. Zudem würden sie intern die „führende Rolle“ der SED anzweifeln und keine Informationsberichte mehr weiterreichen.⁵¹ Zunächst wandte sich das MfS gegen M. K.,

47) Solche Überprüfungen fanden auch in anderen Organisationen statt, weshalb C. Boofß: Kollege Judas, S. 76 das MfS als „Personalberater“ der SED bezeichnet. Zur Personalkontrolle beispielsweise im Zentralkomitee siehe C. Boofß: Rote Nelken, S. 56–59 und R. Bergien: Generalstab, S. 312–315.

48) Siehe zum Folgenden Anfrage der BV Suhl an die KD Ilmenau vom 19. Januar 1973 und die Antwort mit Ermittlungen über W. T. vom 31. Januar 1973, in: BStU, MfS, BV, Suhl, KD Ilmenau, Nr. 4007, Bl. 14–16 sowie Einschätzung des Kollegen W. T. vom 17. Januar 1973, in: LATH – StA Meinungen, BPA SED Suhl, Kreisleitung der SED Bad Salzungen, IV/C-4/01/153.

49) Vgl. Sitzung des Bezirkesekretariats des BV Suhl am 26. März 1973, in: ACDP 07-011-2258.

50) Eröffnungsbericht über das Einleiten einer OPK vom 24. Juli 1980, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AOPK „Sekretär“, 1534/82, Bl. 16.

51) Vgl. Einschätzung der politisch-operativen Situation im KV Erfurt-Stadt der CDU vom 6. Februar 1980, ebd., Bl. 28–31.

Stadtbezirkssekretär in Erfurt-Mitte, und eröffnete im Juli 1980 die „Operative Personenkontrolle“ (OPK) „Sekretär“. Ziel war es, mit Hilfe der SED-Bezirksleitung K. von seiner Funktion zu entbinden. Dafür sammelte die Staatssicherheit belastbare Indizien, mit denen die SED die CDU-Spitze im Bezirk zur Entlassung bewegen sollte. Allerdings konnte der zuständige Offizier Heinz Hopfe dem CDU-Politiker keine „konkrete Feindtätigkeit“ nachweisen.⁵² Nach zweijährigen Ermittlungen nutzte die Staatssicherheit schließlich ein unpolitisches Vergehen von K. aus. Eine wichtige Rolle spielte dabei CDU-Kaderleiter Johannes Hahl als IM „Johann“. Er hatte im Sommer 1982 herausgefunden, dass K. seine Dienstzeit für private Angelegenheiten nutzte. Daraufhin beschloss die CDU-Führung im Bezirk, sich zum Jahresende von K. als Stadtbezirkssekretär zu trennen.⁵³

In der Zwischenzeit – im November 1981 – hatte die Staatssicherheit gegen den anderen „Initiator“ der „Tendenzen“, A. T., Stadtbezirkssekretär in Erfurt-Nord, die OPK „Monteur“ eingeleitet. Nach dem Willen des MfS sollte auch er sein Amt verlieren. Doch wie schon bei K. konnte Heinz Hopfe kein brauchbares Material zusammentragen.⁵⁴ Erst als sich T. zusammen mit anderen Erfurter Funktionären am Rande des CDU-Parteitages im Oktober 1982 „undiszipliniert“ verhalten hatte, schien die Gelegenheit zur Entlassung gekommen.⁵⁵ Dass T. letztlich im Amt blieb, hing mit einem drohenden Personalengpass im Stadtkreisverband zusammen.⁵⁶ Denn im Zuge der Affäre trennte sich die CDU ebenfalls von dem Stadtkreissekretär A. Te., der auch zu der auffällig gewordenen Gruppe gehört hatte. Hinzu kam, dass K. aus dem Amt schied. Noch eine Position wollte die CDU nach Absprache mit der SED nicht „entblößen“. Mit diesen personellen Wechseln sah die Staatssicherheit den „politisch-operativen Schwerpunkt“ bei der Erfurter CDU „beseitigt“. ⁵⁷ Im Januar 1983 beendete Hopfe die Ermittlungen gegen A. T. im Rahmen der OPK „Monteur“. Gleichwohl wollte die Geheimpolizei den Funktionär über ihre Informanten in der CDU im Blick behalten.

52) Siehe Sachstandsbericht OPK „Sekretär“ vom 16. Juni 1982, ebd., Bl. 87–89.

53) Abschlussbericht zur OPK „Sekretär“ vom 6. Dezember 1982, ebd., Bl. 94–96.

54) Sachstandsbericht OPK „Monteur“ vom 22. Mai 1982, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AOPK „Monteur“, 42/83, Bl. 111–113.

55) Siehe Information vom 3. November 1982, ebd., Bl. 116

56) Vgl. Mündlicher Bericht von „Johann“ vom 3. Dezember 1982, ebd., Bl. 118.

57) Abschlußbericht zur OPK „Monteur“ vom 11. Januar 1983, ebd., Bl. 119–122.

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

Umfangreicher und drastischer gestalteteten sich die Ermittlungen gegen Harald Wehner im Operativen Vorgang (OV) „Querulant“. Er war Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe in Dermbach, einer Gemeinde in der Thüringer Rhön im Bezirk Suhl. Wehner war der Staatssicherheit ein Dorn im Auge, weil er nicht nur die SED-Herrschaft wiederholt kritisierte, sondern auch die CDU-Ortsgruppe zu einer bestimmten politischen Kraft in Dermbach ausbaute. Unter seiner Ägide wuchs die Organisation enorm, von 60 Mitgliedern im Jahr 1979 auf 150 Anfang 1984.⁵⁸ Wehner überzeugte die Bürger, indem sich die Ortsgruppe aktiv für Dermbach einsetzte und Gebäude sanierte, den Forst beräumte oder alljährlich Weihnachtsbäume in den Straßen aufstellte.⁵⁹ Zudem unterstützte er offensiv die Kirchen und ermutigte christliche Familien, mit ihren Kindern nur noch Kommunion oder Konfirmation, nicht aber die Jugendweihe zu feiern. All diese Punkte machten Wehner in den Augen der Staatssicherheit zu einem „Querulanten“. Sie wollte daher seinen Einfluss in Dermbach einschränken und ihn als Ortsgruppenvorsitzenden ablösen. Dafür ergriff die Geheimpolizei mehrere Maßnahmen. Sie bewegte die SED zum Einsatz eines hauptamtlichen Parteisekretärs im Ort und zum Austausch der zurückhaltenden Bürgermeisterin. Zugleich ging das MfS gegen Wehner persönlich vor. Über fingierte Briefe, absichtlich gestreute Gerüchte über eine Überwachung durch die Staatssicherheit und gezielt nachteiligen Entscheidungen von Ämtern versuchte die Geheimpolizei den CDU-Politiker zu schikanieren und zu diskreditieren, in der MfS-Sprache zu „zersetzen“.

Um Wehners Absetzung in der CDU zu erreichen, nutzte das MfS seine offiziellen und inoffiziellen Kontakte in der Partei. Tragende Rollen spielten dabei zwei Informanten. „Hunza“ war Mitarbeiter im Kreissekretariat der CDU Bad Salzungen und Ortsgruppenvorsitzender in einem Nachbarort, er erwarb sich das Vertrauen von Wehner, um über ihn und seine politischen Vorhaben so viel wie möglich in Erfahrung zu bringen. „Friedrich Otto“ alias Fritz Trautvetter, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Bad Salzungen, intrigierte vor allem im Kreisvorstand gegen Wehner, sodass sich das Gremium von ihm abwand-

58) Zahlen nach Sachstandsbericht zum OV „Querulant“ vom 17. Januar 1984, in: BStU, MfS, BV Suhl, AOP „Querulant“, 840/87, Bd. 2, Bl. 6.

59) Vgl. Bericht des IMS „Hunza“, Tonbandabschrift vom 18. Februar 1983 und Mündlicher Bericht des IMS „Hunza“, Tonbandabschrift vom 25. November 1982, ebd., Bd. 1, Bl. 90–93 und 100–102.

te.⁶⁰ Parallel dazu verlangte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, Hans-Dieter Fritschler, von der CDU im Kreis, die Ortsgruppe wieder auf Linie zu bringen. In der Folge planten Kreis- und Bezirksvorstand, Wehner zeitnah als Vorsitzenden abzusetzen.⁶¹ Doch gegen einen möglichen Wechsel sträubten sich die Ortsgruppe und ihr Vorstand, die loyal zu Wehner standen, zumal ein geeigneter Nachfolger fehlte. Erst im Jahr 1987 schien Wehners Stellung entscheidend zu bröckeln. Gegen seine Ortsgruppe hatten der Bezirks- und Kreisvorstand – letzterer unter Einfluss von IM „Friedrich Otto“ – nicht nur eine strikte Kontrolle durchgesetzt, sondern auch eine Teilung in drei Wohngebietsgruppen.⁶² Zufrieden konstatierte das MfS zudem, dass sich im Zuge der Zersetzungsmaßnahmen vermehrt Mitglieder von Wehner abwenden würden. Er selbst sei „verunsichert“ und verhalte sich „zurückhaltend“. Wehner hielt sich aber als Ortsgruppenvorsitzender. Im März 1989 kündigte er schließlich an, im Januar 1990 das Amt aufgeben zu wollen.⁶³ In den Wochen zuvor hatte er erfolglos mit dem Rat der Gemeinde über die Anzahl der Mandate für die CDU in Dermbach gestritten.⁶⁴ Bei der bevorstehenden Kommunalwahl sollte die Union nur zwei anstatt drei Sitze bekommen, um die erneute Kandidatur Wehners zu verhindern. Hinter ihm standen die Mitglieder der Ortsgruppe, die Partei im Kreis und Bezirk unterstützte dagegen die Entscheidung des Rats. Ob Wehner im Laufe der Friedlichen Revolution tatsächlich den Ortsgruppenvorsitz niederlegte, ist offen. Die Überwachung der CDU durch die Staatssicherheit belegt das latente Misstrauen, das die SED und ihre Geheimpolizei gegenüber dem „Bündnispartner“ hegten. Gleichwohl stellte die CDU wie die anderen Blockparteien nach dem Mauerbau keinen Schwerpunkt in der Arbeit des MfS dar.⁶⁵ Dafür verhielt sie sich zu loyal. Erst als Ende der 1980er Jahre Mitglieder und Funktionäre vermehrt Zweifel am politi-

60) *Mündlicher Bericht des IMB „Friedrich Otto“ vom 14. August 1985, ebd., AIM „Friedrich Otto“, 210/94, Teil II, Bd. 1, Bl. 113–114.*

61) *Ergänzung ZPDB zum OV „Querulant“ vom 23. April 1985, ebd., AOP „Querulant“, 840/87, Bd. 2, Bl. 175.*

62) *Dazu und zum folgenden Abschlußbericht zum OV „Querulant“ vom 25. August 1987, ebd., AOP „Querulant“, 840/87, Bd. 3, Bl. 70–72.*

63) *Vgl. T. Sauer S. 54.*

64) *Siehe ebd. und Mündlicher Bericht des IMB „Friedrich Otto“ vom 18. Januar 1989 sowie vom 7. Februar 1989, in: BStU, MfS, BV Subl, AIM „Friedrich Otto“, 210/94, Teil II, Bd. 1, Bl. 177–178 und 183.*

65) *So M. Braun: HA XX/3, S. 82–83 und U. Schmidt S. 40–41.*

3. Die CDU zwischen Staatspartei und Staatssicherheit

schen System äußerten, konzentrierte sich die Geheimpolizei verstärkt auf die CDU.⁶⁶ Aber auch wenn bis dahin die „operative Bedeutung“ der Partei nicht sehr hoch war, so hatte die Staatssicherheit die Geschehnisse in der Union stets im Blick und griff ein, sobald aus ihrer Perspektive die Führungsrolle der SED gefährdet schien. Derart kontrolliert, ging die CDU ihren Aufgaben in der DDR nach.

66) *Siehe M. Braun/B. Eisenfeld S. 57.*

4. Politische Handlungsfelder der CDU

In der „sozialistischen Demokratie“ war es explizit nicht die Funktion der CDU, auf Grundlage eines spezifischen Programms eigene politische Vorhaben zu verfolgen. Ihre Rolle bestand vielmehr darin, die Herrschaft der SED aktiv zu stützen. Aus dieser nachrangigen Position ergaben sich für die CDU in der DDR zwei Aufgaben.¹ Zunächst sollte die Union das ihr zugewiesene gesellschaftliche Umfeld, allen voran die christlichen Bevölkerungsgruppen, kontrollieren und in das sozialistische System integrieren. Im Alltag erwies sich der Ideologietransfer als schwierig, da beide Kirchen der CDU mit Ausnahmen skeptisch begegneten. Um Vorbehalte abzubauen, setzte sich die CDU daher auch für berechtigt erscheinende Belange der Kirche gegenüber dem Staat ein.² Diese Mittlerrolle der CDU akzeptierte die SED, solange sie ein Mittel der Politik blieb. Keinesfalls aber sollte sich die Union als „Kirchenpartei“ verstehen.

Darüber hinaus oblag es der CDU, die politische Ordnung in der DDR mit zu stabilisieren. Zentral für die „sozialistische Demokratie“ waren die regelmäßig stattfindenden Wahlen. An dieser öffentlichen Herrschaftsinszenierung wirkte die CDU stets mit. Aber auch in diesem Feld mussten die leitenden Gremien Misserfolge hinnehmen, wenn Mandate unbesetzt blieben oder Pfarrer trotz intensiver „Aussprachen“ ihre Stimme nicht abgaben. Mit diesen Aufgaben erschöpfte sich jedoch nicht das politische Handeln der CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl. Immer wieder bemühte sich die Partei auch darum, über mehr Ämter ihren Einfluss und ihre Präsenz in der Gesellschaft zu steigern.

-
- 1) *In den 1950er und 1960er Jahren hatte die CDU zudem noch eine deutschlandpolitische Funktion inne. Sie rückte aber zunehmend in den Hintergrund, weil die SED das Interesse an entsprechenden Verbindungen verlor und die CDU in der Bundesrepublik offizielle Kontakte verweigerte, siehe dazu S. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 104–105 und P. J. Lapp: Befreundete Parteien, S. 108–112.*
 - 2) *Mit diesem Verhalten war die CDU nicht allein, auch die anderen Blockparteien stützten regelmäßig die Interessen „ihres“ Umfelds. Siehe zur Dialektik der Transmissionsfunktion der Blockparteien im Alltag S. Suckut: DDR-Blockparteien, S. 120 und zur begrenzten „Klientelpolitik“ der LDPD T. Pohlmann: Zusammenarbeit, S. 368–372.*

4.1. Integrationsversuche: Die CDU und die Kirchen

Ein wichtiges Politikfeld der CDU in der DDR war die Arbeit mit den Kirchen. Im Sinne ihrer von der SED zugewiesenen Transmissionsfunktion sollte die Union Amtsträger und Laien in das sozialistische System integrieren. Großen Wert legte die SED darauf, dass die CDU die Linie des Staates vertrat und sich nicht als Interessenvertreterin der Kirchen und ihres Umfelds verstand. Die Repräsentanten der CDU waren sich dieser Rolle bewusst und nahmen sie an. Zugleich mussten sie aber auch die Anliegen der Kirchen berücksichtigen, um nicht vollends an Glaubwürdigkeit und Bindung im christlichen Umfeld einzubüßen. Zwischen diesen Polen bewegte sich die Partei bis zum Herbst 1989.³

Mit der Transformation zur Blockpartei betrieb die CDU keine eigenständige Kirchenpolitik mehr, sondern folgte der SED.⁴ So hatte die Union in den 1950er Jahren das rigide Vorgehen gegen die „Junge Gemeinde“ unterstützt und sich beim zweiten großen Konfliktfall zwischen Staatspartei und Kirchen für die Jugendweihe ausgesprochen.⁵ Auch in den folgenden Jahrzehnten waren die Vorgaben der SED in diesem Politikfeld für die CDU maßgeblich. Aufgabe der Bezirksverbände war es, Informationen über die Aktivitäten der Kirchen zu sammeln. Zudem sollten sie über einen regelmäßigen Austausch die „kirchlichen Amtsträger“ für das System gewinnen. Die CDU pflegte zu den beiden christlichen Kirchen ein unterschiedliches Verhältnis. Dies lag an den Kirchen, die verschiedene Haltungen zum System und seinen Organisationen einnahmen. Auf dem Territorium der SBZ/DDR existierten acht evangelische Landeskirchen, deren politische Positionierung vom jeweiligen Landesbischof abhing.⁶ Die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl deckten sich größtenteils mit dem Gebiet der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (ELKT), die in Eisenach saß. Ausnahmen bildeten die ehemaligen preußischen Regionen in Thüringen

3) Diese Stellung bezeichnet H. Wentker: *Ost-CDU*, S. 351, als „Dilemma“ der CDU in der DDR.

4) Zur Kirchenpolitik der CDU in der DDR siehe G. Besier, R. F. Goeckel, B. Schäfer: *Kirchenpolitik und H. Wentker: Ost-CDU*.

5) Siehe allgemein zu den Konflikten zwischen SED und den Kirchen in den 1950er Jahren H. Wentker: *Junge Gemeinde und ders.: Jugendweihe*.

6) Zur Struktur der evangelischen Landeskirchen in der SBZ/DDR überblicksartig P. Maser S. 12–13. Zum Verhältnis von Staat und evangelischen Landeskirchen die konzentrierte Darstellung von E. Neubert: *Kirchen*.

(so Erfurt, Nordhausen, Mühlhausen und Suhl samt Umland), die zur Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (KPS) mit Sitz in Magdeburg gehörten. Aus der Wirkungsstätte der Bischöfe ergaben sich die politischen Zuständigkeiten. Während sich vorrangig der CDU-Bezirksverband Magdeburg mit der Leitung der KPS auseinandersetzte⁷, hielt hauptsächlich die CDU im Bezirk Erfurt den Kontakt zur Führung der ELKT. Mit den Pfarrern und Superintendenten der beiden Kirchen wiederum beschäftigten sich die ansässigen Kreis- und Bezirksverbände.

Die Thüringer Landeskirche verfolgte unter ihrem Bischof Moritz Mitzenheim, von 1945 bis 1970 im Amt, generell einen staatsloyalen Kurs.⁸ Offenen Widerspruch wagte er nur selten, etwa beim „Kampf“ der SED gegen die „Junge Gemeinde“ und bei der Einführung der Jugendweihe. Mitzenheims Nähe zum System, die den anderen evangelischen Landeskirchen missfiel und ihm auch den spöttischen Beinamen „roter Moritz“ eintrug, zeigte sich unter anderem in öffentlichen Erklärungen und Auftritten bei staatlichen Veranstaltungen, beispielsweise zum 10. Jahrestag der DDR im Oktober 1959. Teil dieses „Thüringer Weges“ – eine Bezeichnung der SED, um die Besonderheit zu betonen – waren auch gute Beziehungen zur CDU. Der Landesbischof tauschte sich nicht nur regelmäßig mit Parteivertretern aus, sondern nahm auch als Gast an Parteiveranstaltungen teil und schrieb regelmäßig Artikel für die parteieigene Tageszeitung „Neue Zeit“. In seinen Reden und Beiträgen unterstützte er offen die politische Arbeit der Union – auf der zentralen Festveranstaltung zu ihrem 20-jährigen Bestehen im Jahr 1965 in Berlin lobte der Landesbischof die Partei für „das Verdienst, beharrlich und folgerichtig die christlichen Bürger der

7) *Beispielhaft zeigt sich diese Zuordnung am Umgang mit einer Predigt des Bischofs der KPS, Werner Krusche, von 1968–1983 im Amt, in Suhl im Juli 1973, in der er die Diskriminierung von christlichen Schülern kritisierte. Der ansässige CDU-Bezirksvorsitzende Bernhard Schnieber berichtete dem Parteivorsitzenden Gerald Götting von Krusches Äußerungen, Thema war die Predigt dann in einem Gespräch zwischen dem Bischof und staatlichen Funktionären in Magdeburg Ende September, an dem ursprünglich auch der dortige CDU-Bezirksvorsitzende Werner Biedermann teilnehmen sollte. Vgl. Brief von Schnieber an Götting vom 27. Juli 1973 und Brief von Biedermann an Götting vom 27. September 1973, beide in: ACDP 07-011-2101. Auf die Zuständigkeit staatlicher Stellen in Magdeburg für die KPS weist auch C. Ruthendorf-Przewoski: Prager Frühling, S. 322 hin.*

8) *Siehe zur Thüringer Landeskirche unter M. Mitzenheim C. Koch-Hallas und C. Ruthendorf-Przewoski: Prager Frühling, S. 408–429.*

DDR zur verantwortlichen Mitarbeit im Staat, zur Mitarbeit am Aufbau einer neuen Ordnung, zum Engagement in der Frage des Friedens, der Völkerverständigung und der Koexistenz erzogen zu haben“.⁹ Im Dezember 1964 verlieh die Union Mitzenheim die Ehrenmitgliedschaft für sein „Bekanntnis zu unserem Staat und zur positiven Mitarbeit der christlichen Menschen in der DDR“.¹⁰ In seiner Dankesrede bekräftigte der Landesbischof seine Auffassung, dass „die Kirche das gute Sachgespräch mit den politischen Kräften und insbesondere mit der Partei, die sich ausgesprochenermaßen an die Christen wendet, führt und nicht abreißen soll“.

Eine entscheidende Rolle bei der Annäherung der Thüringer Landeskirche an den Staat spielte neben Mitzenheims ausgeprägtem, in der lutherischen Zweireichelehre wurzelndem Obrigkeitsdenken Gerhard Lotz, umtriebiger Oberkirchenkirchenrat (OKR) und Stellvertreter des Landesbischofs in weltlichen Fragen von 1948 bis 1976.¹¹ Er war nicht nur CDU-Mitglied mit Sitz im Bezirks- und Hauptvorstand, sondern arbeitete seit 1955 als IM „Karl“ auch für die Staatssicherheit. Dass Lotz seine Vorstellungen einer systemloyalen Kirche durchsetzen konnte, hing mit dem engen Vertrauensverhältnis zu Mitzenheim zusammen. Als weiterer Grund für die Staatsnähe gilt heute die inkonsequente Entnazifizierung der Landeskirche, die im Nationalsozialismus eine exponierte Stätte Deutscher Christen (DC) gewesen war.¹² Um keine Angriffsfläche zu bieten, suchte die Kirchenleitung unter Mitzenheim, der nach anfänglicher Zugehörigkeit zu den Deutschen Christen sich der Bekennenden Kirche (BK) zugewandt hatte, nach 1945 den Ausgleich mit dem Staat.

Den konziliananten Kurs von Mitzenheim setzte sein Nachfolger Ingo Braecklein, von 1970 bis 1978 im Amt, weitgehend fort. Er war zuvor geistlicher Stellvertreter des Landesbischofs gewesen und galt als „fortschrittlich“. Seine Wahl ging maßgeblich auf Lotz zurück. In den folgenden Jahren sah die CDU ihre Aufgabe darin, den Landesbischof in Konfliktfällen auf „Linie“ zu halten. Im Dezember 1973 beispielsweise

9) *Manuskript der Rede zum 20-jährigen Bestehen der CDU in der DDR, in: LKAE, Rep. 31-001, NL Landesbischof M. Mitzenheim, Nr. 5.1.10. Die Rede ist auch abgedruckt in der Broschüre des Sekretariats des Hauptvorstandes der CDU zum Jubiläum, S. 25–26.*

10) *Protokoll der PHV-Sitzung am 13. Dezember 1964, in: ACDP 07-011-1817.*

11) *Vgl. neben der bereits erwähnten Literatur zur Thüringer Landeskirche noch C. Vollnhals: Gerhard Lotz.*

12) *Siehe dazu T. A. Seidel, vor allem S. 166–325.*

se versuchte Werner Behrend, CDU-Vorsitzender im Bezirk Erfurt, Braecklein von einer kritischen Kanzelabkündigung zur atheistischen Schulbildung in der DDR abzubringen, die dieser im Auftrag der Synode verfasst hatte. Obwohl der Landesbischof schwankte, veränderte er den Text nicht, sodass die Pfarrer das „Wort an die Eltern“ zu den Weihnachtsgottesdiensten verlasen.¹³ Vier Monate später stellte Behrend heraus, dass sich Braecklein, beeinflusst von den „Unionsfreunden“ Gerhard Lotz und Hartmut Mitzenheim, bei einem Treffen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, zum „Thüringer Weg“ bekannt habe.¹⁴ Auf diese beiden Mittel – das persönliche Gespräch und ein personelles Netzwerk in der Landeskirche – setzte die CDU auch in der Amtszeit des Landesbischofs Werner Leich (1978–1992). Der bisherige Superintendent in Lobenstein war bekannt für seine größere Distanz zum Staat und zur CDU¹⁵, weshalb Werner Behrend Leichs Wahl im Dezember 1977 kritisch sah. Gegenüber Götting vermerkte der Bezirksvorsitzende: „Keinesfalls hat es Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken, und den künftigen Bischof schon jetzt wissen zu lassen, dass wir ihn ‚nicht mögen‘“.¹⁶ Um auch zu Leich eine Beziehung aufzubauen, schickte Behrend daher umgehend ein Glückwunschtelegramm.

Leich traf sich zu Gesprächen mit CDU-Funktionären, im März 1979 beispielsweise tauschte er sich mit allen drei Bezirksvorsitzenden aus.¹⁷ Er ließ sich aber nicht (öffentlich) vereinnahmen, sondern beharrte stets auf einer strikten Trennung von Kirche und Partei. So lehnte es der Landesbischof im Mai 1980 ab, als Gast an der Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK) des Erfurter CDU-Verbandes teilzunehmen. Seine Haltung begründete er damit, dass die „Eigenständigkeit sowohl der

13) *Brief von Behrend an Götting vom 27. Dezember 1973 und zum Inhalt der Kanzelabkündigung Brief von Sandberg an Götting vom 3. Januar 1974, beide in: ACDP 07-011-2102.*

14) *Brief von Behrend an Götting vom 2. Mai 1974, ebd.*

15) *Leich war in der Nachkriegszeit der CDU in der SBZ beigetreten, erneuerte seine Mitgliedschaft aber nicht nach seinem Studium in Marburg und Heidelberg Anfang der 1950er Jahre. In seiner Autobiografie schreibt er über sein Verhältnis zur Union: „Mit vielen anderen lebte ich in einer beständigen Abwehrhaltung gegenüber der CDU“, siehe: W. Leich S. 134–135. Vgl. zu Leichs Biografie und seinem Wirken als Landesbischof auch H. Findeis S. 159–219.*

16) *Brief von Behrend an Götting vom 29. Dezember 1977, in: ACDP 07-011-3401.*

17) *Siehe Aktennotiz vom 19. März 1979, in: LKAE, A 860-49, Bl. 19 sowie Briefe von Schnieber und Sandberg an Götting vom 29. März 1979 beziehungsweise vom 2. April 1979, in: ACDP 07-011-3406/1.*

4. Politische Handlungsfelder der CDU

CDU als auch der Kirche in keiner Weise verwischt“ werden dürfe.¹⁸ Gleichwohl arbeiteten auch unter Leich „Unionsfreunde“ in entscheidenden Stellen im Landeskirchenrat.¹⁹ Bereits 1976 hatte Hartmut Mitzenheim – Sohn des Altbischofs und CDU-Mitglied seit 1947 – die Nachfolge von Gerhard Lotz als Stellvertreter des Landesbischofs angetreten. Diese Position übernahm im Jahr 1986 Martin Kirchner, der sich 1967 der Union angeschlossen hatte. Sowohl Hartmut Mitzenheim als auch Martin Kirchner waren als IM der Staatssicherheit tätig, Mitzenheim berichtete seit 1971 unter dem Decknamen „Hans Klinger“, Kirchner seit 1970 unter anderem als IM „Küster“.²⁰ Die CDU suchte aber nicht nur den Kontakt zur Kirchenleitung, sondern auch zu den Pfarrern in den Gemeinden. In sogenannten „Pfarrergesprächen“ redeten CDU-Funktionäre mit den Geistlichen über aktuelle politische Fragen und innerkirchliche Entwicklungen. Neben der Sammlung von Informationen ging es den Parteivertretern darum, die Kirchenleute von der Politik des Staates überzeugen und sie im besten Fall für die CDU zu werben. Ihre Bemühungen um die Pfarrer intensivierte die Partei in den 1970er Jahren, als ihre Bedeutung für die Politik der SED gegenüber der evangelischen Kirche abnahm.²¹ Trotzdem gelang es CDU-Funktionären nur selten, Geistliche an die Partei zu binden. In der Regel fiel die Bilanz so aus wie im Informationsbericht von Bernhard Schnieber, Bezirksvorsitzender in Suhl, im August 1979: „Wie schon in den vergangenen Monaten wurden auch im August durch Kreissekretäre, Mitglieder des Bezirkssekretariates und weitere Unionsfreunde Gespräche geführt, doch blieb ein abrechenbarer Erfolg bislang aus.“²² So konnte der Erfurter Bezirksverband in neun Jahren (1976–1985) 21 Geistliche gewinnen, die CDU im Bezirk Gera

18) Brief von Leich an Behrend vom 23. Mai 1980, in: LKAE, A 860-49, Bl. 84.

19) Auf diesen Aspekt weist auch C. Dietrich S. 39 hin.

20) Siehe dazu W. Schilling S. 226 und 245 sowie E. Neubert: *Instrumentalisierung*, S. 337.

21) Seit Anfang der 1970er Jahre trafen sich staatliche Repräsentanten allein mit Vertretern der evangelischen Kirche. Bis dahin hatte die CDU eine wichtige Rolle als Mittlerin gespielt, siehe dazu und zur stärkeren Konzentration auf die Kirchenbasis R. F. Goeckel: S. 97–99.

22) Brief von Bernhard Schnieber an Gerald Götting vom 29. August 1979, in: ACDP 07-011-3406/2.

14 und im Bezirk Suhl 9.²³ Darüber hinaus lud die Partei die Geistlichen regelmäßig zu wichtigen Parteiveranstaltungen ein, teilweise verbunden mit der Bitte um ein Grußwort. Die Resonanz darauf war meistens dürftig. Im Juni 1976 beispielsweise konstatierte Schnieber gegenüber der Staatssicherheit, dass es bei der „Teilnahme kirchlicher Würdenträger“ an den Bezirksdelegiertenkonferenzen der Suhler CDU keinen „Fortschritt“ gebe. Anlass für dieses Eingeständnis war die Parteikonferenz wenige Tage zuvor, an der sich weder der Oberkirchenrat noch ein Superintendent beteiligt hatte. Lediglich einige wenige Pfarrer waren der Einladung gefolgt.²⁴

Die CDU fungierte gegenüber der evangelischen Kirche aber nicht allein als Transmissionsorgan der SED. Zugleich setzte sich die Union immer wieder für die Anliegen von Geistlichen und Laien ein. Dabei handelte es sich nicht um grundsätzliche Fragen, sondern um alltägliche Probleme wie die Sanierung von Kirchengebäuden oder die Diskriminierung von Christen. Davon zeugt die Beschwerde eines Pfarrers aus Arnstadt Anfang November 1972. Er wandte sich an den Kreissekretär der CDU, Achim Tettschlag, weil er wegen seines Berufs nicht mehr als Vorsitzender des „Klassenelternaktivs“ in der Schule kandidieren durfte.²⁵ Tettschlag informierte sofort die 1. Sekretärin der SED-Kreisleitung, Edith Weingart, und den Bezirksvorsitzenden der CDU, Werner Behrend, in missbilligendem Ton über den „Vorgang“. Daraufhin griff Weingart ein und legte zusammen mit der Kreisschulrätin fest, dass der Pfarrer bei der Wahl wieder antreten durfte. Den Einsatz der CDU für kirchliche Belange tolerierte die SED nur als politisches Instrument, um das gewünschte „Vertrauensverhältnis“ zu den „Amtsträgern“ aufzubauen. Die Union sollte sich aber weder als „Kirchenpartei“ verstehen noch als solche wahrgenommen werden. Im Juni

23) *Wie schwierig es für die CDU war, Pfarrer zu einem Parteieintritt zu motivieren, zeigt auch der Umstand, dass die 21 Neuaufnahmen im Bezirk Erfurt das beste Ergebnis in der ganzen Partei darstellte. Weil die CDU-Verbände auch „Abgänge“ zu verzeichnen hatten, erhöhte sich die Zahl der Geistlichen zwischen 1976 und 1985 nur langsam, im Bezirk Erfurt von 36 auf 46, in Gera von 20 auf 26 und in Suhl von 14 auf 17; Zahlen nach Übersicht zu Pfarrer und Theologen in der CDU, ohne Datum, in: ACDP 07-011-5911.*

24) *Information über die Teilnahme kirchlicher Würdenträger an BDK der CDU vom 2. Juni 1975, in: BStU, MfS, BV Suhl, AOPK 223/76, Bl. 69.*

25) *Hier und zum folgenden Mitteilung an Bezirksvorsitzenden Behrend vom 2. November 1972 und Aktenvermerk vom 6. November 1972, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, SED-BL Erfurt, IV C/2/15/512, Bl. 161–162.*

4. Politische Handlungsfelder der CDU

1972 forderte etwa die SED-Bezirksleitung Gera von der regionalen CDU, sich nicht zum „Fürsprecher in kirchlichen Belangen“ zu machen.²⁶ Aus welchen Gründen die CDU-Funktionäre regelmäßig die Anliegen der Kirche unterstützten, lässt sich nicht abschließend klären. Neben Kalkül dürfte ebenfalls die biografische Prägung – für gewöhnlich waren die Funktionäre Christen – eine wichtige Rolle gespielt haben.²⁷

In diesem Spannungsfeld bewegte sich die CDU auch gegenüber der katholischen Kirche. Mit ihr beschäftigten sich vor allem die Bezirksverbände Erfurt und Suhl. In ihrem Territorium lagen mit dem Eichsfeld und dem Geisaer Amt in der Thüringer Rhön zwei Kerngebiete der katholischen Kirche im mehrheitlich protestantisch geprägten Gebiet der DDR.²⁸ Wie bei der evangelischen Kirche war die Union auch hier darum bemüht, Einfluss auf den Klerus zu erlangen. Dieser hatte sich aber im Zuge der Transformation der CDU von der Partei abgewandt – der Erfurter Weihbischof Freusberg etwa war 1953 ausgetreten – und lehnte offizielle Kontakte ab.²⁹ Grundlegend dafür war der „Döpfner-Erlass“, benannt nach dem Berliner Bischof Julius Döpfner, vom November 1957.³⁰ In diesem schrieb die Kirche fest, dass ihre Vertreter nur mit „Regierungsstellen“ verhandeln durften, „in keinem Falle“ aber mit Parteien oder Massenorganisationen.³¹ Diese Ablehnung bekräftigten die Bischöfe mit entsprechenden Erklärungen in

26) *Probleme der weiteren Arbeit der befreundeten Parteien vom 5. Juni 1972, in: LATh – StA Rudolstadt, BPA SED Gera, SED-BL Gera, IV/C-2/15/0578, Bl. 2.*

27) *Siehe dazu auch M. Richter: Blockparteien, S. 2619–2620.*

28) *Siehe zur „Diasporasituation“ der katholischen Kirche in der SBZ/DDR J. Pilvoušek: Katholische Kirche und C. Kösters: Sozialistische Gesellschaft.*

29) *Seinen Austritt begründete Freusberg mit der „starken Abhängigkeit [der CDU, B. T.] vom Geiste der SED“, vgl. Brief von Weihbischof Freusberg an den Fuldaer Bischof Dietz vom 19. September 1956, in: J. Pilvoušek: Kirchliches Leben, S. 234. Gleichwohl rissen Freusbergs Kontakte zur Partei nicht vollständig ab. Im Vorfeld der Parteitage 1954 und 1956 hielt er für die katholischen Delegierten Gottesdienste ab, wobei er sich in seinen Predigten systemkritisch äußerte, vgl. B. Schäfer: Kirchenpolitik, S. 161–162.*

30) *Die Anweisung Döpfners fußte auf dem Erlass von Kardinal von Preysing von Dezember 1947. Dieser verbot Priestern, sich politisch zu äußern, vgl. dazu U. v. Hehl/W. Tischner S. 889 und 902 und M. Höllen: 1945–1955, S. 151–152, der auch den Preysing-Erlass im Wortlaut wiedergibt.*

31) *Anweisung des Bischofs von Berlin vom 26. November 1957, in: G. Lange S. 113–114.*

den Jahren 1977 und 1985.³² Angesichts dieser Linie liefen die Versuche der CDU, Priester für Parteiveranstaltungen zu gewinnen, regelmäßig ins Leere. Im Mai 1975 etwa vermerkte Bernhard Schnieber, dass die „katholische Seite“ auf die Einladung zur Bezirksdelegiertenkonferenz nicht reagiert habe.³³ Eine Ausnahme im Thüringer Raum bildete Josef Streb, Propst in Heiligenstadt von 1945 bis 1967, der in den 1950er Jahren zum Missfallen des Erfurter Generalvikariats an Parteiveranstaltungen teilnahm.³⁴ Aber auch nach dem Döpfner-Erlass stand er der Partei weiterhin nahe. So verlieh ihm die CDU anlässlich seines 75. Geburtstags im September 1968 das „Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Gold“.³⁵

Gleichwohl trafen sich CDU-Funktionäre und katholische Kirchenvertreter zu informellen, „privaten“ Gesprächen.³⁶ Neben dem Austausch über aktuelle politische Entwicklungen sprachen die Geistlichen auch eigene Anliegen an, bei denen sie auf die Hilfe der CDU setzten, seien es Bauprojekte oder Konflikte mit „staatlichen Stellen“. Ihre Rolle als informelle Vermittlerin behielt die CDU im Eichsfeld auch in den 1970er und 1980er Jahren, als generell ihre Bedeutung für

32) *Die Berliner Bischofskonferenz an alle Geistlichen vom 1. Juni 1977 und Verlautbarung der Berliner Bischofskonferenz vom 6. März 1985*, in: G. Lange S. 292–293 und 318–320.

33) *Information über die Teilnahme kirchlicher Würdenträger an BDK der CDU vom 2. Juni 1975*, in: BStU, MfS, BV Suhl, AOPK 223/76, Bl. 69.

34) *Siehe dazu Brief von Weihbischof Freusberg an Bischof Dietz in Fulda vom 19. September 1956*, in: J. Pilvousek: *Kirchliches Leben*, S. 235 und ders.: *Streb*, S. 170.

35) *Vgl. PHV-Sitzung am 3. September 1968*, in: ACDP 07-011-4708. *Die Wertschätzung der CDU für Streb dokumentiert auch der biografische Band von F. Gerth in der parteieigenen Reihe „Christ in der Welt“ von 1978. Siehe zur Biografie Strebs und seiner Amtszeit als Propst in Heiligenstadt, in der er auch Kontakte zur Staatssicherheit pflegte*, J. Pilvousek: *Streb*.

36) *So kamen zwischen 1966 und 1969 vier CDU-Funktionäre des Erfurter Bezirksverbandes regelmäßig mit einem von Bischof Hugo Aufderbeck beauftragten Dozenten des ansässigen Priesterseminars zusammen*, vgl. B. Schäfer: *Kirchenpolitik*, S. 155. *Siehe zu den informellen Verbindungen zwischen CDU und katholischen Geistlichen auch U. Haese S. 109–117.*

das Verhältnis von SED und katholischer Kirche nur noch gering war.³⁷ Im Dezember 1980 beispielsweise waren viele Gläubige im Kreis Heiligenstadt erbost über die Kritik von lokalen Staats- und SED-Funktionären an der katholischen Kirche in Polen und dem Besuch von Papst Johannes Paul II. in der Bundesrepublik.³⁸ Propst Paul-Julius Kockelmann beschwerte sich bei Josef Gröger, CDU-Kreisvorsitzender, über die Äußerungen und drohte mit einer Gegendarstellung in Form einer Kancelabkündigung. Daraufhin sprach Gröger mit dem 1. Sekretär der SED, Erich Apel, über den Unmut der katholischen Gemeinde. Apel sicherte ihm zu, dass die SED keine „Konfrontation“ mit der Kirche anstrebe und sich für das bisherige, „normale“ Verhältnis einsetzen werde. Nach dieser Klärung verzichtete Kockelmann auf die Kancelabkündigung.

Trotz der öffentlichen Distanz der Kirche hatte die CDU in den katholischen Regionen im Eichsfeld und im Geisaer Amt ihre Hochburgen. Die Kreisverbände Heiligenstadt und Worbis waren stets die größten Kreisverbände der CDU im Bezirk Erfurt. So hatten sie 1982 1.638 beziehungsweise 1.880 Mitglieder, was zusammen ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft des Verbandes ausmachte.³⁹ Der Kreisverband Bad Salzungen stellte den größten lokalen Verband der CDU im Bezirk Suhl, 1982 deckte er mit seinen 1.135 Mitgliedern ein Fünftel der Mitgliedschaft der Parteiorganisation ab.⁴⁰ Mit kirchlicher Fürsprache hätten diese Zahlen sicherlich höher ausfallen können. Unbe-

-
- 37) *Damit schließt sich die Arbeit der Sichtweise von B. Schäfer: Staat, S. 344 an, der der CDU im Eichsfeld eine „überproportionale Bedeutung für Kirche und SED“ zuschreibt. Nach D. Remy S. 188 dagegen war die CDU zu dieser Zeit kirchenpolitisch kein wichtiger Akteur mehr im Eichsfeld. Als Beleg führt er zwei direkte Gespräche zwischen Propst Paul-Julius Kockelmann und Jürgen Kofend, 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Heiligenstadt, in den 1980er Jahren an. Remy's Informationen zu diesen Treffen basieren auf einem Zeitzeugeninterview mit Kockelmann. Die Akten belegen allerdings, dass Josef Gröger, CDU-Kreisvorsitzender in Heiligenstadt, mindestens ein Treffen vermittelt und auch daran teilgenommen hat, vgl. Brief von Schnieber an Trende vom 16. Mai 1986, in: ACDP, 07-011-3155.*
- 38) *Vgl. dazu Aktennotiz über eine Aussprache mit dem Kreisvorsitzenden der CDU vom 19. Dezember 1980, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, SED-KL Heiligenstadt, IV D/4.06-138, Bericht von Behrend an Götting vom 30. Dezember 1980, in: ACDP 07-011-3408/1 und die Erinnerungen von J. Gröger S. 72.*
- 39) *Ende 1982 hatte der CDU-Verband im Bezirk Erfurt 13.551 Mitglieder. Zahlen nach Statistischer Bericht für das Jahr 1982, Dokument vom 13. Januar 1983, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, BL SED Erfurt, IV E/2/15/25, Bl. 69b.*
- 40) *Ende 1982 hatte der CDU-Verband Suhl 5.313. Zahlen nach Statistischer Bericht für das Jahr 1982, Dokument vom 14. Januar 1983, in: ACDP 03-041-030.*

stritten ist ebenfalls, dass die CDU im Zuge ihre Transformation zu einer Blockpartei auch in den katholischen Gebieten Mitglieder verloren hat. Dennoch belegen die Mitgliederzahlen, dass die CDU in der DDR vom katholischen Milieu im Eichsfeld und in der Thüringer Rhön profitierte.⁴¹ Wollte man sich als gläubiger Katholik politisch einbringen, schien die Union noch die akzeptabelste Kraft im Vergleich zu den anderen Parteien zu sein⁴², zumal sie in beiden Regionen in zahlreichen Gemeinden den Bürgermeister und in einigen Orten große Parteigruppen stellte. Entsprechend selbstbewusst traten die Mitglieder auf. Dies zeigt die Situation Anfang der 1970er Jahre im Kreis Worbis. Dort zweifelten Mitglieder die „wachsende Führungsrolle“ der SED an, protestierten gegen die Klausel, nach der der CDU maximal 10 Prozent der Mandate in den Volksvertretungen zustanden, und weigerten sich, SED-Funktionäre zu den Jahreshauptversammlungen einzuladen.⁴³

Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl nahm ihre Rolle als Transmissionsorgan an und versuchte, Geistliche und Laien in die „sozialistische Gesellschaft“ zu integrieren. Zugleich stützten die Parteifunktionäre aus ihrer Sicht vertretbare kirchliche Belange. In dieser Hinsicht waren die CDU-Verbände gegenüber den Kirchen mehr als eine „Erfüllungsgehilfin“ oder „verlängerter Arm“ der SED.⁴⁴ Ambivalent verhielt sich die Blockpartei CDU auch bei ihrer anderen wichtigen Aufgabe – der Stabilisierung der „sozialistischen Demokratie“.

4.2. Stabilisierung und Eigeninteresse: Die Rolle der CDU bei Wahlen

In der DDR fanden regelmäßig Wahlen in den Kommunen, Bezirken und zur Volkskammer statt. Sie waren für die SED ein bedeutsames

41) *Siehe zum katholischen Milieu im Eichsfeld und zur Geschichte der Region in der SBZ/DDR D. Klenke/C. Stöber: Eichsfeld-Plan, und Stöber: SED-Herrschaft. Zur katholischen Gemeinschaft im Geisaer Amt in der DDR fehlt bislang eine wissenschaftliche Studie.*

42) *Nach U. Schmidt S. 265 empfanden die Mitglieder die CDU im Eichsfeld als „christlichen Gesellschaftsverein“.*

43) *Vgl. Informationen vom 8. Juni 1972, Abschlußbericht über JHV 1974, ohne Datum und Information vom 10. April 1974, alle in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, SED-KL Worbis, IV C/4.13/188.*

44) *Diese Zuschreibungen sind von T. N. Raabe S. 136 und H. Wentker: Ost-CDU, S. 378.*

4. Politische Handlungsfelder der CDU

Ritual.⁴⁵ Ihr Sinn lag explizit nicht darin, dass die Menschen frei zwischen verschiedenen Parteien entscheiden konnten. Über die Einheitsliste war die Sitzverteilung bereits vor dem Urnengang zu Gunsten der SED geregelt. Bei den Wahlen in der DDR ging es vielmehr darum, die vielbeschworene „Einheit von Partei und Volk“ öffentlich zu demonstrieren und damit die Legitimität der kommunistischen Herrschaft zu bestätigen. Ziel war es daher, dass möglichst alle Wahlberechtigten der Liste zustimmten. Bei dieser „Perfomanz des Konsenses“ (Hedwig Richter) spielte die CDU zusammen mit den anderen Blockparteien im Rahmen der Nationalen Front eine wesentliche Rolle. Ihre Aufgabe war es zum einen, systemloyale wie engagierte Kandidaten für die parteieigenen Listenplätze – gewöhnlich zehn Prozent der Mandate – aufzustellen. Der Rat des Kreises Lobenstein beschrieb den idealen Anwärter für die Kommunalwahlen 1979 als „sozialistische Persönlichkeit“, die sich durch „ihr klassenmäßiges Verhalten und Auftreten“ sowie „gute Arbeitsleistungen und aktive gesellschaftliche Tätigkeit“ auszeichnete.⁴⁶ Die Auswahl der Kandidaten war nicht allein Angelegenheit der CDU, auch staatliche Instanzen und die SED – im Fall der Kommunalwahlen die Kaderkommission beim Rat des Kreises und die SED-Kreisleitung – mussten den Vorschlägen zustimmen. Die CDU-Führung im Bezirk bemühte sich intensiv, für die ihr zustehenden Mandate Kandidaten aufzustellen. So forderte Walter Günnel, stellvertretender Vorsitzender der CDU im Bezirk, bereits ein Jahr vor den Kommunalwahlen 1979 von den lokalen Verbänden, Kandidaten zu gewinnen.⁴⁷ Trotz ihrer Versuche gelang es der Union nicht immer, alle Mandate wahrzunehmen. Bei den angesprochenen Kommunalwahlen konnten einige Ortsgruppen in den Kreisverbänden Rudolstadt, Lobenstein und Zeulenroda nicht genügend Kandidaten auf-

45) *Ritual wird mit B. Stollberg-Rilinger S. 9 als eine „menschliche Handlungsabfolge“ verstanden, die durch „Standardisierung der äußeren Form, Wiederholung, Aufführungscharakter, Performativität und Symbolizität gekennzeichnet ist und eine elementare strukturbildende Wirkung besitzt“. Zur Deutung der Wahlen in der DDR als Ritual A. Bahr S. 237–257, H. Richter: Pietismus, S. 283–295 und dies.: Mass Obedience. Allgemein zur Bedeutung von Ritualen für politische Ordnungen L. Schorn-Schütte S. 104–110 und B. Stollberg-Rilinger, hier S. 86–135*

46) *Informationen über bisher eingeleitete Maßnahmen und erreichte Ergebnisse, Vorlage für die Sitzung des Sekretariats der SED-KL Lobenstein am 9. Februar 1979, in: LATh – StA Rudolstadt, BPA SED Gera, SED-KL Lobenstein, IV/D-4/07/64.*

47) *Vgl. Redemanuskript für die Tagung des Bezirksvorstandes am 25. August 1978, in: ACDP 03-045-133.*

bieten.⁴⁸ Gerade für die hauptamtlichen Stellen im Rat des Kreises oder Bezirkes war es schwierig, einsatzbereite wie geeignete Bewerber zu finden. Neben der Belastung, die das Amt mit sich brachte, und der Erwartung, mögliche „Westkontakte“ abbrechen zu müssen, spielte die als zu niedrig empfundene Bezahlung eine Rolle. Aus diesen Gründen wollten etwa die vom Erfurter Bezirkssekretariat angesprochenen CDU-Mitglieder im Sommer 1984 nicht den Posten des Stadtbezirksrats in Erfurt-Nord übernehmen.⁴⁹ Hinzu kamen die steigenden Anforderungen: So musste in den 1980er Jahren ein Kandidat für eine Stelle beim Rat des Kreises einen Hochschulabschluss und politische Erfahrung nachweisen.⁵⁰

Neben der Suche nach Kandidaten sollte die CDU ihre Mitglieder und das gesellschaftliche Vorfeld der Partei für die Teilnahme an der Wahl mobilisieren. Dafür setzte die Union unentwegt auf Appelle. Wenige Wochen vor der Kommunalwahl 1979 forderte Eberhard Sandberg, Bezirksvorsitzender der Geraer CDU, „daß alle Unionsfreunde bereits in den Morgenstunden des 20. Mai den Kandidaten der Nationalen Front der DDR ihre Stimme geben“.⁵¹ Eigene öffentliche Veranstaltungen hielt die CDU während der „Wahlbewegung“ nicht ab, dies oblag der Nationalen Front. Sie organisierte „Aussprachen“ zwischen den Kandidaten, amtierenden Abgeordneten und der Bevölkerung. Ziel war es, die Wähler für den eingeschlagenen Weg zu gewinnen, gleichzeitig nutzten die Bürger diese Begegnungen, um eigene Probleme und Anliegen anzusprechen und auf eine Lösung zu drängen. Die politischen Akteure nahmen sich gewöhnlich der Beschwerden an in der Erwartung, dass die Bürger sich dann zum System bekannten und an der Wahl teilnahmen. Ein Beispiel für diesen Interessenausgleich ist die offene Wohnsituation eines früheren Pfarrers in Rudolstadt, mit der die ansässige CDU vor den Kommunalwahlen 1979 konfrontiert war.⁵² Der Kreissekretär Konrad Spindler bat die SED-Kreisleitung

48) *Siehe die Berichte der genannten Kreisverbände zu den Kommunalwahlen 1979, in: ACDP 03-045-071/1.*

49) *Bericht des IM „Johann“ vom 30. August 1984, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IX 489/79, Teil II, Bd. 1, Bl. 125–126. Zur schwierigen Personalsuche für staatliche Ämter vgl. auch Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Karl Stein S. 55–56.*

50) *Siehe dazu den Bericht des IM „Conrad“ vom 10. Juli 1986, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IX 637/73, Teil II, Bd. 2, Bl. 281–282.*

51) *Sitzung des Bezirksvorstandes am 20. April 1979, in: ACDP 03-045-147/3.*

52) *Vgl. Berichterstattung des KV Rudolstadt zum 20. April 1979 und Abschlussbericht des KV Rudolstadt zur Kommunalwahl vom 21. Mai 1979, beide in: ACDP 03-045-071/1.*

4. Politische Handlungsfelder der CDU

um Hilfe. Er fürchtete, dass einige Bürger aus Unzufriedenheit sonst nicht zur Wahl gehen würden. Kurz vor dem Wahltag konnte Spindler vermelden, dass das Problem geklärt worden sei.

Um die Bürger für den Urnengang zu aktivieren, suchten Vertreter von allen Parteien und Massenorganisationen auch das persönliche Gespräch. Im Fokus standen besonders Pfarrer. Als Multiplikatoren konnten sie ihre Gemeinde zur Stimmabgabe ermuntern oder davon abraten. Mit ihnen redeten vor allem die CDU-Funktionäre – vor den Wahlen zur Volkskammer im November 1971 führten die CDU-Vertreter zusammen mit anderen Repräsentanten der Nationalen Front im Bezirk Suhl 126 solcher Gespräche.⁵³ Inwieweit diese Treffen die Geistlichen tatsächlich beeinflussten, lässt sich schwer einschätzen. In jedem Fall hatten die CDU-Bezirksverbände die Seelsorger bis zum Wahltag im Blick, wo sie deren Verhalten aufmerksam verfolgten und der Parteileitung darüber berichteten. Bei der Wahl im November 1971 registrierte die CDU im Bezirk Suhl, dass neun Geistliche nicht an der Abstimmung teilgenommen hatten. Sie stellten bei nahezu 200 „kirchlichen Amtsträgern“ in der Region eine deutliche Minderheit dar, weshalb der Bezirksvorsitzende Schnieber gegenüber Götting von einem „sehr gute[n] Wahlergebnis“ sprach.⁵⁴

Die Bedeutung der Wahlen für die CDU erschöpfte sich nicht darin, die SED in ihrer Herrschaftsinszenierung zu unterstützen. Die Abstimmungen waren für die Union ebenso eine Möglichkeit, die Anzahl ihrer Mandate und Ämter und damit ihren Einfluss in den Grenzen des Systems zu erweitern. Dieses Streben gehörte seit der ersten Wahl per Einheitsliste im Jahr 1950 zum politischen Handlungsrepertoire der CDU-Funktionäre. Ihr Einsatz bekam seit den frühen 1970er Jahren eine neue Bedeutung, als die SED der Union verstärkt leitende Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft streitig machte. In dieser Situation bemühte sich die CDU stetig um mehr Mandate in den lokalen Volksvertretungen, wobei „Erfolge“ relativ blieben. Entweder erhöhte die SED die Gesamtzahl der Sitze oder aber kürzte in einigen Orten Mandate, wenn sie der CDU in anderen Gemeinden

53) *Informationsbericht von Schnieber an Götting vom 29. November 1971, in: ACDP 07-011-2097.*

54) *Vgl. ebd., der Bericht nennt keine genaue Gesamtzahl der Pfarrer im Bezirk Suhl.*

mehr Mandate gewährte.⁵⁵ Wichtiger für die Union waren allerdings die hauptamtlichen Funktionen, seien es das Amt des Bürgermeisters oder die Funktionen beim Rat des Kreises. Sie versprachen eine größere politische Wirkung.

Wie konsequent sich die CDU für diese Stellen einsetzte, zeigte sich im Bezirk Gera. Dort stellte die CDU nach der Kommunalwahl 1974 in nur sechs von 13 Kreisen jeweils ein hauptamtliches Ratsmitglied. Zuvor war sie in zehn Kreisen mit einem hauptberuflichen Funktionär vertreten gewesen. Die Parteiführung in Gera insistierte daher vor den Wahlen 1979 gegenüber der SED-Bezirksleitung, in fünf weiteren Kreisen je eine hauptamtliche Ratsstelle besetzen zu können.⁵⁶ Auf diese Forderung ging die SED ein. Nach der Abstimmung nahm die CDU noch in den Kreisen Stadtroda und Saalfeld ehrenamtliche Stellen ein. Nachdem der Posten in Stadtroda nach der Kommunalwahl 1984 aufgewertet worden war, drängte der Geraer Bezirksvorsitzende Eberhard Sandberg im Auftrag des Hauptvorstandes gegenüber der SED-Bezirksleitung auf ein hauptamtliches Amt für die CDU in Saalfeld noch vor dem CDU-Parteitag im Oktober 1987.⁵⁷ Dieses sollte die Union eigentlich erst mit der nächsten Kommunalwahl im Mai 1989 erhalten. Mit ihrem Anliegen setzte sich die Union durch, sodass sie Ende der 1980er Jahre im Bezirk Gera in allen 13 Kreisen je eine hauptamtliche Ratsstelle innehatte. Derart präsent in den Kreisen waren ebenfalls die CDU-Verbände in den Bezirken Erfurt und Suhl.⁵⁸

Bei dem Streben nach zusätzlichen Ämtern ging es der CDU nicht allein um einen größeren Einfluss. Ebenso hoffte die Partei, mit jeder neuen Funktion ihr Prestige in der Öffentlichkeit zu vergrößern. Dies war gerade für die Mitglieder und ihr Selbstwertgefühl wichtig, sie

55) Dieses Nullsummenspiel erlebte die CDU etwa im Kreis Lobenstein zur Kommunalwahl 1979, siehe Informationen über bisher eingeleitete Maßnahmen und erreichte Ergebnisse, Vorlage für die Sitzung des Sekretariats der SED-Kreisleitung am 9. Februar 1979, in: LATH – StA Rudolstadt, BPA SED Gera, SED-KL Lobenstein, IV/D-4/07/64.

56) Vgl. Sitzung des Bezirksamtssekretariats mit den Kreissekretären am 19. Januar 1979, in: ACDP 03-045-147/3.

57) Brief von Sandberg an Stöckert vom 25. November 1986, in: LATH – StA Rudolstadt, BPA SED Gera, SED-BL Gera A 8844, Bl. 1–2.

58) Mit dieser Bilanz ordneten sich die drei Bezirksverbände in die allgemeine Entwicklung der Partei ein. Im Sommer 1987 konstatierte die Parteileitung stolz, dass sie ab Januar 1988 „erstmalig“ in allen 254 Kreisen und Stadtbezirken „hauptamtliche Mandate“ ausüben werde, vgl. Besetzung hauptamtlicher Mandate der CDU in den Kommunen, SHV-Vorlage zum 25. August 1987, in: ACDP 07-011-3090.

4. Politische Handlungsfelder der CDU

achteten genau darauf, wie viele und welche Posten ihre Partei innehatte. Verlor die Partei ein Amt, sorgte das für Unruhe an der Basis. Die symbolische Dimension zeigte sich im April 1982, als die CDU in Erfurt den Vorsitz des Stadtausschusses der Nationalen Front an die SED abtreten sollte. Gegen diese Entscheidung protestierte die Parteispitze im Bezirk vehement und bestand „aus Gründen der Tradition und politischen Prestiges“ auf dem Posten. Sonst könne bei den Mitgliedern „ein negatives Bild entstehen“. ⁵⁹ Trotz ihres Einspruches musste die CDU den Posten abgeben.

In den 1980er Jahren nahmen die Mitglieder nicht allein Anstoß an Ämterverlusten. Viele waren in immer stärkerem Maße unzufrieden mit der wirtschaftlichen Misere des Landes und damit auch mit der eigenen Parteiführung, die ganz im Sinne der SED keinen Veränderungsbedarf sah.

59) Vgl. Aktennotiz vom 7. April 1982 und Brief von Behrend an Müller vom 2. Juni 1983, in: LATH – HStA Weimar, BPA SED Erfurt, SED-SL Erfurt, Nr. 1247 sowie BL SED Erfurt, IV E/2/15/20.

III. Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl in der Endphase der DDR (1985–1990)

Die CDU in der DDR war spätestens nach dem Mauerbau im August 1961 eine systemtragende Partei. Sie ordnete sich der SED unter und nahm sich der ihr zugewiesenen integrativen und rituellen Aufgaben an. Damit trug die Union zum Erhalt der staatssozialistischen Ordnung bei. Andererseits war die CDU in der DDR keine stabile Partei. Dies lag vor allem vor daran, dass viele Mitglieder zentralen Normen und Praktiken der Partei wie der Folgsamkeit gegenüber der SED skeptisch gegenüberstanden. Ihr Unmut führte allerdings nicht dazu, dass die „Unionsfreunde“ Veränderungen in ihrer Partei und im politischen System forciert hätten. In diesem Sinne wurden sie erst im Laufe der 1980er Jahre aktiv, angeregt durch die politische Arbeit von Bürgergruppen im kirchlichen Umfeld und die sowjetische Reformpolitik unter Michael Gorbatschow, die die Grenzen des Sag- und Denkbaren in der DDR verschob.¹

Die Parteispitze verweigerte sich jedoch jeglichen Reformen, was die Missstimmung an der Basis steigerte. Als die politische Ordnung der DDR im Herbst 1989 erodierte, brach auch die Blockpartei CDU zusammen. Die Parteiführung um Gerald Götting trat zurück und die Union kündigte der SED die Gefolgschaft. Zugleich wurden die Bezirksverbände aufgelöst, an die Stelle der CDU im Raum Erfurt, Gera und Suhl trat wieder ein Thüringer Landesverband. Dieser stellte keine Neugründung der Partei dar, sondern er übernahm von den Bezirksverbänden sowohl Mitglieder und Personal als auch die lokalen Parteistrukturen. Mit der Unterstützung der westdeutschen CDU stieg die Thüringer CDU im Jahr 1990 zur führenden politischen Kraft im Land auf. Dabei erwies sich ihre Existenz in der DDR einerseits als Vorteil, kamen ihr doch die Parteifilialen in den Gemeinden, Kreisen und Städten in den Wahlkämpfen zugute. Andererseits war die Vergangenheit eine Bürde, da sie in den folgenden Jahren regelmäßig Anlass für folgenreiche Diskussionen inner- und außerhalb der CDU bot.

1) *Auf die prägende Rolle der Kirche und der Basisgruppen in ihrem Umfeld beim schrittweisen Wandel der CDU in den 1980er Jahren weist bereits S. Suckut: Bedeutung, S. 290 hin.*

1. Die CDU in der finalen Krise des Systems

Als im Herbst 1989 die CDU-Basis einen grundlegenden Wandel in ihrer Partei und im politischen System der DDR forderte, hatte sich der Unmut nicht spontan innerhalb weniger Tage gebildet. Mit der Parteiführung und ihrem folgsamen Auftreten gegenüber der SED hardten die Mitglieder bekanntlich schon lange. Ebenso reichten die Diskussionen über die Mangelwirtschaft in der DDR weiter zurück. Zum Jahreswechsel 1980/81 beispielsweise beschwerten sich Mitglieder des Kreisverbandes Heiligenstadt über „erhebliche Versorgungslücken bei bestimmten Waren“, ihre Parteifreunde im Bezirk Gera klagten über „unkontinuierliche Materialbeschaffung“ und die „Unionsfreunde“ im Suhler Bezirksverband störten sich an den „Warte- und Stillstandszeiten“ bei der Arbeit wegen fehlender Teile.²

Im Laufe der 1980er Jahre entwickelte sich aus der latenten Missstimmung eine vehemente Unzufriedenheit mit der Lage in der DDR. Ausschlaggebend hierfür war die Reformpolitik von Michael Gorbatschow in der Sowjetunion, der unter den Schlagworten „Perestroika“ und „Glasnost“ sowohl eine wirtschaftliche Modernisierung als auch eine gesellschaftliche Öffnung des Landes verfolgte. Trotz ähnlicher Probleme lehnte die SED entsprechende Maßnahmen für die DDR entschieden ab. Die Kritik der „Unionsfreunde“ an den Verhältnissen im Land nahm daher wie bei großen Teilen der Bevölkerung beständig zu. Es ging um fehlende Alltagsprodukte, Bau- und Ersatzteile, um die allgegenwärtige Umweltverschmutzung sowie um die einseitige Berichterstattung der Medien in Form von „Erfolgsmeldungen“.³

Gleichzeitig forderten vor allem jüngere Mitglieder eine größere Unabhängigkeit der CDU von der SED. Im April 1989 beklagte sich Bernhard Schnieber, CDU-Vorsitzender im Bezirk Erfurt, gegenüber Gerald Götting über Unionsfreunde der „jungen und mittleren Gene-

2) *Informationsbericht des KV Heiligenstadt vom 22. Dezember 1980, in: ACDP 02-336-44/3, Informationsbericht des BV Gera zum 15. Januar 1981, in: ACDP 07-011-2787 und Informationsbericht des BV Suhl zum 15. Januar 1981, in: ACDP 07-011-2794.*

3) *Siehe beispielsweise Informationsbericht des BV Erfurt zum 15. Januar 1988, in: ACDP 07-011-3834, Informationsbericht des BV Gera vom 15. Januar 1988, in: ACDP 07-011-3836 und Informationsbericht des BV Suhl vom 15. April 1988, in: ACDP 07-011-3845. Zur Stimmung unter den CDU-Mitgliedern in den anderen Bezirken vgl. M. Richter: *Aufbruch, speziell zum Bezirksverband Rostock vgl. L. Güth: Resignation, S. 67–69 und zur allgemeinen Lage in der DDR vgl. J. Gieseke: Volk.**

ration“, die von ihrer Partei ein stärkeres „eigenes Profil“ in der Öffentlichkeit und mehr „Mitbestimmung und Mitverantwortung für Nichtmitglieder der SED“ verlangten.⁴ Nicht nur in den drei Bezirken im Thüringer Raum, sondern überall in der CDU und auch in den anderen Parteien insistierte verstärkt jüngere Mitglieder auf einen politischen Wandel.⁵ Unzufrieden mit den offiziellen Vorgaben von Staat und Partei, versuchten Teile der Basis in ihrem Handlungsrahmen auch eigene politische Akzente zu setzen. Dieser Eigensinn zeigt sich deutlich beim Thema Umweltschutz.

„Umweltschutz“ entwickelte sich in der DDR Anfang der 1970er Jahre zu einem eigenständigen Politikfeld.⁶ 1972 wurde das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft gegründet, gefolgt von entsprechenden Abteilungen in den Bezirken und Kreisen. Zudem erließ die SED eine Reihe von Regelungen zum Schutz der Umwelt. Doch bereits Mitte des Jahrzehnts verfolgte die SED die eigenen Vorgaben angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme nicht mehr. Das Thema gewann an Brisanz, als sich in den späten 1970er Jahren Gruppen von Bürgern bildeten, die sich mit der Umweltverschmutzung in ihrer Region auseinandersetzten. Um diese Initiativen staatlich einzugrenzen, griff die SED auf einen Vorschlag des Kulturbundes zurück und rief 1980 in dessen Rahmen die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) ins Leben. Zuvor war „Naturschutz“ in der Kommission Natur und Heimat ein Bereich unter vielen gewesen, wobei der Kulturbund selbst mit der Ausgliederung nicht nur politische Motive verfolgte, sondern auch eine größere Effektivität der eigenen Arbeit erhoffte. Parallel zu dieser Maßnahme band die Staatspartei die

4) *Brief von Schnieber an Götting vom 26. April 1989, in: ACDP 07-011-3421. Zur Skepsis junger CDU-Mitglieder gegenüber der SED und ihrer Politik im Bezirk Gera siehe T. Sauer S. 55, für den Bezirk Suhl vgl. Information zu Meinungsäußerungen von Mitarbeitern des CDU-Kreisverbandes Schmalkalden über die Kommunalwahl und über politische Tendenzen innerhalb der CDU, in: BStU, MfS, BV Suhl, AKG 201, Bl. 12.*

5) *Siehe die Briefe von Johannes Straubing, Chefredakteur der parteieigenen Zeitschrift „Union teilt mit“, an Götting vom 28. März und 29. April 1988, in: ACDP 07-011-3419, sowie L. Güth: Resignation, S. 74. Zur kritischen Haltung von jungen SED-Mitgliedern gegenüber der Politik ihrer Partei vgl. S. Pannen S. 235.*

6) *Siehe zur Umweltpolitik in der DDR A. Thüsing S. 387–395, J. Roesler und T. Huff S. 166–186. Zur Geschichte der GNU vgl. A.-K. Steinmetz. Die Rolle der CDU in diesem Politikfeld ist noch nicht erforscht, dies gilt sowohl für das Agieren der Parteiführung um Gerald Götting als auch den Umgang der Basis mit diesem Thema, vgl. zur ersten Einordnung E. Neubert: Opposition, S. 452–453.*

CDU ein. Sie sollte die Umweltgruppen aus dem kirchlichen Bereich für das System gewinnen.

Entsprechend dieser Aufgabe beschäftigte sich die Union in den 1980er Jahren verstärkt mit umweltpolitischen Fragen. Dabei trat die Partei in der Öffentlichkeit stets als Sachwalterin der staatlichen Umweltpolitik auf. Zentrales Argument war, dass der Sozialismus die geeignete Ordnung für die „Bewahrung der Schöpfung“ sei.⁷ Diese Deutung stieß aber nicht nur bei den Umweltgruppen auf eine geringe Resonanz, sondern auch bei der Parteibasis. Ihre Skepsis speiste sich aus der eigenen Wahrnehmung und Berichten westdeutscher Medien über den Zustand der Umwelt in der DDR. Im Oktober 1988 etwa konstatierte die CDU-Führung im Bezirk Suhl resigniert, dass viele Mitglieder die „Glaubwürdigkeit unserer Umweltpolitik“ infrage stellen würden, nachdem die ARD einen Beitrag über die Versalzung von Flüssen durch die DDR-Kali-Industrie gesendet habe.⁸ Zudem engagierten sich „Unionfreunde“ selbst in den Umweltgruppen und trugen deren oftmals nonkonforme Positionen in die Partei. Ihre eigentliche Aufgabe, die Initiativen vom staatlichen Umweltschutz zu überzeugen, nahmen sie dagegen nicht wahr.

Verbindungen zwischen kirchlichen Ökologiegruppen und CDU-Mitgliedern existierten beispielsweise im Stadtkreisverband Erfurt. So engagierte sich Jörg Kallenbach, Vorsitzender der Ortsgruppe Steiger, in der Umweltgruppe im evangelischen Jugendzentrum „Oase“, die sich unter Leitung von Stadtjugendpfarrer Aribert Rothe unter anderem mit der Luftverschmutzung in der Stadt auseinandersetzte.⁹ Angeregt durch seine Mitarbeit thematisierte Kallenbach in den Versammlungen seiner Ortsgruppe offen aktuelle politische Probleme und Ereignisse, sei es der Umgang mit Natur und Umwelt in Erfurt, das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ im November 1988 oder die Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den rumänischen Staats- und

7) *Siehe Mitarbeit bei der Lösung von Aufgaben in Landeskultur und Umweltschutz, SHV-Vorlage zum 13. Dezember 1988, in: ACDP 07-011-5786.*

8) *Informationsbericht des BV Suhl zum 15. Oktober 1988, in: ACDP 07-011-3845. Eine kritische Haltung gegenüber der staatlichen Umweltpolitik nahmen auch CDU-Mitglieder in anderen Regionen ein, etwa im Bezirk Rostock, siehe dazu L. Güth: Blockparteien, S. 98–99 und speziell zur Situation in Greifswald H. Matthiesen S. 666–667.*

9) *Vgl. Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Jörg Kallenbach S. 6 und 9–10. Siehe zur Arbeit der Gruppe T. Auerbach/E. Neubert S. 164 und A. Rothe: Ökologiebewegung, S. 51–75 sowie dessen Erinnerungsbericht in ders.: Umweltbewegung.*

Parteichef Nicolae Ceausescu im selben Jahr. Zudem wandte er sich regelmäßig mit der Meinung der Mitglieder zu diesen heiklen Themen an die Parteiführung, um eine Stellungnahme zu provozieren. Die Diskussion über die Auszeichnung von Ceausescu etwa nutzte Kallenbach zusammen mit dem Vorsitzenden der Ortsgruppe „Am Hopfenberg“, um nach den Gründen zu fragen.¹⁰ In einer gemeinsamen Versammlung hätten die Teilnehmer diesen Punkt nicht klären können angesichts der „Schwierigkeiten und Probleme“ Rumäniens wie der „Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Energie, Industriegütern, Verkehrs- und Dienstleistungen und die mangelnde medizinische Betreuung“. Die knappe Antwort des Büros von Gerald Götting verwies auf „internationale Gepflogenheiten, Politiker anlässlich von Jubiläen u.a. zu ehren“. Die „innenpolitische Situation“ sei jedenfalls kein geeignetes Kriterium.

Impulse aus der lokalen Umweltbewegung griff auch Olaf Hellström auf. Der Stadtbezirkssekretär für den CDU-Verband Erfurt-Mitte hinterfragte in Parteiveranstaltungen die Umweltpolitik der DDR und unterhielt Verbindungen zu Helmut Hartmann, der als Leiter der evangelischen Stadtmission in Erfurt und Pfarrer in der Michaeliskirche die Arbeit alternativer Gruppen unterstützte.¹¹ Als im Sommer 1987 in der Michaeliskirche eine kritische Ausstellung über den geplanten Abriss von Teilen der Erfurter Altstadt zugunsten einer vierspürigen Magistrale stattfand, empfahl Hellström CDU-Mitgliedern nicht nur einen Besuch. In seinem Schreiben forderte der Funktionär die „Unionsfreunde“ auch zur Meinungsäußerung auf, „ob Sie als Bürger dieser Stadt mit den beabsichtigten, umfangreichen Veränderungen in der historischen, denkmalgeschützten Innenstadt einverstanden sind“.¹² Zu dieser Zeit ermittelte bereits die Staatssicherheit gegen Hellström, im Laufe der OPK „Schwede“ konnte sie aber dem CDU-Funktionär

10) Zum Folgenden vgl. Brief von Kallenbach und Engele an Sekretariat des CDU-Hauptvorstandes vom 28. Januar 1988 und Brief von Ritzau an CDU-Stadtbezirksverband (SBV) Erfurt-Süd vom 24. Februar 1988, beide Dokumente in: Sammlung Jörg Kallenbach.

11) Hartmann kam im Oktober 1986 aus Halle, wo er als Superintendent die systemkritische „Offene Arbeit“ des Jugenddiakons Lothar Rochau unterstützt hatte, vgl. E. Neubert: *Opposition*, S. 436–437 und die Erinnerungen von H. Hartmann an sein Wirken in Erfurt Ende der 1980er Jahre.

12) Brief von Hellström an die Parteimitglieder vom 18. Mai 1987, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IMS „Franz Schulze“, IX 727/73, Teil II, Bd. 5, Bl. 36. Zur Ausstellung der Arbeitsgruppe „Stadt- und Wohnumwelt“ siehe E. Neubert: *Opposition*, S. 741.

keine „oppositionellen Grundhaltungen“ nachweisen, sodass sie die Überwachung im Juni 1988 beendete.¹³

Diese Positionen widersprachen der offiziellen Linie der CDU in der Stadt und im Bezirk. In Erfurt stellte die CDU den stellvertretenden Oberbürgermeister für Umweltschutz, Wasserwirtschaft und Erholungswesen. Die langjährige Amtsinhaberin Ingrid Moos agierte ganz im Sinne des Systems – IM „Conrad“ hob im Dezember 1986 hervor, dass sie „konsequent die gesetzlichen Bestimmungen“ in ihrem Bereich durchsetze.¹⁴ Mit entsprechendem Argwohn beobachteten Parteifunktionäre die Aktivitäten von CDU-Mitgliedern wie Hellström und Kallenbach. Im Winter 1987 rügten sie Hellström, nachdem er in Parteiveranstaltungen die staatliche Umweltpolitik kritisch behandelt hatte.¹⁵ Einige Monate später musste sich Kallenbach erklären, weil ein Brief von ihm an das Umweltministerium in einer Ausstellung der Umweltgruppe „Oase“ zum Thema Wasser in der Michaeliskirche gezeigt wurde.

Solche Disziplinierungsmaßnahmen hielten die kritischen Teile der Mitgliederschaft der CDU-Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl nicht von weiteren Aktivitäten ab. Am 6. Mai 1989 fanden in der DDR Kommunalwahlen statt. Ziel der SED war es wie gewohnt, mit nahezu einhundertprozentiger Zustimmung öffentlichkeitswirksam die Legitimität ihrer Herrschaft zu bekräftigen. Dafür mobilisierten auch wieder die Bezirksverbände sowohl ihre Mitglieder als auch die parteilosen Kirchenangehörigen. Ihr „Wahlkampf“ erwies sich aber als schwierig. Denn nicht nur „kirchliche Amtsträger“ sondern ebenso „Unionsfreunde“ fanden sich mit der bisherigen Wahlpraxis nicht mehr ab. Neben dem erwünschten frühen Gang zum Wahllokal – am besten am Vormittag – stellten sie die Norm infrage, öffentlich die Stimme abzugeben.¹⁶ Ihre Kritik begründeten die Mitglieder mit der vorsichtigen Demokratisierung der Wahlsysteme in der Sowjetunion, in Ungarn

13) *Abschlussbericht zur OPK „Schwede“ vom 7. Juni 1988, in: BStU, MfS, BV Erfurt, AOPK „Schwede“, IX 785/87, Bl. 133–144.*

14) *Information vom 5. Dezember 1986, in: BStU, MfS, BV Erfurt, IMS „Conrad“, IX 637/73, Teil II, Bd. 3, Bl. 38.*

15) *Hier und im Folgenden Bericht des IMS „Conrad“ (ohne Datum) sowie Information vom 23. Juli 1987 und 31. Juli 1987, in: ebd. Bl. 65, 136 und 143.*

16) *Vgl. Informationsbericht des BV Erfurt zum 15. Mai 1989, Brief von Sandberg (BV Gera) an Götting vom 23. Mai 1989, Mitarbeit der CDU im Bezirk Suhl bei der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen, Anlage zum Informationsbericht vom 15. Mai 1989, in: ACDP 07-011-3834, -3421, -3845.*

und Polen.¹⁷ Diese Argumentationsweise, Veränderungen unter Verweis auf den Wandel in sozialistischen „Bruderstaaten“ einzufordern, war nicht auf die CDU-Mitglieder beschränkt, sondern in allen gesellschaftlichen Schichten bis in SED-Mitgliederkreise verbreitet.¹⁸ Gestärkt wurde die Haltung der „Unionsfreunde“ zudem durch die evangelischen Kirchen, deren Vertreter sich für Reformen beim Wahlablauf in der DDR aussprachen.

Das wachsende Selbstbewusstsein von Teilen der CDU-Basis zeigte sich auch am Wahltag und in den Wochen danach. So schlossen sich einige „Unionsfreunde“ in Erfurt den „Wahlgruppen“ an, die sich im kirchlichen Umfeld gebildet hatten, und verfolgten die Stimmauszählungen. Nach ihrem Einsatz misstrauten sie dem amtlichen Wahlergebnis, ihnen schien die Anzahl der angegebenen Gegenstimmen zu gering. Ihre Meinung teilten sie den Parteivorständen in Stadt und Bezirk mit und verlangten Aufklärung.¹⁹ Die Bezirksspitze war alarmiert und versuchte in Gesprächen, die Mitglieder zu besänftigen. Keiner von ihnen sollte sich in öffentlicher „Opposition“ und Konfrontation“ gegen die sozialistische Ordnung stellen.²⁰ Auch wenn es zu keinem Protest außerhalb der Partei kam, blieb der Wahlbetrug unter den Mitgliedern ein Thema, nicht zuletzt weil in der Kirche darüber diskutiert wurde.²¹ Zweifel an den Wahlergebnissen herrschten auch unter den CDU-Mitgliedern in den anderen zwei Verbänden. Im Be-

17) Vgl. zu den Wahlreformen in den drei Ländern in den Jahren 1988/1989 H. M. Kloth S. 126–129.

18) Zur Diskussion in den anderen Parteien über die Kommunalwahlen 1989 siehe L. Güth, LDPD, speziell zur SED S. Pannen S. 276–280.

19) Siehe die Briefe von Peter Jürgen Klippstein an den Vorstand des SBV Erfurt-Süd vom 12. Mai 1989 und von Jörg Kallenbach an den Vorstand des Stadtkreisverbandes Erfurt vom 11. Mai 1989, in: Sammlung Jörg Kallenbach sowie die Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Jörg Kallenbach S. 19–22 und Jörg Schwäblein S. 24–31. In Erfurt beobachteten die „Wahlgruppen“ in 36 von 201 Wahllokalen die Stimmauszählung. Dort beliefen sich die anerkannten Nein-Stimmen bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung auf 638. Das offizielle Endergebnis für das ganze Stadtgebiet gab insgesamt nur 413 Nein-Stimmen an, siehe dazu und den Reaktionen (vor allem der Kirche) auf die Wahlfälschung A. Dornheim S. 46–51 und S. Schnitzler S. 56–62 sowie allgemein zu den Kommunalwahlen im Mai 1989 im Thüringer Raum A. Herz.

20) Brief von Rosenstock an Götting vom 24. Mai 1989, in: ACDP 07-011-3421.

21) Siehe Brief von Schmieber an Götting vom 26. Juni 1989, in: ACDP 07-011-3422. In Erfurt legten etliche Pfarrer Einspruch gegen das amtliche Wahlergebnis ein, den allerdings das zuständige Amt zurückwies. In einer Kanzelabkündigung informierten sie ihre Gemeinden über den Vorgang.

III. Die CDU in der Endphase der DDR

zirk Suhl beispielsweise registrierte die Staatssicherheit Gespräche zwischen Vorstandsmitgliedern des Kreisverbandes Schmalkalden über Wahlfälschungen.²² Im Bezirk Gera wiederum kritisierte der Kreisvorstand Jena sogar öffentlich das Wahlverfahren und -ergebnis. In einer Erklärung, vorgetragen bei der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Ende Mai 1989, konstatierte man, dass eine „statistisch relevante Zahl unserer Bürger mit unserer Politik nicht einverstanden ist. [...] Es hat sich gezeigt, dass die Praxis unseres Wahlgesetzes [...] nicht den Erfordernissen unserer innenpolitischen Situation entspricht. Nicht bewährt hat sich nach unserer Erkenntnis, daß sich im veröffentlichten Wahlergebnis das differenzierte Wahlergebnis nicht niederschlägt.“²³ Nach diesen offenen Worten der Jenaer CDU musste sich der Kreissekretär Werner Müller bei der SED-Kreisleitung rechtfertigen.

Die SED wollte mit den Kommunalwahlen ihre Herrschaft wieder festigen. Doch stattdessen trug der aufgedeckte Wahlbetrug entscheidend zur Delegitimierung des Systems in weiten Teilen der Bevölkerung bei.²⁴ In den Monaten danach gerieten Staat und SED weiter unter Druck, vor allem ab Sommer 1989, als immer mehr Menschen in Richtung Westdeutschland abwanderten. Die CDU in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl stand nach wie vor eng an der Seite der SED, doch unter den Mitgliedern wuchs das Unbehagen. Diese Stimmung griffen vier CDU-Mitglieder auf und riefen im September 1989 mit ihrem „Brief aus Weimar“ öffentlich zu Veränderungen in der CDU und im System auf.²⁵ Dabei handelte es sich nicht um das erste Schreiben dieser Art in der CDU. Im Juni 1988 hatte die Ortsgruppe in Neuenhagen bei Berlin unter ihrer Vorsitzenden Else Ackermann in einem Schreiben an Gerald Götting Reformen in der DDR verlangt, unter anderem ein großzügigeres Reiserecht sowie eine pluralistische

22) Vgl. *Information zu Meinungsäußerungen von Mitarbeitern des CDU-Kreisverbandes Schmalkalden über die Kommunalwahl und über politische Tendenzen innerhalb der CDU*, in: BStU, MfS, BV Suhl, AKG 201, Bl. 12.

23) *Informationsbericht des KV Jena an das SHV vom 19. Juli 1989*, in: ACDP 07-011-3821. Vgl. zur Situation in Jena zudem E. Stein S. 24 und T. Sauer S. 55–56, der auch die Kritik aus anderen CDU-Kreisverbänden im Bezirk Gera an den Kommunalwahlen beleuchtet.

24) Siehe zu dieser einhelligen Forschungsmeinung H. M. Kloth S. 303–309.

25) *Brief aus Weimar an alle Mitglieder und Vorstände der CDU*, abgedruckt bei E. Neubert: *Brief*, S. 21–28.

1. Die CDU in der finalen Krise des Systems

Medienlandschaft.²⁶ Die Forderungen drangen allerdings nicht an die Öffentlichkeit, da die CDU-Führung die Verbreitung des Briefes unterdrückte.

26) *Siehe ausführlich zum Schreiben der OG Neuenhagen M. Agethen: Unruhepotentiale, S. 99–114, das sich dort auch im Wortlaut findet.*

2. Der Umbruch der CDU in der Friedlichen Revolution 1989/1990

Der „Brief aus Weimar“ stieß in der CDU eine Diskussion an, die im Zuge der landesweiten Protestbewegung gegen die SED-Diktatur im Herbst 1989 zu einer Transformation der Union in eine demokratisch verfasste Partei führte. Die CDU spielte bei dem Umbruch des Systems anfangs keine tragende Rolle.¹ Erst mit dem Erfolg bei den Wahlen im Frühjahr 1990 wurde sie zur bestimmenden politischen Kraft bei der Umgestaltung der DDR.

Vier CDU-Mitglieder aus dem Kirchendienst – Gottfried Müller, Christine Lieberknecht, Martin Kirchner und Martina Huhn – verfassten den „Brief aus Weimar“.² Angesichts der IM-Tätigkeit von Martin Kirchner wird vor allem in der medialen Öffentlichkeit immer wieder diskutiert, ob es sich beim „Brief aus Weimar“ um eine von der Staatsicherheit fingierte Aktion handelte. Belastbare Belege gibt es dafür allerdings nicht.³ In dem manifestartigen Schreiben riefen die vier Autoren angesichts der „akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme“ in der DDR zur Reform der CDU auf. Dazu gehörte eine innerparteiliche Demokratisierung, die auf ein Ende des „demokratischen Zentralismus“ hinauslief. Zudem sollte sich die CDU in der politischen Praxis mittels eigenen Vorschlägen und zusätzlichen Ämtern stärker profilieren. In diesem Sinne verlangten die vier Unterzeichner von der CDU, sich für Veränderungen in der DDR einzusetzen, etwa beim Wahlsystem, bei der Medienpolitik und für Reisefreiheit.

1) Siehe zu dieser herrschenden Forschungsmeinung auch C. Schwießelmann: *Politische Wende*, S. 89 und I. Soldwisch S. 76–77.

2) Müller, promovierter Theologe, arbeitete als Chefredakteur bei „Glaube und Heimat“, der in Weimar ansässigen Zeitung der Evangelischen Landeskirche Thüringens, Lieberknecht wirkte als Pastorin in Ramsla bei Weimar, Kirchner war leitender Jurist bei der Thüringer Landeskirche in Eisenach und Huhn Rechtsanwältin und Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR.

3) Zur IM-Tätigkeit von Martin Kirchner siehe S. 82 in diesem Buch. Zu den Diskussionen über die Rolle des MfS beim „Brief aus Weimar“ vgl. M. Debes S. 52–54.

Der „Brief aus Weimar“ stellte nicht das System als solches infrage, er zielte vielmehr auf Veränderungen im System.⁴ Abgesehen von der LDPD, deren Vorsitzender Manfred Gerlach sich für eine größere Unabhängigkeit seiner Partei und für Neuerungen in der DDR aussprach, gab es in den anderen Blockparteien DBD und NDPD keine vergleichbaren Reforminitiativen.⁵ Zugleich ging der „Brief aus Weimar“ nicht so weit wie die Aufrufe von einigen oppositionellen Gruppen aus dieser Zeit, die unmissverständlich die Führungsrolle der SED infrage stellten.⁶ Nichts desto trotz verstießen die vier CDU-Mitglieder mit ihren Forderungen in zweifacher Hinsicht gegen den herrschenden Diskurs. Nach Linie der SED und der CDU (-Führung) gab es keine gravierenden systemimmanenten Probleme und damit auch keinen Reformbedarf in der DDR. Überdies widersprachen wesentliche Punkte des „Briefes aus Weimar“ dem offiziellen Selbstverständnis der Union, sich stets der SED unterzuordnen.

Im Wissen um diesen Normverstoß verließen sich die Initiatoren nicht auf den Postversand des Briefes an alle Kreis- und Bezirkssekretariate sowie den Hauptvorstand.⁷ Um sicher zu gehen, dass ihr Schreiben bekannt und nicht unter Verschluss gehalten wurde, stellte Gottfried Müller zusammen mit Martina Huhn und Martin Kirchner das Doku-

4) *So auch die herrschende Meinung in der Forschung, vgl. M. Agethen: Unruhopotentiale, S. 95, E. Neubert: Brief, S. 12 und U. Schmidt S. 50. Eine andere Sicht vertritt C. Wunnicke S. 45–54. Er wirft den vier Unterzeichnern „prosozialistische Überzeugungen“ vor und sieht in ihrem Schreiben einen „Pseudo-Reformversuch“ mit dem Ziel, die „Vorherrschaft der SED im Blocksystem gegenüber dem gemeinsamen Gegner, die sich formierende Opposition der DDR, mittels innenpolitischer Lockerungen“ zu bewahren. Diese Interpretation überzeugt aus mehreren Gründen nicht. Zunächst ist es zu einseitig, aus öffentlichen Äußerungen der Unterzeichner und der Tatsache, dass sie „nur“ über eine reformierte CDU Veränderungen im System anstrebten, auf eine besondere „SED-Loyalität“ zu schließen. Wie ernst es den Verfassern mit einem Wandel war, verdeutlicht ihr Gang an die Öffentlichkeit aus Angst, ihr Schreiben könnte parteiintern nicht verbreitet werden. Darüber hinaus zeigt die Reaktion der CDU-Führung, dass sie den Aufruf als Verstoß und nicht als Verteidigung geltender Normen auffasste.*

5) *Zur LDPD siehe R. Marcowitz S. 257–259 und J. Frölich: Regierungspartei, S. 259–263, zur DBD C. Nehrig S. 350–351 und zur NDPD M. Walter S. 372–373.*

6) *Vgl. die Aufrufe von „Sozialdemokratische Partei in der DDR“, „Demokratie Jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“, abgedruckt bei C. Schüddekopf. Siehe zur Gründung der oppositionellen Gruppen auch I.-S. Kowalczyk S. 356–379.*

7) *Der Versand erfolgte zwischen dem 10 und 12. September. Noch bevor der Brief in Berlin eintraf, ließen die Autoren dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl ein Exemplar zukommen, vgl. T. Sauer S. 56–57.*

ment bei einer Pressekonferenz vor. Diese fand am 17. September am Rand der Tagung der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach statt, weshalb auch Journalisten aus der Bundesrepublik anwesend waren. Sie berichteten in den folgenden Tagen über die Reformforderungen der vier CDU-Mitglieder.⁸ Dass es sich bei dem Brief um eine Verletzung der Sagbarkeitsregeln handelte, zeigte auch die Reaktion der Parteiführung in Berlin. Umgehend nach Bekanntwerden des Schreibens versuchte sie mit Hilfe der Funktionäre in den Bezirken, die Weitergabe des Briefes in den Kreisverbänden zu verhindern und die verschickten Exemplare einzusammeln.⁹ Gleichzeitig wies die Parteispitze um Götting in einem Zeitungsartikel die Forderungen als unbegründet zurück und sprach den Initiatoren wegen ihrer Pressekonferenz die „Redlichkeit“ ab.¹⁰

Zudem strebte man die Disziplinierung der vier Autoren an. Von einem Parteiausschluss, für den Götting und auch die SED eintraten, sah der Hauptvorstand ab, da die Wirkung inner- und außerhalb der Partei nicht abschätzbar war.¹¹ Stattdessen trafen sich die Sekretäre des Hauptvorstandes Adolf Niggemeier und Werner Wünschmann mit Gottfried Müller, Christine Lieberknecht und Martin Kirchner zu einem Gespräch in der Berliner Parteizentrale. Die drei Unterzeichner erklärten, dass es ihnen nicht um eine „innerparteiliche oder gesellschaftliche Opposition“ gehe. Zugleich hielten sie an ihrem „Brief aus Wei-

8) So etwa „Druck auf Ost-Berlin wird immer stärker. Reformappelle aus Kirchen und DDR-CDU“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 18. September 1989 sowie „Ruf der Kirchen in der DDR nach Reformen erhält Unterstützung durch die Ost-CDU“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 18. September 1989. Siehe zur gezielten Einbeziehung westlicher Medien bei der Veröffentlichung des Briefs *Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Dr. Gottfried Müller* S. 40–41 und *Christine Lieberknecht* S. 38–39.

9) Vgl. *T. Sauer* S. 57 sowie *Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Gisela Farinski* S. 20–21, *Gerhard Richter* S. 49 und *Josef Gröger* S. 63.

10) „Vertrauen im Miteinander“, in: *Neue Zeit* vom 19. September 1989.

11) Siehe zu den Diskussionen in der CDU-Führung über einen Parteiausschluss *M. Richter: Herbst 1989*, S. 120 und zur Haltung der SED *W. Süß* S. 235.

mar“ mit seinen Forderungen fest und bestanden darauf, dass er in der Partei diskutiert werden konnte.¹²

Der Kurs der Parteiführung, den „Brief aus Weimar“ zu tabuisieren, scheiterte. Die Forderungen der Unterzeichner waren über die Pressekonferenz in die Öffentlichkeit gelangt, zudem konnten die Bezirkssekretariate die Verbreitung des Briefs an der Basis nicht verhindern. Im Bezirk Suhl besorgten sich „Unionsfreunde“ über die Verfasser Exemplare und fertigten Abschriften an, im Kreis Apolda verteilte ein Pfarrer, der selbst CDU-Mitglied war, Kopien. Auch hielten sich nicht alle Kreisverbände – etwa in Heiligenstadt und Eisenach – an die geltende Linie und besprachen das Geschriebene offen mit der Basis.¹³ Angesichts der sich verschärfenden Krise des Systems seit Sommer 1989 stieß der Brief bei Mitgliedern, aber auch bei Funktionären auf Kreisebene auf große Zustimmung. Die Mitglieder im Kreisverband Eisenberg beispielsweise betonten, der „Brief aus Weimar“ enthalte „wichtige Fragen“, über die man „unbedingt“ sprechen müsse.¹⁴ In Jena bekundete der Kreisvorstand in einer Erklärung seine Unterstützung für das Schreiben.¹⁵ Das taten auch etliche Kreisvorsitzende aus dem Bezirk Erfurt in einer Sitzung mit Bernhard Schnieber Ende September 1989. Eigentlich wollte der Bezirksvorsitzende die Anwesenden instruieren, wie sie mit dem „Brief aus Weimar“ zu verfahren hatten. Doch stattdessen kritisierten einige Kreisvorsitzende massiv den repressiven Umgang mit dem Schreiben und pflichteten den Unterzeichnern bei. Sie „hätten nur das ausgedrückt, was ein großer Teil der Mitgliederschaft und in wachsender Anzahl auch Funktionäre denken

12) Über dieses Gespräch informierte eine Pressemeldung, von der es zwei Versionen gab. Die offizielle Fassung, die am 9. Oktober 1989 in der parteieigenen Zeitung „Neue Zeit“ erschien, verschwieg die Forderung der drei Unterzeichner nach einer offenen Diskussion des Briefes in der Partei. In der von Gottfried Müller verfassten Version war dieses Anliegen enthalten, siehe „Klärendes Gespräch im Haus des Hauptvorstandes der CDU“, in: *Neue Zeit vom 9. Oktober 1989 und Entwurf einer Pressemeldung, ohne Datum*, in: *Sammlung Dr. Gottfried Müller*.

13) Siehe dazu Informationsberichte des BV Suhl vom 11. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3845, des KV Apolda vom 29. September 1989 und des KV Heiligenstadt vom 17. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3819. Zum Umgang des Kreisverbandes Eisenach mit dem „Brief aus Weimar“ vgl. Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Gisela Farinski S. 20–21 und 49.

14) Informationsbericht des KV Eisenberg vom 28. September 1989, in: ACDP 07-011-3821.

15) Vgl. T. Sauer S. 57–58, der noch weitere Beispiele für die positive Resonanz auf den „Brief aus Weimar“ aufführt.

und immer häufiger auch öffentlich ansprechen“. ¹⁶ Dabei ging es den Mitgliedern und Funktionären nicht um einen Systembruch, sondern um Reformen in Partei und Staat. Exemplarisch zeigt sich diese Haltung anhand der Stimmung im Kreisverband Hildburghausen. Dort wollten die Mitglieder „das in Ordnung bringen, was noch nicht in Ordnung ist“. ¹⁷

Als sich mit den landesweiten Demonstrationen im Oktober 1989 das Denk- und Sagbare in der DDR stetig verschob, stellten auch die „Unionsfreunde“ bisherige Grundfesten des Staates infrage. Dies betraf insbesondere die herausgehobene Rolle der SED. Ende Oktober betonten beispielsweise Mitglieder der Ortsgruppe Niedergebra im Kreis Nordhausen, dass keiner Partei ein „alleiniger Führungsanspruch“ zustehe. ¹⁸ Zugleich empfanden weite Teile der Basis die Parteiführung um Gerald Götting als nicht mehr tragbar, zu sehr waren die Funktionäre mit dem Herrschaftssystem verbunden. Allerorten forderten die Mitglieder einen „Sonderparteitag“, auf dem sich die Union sowohl personell als auch programmatisch neu aufstellen sollte. ¹⁹ Diesem Unmut beugte sich Götting schließlich und trat am 2. November 1989 als CDU-Vorsitzender zurück. Am Tag zuvor hatte eine Gruppe von Mitgliedern, zu der auch Christine Lieberknecht, Martin Kirchner und Gottfried Müller gehörten, Götting getroffen und ihm den Rücktritt angesichts der Stimmung an der Basis nahegelegt. ²⁰ In den folgenden Wochen löste sich die CDU aus der Gefolgschaft der SED, die die Partei seit Anfang der 1950er Jahre ideell, politisch und strukturell tief geprägt hatte. Nachdem bereits Kreisverbände – im Thüringer Raum etwa in Mühlhausen und Eisenach – die „Zusammenarbeit“ mit der SED in der Nationalen Front und im „Demokratischen Block“ aufgekündigt hatten, trat Ende November 1989 die CDU unter ihrem neuen

16) *Bericht von Schnieber an Götting vom 26. September 1989, in: ACDP 07-011-3422. Siehe auch Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Manfred Heise S. 45–47.*

17) *Informationsbericht des KV Hildburghausen vom 5. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3830.*

18) *Dies war der erste Punkt einer umfangreichen Liste mit Reformforderungen, dazu gehörte neben freien Wahlen und Reisefreiheit auch der Vorschlag, dass die Staatssicherheit die Überwachung der Bevölkerung beendet, vgl. Brief der OG Niedergebra an CDU-Kreissekretariat Nordhausen vom 30. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3819. Zum Wandel der Diskussionen in den Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl im Herbst 1989 siehe auch T. Sauer S. 58–59.*

19) *Siehe beispielsweise Brief der OG Heringen an CDU-Kreissekretariat Nordhausen vom 27. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3819 und Bericht des KV Gera-Stadt vom 23. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3821.*

20) *Siehe dazu die Erinnerungen von C. Lieberknecht S. 271–272.*

Vorsitzenden Lothar de Maizière, Rechtsanwalt aus Berlin, auch auf zentraler Ebene aus dem „Block“ aus.²¹ Auf dem Sonderparteitag am 15. und 16. Dezember 1989 in Berlin trieb die Union ihren Wandel weiter voran. Neben der Wahl eines neuen Vorstandes mit de Maizière an der Spitze beschlossen die Delegierten nach längerer Diskussion programmatisch eine Abkehr vom Sozialismus. Stattdessen bekannte sich die CDU zu einer „Marktwirtschaft mit sozialer Bindung in ökologischer Verantwortung“ und zur „Einheit der deutschen Nation“. Zudem erhielt die Partei eine neue Struktur, die mit dem „demokratischen Zentralismus“ brach und die Bildung von Landesverbänden vorsah.

Der Umbruch der CDU schlug sich bei den Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl in einer aufgewühlten Mitgliederschaft nieder. Zunächst gab es zahlreiche Mitglieder, die sich am mangelnden Erneuerungswillen der Parteiführung um Gerald Götting im Herbst 1989 rieben und deshalb die CDU verließen. Diese Stimmung schilderte Johannes Schimoneck, CDU-Vorsitzender im Bezirk Suhl, in einem Brief an Götting Ende Oktober: „In allen Diskussionen stellen unsere Mitglieder, ob jung oder alt, ob haupt- oder ehrenamtlicher Funktionär [...] die Frage: Was sagt unsere Partei, was sagt die CDU dazu? Zahlreiche Unionsfreunde resignierten inzwischen, traten aus der Partei aus beziehungsweise kündigten oder drohten dies an.“²² Nach dem Sonderparteitag kehrten wiederum jene der Partei den Rücken, die die programmatische Wende nicht mittrugen.²³ Zugleich begannen sich in dieser Phase „Unionsfreunde“ zu engagieren, die sich zuvor nicht mehr am Parteileben beteiligt hatten.²⁴ Für das gesamte Jahr 1989 verzeichneten die drei Bezirksverbände teilweise so viele „Abgänge“ (Austritt, Streichung, Ausschluss) wie in den 1950er und frühen 1960er Jahren.²⁵ Sie konnten nicht durch die Neuaufnahmen ausgeglichen werden. Daher

21) *Informationsbericht des KV Mühlhausen vom 4. Dezember 1989, in: ACDP 07-011-3819 und Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Gisela Farinski S. 49–50. Zur Entwicklung der CDU nach dem Rücktritt von Götting ausführlich M. Richter: Herbst 1989, S. 125–133, speziell zum Sonderparteitag vgl. W. Jäger/M. Walter: Allianz, S. 39–43 und der dort beschlossenen neuen Parteistruktur U. Schmidt S. 114–115.*

22) *Bericht von Schimoneck an Götting vom 20. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3422.*

23) *Siehe zu dieser Gruppe von Mitgliedern T. Sauer S. 108 und U. Schmidt S. 83–86.*

24) *Vgl. etwa Informationsbericht des BV Erfurt vom 13. November 1989, in: ACDP 07-011-3834.*

25) *BV Erfurt: 950, BV Gera: 458, BV Suhl: 266, Zahlen hier und im Folgenden nach Mitgliederstatistik vom 13. September 1990, in: ACDP 07-011-3857.*

gingen die Mitgliederzahlen der drei Bezirksverbände im Jahr 1989 leicht zurück, in den Bezirken Erfurt und Gera um vier, in Suhl um zwei Prozent.²⁶ Es war das erste Mal seit 1970, dass die CDU im Thüringer Raum und darüber hinaus wieder einen Mitgliederrückgang verzeichnete.

Im Gegensatz zu einem Großteil der Basis verhielten sich die Bezirksvorsitzenden auch nach dem „Brief aus Weimar“ loyal zur Parteileitung um Gerald Götting. Eine gewisse Distanzierung erlaubte sich Bernhard Schnieber aus Erfurt, als er im Oktober 1989 gegenüber Götting forderte, dass die Partei mit eigenen wirtschaftspolitischen Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten solle.²⁷ Nach dem Rücktritt von Götting passten sich die Funktionäre auf Bezirksebene den veränderten Bedingungen an und füllten dementsprechend ihre Ämter aus. Mitte November 1989 bestand beispielsweise Schnieber gegenüber dem Vorsitzenden des Rats des Bezirks Erfurt auf umfangreichen Veränderungen im Bezirkstag, allen voran auf der Bildung von Fraktionen und dem Ende des Einstimmigkeitsprinzips.²⁸ Zudem nahmen die drei Bezirksvorsitzenden damals an den Sitzungen des „Runden Tisches“ in der jeweiligen Region teil. In Gera, wo nach dem gesundheitsbedingten Ausscheiden von Eberhard Sandberg Michael Galley die Führung übernommen hatte, und Suhl waren sie an deren Entstehung Mitte Dezember maßgeblich beteiligt.²⁹ Als pragmatische Verwalter des Umbruchs traten die Bezirksvorsitzenden auch nach dem Sonderparteitag auf und bereiteten die Gründung eines Landesverbandes vor.

Die CDU Thüringen wurde am 20. Januar 1990 auf einem Parteitag in Weimar gebildet. Er war der erste Landesverband nach der neuen Satzung der CDU. Mit diesem Schritt entstand die CDU im Thüringer Raum allerdings nicht neu, von den Bezirksverbänden Erfurt, Gera und Suhl übernahm sie die bestehenden Parteistrukturen in den Gemeinden und Kreisen samt Mitgliederschaft und Personal. Dieses institutionelle und personelle Gerüst sollte sich in den anstehenden Wahlkämpfen im Jahr 1990 als großer Vorteil gegenüber den neuen Parteien

26) *Die Mitgliederzahlen der Bezirksverbände 1988 und 1989: Erfurt: 15.250/14.603, Gera: 7.005/6.726, Suhl: 6.161/6.049.*

27) *Bericht von Schnieber an Götting vom 23. Oktober 1989, in: ACDP 07-011-3422.*

28) *Vgl. M. Richter: Herbst 1989, S. 126–127.*

29) *Siehe zur Bildung und Arbeit des „Runden Tisches“ im Bezirk Erfurt F. Weil: Tätigkeit, in Gera H. Mestrup/T. Wenzel und in Suhl N. Moczarski. Vgl. allgemein zur Geschichte der „Runden Tische“ in der DDR F. Weil: Verhandelte Demokratisierung.*

erweisen.³⁰ Was die Führung des Landesverbandes anbelangt, so übernahmen die bisherigen Bezirksvorsitzenden Bernhard Schnieber (Erfurt), Michael Galley (Gera) und Johannes Schimoneck (Suhl) keine Funktionen mehr.³¹ Damit unterschied sich die Thüringer CDU von anderen Landesverbänden, die sich in dieser Zeit konstituierten.³² Zum Landesvorsitzenden wählten die Delegierten mit Uwe Ehrich einen Mann aus der „zweiten Reihe“. Er gehörte der CDU seit 1973 an und war im Kreisvorstand der Eisenacher CDU aktiv gewesen. An seiner Seite standen drei Stellvertreter – aus jedem Bezirk ein Mitglied. Insgesamt umfasste der Landesvorstand fünfzehn Mitglieder. Sie alle stammten aus der „Block-CDU“, wobei sich drei Merkmale feststellen lassen. Zwei Vorstandsmitglieder hatten zum inneren Führungszirkel der Blockpartei im Thüringer Raum gehört.³³ Diese Gruppe bezeichnet die Politikwissenschaftlerin Ute Schmidt in ihrem Modell des CDU-Personals von 1989 bis 1994 treffend als „nachrückende Blockelite“.³⁴ Alle anderen Männer und Frauen im Landesvorstand hatten – zweitens – keine tragenden Funktionen in der „alten“ CDU in der DDR innegehabt, sondern waren ehrenamtlich in nachrangiger Position tätig gewesen. Diese „Transformationselite“ lässt sich – drittens – noch einmal differenzieren. Vier von ihnen waren Mitglied im Bezirksvorstand gewesen. Die übrigen hatten sich auf Orts- und Kreisebene – im Kreisvorstand oder als Kreistagsabgeordnete – engagiert. Der Landesverband war ein wichtiger Akteur in der sich neu formierenden CDU. Damals herrschte in der Partei Streit über die eigene

30) So auch W. Jäger/M. Walter: *Allianz*, S. 44–45.

31) Schimoneck leitete danach die Bezirksgeschäftsstelle der CDU in Suhl, Galley wurde nach den Kommunalwahlen im Mai 1990 Oberbürgermeister von Gera. 1993 trat er zurück, nachdem eine Akte über seine Zusammenarbeit mit dem MfS publik geworden war. Über Schniebers weiteren Werdegang ist nichts bekannt.

32) So wurde Lothar Moritz, Vorsitzender des CDU-Verbandes Schwerin seit 1982, Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern, nachdem er sich bei der Wahl des Landesvorsitzenden im März 1990 nicht durchsetzen konnte, vgl. C. Schwießelmann: *Politische Wende*, S. 98–99. Ein weiteres Beispiel ist Klaus Reichenbach, CDU-Vorsitzender im Bezirk Karl-Marx-Stadt seit 1988, der im März 1990 die Führung der sächsischen CDU übernahm.

33) Werner Ulbrich, stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Suhl, zuständig für Touristik und Erholungswesen und Mitglied des Sekretariats des Bezirksverbandes Suhl sowie Ingrid Moos, stellvertretende Oberbürgermeisterin von Erfurt, zuständig für Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Energie und Mitglied im Sekretariat des CDU-Kreisverbandes Erfurt-Stadt.

34) Siehe zu dieser Typologie U. Schmidt S. 291–308.

III. Die CDU in der Endphase der DDR

Mitarbeit in der Regierung von SED-Ministerpräsident Hans Modrow.³⁵ Lothar de Maizière wollte die Beteiligung fortsetzen, Generalsekretär Martin Kirchner sprach sich für einen Austritt aus. Diese Frage war für die Ost-CDU von zentraler Bedeutung, da von ihr auch das Verhältnis zur westdeutschen CDU abhing. Deren Führung um Helmut Kohl blieb gegenüber der Ost-CDU auch nach dem Sonderparteitag skeptisch, was neben der Vergangenheit als Blockpartei an der Mitarbeit in der Modrow-Regierung lag. Die westdeutsche Parteispitze konnte sich eine Annäherung und eine damit verbundene Unterstützung im anstehenden Wahlkampf zur Volkskammer nur vorstellen, wenn die Ost-CDU die Regierung verließ. In dieser Kontroverse unterstützte der Landesverband die Position von Kirchner, auf dem Parteitag in Weimar beschlossen die Delegierten einen Antrag, der den Rückzug aus der Regierung verlangte.³⁶ Entsprechende Forderungen kam auch aus Orts- und Kreisverbänden im Thüringer Raum sowie von anderen Bezirksverbänden.³⁷ Unter Zugzwang setzte die CDU-Spitze außerdem die Entstehung neuer bürgerlich-konservativer Parteien in der DDR wie des Demokratischen Aufbruchs (DA)³⁸ und der Deutschen Sozialen Union (DSU)³⁹, die die westdeutsche Union als Partner hätten bevorzugen können. In dieser Situation entschloss sich das Präsi-

35) Zum Folgenden vgl. M. Richter: *Ost-CDU 1990*, S. 235–244.

36) Vgl. „Mit Thüringen beginnt neues Kapitel in der CDU-Politik für Deutschland“, in: *Thüringer Tageblatt* vom 22. Januar 1990.

37) Siehe beispielsweise *Informationen und Forderung des KV Gotha vom 23. Januar 1990* und *Brief der OG Etzdorf (KV Eisenberg) an den Parteivorstand der CDU vom 22. Januar 1990*, in: *ACDP 07-011-3849. Zur Stimmung in der CDU Ende Januar 1990* vgl. U. Schmidt S. 96–99 und speziell für den Norden der DDR C. Schwießelmann: *Politische Wende*, S. 99.

38) Der „Demokratische Aufbruch“ hatte sich im Herbst 1989 als oppositionelle Bewegung mit einem breiten Meinungsspektrum gebildet. Als im Dezember 1989 sich der DA zu einer Partei konstituierte, setzte sich der liberal-konservative Flügel durch, der für die Einheit Deutschlands und eine marktwirtschaftliche Ordnung eintrat, siehe zur programmatischen Entwicklung des DA S. Kammradt S. 48–58 und 80–109.

39) Die DSU entstand im Januar 1990 mit Unterstützung der CSU aus einer Reihe kleinerer Gruppierungen, die sich als christlich-sozial beziehungsweise liberal-konservativ verstanden. Programmatisch setzte sich die DSU für die rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen in der DDR ein, vgl. zur Geschichte der DSU im Jahr 1990 W. Jäger/M. Walter: *Allianz*, S. 149–202. Zum Selbstverständnis der in der DSU aufgehenden Gruppierungen siehe auch J. Weinhold-Fumoleau.

dium der CDU in der DDR Ende Januar 1990, ihre drei Minister aus der Regierung abzuziehen.

Die westdeutsche CDU handelte in dieser Zeit allerdings auch nicht frei von Zwängen.⁴⁰ Ihr präferierter Partner, der Demokratische Aufbruch, besaß nicht die organisatorische Stärke, die für einen Wahlkampf notwendig war. Mit diesem Wissen schwanden langsam die Skrupel gegenüber der CDU in der DDR, die über entsprechende Strukturen auf regionaler und lokaler Ebene verfügte. Zugleich engten die bereits bestehenden Kontakte zwischen beiden Parteien auf regionaler und lokaler Ebene die Handlungsfreiheit der Bundes-CDU ein. Die Thüringer CDU etwa unterhielt Verbindungen zur hessischen CDU. Bereits kurz nach der Veröffentlichung des „Briefes aus Weimar“ im September 1989 hatte der Generalsekretär der hessischen CDU, Franz-Josef Jung, mit Gottfried Müller und Martin Kirchner Kontakt aufgenommen.⁴¹ Nach dem Mauerfall folgten mehrere persönliche Begegnungen zwischen Vertretern beider Parteien. Den Gründungsparteitag der Thüringer CDU besuchte Jung zusammen mit dem Landesvorsitzenden Walter Wallmann.

Mit dem Rückzug aus der SED-geführten Regierung hatte die CDU den entscheidenden Schritt hin zur westdeutschen CDU gemacht. Danach war deren Führung bereit, die Ost-CDU im Rahmen eines Wahlbündnisses mit den anderen „unbelasteten“ bürgerlich-konservativen Parteien DA und DSU zu unterstützen. Die Einigung auf eine Zusammenarbeit gestaltete sich allerdings schwierig.⁴² DA und DSU standen der CDU als vormaliger Blockpartei kritisch gegenüber. Unter Vermittlung des westdeutschen CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, einigten sich schließlich alle drei Gruppierungen auf die Gründung eines Wahlbündnisses mit Namen „Allianz für Deutschland“. Die Vereinbarung sah vor, dass jede Partei mit eigenen Kandi-

40) *Detailliert dazu H. J. Küsters S. 176–180.*

41) *Brief von Jung an Müller vom 20. September 1989, in dem Jung den „reformerschen Kräften innerhalb der Ost-CDU“ Unterstützung versprach und die Adressaten zu einer Veranstaltung der CDU Hessen zur Deutschlandpolitik einlud, in: Sammlung Dr. Gottfried Müller). Siehe zu den Beziehungen zwischen der CDU Hessen und der Union im Thüringer Raum 1989–1990 auch B. Heidenreich sowie die Erinnerungen von F. J. Jung, W. Egerter und W. Wallmann S. 185–206.*

42) *Zu den Verhandlungen ausführlich W. Jäger/M. Walter: Allianz, S. 57–62 und M. Richter: Allianz, S. 341–345. Siehe dazu auch Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Dr. Bernhard Vogel S. 7.*

III. Die CDU in der Endphase der DDR

daten antrat, zugleich wollten sie sich im Wahlkampf gegenseitig unterstützen und im Anschluss gemeinsam die Regierung bilden.

Die westdeutsche CDU war nicht nur entscheidend an der Bildung des Wahlbündnisses beteiligt, sie übte auch großen Einfluss auf den Wahlkampf der „Allianz für Deutschland“ aus.⁴³ Neben den Auftritten von CDU-Spitzenpolitikern, allen voran Helmut Kohl, auf Wahlkampfveranstaltungen stellte die Bundes-CDU Mitarbeiter für die regionale Organisation des Wahlkampfes und verantwortete die Kommunikation der Kampagne. Zudem griffen westdeutsche Kreisverbände gezielt Kreisverbänden in der DDR unter die Arme – Verbindungen gab es etwa zwischen Marburg-Biedenkopf und Eisenach sowie zwischen Mainz und Erfurt –, sei es personell mit dem Einsatz von geübten Wahlhelfern oder materiell anhand von benötigten Arbeitsgeräten wie Computern oder Telefonen.⁴⁴ Die CDU in der DDR als Teil des Wahlbündnisses warb für einen Bruch mit dem sozialistischen System, den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung nach westdeutschem Vorbild und eine rasche politische Einheit. Ihren hauptsächlichen Konkurrenten sah die Union in der SPD, die laut Umfragen als Favoritin für einen Wahlsieg galt. Mit Slogans wie „Freiheit oder Sozialismus“, der sich an bundesdeutsche Wahlkämpfe des Jahres 1976 anlehnte, warf man den Sozialdemokraten mangelnden Willen zur Erneuerung vor und unterstellte ihnen überdies eine Nähe zur PDS, die aus der SED hervorgegangen war. Im Gegenzug thematisierten SPD und andere Mitbewerber wie „Bündnis 90“ die Vergangenheit der CDU als Blockpartei an der Seite der SED.⁴⁵

Das Wahlergebnis am Abend des 18. März 1990 widerlegte die Prognosen. Die „Allianz für Deutschland“ erreichte insgesamt 48 Prozent der Stimmen und lag damit deutlich vor der SPD mit 21,9 Prozent. Innerhalb des Wahlbündnisses schnitt die CDU mit 40,8 Prozent am besten ab.⁴⁶ Zu diesem Erfolg trug die CDU in den drei Bezirken im Thüringer Raum entscheidend bei. Im Bezirk Erfurt erhielt die CDU

43) Detailliert dazu W. Jäger/M. Walter: *Allianz*, S. 63–71.

44) Vgl. zu diesen Partnerschaften *Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Gisela Farinski* S. 60 und 62–63 sowie mit Jörg Kallenbach S. 36–38.

45) Siehe dazu die Einleitung S. 3 in diesem Buch.

46) Die DSU erhielt 6,3 Prozent, der DA 0,9 Prozent, Zahlen hier und folgende nach *Wahlkommission der DDR*.

56,3, in Gera 48,9 und in Suhl 50,6 Prozent.⁴⁷ Bessere Resultate konnte die CDU in keinem anderen Bezirk vorweisen, auch wenn sie dort teilweise ebenfalls über 40 Prozent der Stimmen errang.⁴⁸ Maßgeblich für den Wahlerfolg der CDU im Thüringer Raum war, dass sie mit ihren Wahlkampfzielen, gepaart mit der Popularität von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Mehrheit in sämtlichen sozialen Gruppen einschließlich der Arbeiter sowie im protestantischen Umfeld gewann.⁴⁹ Zugleich sprach die neuausgerichtete Union stark das katholische Milieu an. In den beiden Eichsfeldkreisen Worbis und Heiligenstadt erreichte die CDU mit 72,9 und 74,7 Prozent landesweit die besten Ergebnisse.⁵⁰ Der Erfolg der Union, mit dem sie an die Wahlergebnisse im Herbst 1946 anknüpfte, resultierte auch aus der Fürsprache katholischer Priester vor Ort.⁵¹ Dass sie offen Stellung bezogen, hing mit dem Kurswechsel der Amtskirche zusammen. Am 14. November 1989 hatte die Berliner Bischofskonferenz ihre bisherige zurückhaltende Linie in der DDR aufgegeben und Kontakte zwischen Priestern und Parteien erlaubt sowie Laien angeregt, sich politisch zu engagieren.⁵² Der Wahlsieg machte die „Allianz für Deutschland“ und allen voran die CDU schlagartig zur bestimmenden politischen Kraft in der DDR. Die drei Parteien bildeten mit dem Bund Freier Demokraten (BFD) und der SPD eine Koalition, in der gemeinsamen Regierung übernahm der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière das Amt des Ministerpräsidenten. Zwei Monate später, am 6. Mai, fanden Kommunalwahlen in der DDR statt. Zwar schnitt die CDU in Thüringen schlechter ab als im März 1990.⁵³ Nichtsdestotrotz wurde sie in allen Land-

47) *Die Wahlergebnisse der „Allianz-Partner“ in den Thüringer Bezirken – DSU: Erfurt 2,5; Gera 8,2 und Suhl 8,9 Prozent – DA: Erfurt 1,9; Gera 1,7 und Suhl 1 Prozent.*

48) *In acht von 15 Wahlkreisen errang die CDU mehr als 40 Prozent der Stimmen. Neben Erfurt, Gera und Suhl in Dresden (45 Prozent), Karl-Marx-Stadt (45), Halle (45,1), Cottbus (42,8), Magdeburg (44,2).*

49) *Siehe die ausführliche Analyse der Volkskammerwahl in Thüringen von K. Schmitt S. 72–76.*

50) *Zahlen nach W. Jäger/M. Walter: Allianz, S. 71.*

51) *Siehe dazu U. Schmidt S. 255–258 und M. Bittorf S. 175–176 sowie 193–194.*

52) *Der Beschluss bei M. Höllen: 1977–1990, S. 273–274, dazu auch C. Kösters: Revolution, S. 76–77.*

53) *Bei den Wahlen zu den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte erzielte die CDU (einschließlich DA) 41,9 Prozent, bei jenen zu den Gemeinderäten und Stadträten der kreisangehörigen Städte 36,7 Prozent, vgl. die Statistiken bei K. Schmitt/T. Oppelland A57–A58.*

kreisen und kreisfreien Städten außer Jena stärkste Partei, sodass die Union in Thüringen alle Landräte sowie die Oberbürgermeister von Erfurt, Gera, Suhl und Weimar stellte.⁵⁴

Mit diesen Wahlerfolgen der Thüringer Union gingen innerparteiliche Veränderungen einher. Zum einen schlossen sich die 33 CDU-Volkskammerabgeordneten aus dem Thüringer Raum zu einer Landesgruppe zusammen.⁵⁵ Sie stellte unter ihrem Sprecher Willibald Böck, wortmächtiger wie machtbewusster Politiker aus dem Eichsfeld, einen neuen einflussreichen Akteur im Landesverband dar. Als Uwe Ehrich im Juli 1990 als Vorsitzender zurücktrat, spielte neben gesundheitlichen Gründen und Gerüchten über Kontakte zur Staatssicherheit ebenfalls die Kritik der Landesgruppe an seiner Amtsführung eine Rolle.⁵⁶ Zum anderen verzeichnete die Thüringer Union nach den Volkskammerwahlen wieder eine positive Mitgliederentwicklung. Die Zahl der Neuaufnahmen stieg verstärkt an, zugleich gingen die „Abgänge“ (Austritte, Streichungen, Umzug) zurück.⁵⁷ Im gesamten Jahr 1990 wuchs die Thüringer Union um knapp 10 Prozent (2.724), von 27.378 (31. Dezember 1989) auf 30.102 Mitglieder (31. Dezember 1990).⁵⁸ Darüber hinaus baute die CDU ihre Stellung in der DDR durch Integration von zwei sehr unterschiedlichen Parteien aus – dem als Oppositionsbewegung gegründeten Demokratischen Aufbruch und der Bauernpartei als einstigem „engsten Kampfgefährten der SED“. Angesichts des geringen Wählerzuspruchs kamen im DA Fragen nach seiner Zukunft als eigenständige Partei auf.⁵⁹ Ende Juni 1990 beschloss die DA-Führung, Gespräche mit der CDU in der DDR über eine Vereinigung

54) *Eine Liste mit den Landräten und Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte bei K. Schmitt/T. Oppelland S. A70.*

55) *Zur Arbeit der CDU/DA-Fraktion in der Volkskammer von 1990 siehe B. Tüffers S. 208–216.*

56) *Protokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 17. Juli 1990, in: ACDP 07-011-3849. Für die Hintergründe siehe auch M. Kiefer: Politische Parteien, S. 38 und T. Sauer S. 61–62.*

57) *Neben der CDU in Thüringen stieg auch im sächsischen Landesverband die Zahl der Neuaufnahmen deutlich an. Damit trugen beide Verbände dazu bei, dass die Gesamtpartei im Frühjahr 1990 wieder wuchs – im März um 1.281 auf 131.351 Mitglieder, siehe dazu W. Jäger/M. Walter: Allianz, S. 73 und U. Schmidt S. 125–126.*

58) *Zahlen nach M. Kiefer: Politische Parteien, S. 47.*

59) *Zum Aufgehen des DA in der CDU in der DDR vgl. W. Jäger/M. Walter: Allianz, S. 144–147. Speziell zur skeptischen Haltung des DA gegenüber der CDU in der DDR vgl. Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Dr. Klaus Zeh am 1. November 2017 S. 46–49.*

zu führen. Eigentlich bevorzugte sie eine Fusion mit der westdeutschen CDU, nicht zuletzt, weil viele DA-Mitglieder der Ost-CDU trotz des Wahlbündnisses nach wie vor kritisch gegenüberstanden. Doch eine solche Lösung war nicht praktikabel.

Daher versuchte der DA in den Verhandlungen mit der CDU in der DDR soviel wie möglich zu erreichen. In Thüringen forderte der DA-Landesvorsitzende Klaus Zeh selbstbewusst eine eigenständige „DA-Arbeitsgruppe“, drei Sitze im Landesvorstand und einen im Präsidium sowie eine angemessene Berücksichtigung von DA-Kandidaten für die Landtagswahlen. Nach längeren Gesprächen ging die Thüringer CDU unter Führung der kommissarischen Vorsitzenden Christine Lieberknecht auf die Anliegen ein, sodass der DA der Fusion zustimmte. Auf dem Landesparteitag der CDU im August 1990, auf dem der Zusammenschluss offiziell erfolgte, wurde Klaus Zeh zu einem von fünf stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Was die Landtagswahl anbelangte, so erhielt der DA neben zwei aussichtsreichen Plätzen auf der Landesliste drei Wahlkreise (Nordhausen, Erfurt, Jena), wo er Direktkandidaten für die CDU aufstellen konnte. Zudem entstand eine Arbeitsgemeinschaft „Demokratischer Aufbruch“, die allen CDU-Mitgliedern offenstand. Abgesehen vom Führungspersonal wechselten allerdings kaum Mitglieder des Thüringer DA zur Union.

Ebenso von Vorbehalten geprägt war das Zusammengehen von CDU und Bauernpartei. Bereits vor den Kommunalwahlen sah die DBD-Spitze keine Perspektive mehr für die eigene Partei. Bei dieser Einschätzung spielte neben dem schlechten Ergebnis bei den Volkskammerwahlen der stetige Mitgliederschwund seit Herbst 1989 eine Rolle.⁶¹ Nach intensiveren Verhandlungen mit SPD, Bund Freier Demokraten (BFD) und CDU über Ämter und Inhalte sprach sich die DBD-Führung Ende Juni 1990 wegen größerer ideeller Nähe – die Bauernpartei verstand sich als „konservativ-liberal“ – für eine Fusion mit der Union aus.⁶² Der Beschluss sorgte bei vielen DBD-Mitgliedern für Unmut, sei es, weil sie grundsätzlich gegen eine Auflösung „ihrer“ Partei waren oder weil sie die damalige Agrarpolitik der CDU ablehnten. Diese

61) *Bei der Wahl zur Volkskammer erreichte die DBD landesweit 2,18 Prozent der Stimmen. Zwischen 1. Oktober 1989 und 31. März 1990 verließen über 25.000 Mitglieder die Partei, siehe W. Jäger/M. Walter: DBD, S. 159–160.*

62) *Dazu und zu den Reaktionen der DBD-Mitglieder auf den Vorstandsbeschluss W. Jäger/M. Walter: DBD, S. 161–165. Zum schwierigen Zusammengehen von DBD und CDU siehe auch L. Güth: Blockparteien, S. 396–404.*

III. Die CDU in der Endphase der DDR

Meinungen erklären, warum sich nur neun Prozent (1.321) der gut 15.000 DBD-Mitglieder im Thüringer Raum der CDU anschlossen.⁶³ Ein weiterer Grund war der Aufnahmemodus. Der Vorstand der Thüringer DBD schlug eine formlose Übernahme vor – die Mitglieder, die der CDU beitreten wollten, sollten auf einer Liste unterschreiben. Der CDU-Landesvorstand bestand aber darauf, dass die Kreisverbände den Beitritt regeln sollten, was bei vielen darauf hinauslief, dass die DBD-Mitglieder offizielle Aufnahmeanträge stellen mussten.⁶⁴ Diese Entscheidung entsprach der Skepsis in Teilen der Thüringer Union gegenüber der als besonders SED-treu empfundenen Partei.⁶⁵ Der offizielle Beitritt der Thüringer DBD fand wie beim DA auf dem Landesparteitag der CDU im August 1990 statt. Dort wählten die Delegierten den DBD-Vorsitzenden Reinhard Klein zum stellvertretenden Landesvorsitzenden. Für die Landtagswahlen bekam die DBD mindestens zwei Wahlkreise (Erfurt-Land/Weimar-Land, Gera-Land/Eisenberg,) zugesprochen.⁶⁶

Die Thüringer CDU vollzog auf ihrem Parteitag im August 1990 nicht nur die offizielle Vereinigung mit dem Demokratischen Aufbruch und der Bauernpartei, sondern stellte auch die Weichen für die Landtagswahlen. Nach dem Rücktritt von Uwe Ehrlich wählten die Delegierten Willibald Böck zum neuen Landesvorsitzenden. Er war damit auch Spitzenkandidat der Thüringer CDU für die Landtagswahlen im Oktober 1990. Von dieser Nominierung nahm Böck aber nach wenigen Tagen Abstand, da der Rückhalt im Landesvorstand für den umstrittenen Politiker fehlte.⁶⁷ An seiner Stelle übernahm Josef Duchac, Re-

63) *Zahl der DBD-Mitglieder, die sich der Thüringer CDU anschlossen, nach T. Sauer, S. 109. Der Thüringer Landesverband der DBD besaß am 30. Juni 1990 14.591 Mitglieder. Damit hatte die Partei seit Ende 1989 7.659 Mitglieder verloren, Zahlen nach M. Kiefer: Politische Parteien, S. 39–40.*

64) *Protokoll über die gemeinsame Beratung der Landesvorstände von DBD und CDU am 17. Juli 1990, in: ACDP 07-011-3849.*

65) *Siehe dazu Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Christine Lieberknecht S. 68–69. Nicht nur im Thüringer Raum betrachteten „Unionsfreunde“ die DBD argwöhnisch, sondern in der ganzen DDR, vgl. W. Jäger/M. Walter: DBD, 165–166.*

66) *Wahlen zum Landtag Thüringen, ohne Datum, in: ACDP 03-051-014. Es spricht einiges dafür, dass die DBD noch einen weiteren Wahlkreis (Artern) zugesprochen bekam. Der dortige Kandidat Reinhard Lotholz gehörte in den 1980er Jahre der Bauernpartei an, engagierte sich aber 1989 im Demokratischen Aufbruch. Aus den vorliegenden Akten kann die Wahlkreisverteilung nicht abschließend geklärt werden.*

67) *Siehe dazu T. Sauer S. 62–63.*

gierungsbevollmächtigter für den Bezirk Erfurt und Böck bei der Wahl zum Landesvorsitzenden unterlegen, die Kandidatur.⁶⁸ Bei den Landtagswahlen erreichte die CDU 45,4 Prozent der Stimmen und war damit stärkste politische Kraft. Nachdem die CDU mit der FDP eine Koalition gebildet hatte, wählte die Mehrheit der Landtagsabgeordneten Josef Duchac zum Ministerpräsidenten des neu gegründeten Bundeslandes Thüringen.

Als Regierungspartei rückte die Thüringer CDU in den öffentlichen Fokus. Ein Thema, das für Kontroversen sorgte, war ihre Vergangenheit als Blockpartei. Im Mittelpunkt standen nicht strukturelle Fragen, sondern einzelne Politiker und ihre Rolle in der DDR. Dabei kam die Kritik nicht nur aus der (medialen) Öffentlichkeit, sondern auch aus der Partei und ihrer Landtagsfraktion selbst, vor allem aus den Reihen der „Erneuerer“. Zu ihnen gehörten diejenigen, die aus den Bürgerbewegungen und neuen politischen Parteien wie dem DA zur CDU gekommen waren – die Politikwissenschaftlerin Ute Schmidt spricht in ihrem Modell des CDU-Personals zwischen 1989 und 1994 von einer „Induktionselite“. Ihnen gegenüber standen die Protagonisten der Block-CDU (und der DBD) als Vertreter der „nachrückenden Blockelite“. Zwischen beiden Gruppen bewegte sich die „Transformationselite“, also die Mitglieder der Ost-CDU, die sich für einen Wandel der Partei Ende der 1980er Jahre eingesetzt hatten.

Die öffentliche Auseinandersetzung über die CDU als Blockpartei entzündete sich in den Jahren 1991/1992 am Landesvorsitzenden und Innenminister Willibald Böck sowie am Ministerpräsidenten Josef Duchac. Böck warf man seine Tätigkeit als Bürgermeister von Bernterode im Eichsfeld in den 1980er Jahren vor, Duchac sein Wirken beim Rat des Kreises Gotha.⁶⁹ Als Reaktion auf die Diskussionen initiierte Böck im Oktober 1991 im Landesverband eine „Reformkommission“, die sich mit dem „Erneuerungsprozess“ der CDU befassen sollte. Dazu gehörte nach Böck neben einer „Zukunftsvision“ für die Thüringer

68) *Duchac, CDU-Mitglied seit 1957, war seit 1986 stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Gotha und Mitglied des Rates der Stadt, zuständig für Wohnungspolitik. Im Oktober 1989 übernahm er den Kreisvorsitz, auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 stieg er in den Hauptvorstand der CDU auf, vgl. U. Schmidt S. 299 und das biografische Interview von B. Hilder mit Josef Duchac.*

69) *Siehe etwa „Null und Doppelnull“, in: Der Spiegel vom 11. November 1991 und „Die kippen wie Dominosteine“ in der Ausgabe vom 15. Juli 1991.*

CDU auch eine „Vergangenheitsbewältigung“. ⁷⁰ Zum Vorsitzenden wurde der frühere DA-Landesvorsitzende Klaus Zeh berufen. Unter seiner Leitung erarbeitete die Kommission ein Papier mit dem Titel „In der Wahrheit leben“, das Zeh sowohl auf dem Kleinen Parteitag der Thüringer CDU in Gotha im November 1991 als auch auf dem Bundesparteitag in Dresden im Dezember vorstellte. Darin verwahrte sich die Kommission gegen „Pauschalverurteilungen“ und forderte stattdessen jeden in der CDU auf, anhand von zehn Fragen das eigene Verhalten am Ende der DDR freiwillig zu überprüfen. Ziel dieser „Gewissenserforschung“ war eine Selbsterneuerung der Partei. ⁷¹ Die Wirkung in Partei und Landtagsfraktion blieb jedoch begrenzt. ⁷² Schließlich oblag es jedem selbst, sich mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen, eine Weigerung zeitigte keine Konsequenzen.

Einen größeren Einfluss in dieser Frage hatte die mediale Berichterstattung. Im Herbst 1991 erhöhte sich der Druck auf Ministerpräsident Duchac. ⁷³ Er galt damals nicht nur wegen seiner Vorgeschichte als angeschlagen, sondern auch wegen der angespannten wirtschaftlichen Lage in Thüringen sowie Querelen in seiner Regierung. Nun hatten Journalisten herausgefunden, dass er als Mitglied einer Folkloregruppe in den 1980er Jahren in einem Ferienhaus der Staatssicherheit aufgetreten war. Duchac, der an seinem Amt festhielt, geriet endgültig unter Zugzwang, als Ende Januar 1992 drei Kabinettsmitglieder ihm die Gefolgschaft verweigerten und ihre Ämter niederlegten – der aus Hessen stammende Minister für besondere Aufgaben Jochen Lengemann, Finanzminister Klaus Zeh sowie die Kultusministerin und Mitautorin des „Briefes aus Weimar“ Christine Lieberknecht. Dabei spielte neben machtpolitischen Motiven – Presseberichten zufolge plante Duchac, Lengemann und Lieberknecht abzulösen – auch dessen

70) *Sitzung des Landesvorstandes am 11. Oktober 1991 und Themen für die Landesvorstandssitzung am 11. Oktober 1991*, in: *ACDP 03-051-005/2*. Vgl. zur Arbeit der Reformkommission auch U. Schmidt S. 172–173 und *Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Dr. Klaus Zeh am 6. Dezember 2017* S. 3–5.

71) *Klaus Zeh: „In der Wahrheit leben mit seiner Vergangenheit“*, in: *UiD 1/1992* S. 22–23 sowie *Rede von Klaus Zeh auf Parteitag der CDU in Dresden im Dezember 1991*, in: *CDU-Bundesgeschäftsstelle: 2. Parteitag*, S. 78–80.

72) Vgl. dazu *Transkript des Zeitzeugeninterviews mit Jörg Schwäblein* S. 67–68.

73) Vgl. zum Folgenden T. Sauer S. 63–64 und Martin Debes S. 99–114.

Vergangenheit eine Rolle, insbesondere für Zeh.⁷⁴ Nach dieser Misstrauensbekundung trat Duchac als Ministerpräsident zurück. Nachfolger wurde der frühere rheinland-pfälzische Regierungschef Bernhard Vogel, der ein Jahr später, im Januar 1993, auch den Vorsitz der Thüringer CDU übernahm.⁷⁵ Zuvor hatte Willibald Böck unter innerparteilichem Druck das Amt aufgegeben, nachdem er als Innenminister wegen Korruptionsvorwürfen im August 1992 zurückgetreten war.⁷⁶ Die innerparteiliche Debatte über die CDU in der SED-Diktatur rückte unter dem neuen Landesvorsitzenden Bernhard Vogel allmählich in den Hintergrund. Dazu trug das konsensfähige Geschichtsbild bei, das er und Klaus Zeh auf dem Parteitag in Weimar im Juni 1995 anlässlich des 50-jährigen Bestehens der CDU vortrugen.⁷⁷ Sie wiesen sowohl auf die Gründung als demokratische Partei und den Widerstand gegen die Transformation hin als auch auf die Folgsamkeit der Block-CDU gegenüber der SED bis zum Herbst 1989. Zugleich hob insbesondere Zeh hervor, dass man bei der Ost-CDU zwischen einer systemkonformen Führung und einer systemkritischen Basis unterscheiden müsse. In dieser Zeit verlor das Thema auch in der Öffentlichkeit an Bedeutung, ohne jedoch ganz zu verschwinden. Es kehrt bis heute in regelmäßigen Abständen wieder, nicht zuletzt, weil die CDU nach wie vor eine einflussreiche politische Kraft in Thüringen verkörpert und damit das (mediale) Interesse an ihr groß ist.

74) *Siehe Transkripte der Zeitzeugeninterviews mit Dr. Klaus Zeh am 1. November 2017 S. 52–53 und am 6. Dezember S. 13–14 sowie mit Christine Lieberknecht S. 90–91.*

75) *Siehe zum Wechsel von Vogel nach Thüringen C. Beckmann S. 227–238.*

76) *Zu Böcks Rückzug vgl. T. Sauer S. 64–65. Anfang der 1990er Jahre erlebte nicht nur die Thüringer CDU eine Krise, sondern auch die anderen Landesverbände in Ostdeutschland, siehe dazu F. Bösch: Macht, S. 138–142.*

77) *Vgl. T. Sauer S. 66–67.*

Schluss

Die eine Thüringer CDU gab es in der SBZ/DDR nicht. Ihre Geschichte gliedert sich in drei Phasen, in der die Partei unterschiedliche Rollen einnahm. Die erste Periode umfasst die Gründungs- und Transformationsjahre von 1945 bis 1961. Mit diesem Zuschnitt vertritt die vorliegende Arbeit eine neue Periodisierung der frühen Parteigeschichte. Nachdem sich die CDU Thüringen im Sommer 1945 als demokratisch verfasste Partei gebildet hatte, begann drei Jahre später unter dem Druck von sowjetischer Besatzungsmacht und SED ihre Transformation in eine zentralistische, von Kadern gelenkte Partei nach kommunistischem Vorbild. Bei dieser erzwungenen Wandlung trat der Landesverband nicht als geschlossene Partei auf, neben widerständigen Mitgliedern gab es auch CDU-Politiker, die mit der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED kooperierten. Die Entwicklung zur Blockpartei stellte einen mehrjährigen Prozess dar – ein wesentlicher Grund, warum der Unmittelbarkeit suggerierende Begriff der „Gleichschaltung“ in diesem Buch nicht verwendet wird. Mit der Abschaffung der Länder im Sommer 1952 löste sich der Thüringer Landesverband auf, wenig später akzeptierte die CDU die Führungsrolle der SED. Die Bezirksverbände Erfurt, Gera und Suhl waren anfangs zahlreichen, aus der Transformation resultierenden Problemen ausgesetzt, allen voran einem drastischen Mitgliederschwund und einer hohen Fluktuation unter den Funktionären. Es dauerte bis Anfang der 1960er Jahre, bis sich die CDU in den drei Bezirken konsolidieren konnte. Gründe für diese Konsolidierung waren Professionalisierungsmaßnahmen der Parteiführung und der Bau der Berliner Mauer im August 1961.

In der folgenden Phase der Parteigeschichte, die bis Mitte der 1980er Jahre reichte und die öffentliche Diskussion nach 1990 bestimmte, festigte sich die CDU organisatorisch und politisch als der SED untergeordnete Blockpartei. Innerhalb der Bezirksverbände bildete das Sekretariat mit seiner Verwaltung das Machtzentrum, das sich mit dem Mitgliederzuwachs seit Anfang der 1970er Jahre beständig vergrößerte. Sekretariate existierten auch auf Kreisebene, wobei sie dort wesentlich kleiner ausfielen. Wichtigster Akteur auf Bezirksebene war der Vorsitzende, der die Partei nach außen repräsentierte und dafür ver-

antwortlich war, dass die Beschlüsse des Hauptvorstandes in seinem Verband umgesetzt wurden. In den Kreisverbänden lag das Management der Partei in den Händen des Kreissekretärs, was ihn zu einem einflussreichen Funktionär vor Ort machte. Er sollte allen voran die Weisungen der übergeordneten Parteigremien in den Ortsgruppen durchsetzen, zugleich wandten sich regelmäßig Mitglieder mit ihren Anliegen an ihn. Bei der Rekrutierung der Bezirksvorsitzenden und Kreissekretäre spielten sowohl ihre politischen als auch ihre beruflichen Qualifikationen eine Rolle, wobei SED und Staatssicherheit stets mitsprach. Beide Ämter stellten eine Männerdomäne dar. Unter den Bezirksvorsitzenden im Thüringer Raum gab es keine Frau, lediglich einige Kreissekretäre waren weiblich.

Zur Festigung der CDU in den drei Bezirken trug die Mitgliederentwicklung entscheidend bei. Nach dem Mauerbau stagnierten die Mitgliederzahlen zunächst. Ein Grund hierfür war, dass die SED die Aufnahme von Mitgliedern reglementierte, jedoch nicht stoppte, wie in der Forschung bislang dargestellt. Seit 1970 erlebte die CDU – wie die anderen Blockparteien auch – ein stetiges Mitgliederwachstum. Diese Zunahme hing mit der Selbstdisziplinierung der Menschen nach dem Mauerbau und einer intensiveren Mitgliederwerbung zusammen, nachdem die SED ihre quantitativen Beschränkungen aufgehoben hatte. Generell legte die CDU bei diesem Teil der Parteilarbeit ein besonderes Eigeninteresse an den Tag und setzte sich immer wieder über die Vorgaben der SED hinweg. Im Vergleich zu den anderen Blockparteien war die CDU in den drei Bezirken eine sozial breit aufgestellte Partei. Auffällig ist auch der hohe Frauenanteil unter den Mitgliedern. Trotz dieser Entwicklung haftete den CDU-Bezirksverbänden etwas Instabiles an. Dieser Zustand resultierte vor allem daraus, dass es keinen Konsens zwischen Basis und Führung über die für den Zusammenhalt wichtige Parteikultur gab. Ein Großteil der Mitglieder teilte zentrale Leitlinien der CDU in der DDR – allen voran die enge Bindung an die SED – nicht in dieser Form und stand daher auch den daraus folgenden Sprech- und Verhaltensweisen der Funktionäre skeptisch gegenüber. Mit dieser Haltung ging aber keine generelle Systemkritik einher. Entscheidend für die Bindung vieler Mitglieder an die Partei war die Gemeinschaft in der Ortsgruppe, verbunden mit der Möglichkeit, etwas für das eigene Umfeld zu tun. Trotzdem war die CDU vor Ort keine „Nischenpartei“ (Michael Richter). Zum einen konnten die Aktivitäten das Misstrauen von SED und MfS wecken,

zum anderen halfen die Mitglieder mit ihrem lokalen Engagement Defizite auszugleichen und trugen so – ob gewollt oder nicht – zur Stabilisierung des Systems bei.

In der politischen Praxis erfüllte die CDU als Blockpartei ihre integrativen und rituellen Funktionen. Dennoch war die Union mehr als ein „Instrument“ der SED, sondern trat gelegentlich auch als Vermittlerin gesellschaftlicher Anliegen auf. Deutlich wird dieser ambivalente Charakter bei den Beziehungen zu den Kirchen. Stetig, aber mit wenig Erfolg, bemühte sich die CDU um die Einbindung der Laien und Geistlichen in die herrschende Ordnung, zugleich halfen ihre Funktionäre bei allgemeineren Problemen mit staatlichen Instanzen. Aber auch diese von der SED nicht intendierte, aber begrenzt tolerierte funktionale Elastizität der CDU stützte letztlich die bestehende Ordnung.¹ Die Mehrdeutigkeit der Blockpartei zeigt sich ebenfalls anhand der Wahlen in der „sozialistischen Demokratie“. Zum einen beteiligte sich die CDU stets an dem für die Systemstabilität wichtigen Ritual, zum anderen nutzte sie den Anlass für eigene Interessen und versuchte, zusätzliche Ämter zu erhalten.

Als eine loyale, aber nicht interessenlose Partei war die CDU auch im Blickfeld der Staatssicherheit. Das Beispiel des Bezirksverbandes Erfurt macht deutlich, dass die Geheimpolizei bevorzugt Funktionäre als Informanten warb, die strategisch wichtige Ämter wie das des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden bekleideten. Mit Hilfe ihrer Zuträger sammelte die Staatssicherheit Wissen über parteiinterne Vorgänge und Personen, lenkte die CDU aber nicht. Gleichwohl schritt sie ein, sobald Mitglieder oder Funktionäre gegen die herrschenden Normen verstießen.

Die dritte Phase der Parteigeschichte – der demokratische Wandel der CDU und die Wiedergründung des Thüringer Landesverbandes 1989/1990 – ist eng verknüpft mit der finalen Krise der DDR ab Mitte der 1980er Jahre. Denn bereits vor dem Herbst 1989 zeichneten sich in der Partei über die allgemein verbreitete Misstimmung hinaus erste Veränderungen ab. Vor allem jüngere Mitglieder, beeinflusst von reformorientierten Diskussionen im kirchlichen Raum und der auf Erneuerung zielenden Politik Michael Gorbatschows, fanden sich mit den Vorgaben der Parteiführung immer weniger ab und verfolgten eigene Ansät-

1) Den Begriff „Elastizität“ nach M. R. Lepsius S. 23 der mit diesem die informellen Handlungsweisen in der DDR-Wirtschaft zur Planerfüllung beschreibt.

ze. Der „Brief aus Weimar“ löste schließlich eine parteiweite Diskussion aus, die vor dem Hintergrund der landesweiten Protestbewegung gegen die SED-Diktatur im Herbst 1989 zur Demokratisierung der CDU führte. Im Januar 1990 wurde der Thüringer Landesverband wiedergegründet, wobei dieser von den drei Bezirksverbänden Mitglieder, Personal und die lokalen Parteistrukturen übernahm. Dieser Schritt sollte sich in den anstehenden Wahlkämpfen als Vorteil erweisen. Zugleich sorgte die Vergangenheit als Blockpartei in der DDR in den kommenden Jahren für innerparteiliche und öffentliche Kontroversen.

In der Geschichte der Thüringer CDU spiegelt sich die Entwicklung der gesamten Partei in der SBZ/DDR. Insbesondere in der mittleren Phase ihrer Geschichte – als Blockpartei mit zentralistischem Aufbau – unterscheidet sie sich kaum von der CDU in anderen Regionen. Zugleich macht die Arbeit den nach wie vor bestehenden Forschungsbedarf zur Geschichte der Partei nach 1952 deutlich. Unbearbeitet ist die Entwicklung des zentralen Parteiapparats in Berlin, angefangen von dessen Strukturen und Finanzen über die Organisationskultur bis hin zu den Akteuren und ihrer Handlungspraxis. Ebenso fehlen Kollektivbiographien zu den Bezirksvorsitzenden und Kreissekretären sowie eine Darstellung, die sich mit Rolle, Auftreten und Selbstverständnis der Frauen in der Partei auseinandersetzt. Solche personenbezogenen Arbeiten böten auch die Chance, sich mit der wiederholt aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis von konfessioneller Bindung und politischem Engagement in der CDU in der SBZ/DDR systematisch zu befassen.² Zu vertiefen ist zudem die Frage, inwieweit sich in den Gemeinden und Städten ein parteinahes Milieu – im Sinne einer sozialen Gruppe, die bestimmte Deutungs- und Verhaltensmuster teilte – herausbildete.³ Daher kann diese Arbeit nur der Anfang einer intensiveren Beschäftigung mit der CDU in der DDR sein.

2) *Auf dieses Defizit weisen C. Kösters/W. Tischner S. 24 und C. Kösters: Revolution S. 105 hin.*

3) *Für eine stärkere Erforschung von Milieus in der DDR sprachen sich jüngst auch D. Hoffmann u.a. S. 32–34 aus.*

Verzeichnis der Siglen und Abkürzungen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AIM	Archivierter IM-Vorgang/-Vorlauf
AOPK	Archivierte OPK-Akte
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BArch	Bundesarchiv
BDK	Bezirksdelegiertenkonferenz
Bd.	Band
BF	Abteilung Bildung und Forschung des BStU
BFD	Bund Freier Demokraten
BK	Bekennende Kirche
BL	Bezirksleitung
Bl.	Blatt
BPA	Bezirksparteiarchiv
BS	Bezirkssekretariat
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverband/Bezirksverwaltung
BVThG	Blätter des Vereins für Thüringische Geschichte e.V.
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Deutschland Archiv
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei
DC	Deutsche Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DSU	Deutsche Soziale Union
ELKT	Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen

Siglen und Abkürzungen

epdD	Evangelischer Pressedienst Dokumentation
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
GG	Geschichte und Gesellschaft
GHI	Geheimer Hauptinformator
GI	Geheimer Informator (ab 1968 IM)
GNU	Gesellschaft für Natur und Umwelt
GSR	German Studies Review
HA	Hauptabteilung
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
HSR	Historical Social Research
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
JzLF	Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
KZG	Kirchliche Zeitgeschichte
LATH	Landesarchiv Thüringen
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKAE	Landeskirchenarchiv Eisenach
KD	Kreisdienststelle
KL	Kreisleitung
KPS	Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
KV	Kreisverband
KZ	Konzentrationslager
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Nationale Front
NL	Nachlass

Siglen und Abkürzungen

NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OG	Ortsgruppe
OLG	Oberlandesgericht
OKR	Oberkirchenrat
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
Pg	Parteigenosse (der NSDAP)
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
PHV	Präsidium des Hauptvorstandes
Rep.	Repositur
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SBV	Stadtbezirksverband
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMATH	Sowjetische Militäradministration in Thüringen
SHV	Sekretariat des Hauptvorstandes
SL	Stadtleitung
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
TVP	Thüringer Volkspartei
UKPV	Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
ZPDB	Zentrale Personendatenbank
ZK	Zentralkomitee
ZSS	Zentrale Schulungsstätte

Quellen-, Literatur- und Bildquellenverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

03-031	Landesverband der CDU Thüringen (1945–1952)
03-041	Bezirksverband der CDU Suhl
03-045	Bezirksverband der CDU Gera
03-049	Bezirksverband der CDU Erfurt
03-051	Landesverband der CDU Thüringen (seit 1990)
07-011	Hauptvorstand der CDU
02-336	Kreisverband der CDU Heiligenstadt

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

BV Erfurt	Bezirksverwaltung Erfurt
BV Gera	Bezirksverwaltung Gera
BV Suhl	Bezirksverwaltung Suhl
HA XX	Hauptabteilung XX

Landeskirchenarchiv Eisenach (LAKE)

Nachlass Moritz Mitzenheim
Generalakten

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch)

DY 30, IV 2/15	SED, ZK, Abteilung „Befreunde Parteien“
DY 30	SED (vorläufig)

Thüringer Landesarchiv (LATH) – Hauptstaatsarchiv (HStA) Weimar

Landesleitung der SED Thüringen

Bezirksleitung der SED Erfurt
Kreisleitung der SED Heiligenstadt
Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten

Thüringer Landesarchiv (LATH) – Staatsarchiv (StA) Rudolstadt

Bezirksleitung der SED Gera
Kreisleitung der SED Lobenstein

Thüringer Landesarchiv (LATH) – Staatsarchiv (StA) Meiningen

Bezirksleitung der SED Suhl
Kreisleitung der SED Bad Salzungen

Zeitzeugeninterviews

Dieter Althaus, CDU-Eintritt 1985, Mitglied des Thüringer Landtags (1990–2010), Thüringer Ministerpräsident a. D., Interview am 29. August 2017.

Gisela Farinski, CDU-Eintritt 1978, Kreissekretärin des KV Eisenach (1984–1991), Interview am 30. Mai 2017.

Josef Gröger, CDU-Eintritt 1950, Vorsitzender des KV Heiligenstadt (1970–1990), Interview am 9. Juli 2017.

Dr. Hans-Peter Häfner, CDU-Eintritt 1972, Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer (1990), Mitglied des Thüringer Landtags (1990–1999), Interview am 30. Mai 2017.

Manfred Heise, CDU-Eintritt 1964, Vorsitzender des KV Eisenach (1982–1993), Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer (1990), Mitglied des Deutschen Bundestags (1990–2002), Interview am 31. Mai 2017.

Johannes Hertwig, CDU-Eintritt 1976, Bürgermeister von Bad Sulza (1984–2018), Interview am 26. Oktober 2017.

Jörg Kallenbach, CDU-Eintritt 1972, Vorsitzender der OG Steiger (seit 1983), Mitglied des Thüringer Landtags (1990–2003), Interview am 3. Mai 2017.

Gerhard Kästner, CDU-Eintritt 1962, Kreissekretär des KV Bad Salzungen (1969–1972), Interview am 25. Juni 2017.

Christine Lieberknecht, CDU-Eintritt 1981, Mitverfasserin des „Briefs aus Weimar“, Thüringer Kultusministerin (1990–1992), stellvertretende Vorsitzende der CDU Thüringen (1990–1992), Thüringer Ministerpräsidentin (2009–2014), Interview am 21. September 2017.

Dr. Gottfried Müller, CDU-Eintritt 1972, Mitverfasser des „Briefs aus Weimar“, Präsident des Thüringer Landtags (1990–1994), Interview am 5. Mai 2017.

Gerhard Richter, CDU-Eintritt 1952, Kreissekretär/-geschäftsführer des KV Jena-Land/Saale-Holzland-Kreis (1979–1994), Interview am 5. Mai 2017.

Jörg Schwäblein, CDU-Eintritt 1970, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag (1990–1995), Interview am 20. September 2017.

Karl Stein, CDU-Eintritt 1952, stellvertretender Vorsitzender des BV Suhl (1984–1990), Interview am 30. Mai 2017.

Dr. Bernhard Vogel, CDU-Eintritt 1960 (Bundesrepublik), Thüringer Ministerpräsident (1992–2003), Vorsitzender der CDU Thüringen (1993–2000), Interview am 14. September 2017.

Marion Walsmann, CDU-Eintritt 1985, Abgeordnete der Volkskammer (1986–1990), Landesministerin a.D., Interview am 20. September 2017.

Dr. Klaus Zeh, Vorsitzender des DA Thüringen (1990), stellvertretender Vorsitzender der CDU Thüringen (1990–1992), Thüringer Finanzminister (1990–1994), Interviews am 1. November und 6. Dezember 2017.

Gedruckte Quellen

Bonwetsch, Bernd u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tj'ul'panov (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20). Bonn 1998.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Protokoll 2. Parteitag der CDU Deutschlands 15.–17. Dezember 1991. Bonn 1992 (zitiert: CDU-Bundesgeschäftsstelle: 2. Parteitag).

Dies. (Hg.): Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, beschlossen vom 5. Parteitag in Hamburg 20.–23. Februar 1994. Bonn 1994 (zitiert: CDU-Bundesgeschäftsstelle: Freiheit).

Deutscher Bundestag (Hg.): Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der DDR-Parteien Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, National-Demokratische Partei Deutschlands und Stellungnahme der Bundesregierung, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/5376 vom 1. August 1996 (zitiert: Deutscher Bundestag: UKPV 1996).

Deutscher Bundestag (Hg.): Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der Sozialistischen Einheitspartei (SED), jetzt Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), der sonstigen politischen Organisationen und Stellungnahme der Bundesregierung, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11353 vom 24. August 1998 (zitiert: Deutscher Bundestag: UKPV 1998).

Deutscher Bundestag (Hg.): Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/2466 vom 24. August 2006 (zitiert: Deutscher Bundestag: UKPV 2006).

Dornheim, Andreas/Schnitzler, Stephan (Hg.): Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten. Erfurt 1995.

Egerter, Wolfgang: Ein Wunsch geht in Erfüllung. Aufzeichnungen 1989–1997. Erfurt 1997.

Gerth, Franz: Josef Streb (Christ in der Welt, Bd. 44). 2. Auflage Berlin 1980.

Grau, Andreas/Küsters, Hanns Jürgen (Hg.): „Ein freies Volk soll wiedererstehen...“ Dokumente zur Gründung der CDU. Sankt Augustin 2016.

Gröger, Josef: Flucht und Wiederkehr. Ein oberschlesisch-eichsfeldisches Schicksal. Duderstadt 2017.

Hacke, Christian (Hg.): Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1988.

Harder, Friedel u. a.: Die Rolle der mit der SED befreundeten Parteien im politischen System der DDR, in: Staat und Recht 4/1986, S. 275–287.

Hartmann, Helmut: Eine Hoffnung lernt gehen – wie ich in Erfurt die politische Wende erlebte (1986–1989), in: A. Dornheim/S. Schnitzler (Hg.): Thüringen 1989/90, S. 139–148.

Hermes, Andreas: „Mit unerschütterlichem Gottvertrauen und zähem Kämpfergeist“. Sankt Augustin 2012.

Hermes, Anna: Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen. Stuttgart 1971.

Hilder, Bernd: Thüringen startet als Landräte-Republik, in: ders./Gerlinde Sommer: Aufbruch und Neuanfang in Thüringen. Der Weg zum Freistaat. Essen 2015, S. 17–37.

Höllen, Martin: Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten, Bd. 1, 1945–1955. Berlin 1994 (zitiert: M. Höllen: 1945–1955).

Ders.: Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. 2, 1956–1965. Berlin 1997 (zitiert: M. Höllen: 1956–1965).

Ders.: Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. 3/2, 1977–1990. Berlin 2000 (zitiert: M. Höllen: 1977–1990).

Jung, Franz-Josef: Die letzten Tage der Teilung. Wie die Deutsche Einheit gelang. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2010.

Lange, Gerhard u. a. (Hg.): Katholische Kirche – Sozialistischer Staat. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990. 2. Auflage Leipzig 1993.

Leich, Werner: Du aber bleibst – im Wechsel der Horizonte. Lebenserinnerungen. 3. Auflage Weimar 2002.

Lieberknecht, Christine: Der Weimarer Brief und die Erneuerung der Ost-CDU, in: A. Dornheim/S. Schnitzler (Hg.): Thüringen 1989/90, S. 267–273.

Lotz, Gerhard: Moritz Mitzenheim (Christ in der Welt, Bd. 10). Berlin 1966.

Mayer, Tilman (Hg.): Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1998.

Mohring, Mike (Hg.): 60 Jahre CDU in Thüringen. Erfurt 2005.

Pilvousek, Josef (Hg.): Kirchliches Leben im totalitären Staat. Teil 1: Seelsorge in der SBZ/DDR 1945–1976. Leipzig 1994 (zitiert: J. Pilvousek: Kirchliches Leben).

Rothe, Aribert: Zur Umweltbewegung im Umfeld der evangelischen Kirche, in: A. Dornheim/S. Schnitzler (Hg.): Thüringen 1989/90, S. 179–191 (zitiert: A. Rothe: Umweltbewegung).

Schaefer, Aloys: Landrat im Eichsfeld, Zeuge der Besatzungszeit. Zur Erinnerung für Gegenwart und Zukunft. 3. Auflage Heiligenstadt 1995.

Schüddekopf, Charles (Hg.): „Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek bei Hamburg 1990.

Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU (Hg.): 20 Jahre CDU – 20 Jahre erfolgreiche Arbeit für das Glück der Nation. Bericht über die Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Gründung der CDU. Berlin 1965.

Sorgenicht, Klaus: Die kameradschaftliche Zusammenarbeit der SED mit den befreundeten Parteien im Demokratischen Block und in der Nationalen Front der DDR – ein wichtiger Faktor zur allseitigen Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 21 (1978), S. 1334–1340.

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.): Statistisches Jahrbuch der DDR für 1984. Berlin 1984.

Thiel, Victor: Christen Thüringens in der Bewährung. Aus der Geschichte des Landesverbandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Berlin 1970.

Wallmann, Walter: Im Lichte der Paulskirche. Memoiren eines Politischen. Potsdam 2002.

Wahlkommission der DDR (Hg.): Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Endgültiges Ergebnis. Berlin 1990.

Wettig, Gerhard (Hg.): Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V., Bd. 63). Göttingen 2012.

Literatur

Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien der SBZ/DDR, S. 47–73 (zitiert: M. Agethen: CDU 1945–1953).

Ders.: Die CDU in der DDR, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995, S. 201–248 (zitiert: M. Agethen: CDU in der DDR).

Ders.: Georg Dertinger (1902–1968), in: Jürgen Aretz u.a. (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 11. Münster 2004, S. 177–195 (zitiert: M. Agethen:Dertinger).

Ders.: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende, in: HPM 1 (1994), S. 89–114 (zitiert: M. Agethen: Unruhepotentiale).

Ahbe, Thomas/Gries, Rainer: Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. Theoretische und methodologische Überlegungen am Beispiel der DDR, in: Schüle u.a. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, S. 475–573.

Auerbach, Thomas u.a.: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“ (Anatomie der Staatsapparatssicherheit). Berlin 2008.

Auerbach, Thomas/Neubert, Ehrhart: „Es kann anders werden“. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. Köln/Weimar/Wien 2005.

Bahr, Andrea: Parteiherrschaft vor Ort. Die SED-Kreisleitung Brandenburg 1961–1989 (Kommunismus und Gesellschaft, Bd. 3). Berlin 2016.

Bauer, Theresia: Bauernpartei und Agrarrevolution von oben. Die De-

mokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64). München 2003.

Baus, Ralf Thomas: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung, Programm, Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 36). Düsseldorf 2001.

Beckmann, Christopher: Klares Ziel und langer Atem. Bernhard Vogel – Brückenbauer zwischen Ost und West. Freiburg im Breisgau 2017.

Benz, Wolfgang: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 22). 10. Auflage Stuttgart 2009.

Berghoff, Hartmut: Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung. 2. Auflage Berlin/Boston 2016 (zitiert: H. Berghoff: Unternehmensgeschichte).

Ders.: Unternehmenskultur und Herrschaftstechnik. Industrieller Paternalismus: Hohner von 1857 bis 1918, in: GG 23 (1997), S. 167–205 (zitiert: H. Berghoff: Unternehmenskultur).

Bergien, Rüdiger: Im „Generalstab der Partei“. Organisationskultur und Herrschaftspraxis in der SED-Zentrale (1946–1989) (Kommunismus und Gesellschaft, Bd. 5). Berlin 2017 (zitiert: R. Bergien: Generalstab).

Ders.: Das Schweigen der Kader. Ehemalige Nationalsozialisten im zentralen SED-Apparat – eine Erkundung, in: Birthe Kundrus/Sybille Steinbacher (Hg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 29). Göttingen 2013, S. 134–154 (zitiert: R. Bergien: Kader).

Besier, Gerhard: Evangelische Kirche und Ost-CDU, in: ders. (Hg.): Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5/2). Neukirchen-Vluyn 1994, S. 190–270.

Best, Heinrich/Salheiser, Axel: Shadows of the Past: National Socialist Backgrounds of the GDR's Functional Elites, in: GSR 29 (2006), S. 589–602.

Bienert, Michael C.: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die „bürgerlichen“ Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen 1946–52 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 171). Düsseldorf 2016.

Biesenbach, Martin: Angetrieben durch die „unvergänglichen Werte des Christentums“: Hugo Dornhofer als Christ und Politiker beim

Wiederaufbau Deutschlands nach 1945, in: Eichsfeld-Jahrbuch 19 (2011), S. 337–352.

Bittorf, Matthias: Kontinuität und Wandel in Nordthüringen. Das östliche Eichsfeld und der Landkreis Nordhausen 1989–1999. Marburg 2014.

Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU: Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001 (zitiert: F. Bösch: Adenauer-CDU).

Ders.: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München 2002 (zitiert: F. Bösch: Macht).

Ders.: Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960) (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen, Bd. 19). Göttingen 2002 (zitiert: F. Bösch: Konservatives Milieu).

Ders.: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren, in: Konrad Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–309 (zitiert: F. Bösch: Krise).

Ders./Gieseke, Jens: Der Wandel des Politischen in Ost und West, in: Frank Bösch (Hg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000, Göttingen 2015, S. 39–79.

Booß, Christian: Denunziationskomplex, in: C. Booß/H. Müller-Enbergs (Hg.): Die indiskrete Gesellschaft, S. 25–47 (zitiert: Booß: Denunziationskomplex).

Ders.: Der Vorgang Rote Nelke, ebd., S. 49–71 (zitiert: C. Booß: Rote Nelke).

Ders.: Kollege Judas? Oder: traue keinem über 40?, ebd., S. 71–91 (zitiert: C. Booß: Kollege Judas).

Ders./Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Die indiskrete Gesellschaft. Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern. Frankfurt am Main 2014.

Boyens, Armin: Das Staatssekretariat für Kirchenfragen, in: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatsicherheit. Eine Zwischenbilanz (Analysen und Dokumente, Bd. 7). 2. Auflage Berlin 1997, S. 120–139.

Braun, Günther: Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, in: M. Broszat/H. Weber (Hg.): SBZ-Handbuch, S. 1069–1075 (zitiert: G. Braun: Daten).

Ders.: Wahlen und Abstimmungen, ebd., S. 1069–1075 (zitiert: G. Braun: Wahlen).

Braun, Matthias: Die Hauptabteilung XX im Überblick, in: Auerbach, Thomas u.a.: Hauptabteilung XX, S. 3–40 (zitiert: M. Braun: HA XX).
Ders.: Abteilung 3: Massenorganisationen und bürgerliche Parteien (bis 1981), Hochschulen (1966 bis 1981), Sport, ebd., S. 79–88 (zitiert: M. Braun: HA XX/3).

Ders./Eisenfeld, Bernd: Abteilung 1: Staatsapparat, Justiz, Gesundheitswesen, Blockparteien (ab 1981), ebd., S. 41–60.

Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1990.

Buchstab, Günter (Hg.): Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU in der SBZ/DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. VII/1). Baden-Baden 1995, S. 504–539 (zitiert: G. Buchstab: Widerspruch).

Ders.: Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Düsseldorf 1997 (zitiert: G. Buchstab: Verfolgt).

Catrain, Elise: Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981). Leipzig 2013.

Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1969. Stuttgart 1969.

Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3). Weimar/Köln/Wien 1996 (zitiert: S. Creuzberger: Sowjetische Besatzungsmacht).

Creuzberger, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen (SMATH) 1945–1949 (Blätter zur Landeskunde der Landeszentrale für politische Bildung). Erfurt 2001 (zitiert: S. Creuzberger: SMATH).

Dähn, Horst: Die LDPD – Schein und Wirklichkeit einer Partei in den 60er Jahren. Empirische Befunde zur Mitgliederstruktur und zu par-

teii internen Konflikten, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Köln 1993, S. 436–451.

Danyel, Jürgen: Die SED und die „kleinen Pg’s“. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 1999, S. 177–197.

Debes, Martin: Christine Lieberknecht. Von der Mitläuferin zur Ministerpräsidentin. Eine politische Biografie (Thüringen Bibliothek, Bd. 14). Essen 2014.

Dietrich, Christian: Der Weimarer Arbeitskreis, die Ost-CDU und der Thüringer Weg der evangelischen Kirche, in: epdD 20/2012, S. 38–53.

Ditfurth, Christian von: Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt. Köln 1991.

Dornheim, Andreas: Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90. Weimar/Köln/Wien 1995.

Findeis, Hagen: Das Licht des Evangeliums und das Zwielficht der Politik. Kirchliche Karrieren in der DDR. Frankfurt am Main 2002.

Fitschen, Klaus: Christliche Existenz im atheistischen Staat? Die Selbstverortung der Ost-CDU und ihre kirchenpolitische Funktion in der DDR, in: epdD 20/2012, S. 7–11.

Fischer, Gerhard: Otto Nuschke. Ein Lebensbild. Berlin (Ost) 1983.

Förster, Peter: Die Entwicklung des politischen Bewusstseins der DDR-Jugend zwischen 1966–1989, in: ders. u.a. (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999, S. 70–165.

Franke, Jochen: Der Fall Dertinger und seine innerparteilichen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: DA (25) 1992, S. 286–298.

Frölich, Jürgen: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), in: Stephan u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisation der DDR, S. 311–343 (zitiert: J. Frölich: LDPD).

Ders.: „Regierungspartei und Opposition“ zugleich? Zur Politik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) in der Wendezeit 1988–1990, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. Berlin 2001, S. 255–268 (zitiert: J. Frölich: Regierungspartei).

Ders.: Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der

NDPD, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/2). Baden-Baden 1995, S. 1542–1578 (zitiert: J. Frölich: NDPD).

Ders.: (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D) und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1995.

Fulbrook, Mary: Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biografischer Daten, in: Schüle u.a. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, S. 113–131.

Gieseke, Jens: Die dritte Generation der Tschekisten. Der Nachwuchs des Ministeriums für Staatssicherheit in den „langen“ siebziger Jahren, in: Schüle u.a. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, S. 229–247 (J. Gieseke: Dritte Generation).

Ders.: „Different Shades of Grey“. Denunziations- und Informationsberichte als Quellen der Alltagsgeschichte des Kommunismus, in: Zeithistorische Forschung/Studies in Contemporary History 7 (2010), S. 287–296 (J. Gieseke: Different Shades).

Ders.: Soziale Ungleichheit im Staatssozialismus. Eine Skizze, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), S. 171–198 (zitiert: J. Gieseke: Soziale Ungleichheit).

Ders.: „Seit Langem aufgestaute Unzufriedenheit breitetest Bevölkerungskreise“ Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, in: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 130–148 (zitiert: J. Gieseke: Volk).

Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie und Politik in Deutschland, Opladen 1999 (zitiert: G.-J. Glaeßner: Politik).

Ders.: Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR. Opladen 1989 (zitiert: G.-J. Glaeßner: Republik).

Goeckel, Robert F.: Die Rolle der CDU in der Kirchenpolitik der SED, in: Horst Dähn (Hg.): Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz. München 1993, S. 92–103.

Gottwald, Herbert: Der Thüringer Landtag 1946–1952. Ein politischer Abriss (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 5). Jena 1994.

Graf, Rüdiger/Priemel, Christian Kim: Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59 (2011), S. 479–508.

Grashoff, Udo: Der demokratische Aufbruch. Von einer Bürgerbewegung zur Partei – 1989/1990. Erfurt 2004.

Güth, Luise: Die Blockparteien im SED-System der letzten DDR-Jahre. Wahrnehmung und Partizipation am Beispiel des Bezirks Rostock. Baden-Baden 2018 (zitiert: L. Güth: Blockparteien).

Dies.: War die LDPD liberaler als die anderen Blockparteien? Eine Untersuchung des Bezirksverbandes Rostock 1985–1989, in: JzLF 28 (2016), S. 375–391 (zitiert: L. Güth: LDPD).

Dies.: „Resignation ist unchristlich!“ Der Rostocker Bezirksverband der CDU(D) in den Jahren 1985–1989, in HPM 21 (2014), S. 65–84 (zitiert: L. Güth: Resignation).

Haese, Ute: Katholische Kirche in der DDR. Geschichte einer politischen Abstinenz. Düsseldorf 1998.

Hahn, Karl-Eckhard: Johannes Mebus. Ein Erfurter evangelischer Pfarrer als Abgeordneter des Thüringer Landtages (1946–1950), in: Evangelischer Kirchenkreis Erfurt (Hg.): Reformation in Bewegung. Erfurt zwischen 1517 bis 2017. Leipzig 2017, S. 216–244.

Haupts, Leo: Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni, in: VfZ 40 (1992), S. 383–412.

Hausmann, Marion: Ernst Lemmer in der CDU (1945–1949). Der lange Weg nach Westen, in: HPM 11 (2014), S. 147–170.

Hehl, Ulrich von: Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 39). 2. Auflage München 2001.

Ders./Tischner, Wolfgang: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1956–1989, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur (Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. VI/2). Baden-Baden 1995, S. 875–949.

Heil, Thomas: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thüringen 1945–1952. Ein Kampf um den Rechtsstaat (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 18). Tübingen 1996.

Heidenreich, Bernd: Die CDU in Hessen – Vorreiter der deutschen Einheit, in: ders./Werner Wolf (Hg.): Der Weg zur stärksten Partei 1945–1995. 50 Jahre CDU Hessen. Köln 1995, S. 155–176

Henke, Klaus-Dietmar: Staatssicherheit, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handbuch zur Deutschen Einheit 1949–1989–1999. Frankfurt am Main/New York 1999, S. 721–729.

Herbst, Andreas u.a.: So funktionierte die DDR. Band 3: Lexikon der Funktionäre. Reinbek bei Hamburg 1994.

Ders. u.a. (Hg.): Die SED. Geschichte - Organisation - Politik. Berlin 1997.

Herz, Andrea: Wahl und Wahlbetrug im Mai 1989. DDR-Kommunalwahlen im Thüringer Raum. Erfurt 2014.

Hoffmann, Dierk u.a.: Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung, in: Ulrich Mähler (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Berlin 2016, S. 23–70.

Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz (Analysen und Dokumente, Bd. 36). Göttingen 2014. Huff, Tobias: Natur und Industrie im Sozialismus: Eine Umweltgeschichte der DDR (Umwelt und Gesellschaft, Bd. 13). Göttingen 2015.

Hummel, Steffi: Das Eichsfeld im 19. Jahrhundert. Entstehung und Ausformung eines regionalen katholischen Milieus, in: BVThG 10 (2000), Heft 1, S. 15–22.

Jäger, Wolfgang/Walter, Michael: Die Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln 1998 (zitiert: W. Jäger/M. Walter: Allianz).

Dies.: Die Demokratische Bauernpartei (DBD) im Transformationsprozeß 1989/90, in: HPM 4 (1997), S. 141–168 (zitiert: W. Jäger/M. Walter: DBD).

Jessen, Ralph: Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von „Bürokratie“ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag. Berlin 1997, S. 57–75 (zitiert: R. Jessen: Diktatorische Herrschaft).

Ders.: Partei, Staat und „Bündnispartner“: Die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur, in: Judt (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 27–87 (zitiert: R. Jessen: Herrschaftsmechanismen).

Ders./Gieseke, Jens: Die SED in der staatssozialistischen Gesellschaft, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hg.): Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme. Berlin 2011, S. 16–61.

Judt, Matthias (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse. Bonn 1998.
Jureit, Ulrike: Generationenforschung (Grundkurs neue Geschichte). Göttingen 2006.

Kaiser, Monika: „Es muß demokratisch aussehen...“ Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944/45–1948/49, in: Stefan Kreuzberger/Manfred Görtemaker (Hg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Paderborn u.a. 2002, S. 265–299.
Kappelt, Olaf: Braunbuch DDR. Nazis in der DDR. 2. Auflage Berlin 2009.

Kaminsky, Anna: Frauen in der DDR. Berlin 2016.

Kammradt, Steffen: Der Demokratische Aufbruch. Profil einer jungen Partei am Ende der DDR. Frankfurt am Main u.a. 1997.

Keiderling, Gerhard: Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KDP und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in VfZ 45 (1997), S. 257–296.

Kiefer, Markus: Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945–1952). Erfurt 1995 (zitiert: M. Kiefer: Thüringer CDU).

Ders.: Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen der CDUD und deren Wirksamkeit von 1952 bis 1989, in: Richter/Rißmann (Hg.): Die Ost-CDU, S. 139–159 (zitiert: M. Kiefer: Innerparteiliche Lenkungs- und Kontrollstrukturen).

Ders.: Die politischen Parteien, in: Karl Schmitt (Hg.): Thüringen, S. 37–67 (zitiert: M. Kiefer: Politische Parteien).

Klenke, Dietmar: Das Eichsfeld unter den deutschen Diktaturen. Widerspenstiger Katholizismus in Heiligenstadt. Duderstadt 2003.

Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“. Berlin 2000.

Koch-Hallas, Christine: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen in der SBZ und in der Frühzeit der DDR (1945–1961) (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 25). Leipzig 2009.

Kos, Franz-Josef: Der Erfurter Schauprozeß und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/1953, in: Brigitte Kaff (Hg.): „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Besatzungszone. Düsseldorf 1995, S. 125–159.

Kösters, Christoph: Sozialistische Gesellschaft und konfessionelle Minderheit in der DDR, in: Karl-Joseph Hummel (Hg.): Zeitgeschichtliche Katholizismusforschung. Tatsachen, Deutungen, Fragen. Eine Zwi-

schenbilanz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 100). 2. Auflage Paderborn u.a. 2006, S. 131–150 (zitiert: C. Kösters: Sozialistische Gesellschaft).

Ders.: Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/90, in: HPM 17 (2010), S. 55–112 (zitiert: C. Kösters: Revolution).

Ders./Tischner, Wolfgang: Die katholische Kirche in der DDR-Gesellschaft: Ergebnisse, Thesen und Perspektiven, in: dies. (Hg.): Katholische Kirche in der SBZ und DDR. Paderborn 2005, S. 13–34.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. 3. Auflage München 2015.

Krippendorff, Ekkehart: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 21). Düsseldorf 1961.

Küstners, Hanns Jürgen: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West), in: HPM 18 (2011), S. 167–192.

Labrenz-Weiß, Hanna: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen (BF informiert, Bd. 37). 2. Auflage Berlin 2018.

Lapp, Peter Joachim: Die „befreundeten Parteien“ der SED: DDR-Blockparteien heute. Köln 1998 (zitiert: P. J. Lapp: Befreundete Parteien).

Ders.: Georg Dertinger. Journalist - Außenminister - Staatsfeind. Freiburg im Breisgau 2015 (P. J. Lapp: Dertinger).

Ders.: Gerald Götting – CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie. Aachen 2001 (P. J. Lapp: Götting).

Ders.: Die Blockparteien und ihre Mitglieder, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/1). Baden-Baden 1995, S. 290–301 und 308–344 (zitiert: P. J. Lapp: Blockparteien).

Ders.: Die Staatsparteien der DDR, in: Andreas Kost u.a. (Hg.): Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München 2010, S. 49–71 (P. J. Lapp: Staatsparteien).

Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit: Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR (Analysen und Dokumente, Bd. 28). 2. Auflage Göttingen 2007.

Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten (Zeithistorische Studien, Bd. 4). Berlin 1995, S. 61–86.

Lengemann, Jochen: Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Große Reihe Bd. 1, Teil 4). Köln/Weimar/Wien 2014.

Lepsius, Rainer M.: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 17–30.

Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR (= Zeithistorische Studien, Bd. 12). Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44 (zitiert: T. Lindenberger: Diktatur).

Ders.: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands, in: APuZ 50 (2000), S. 5–12 (zitiert: T. Lindenberger: Herrschaft).

Löffler, Bernhard: Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege (Beihefte der Historischen Zeitschrift, Bd. 44). München 2007, S. 155–183.

Lüdtke, Alf: Einleitung, in: ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 91). Göttingen 1991, S. 9–63.

Malycha, Andreas: Die SED in der Ära Honecker: Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 102). Berlin/Boston 2014.

Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München 2009.

Marcowitz, Rainer: Manfred Gerlach – Ein „Liberaler im SED-Staat“?, in: JzLF 13 (2003), S. 243–264.

Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR. Bonn 2000.

Matthiesen, Helge: Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in *Demokratie und Diktatur 1900–1990* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und politischen Parteien, Bd. 122). Düsseldorf 2000.

Meenzen, Sandra: „Gutes Klassenbewusstsein, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit“: SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: *HSR 35* (2010), S. 47–78.

Mestrup, Heinz: *Die SED. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt (1971–1989)*. Rudolstadt/Jena 2000 (zitiert: H. Mestrup: SED).

Ders.: *Aufbau und Struktur der SED in den thüringischen Bezirken*, in: Heinrich Best/Heinz Mestrup: *Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR*. Weimar/Jena 2003, S. 70–173 (zitiert: H. Mestrup: *Aufbau*).

Ders./Wenzel, Thomas: *Der Runde Tisch des Bezirkes Gera*, in: *Thüringer Landtag* (Hg.): *Die „Runden Tische“ der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl*, S. 68–127.

Meuschel, Sigrid: *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*. Frankfurt am Main 1992.

Meyer, Gerd: *Die Machtelite in der Ära Honecker* (Tübinger Mittel- und Osteuropastudien – Politik, Gesellschaft und Kultur, Bd. 3). Tübingen 1991.

Moczarski, Norbert: *Der Runde Tisch des Bezirkes Suhl*, in: *Thüringer Landtag* (Hg.): *Die „Runden Tische“ der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl*, S. 128–176.

Morsey, Rudolf: *Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten Demokratie*, in: *HPM 10* (2003), S. 129–149.

Müller-Enbergs, Helmut: *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Statistiken (Analysen und Dokumente, Bd. 3)*. Berlin 2008.

Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*. Berlin 1999 (N. M. Naimark: *Die Russen*).

Ders.: *The Soviets and the Christian Democrats. The Challenge of a „Bourgeois“ Party in Eastern Germany 1945–1949*, in: *East European Politics and Societies 9* (1995), S. 369–392 (N. M. Naimark: *CDU*).

Nehrig, Christel: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: Stephan u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR, S. 343–366.
Neubert, Ehrhart: Der Brief aus Weimar. Zur Selbstbefreiung der CDU im Herbst 1989. Sankt Augustin/Berlin 2014 (zitiert: E. Neubert: Brief).
Ders.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 2. Auflage Bonn 2000 (zitiert: E. Neubert: Opposition).

Ders.: Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS, in: Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit, S. 329–352 (zitiert: E. Neubert: Instrumentalisierung).

Ders.: Kirchenpolitik, in: Judt (Hg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 363–430 (zitiert: E. Neubert: Kirchenpolitik).

Niemann, Mario: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989. Paderborn/München/Wien 2007 (zitiert: M. Niemann: Sekretäre).

Ders.: Grundsätze der Kaderpolitik der SED, in: ders./A. Herbst (Hg.): SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989. Paderborn/München/Wien 2010, S. 43–55 (zitiert: M. Niemann: Kaderpolitik).

Niethammer, Lutz: Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zur einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Hartmut Kaelble u.a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 95–119.

Ders. u.a.: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. Berlin 1991.

Nochotowitsch, Dina N.: Thüringen, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hg.): SMAD-Handbuch. Die sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. München 2009, S. 557–563.

Palmowski, Jan: Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag (Kommunismus und Gesellschaft, Bd. 4). Berlin 2016.

Pannen, Sabine: Wo ein Genosse ist, da ist die Partei! Der innere Zerfall der SED-Parteibasis 1979–1989 (Kommunismus und Gesellschaft, Bd. 7). Berlin 2018.

Pilvousek, Josef: Die katholische Kirche in der DDR. Beiträge zur Kirchengeschichte Mitteldeutschlands. Münster 2014.

Ders.: Weihbischof Dr. Joseph Freusberg (1881–1964). Seelsorger und Integrationsfigur für die Katholiken Thüringens, in: ders., Die katholische Kirche in der DDR, S. 137–151 (zitiert: J. Pilvousek: Freusberg).

Ders.: Gratwanderung mit diplomatischem Geschick? Propst Josef Streb

und sein kirchenpolitisches Engagement, in: ders., *Die katholische Kirche in der DDR*, S. 169–184 (zitiert: J. Pilvousek: Streb).

Ders.: *Die katholische Kirche in der DDR*, in: Horst Dähn (Hg.): *Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz*, München 1993. S. 56–72 (zitiert: J. Pilvousek: *Katholische Kirche*).

Pohlmann, Tilman: *Die Ersten im Kreis. Herrschaftsstrukturen und Generationen in der SED (1946–1971)* (Berichte und Studien, Bd. 73). Göttingen 2017 (zitiert: T. Pohlmann: *Die Ersten*).

Ders.: „Zusammenarbeit“ als Gefolgschaft. Über Herrschaftsansprüche der SED an die LDPD in den Bezirken der DDR, in: *JzLF 28* (2016), S. 361–373 (zitiert: T. Pohlmann: *Zusammenarbeit*).

Pollack, Detlef: *Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 19 (1990) S. 292–307.

Prieß, Lutz: *Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick*: in: *Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung* (Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/4). Baden-Baden 1995, S. 2464–2508 (zitiert: L. Prieß: *Kreisleitungen*).

Ders.: *Die Organisationsstruktur*, in: Andreas Herbst u.a. (Hg.): *Die SED*, S. 124–144 (zitiert: L. Prieß: *Organisationsstruktur*).

Ders.: *Kontinuität und Wandel in der Organisationsstruktur*, ebd., S. 117–124 (zitiert: L. Prieß: *Kontinuität und Wandel*).

Prieß, Lutz: *Parteimitglieder und Funktionäre*, ebd., S.144–148 (zitiert: L. Prieß: *Parteimitglieder*).

Raabe, Thomas N.: *Sozialismus aus christlicher Verantwortung? War die CDU ein ehrlicher Sachverwalter christlicher Anliegen im Sozialismus?*, in: Richter/Rißmann (Hg.): *Die Ost-CDU*, S. 127–137.

Remy, Dietmar: *Opposition und Verweigerung in Nordthüringen (1976–1989)* (Schriftenreihe der Bildungsstätte am Grenzlandmuseum Eichsfeld, Bd. 1). Duderstadt 1999.

Richter, Hedwig: *Pietismus im Sozialismus. Die Herrnhuter Brüdergemeinde in der DDR* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 186). Göttingen 2009 (zitiert: H. Richter: *Pietismus*).

Diss.: *Mass Obedience: Practices and Functions of Elections in the German Democratic Republic*, in: Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hg.):

Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships. Frankfurt am Main 2011, S. 103–125 (zitiert: H. Richter: Mass Obedience).

Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19). 2. Auflage Düsseldorf 1991 (zitiert: M. Richter: CDU 1948–1952).

Ders.: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: HPM 15 (2008), S. 335–346 (zitiert: M. Richter: Allianz).

Ders.: Aufbruch an der Basis. Zur Situation in der Ost-CDU vom Beginn der Gorbatschowschen Reformpolitik bis zum Sonderparteitag im Dezember 1989. Eine Dokumentation, in: HPM 8 (2001), S. 189–240 (zitiert: M. Richter: Aufbruch).

Ders.: Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/4). Baden-Baden 1995, S. 2587–2638 (zitiert: M. Richter: Blockparteien).

Ders.: Christlich-Demokratische Union (CDU), in: Stephan u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisation der DDR, S. 284–311 (zitiert: M. Richter: CDU).

Ders.: Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989, in: HPM 1 (1994), S. 115–133 (zitiert: M. Richter: Herbst 1989).

Ders.: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: ders./Rißmann (Hg.), Die Ost-CDU, S. 235–251 (zitiert: M. Richter: Ost-CDU 1990).

Ders./Rißmann, Martin (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar/Köln/Wien 1995.

Rißmann, Martin: Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971 (Forschungen und Quelle zur Zeitgeschichte, Bd. 27). Düsseldorf 1995 (zitiert: M. Rißmann: Kaderschulung).

Ders.: Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR, in: HPM 1 (1994), S. 69–88 (zitiert: M. Rißmann: Zur Rolle der Ost-CDU).

Roesler, Jörg: Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR. Erfurt 2006.

Rothe, Aribert: Die Ökologiebewegung im kirchlichen Freiraum der DDR. Erfurt 2015 (zitiert: A. Rothe: Ökologiebewegung).

Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009.

Ruthendorf-Przewoski, Cornelia von: Der Prager Frühling und die evangelischen Kirchen in der DDR (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 60). Göttingen 2015 (zitiert: C. Ruthendorf-Przewoski: Prager Frühling).

Dies.: Die Ost-CDU 1968, in: epdD 20/2012, S. 11–22 (zitiert: C. Ruthendorf-Przewoski, Ost-CDU).

Sabrow, Martin: Macht und Herrschaft, in Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Berlin 2007, S. 28–48.

Salten, Oliver: Die CDU in der DDR im Lichte der Forschung (1990–2015), in: HPM 22 (2015), S. 343–408 (zitiert: O. Salten: CDU in der DDR).

Ders.: Der Arbeitskreis „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ und der Wissenschaftliche Arbeitskreis der CDU in der DDR (1948–1954), in: HPM 23 (2016), S. 77–114 (zitiert: O. Salten: Arbeitskreis).

Schäfer, Bernd: Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR, in: HPM 5 (1998), S. 145–165 (zitiert: B. Schäfer: Kirchenpolitik).

Ders.: Staat und katholische Kirche in der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 8). Göttingen 1998 (zitiert: B. Schäfer: Staat).

Schorn-Schütte, Luise: Historische Politikforschung. Eine Einführung. München 2006.

Sauer, Thomas: Die CDU, in: Karl Schmitt/Torsten Oppelland (Hg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 16). Düsseldorf 2008, S. 41–139.

Schilling, Walter: Die Bearbeitung der Landeskirche durch das MfS, in: Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatsicherheit, S. 211–266.

Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 81). Wiesbaden 1997.

Schmidt-Pohl, Jürgen: Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Sichtbare und geheime Parteitransformation der CDUD in der SBZ und Mitverantwortungs-Diktatur DDR. 2 Bde. Schwerin 2003.

- Schmitt, Karl: (Hg.): Thüringen. Eine politische Bestandsaufnahme (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft, Bd. 4). Köln/Weimar/Wien 1996.
- Ders.: Wahlergebnisse: Kontinuität und Umbruch, ebd., S. 68–84.
- Ders./Oppelland, Torsten (Hg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 16). Düsseldorf 2008.
- Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus. 2. Auflage Berlin/New York 2007.
- Schneider, Kurt/Nakath, Detlef: Demokratischer Block, Nationale Front und die Rolle und Funktion der Blockparteien, in: G.-R. Stephan u. a. (Hg.): Die Parteien und Organisation der DDR, S. 78–103.
- Schnitzler, Stephan: Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozess von 1989/90 in der Stadt Erfurt. Göttingen 1996.
- Schönfelder, Jan: Die Ost-CDU in lokalen Konflikten am Beispiel des Kreises Pößneck, in: epdD 20/2012, 30–37.
- Schüle Annegret u.a. (Hg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. Leipzig 2006.
- Schwießelmann, Christian: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945–1952) (Forschungen und Quelle zur Zeitgeschichte, Bd. 58). Düsseldorf 2011 (zitiert: C. Schwießelmann: CDU in MV).
- Ders.: Die CDU im Norden der DDR 1952 bis 1961. Ein Blick hinter die Kulissen einer Blockpartei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 13 (2009), S. 37–57 (zitiert: C. Schwießelmann, CDU im Norden).
- Ders.: Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR, in: HPM 16 (2009), S. 109–153 (C. Schwießelmann: Fremdsteuerung).
- Ders.: Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 12 (2008), S. 89–104 (zitiert: C. Schwießelmann: Politische Wende).
- Seidel, Thomas A.: Im Übergang der Diktaturen. Eine Untersuchung zur kirchlichen Neuordnung in Thüringen 1945–1951 (Konfession und Gesellschaft, Bd. 29). Stuttgart 2003.
- Siebert, Heinz: Das Eichsfeld unter dem Sowjetstern. Duderstadt 1992.

Soldwisch, Ines: Parteien im Umbruch. Zur Geschichte der Liberalen und Christdemokraten 1989/90, in: Stefan Creutzberger u.a. (Hg.): Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR (Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 4). Berlin 2018, S. 70–87.

Solga, Heike: Auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generation in der DDR. Berlin 1995.

Speckmann, Thomas: Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977. Rudolstadt 2003.

Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR. Frankfurt am Main 1996 (zitiert: D. Staritz: Geschichte der DDR).

Ders.: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungszone zum sozialistischen Staat (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). 3. Auflage München 1995 (zitiert: D. Staritz: Gründung der DDR).

Ders.: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Martin Broszat/H. Weber (Hg.): SBZ-Handbuch, S. 574–584 (zitiert: D. Staritz: NDPD).

Stein, Eberhard: „Sorgt dafür, dass sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen!“ MfS und SED im Bezirk Erfurt. Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5 (BF informiert, Bd. 22). Berlin 1999.

Steinmetz, Anne-Kathrin: Landeskultur, Stadtökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung. Berlin 2017.

Stephan, Gerd-Rüdiger u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002.

Stollberg-Rilinger, Barbara: Rituale (Historische Einführungen, Bd. 16). Frankfurt am Main 2013.

Stöber, Christian: „Lehren ziehen, Erfahrungen sammeln und ein Beispiel schaffen für den Aufbau des Sozialismus“. SED-Herrschaft in den 1950er Jahren und die Entstehung des Eichsfeldplans, in: Eichsfeld-Jahrbuch 22 (2014), S. 281–312 (C. Stöber: Eichsfeldplan).

Ders.: SED-Herrschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Staatspartei, Staatssicherheit und das katholische Milieu im Eichsfeld, Manuskript der Dissertation. Marburg 2017 (C. Stöber: SED-Herrschaft).

Suckut, Siegfried: Blockparteien und Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1990 Leipzig 2018. (zitiert: S. Suckut: Blockparteien 1945–1990).

Ders.: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses (Mannheimer Untersu-

chungen zur Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3) Köln 1986. (zitiert: S. Suckut: Blockpolitik).

Ders.: Die gesellschaftspolitische Funktion und Bedeutung der Blockparteien, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II/1). Baden-Baden 1995, S. 282–290 (zitiert: S. Suckut: Bedeutung).

Ders.: Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in DA 15 (1982), S. 1080–1095 (zitiert: S. Suckut: Bodenreform).

Ders.: Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU (D), in: Martin Broszat/H. Weber (Hg.): SBZ-Handbuch, S. 515–544 (zitiert: S. Suckut: CDU (D)).

Ders.: Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: Jürgen Weber (Hg.): Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur. München 1994, S. 99–199 (zitiert: S. Suckut: DDR-Blockparteien).

Ders.: Gerald Götting, in: Torsten Oppelland (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. 16 biographische Skizzen aus Ost und West, Bd 2. Darmstadt 1999, S. 165–173 (zitiert: S. Suckut: Götting).

Ders.: Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: DA 25 (1992), S. 370–384 (zitiert: S. Suckut: Innenpolitische Aspekte).

Ders.: Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche“ Parteien der SBZ/DDR, S. 103–121 (zitiert: S. Suckut: Ost-CDU).

Tietz, Bernhard-Wernet: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch, S. 584–595.

Tischner, Wolfgang: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bd. 90). Paderborn 2001.

Thüringer Landtag (Hg.): Die „Runden Tische“ der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl als vorparlamentarische Gremien im Prozess der Friedlichen Revolution 1989/1990 (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Bd. 28). Erfurt/Weimar 2009.

Thüsing, Andreas: Ökologie im Sozialismus. Staatlicher Umweltschutz in der DDR, in: Ronald Lambrecht/Ulf Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“. Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag. Leipzig/Berlin 2012, S. 381–399.

Tüffers, Bettina: Die 10. Volkskammer der DDR. Ein Parlament im Umbruch. Selbstwahrnehmung, Selbstparlamentarisierung, Selbstauflösung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 173). Düsseldorf 2016.

Vollnhals, Clemens (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz (Analysen und Dokumente, Bd. 7). 2. Auflage Berlin 1997.

Ders.: Oberkirchenrat Gerhard Lotz und das Ministerium für Staatssicherheit. Zur IM-Akte „Karl“, in: Joachim Mehlhausen (Hg.): ... über Barmen hinaus. Studien zur kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für Carsten Nicolaisen (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 23). Göttingen 1995, S. 595–605 (zitiert: C. Vollnhals: Gerhard Lotz).

Ders.: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, ebd., S. 79–120 (zitiert: C. Vollnhals: Kirchenpolitische Abteilung).

Vom Hofe, Ina: Die Frauenpolitik der CDU. Traditionen – Entwicklungen – Einflüsse 1945 bis 2013, Sankt Augustin/Berlin 2017.

Wahl, Volker: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen – Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945. Diss. masch. Jena 1976 (zitiert: V. Wahl: Umwälzung in Thüringen).

Ders.: Max Kolter (1900–1945). Der erste Repräsentant der Christlichen Demokraten in Thüringen 1945, in: HPM 16 (2009), S. 195–198 (zitiert: V. Wahl: Kolter).

Walther, Michael: National-Demokratische Partei Deutschlands, in: in: Stephan u.a. (Hg.): Die Parteien und Organisation der DDR, S. 366–402.

Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 20). 4. Auflage München 2006 (zitiert: H. Weber: DDR).

Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 46). München 2000.

Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, BD. 115). Göttingen 1996 (zitiert: S. Weichlein: Sozialmilieus).

Ders.: Wahlkämpfe, Milieukultur und politische Mobilisierung im Deutschen Kaiserreich, in: Simone Lässig u.a. (Hg.): Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur. 2. Auflage Bielefeld 1998, S. 69–87 (zitiert: S. Weichlein: Wahlkämpfe).

Weil, Francesca: Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR (Berichte und Studien, Nr. 60). Göttingen 2011 (zitiert: F. Weil: Verhandelte Demokratisierung).

Dies.: Zur Bedeutung Runder Tische in den Bezirken 1989/90, in: Thüringer Landtag (Hg.): Die „Runden Tische“ der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl, S. 9–67 (zitiert: F. Weil: Tätigkeit).

Weinhold-Fumoleau, Jens: Blickrichtung Westen? „Wilde“ CSU-Gründungen im Winter 1989/1990 und ostdeutsche Vorstellungen vom bundesrepublikanischen Parteiensystem, in: Eckhard Jesse u.a. (Hg.): Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven. Baden-Baden 2019, S. 299–318.

Weisbrod, Bernd: Generationen und Generationalität in der Neueren Geschichte, in: APuZ 8/2005, S. 3–9.

Wentker, Hermann: Die kirchenpolitische Abteilung der Ost-CDU: Organisation, Wirkungsweise und personelle Besetzung, in: Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit, S. 159–191 (zitiert: H. Wentker: Kirchenpolitische Abteilung).

Ders.: Die Einführung der Jugendweihe: Hintergründe, Motive, Probleme, in: Hartmut Mehringer (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 1995, S.139–165 (zitiert: H. Wentker: Jugendweihe).

Ders.: „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: VfZ 42 (1994), S. 95–127 (zitiert: H. Wentker: Junge Gemeinde).

Ders.: Ost-CDU und Protestantismus 1949–1958. Die Partei der „fortschrittlichen Christen“ zwischen Repräsentationsanspruch und Transmissionsaufgabe, in: KZG 6 (1993), S. 349–378 (zitiert: H. Wentker: Ost-CDU).

Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl. Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948) (Schriftenreihe des VfZ, Bd. 58). München 1989.

Widera, Thomas: Die LDPD in der DDR als Blockpartei der SED – ein Problemaufriss, in: Ewald Grothe u. a. (Hg.): Liberalismus-Forschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven. Baden-Baden 2016, S. 97–123.

Wierling, Dorothee: Oral History, in: Michael Maurer (Hg.): Neue Themen und Methoden der Geschichtswissenschaft (Aufriß der historischen Wissenschaften, Bd. 7). Stuttgart 2003, S. 81–152.

Wirth, Günter: Otto Nuschke (Christ in der Welt, Bd. 1). Berlin (Ost) 1965.

Wilde, Manfred: Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. München 1998.

Wunnicke, Christoph: Die Blockparteien der DDR. Kontinuitäten und Transformation 1945–1990 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 34). Berlin 2014.

Zeidler, Stephan: Die CDU in der DDR vor dem Mauerbau (1953–1961). Bonn 2001.

Zwahr, Hartmut: Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht, in: Hartmut Kaelble u.a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 426–469.

Bildnachweis

Cover: R. Meuzel · S. 205 oberes linkes Bild: Stadtarchiv Bonn/Käthe Augstein; oberes rechtes Bild: ohne Angaben; unteres Bild: ohne Angaben · S. 206 ACDP, Plakatsammlung, 10-024-170 · S. 207 ACDP, Plakatsammlung, 10-024-3025 · S. 208 oberes linkes Bild: ohne Angaben; oberes rechtes Bild: Panorama Foto; unteres Bild: BArch, Bild 183-1992-0730-500/o. Ang. · S. 209 oberes Bild: BArch, Bild 183-16866-0002/Gielow; unteres Bild: BArch, Bild 285 Plak-007-007/o. Ang · S. 210 oberes Bild: KAS/Siegfried Krüger; unteres Bild: BArch, 183-E0204-0006-002/Ulrich Ritter · S. 211 Ludwig Siegfried · S. 212 oberes Bild: KAS/Siegfried Krüger; unteres Bild: Neue Zeit/Dieter Tietz · S. 213 oberes Bild:

Neue Zeit/Dieter Tietz ; unteres Bild: BArch, Bild 183-1987-1015-020/
Ullrich Häßler · S. 214 oberes Bild: Neue Zeit/Dieter Tietz; unteres
Bild: BArch, Bild 183-1989-1215-401/Klaus Oberst · S. 215 oberes
Bild: BArch, Bild 183-1989-1215-034/Hartmut Reiche; unteres Bild:
BArch, Bild 183-1990-0119-034/Rainer Mittelstädt · S. 216 ACDP,
Plakatsammlung, 10-024-3225 · S. 217 oberes Bild: ohne Angaben;
unteres Bild: ohne Angaben · S. 218 Bundesregierung/Arne Scham-
beck · S. 219 ACDP, Plakatsammlung, 10-024-5000 · S. 220 oberes
Bild: dpa-Report; unteres Bild: ZB-Fotoreport ·

In einigen Fällen war es trotz intensiver Recherchen nicht möglich,
den Rechteinhaber ausfindig zu machen. Etwaige Honoraransprüche
bleiben bestehen.

Personenregister

Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite.

- Ackermann, Else 144
Althaus, Dieter 95*, 174
Apel, Erich 129
- Bach, August 26, 41, 44
Bachem, Wilhelm 33
Bauch, Peter 53*
Behrend, Werner 67–69, 71f., 74f., 109,
112f., 124, 125*, 126, 129*, 135*
Böck, Willibald 100, 158, 160–163
Bolz, Lothar 35
Braecklein, Ingo 123f.
Büttner, Heinz 67, 73
- Causescu, Nicolae 141
- Dertinger, Georg 27, 42, 55
Döpfner, Julius 69, 127f., 163
Dornhofer, Hugo 27, 33, 41
Duchac, Josef 160–163
- Ehrentraut, Annemarie 53*
Ehrich, Uwe 153, 158, 160
Engelhardt, Hans 69
- Farinski, Gisela 79, 80*, 108, 148*, 149*,
151*, 156*, 174
Freusberg, Joseph 27, 127
Fritschler, Hans-Dieter 118
- Galley, Michael 73, 152f.
Gelfert, Joachim 57
Gerlach, Manfred 147
Götting, Gerald 18, 23, 42, 50*, 54–57,
67f., 74f., 79, 82, 92, 97, 104–106, 122*,
124, 133, 137f., 139*, 141, 144, 148,
150–152
Götz, Richard 41, 46, 52, 53*, 73
Goldenbaum, Ernst 35
Gorbatschow, Michael 137f., 167
Gröger, Josef 108, 129, 148*, 174
Grosse, Georg 25, 27, 31, 34, 38*, 39
Günnel, Walter 98, 131
- Häfner, Hans-Peter 13, 62*, 95, 99, 174
Hahn, Johannes 113, 116
Harder, Friedel 104
- Hartig, Max 75
Heinrich, Emma 70
Hellström, Olaf 141f.
Hermes, Andreas 24f., 29, 32, 43
Hertwig, Johannes 62*, 82*, 95, 96*,
99*, 100f., 174
Herwegen, Leo 32
Hickmann, Hugo 32
Honecker, Erich 15, 84, 96, 103
Hopfe, Heinz 113, 116
Huhn, Martina 146f.
- Jung, Franz-Josef 155
- Kästner, Gerhard 82*, 95*, 175
Kaiser, Jakob 32, 34f., 40, 43
Kalb, Hermann 41, 44, 46, 69*, 72f., 76,
112, 113*
Kallenbach, Jörg 96*, 99*, 140–142, 143*,
156*, 175
Kastner, Hermann 43
Kirchner, Franz 67
Kirchner, Martin 125, 146–148, 150, 154f.
Koch, Max 53*
Körner, Walter 27
Kohl, Helmut 154–157
Kolter, Max 25, 28f.
Kümmerling, Gerhard 53*
- Leich, Werner 19, 124f.
Lengemann, Jochen 162
Lieberknecht, Christine 100, 146, 148,
150, 159, 160*, 162, 163*, 175
Lindenberger, Thomas 18
Lipfert, Erika 104
Löffler, Paul 42
Lotz, Gerhard 123–125
Lüdtke, Alf 18
- Magen, Karl 38f.
Mahle, Heinz 53
Mebus, Johannes 38
Mehnert, Karl 39
Mitzenheim, Hartmut 124f.
Mitzenheim, Moritz 19, 122f.
Modrow, Hans 154
Mörs, Konrad 111

Personenregister

- Mückenberger, Erich 44
Müller, Gerhard 68, 109
Müller, Gottfried 146–148, 149*, 150, 155, 175
Müller, Hans-Joachim 114
Müller, Werner 144
- Neumann, Günter 46, 56f.
Niggemeier, Adolf 148
Nuschke, Otto 35, 42f., 75
- Paul, Rudolf 31
Paulsen, Karl 53
Pfothenhauer, Hans 113f.
Pieck, Wilhelm 43
Pilz, Waldemar 105
- Raurin-Kutzner, Ursula 70
Richter, Gerhard 148*, 175
Rosenstock, Hans-Georg 112
Rücker, Walter 33–35, 41f.
- Schaefer, Aloys 30
Schimoneck, Johannes 73, 151, 153
Schmidt, Kurt 112
Schmidt, Ute 153, 161
Schneider, Georg 30, 34
Schneider, Otto 33
- Schnieber, Bernhard 67–69, 111, 122*, 125f., 128, 133, 138, 149, 152f.
Spindler, Konrad 132f.
Staritz, Dietrich 59
Stein, Karl 62*, 108, 132*, 175
Streb, Josef 128
- Tettschlag, Achim 126
Teuscher, Herbert 40f.
Tjulpanow, Sergei 29, 32, 33*
Trautvetter, Fritz 117
Trommsdorff, Siegfried 33–35, 39, 41
- Unruh, Jochen 109
- Vogel, Bernhard 155*, 163, 175
- Wehner, Harald 101*, 117f.
Weingart, Edith 126
Weinrich, Theo 93*, 112
Weiß, Günter 78
Wipler, Georg 73
Wünschmann, Werner 148
- Zanotelli, Helmut 114
Zeh, Klaus 10, 158*, 159, 162f., 175
Zschommler, Lothar 51



*Andreas Hermes, CDU-Vorsitzender
in der SBZ (1945)*



*Max Kolter, Vorsitzender der
Thüringer CDU (1945)*



*Landesvorstandssitzung der Thüringer CDU 1946 (4. von rechts, Georg Grosse,
Thüringer Minister für Handel und Versorgung)*

Deutschland
wird demokratisch sein
oder es wird nicht sein.
Deutschland
wird christlich sein oder
es wird Stürmen nicht
gewachsen sein.

Also wird
**Deutschland
christlich und
demokratisch**
sein müssen, wenn es weiter leben will!

Komm daher zu uns, zur
**CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN
UNION DEUTSCHLANDS**

Anmeldungen nehmen die nächsten Ortsgruppen und Landesverbände entgegen,
benso die Reichsgeschäftsstelle Berlin W 8, Jägerstraße 59/60.

© 1946. Gen.-Nr. 2364 d. Inf. Serv. Contr. Sec. Druck: E. Zander Berlin SW 10, Zossener Str. 48

Plakat zur Mitgliederwerbung der CDU in der SBZ, 1946

Das letzte Wort
vor der Wahl - zur Wahl
spricht die CDU
am Sonnabend, 7. Sept.,
19.30 Uhr im Volkshaus
Thema: *Auf neuen Wegen zu neuem Leben*
Redner: **Georg Grosse**
stellvertr. Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen

Freie Aussprache! *Unkostenbeitrag 50 Pf.*

CDU

Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Ortsgruppe Jena Geschäftsstelle Gartenstraße 1 Fernruf 4160

Ankündigung einer CDU-Veranstaltung zu den Wahlen im Herbst 1946



*Hugo Dornhofer, stellvertretender
Vorsitzender der Thüringer CDU
(1946-1947)*



*Siegfried Trommsdorff, Vorsitzender
der Thüringer CDU (1947-1950)*



Jakob Kaiser, CDU-Vorsitzender in der SBZ (1945-1947)



Otto Nuschke, Vorsitzender der CDU in der SBZ/DDR (1948-1957), auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1952



Wahlplakat der Nationalen Front zur Volkskammerwahl im Oktober 1954



*August Bach, Vorsitzender
der CDU in der DDR
(1958-1966)*



*Gerald Götting, Generalsekretär der CDU in der DDR (1949-1966), (1. von rechts)
und Moritz Mitzenheim (Mitte), Thüringer Landesbischof (1945-1970), 1966*



*Werner Behrend, Vorsitzender
der CDU im Bezirk Suhl, Gera
und Erfurt*



Delegiertenkonferenz des CDU-Bezirksverbandes in Gera, 1975



Gerald Götting, Vorsitzender der CDU in der DDR (1966-1989), und die CDU-Bezirksvorsitzenden, 1983: Eberhard Sandberg, Gera (mittlere Reihe, 1. von links), hinter ihm Werner Behrend, Erfurt, und Bernhard Schnieber, Suhl (obere Reihe, 2. von rechts), 1983



Bernhard Schnieber (2. von rechts) bei der Delegiertenkonferenz des CDU-Verbandes Erfurt, 1987



Joachim Herrmann, SED-Politbüromitglied, und Gerald Götting, auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1987



*Gottfried Müller,
Mitautor des „Briefs aus
Weimar“ und Präsident
des Thüringer Landtags
(1990-1994)*



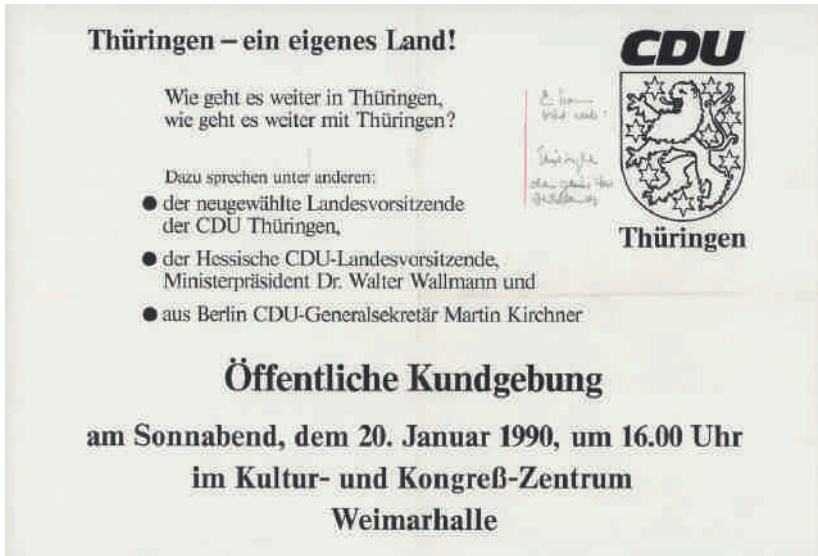
*Lothar de Maizière,
Vorsitzender der
CDU in der DDR
(1989-1990) auf dem
CDU-Sonderparteitag
im Dezember 1989*



Protest eines CDU-Mitglieds beim Sonderparteitag im Dezember 1989



Martin Kirchner, Mitautor des „Briefs aus Weimar“ und Generalsekretär der CDU in der DDR (1989/1990)



Plakatentwurf für den Gründungsparteitag der CDU Thüringen, 1990



Parteitag zur Wiedergründung der Thüringer CDU im Januar 1990



Parteiversammlung des CDU-Kreisverbandes Apolda mit Vertretern der hessischen CDU, 1990



Bundeskanzler Helmut Kohl mit Vertretern der Allianz für Deutschland im März 1990



Wahlplakat der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl im März 1990



Kabinett von Ministerpräsident Josef Duchac (4. von rechts): Christine Lieberknecht (5. von rechts), Kultusministerin und Mitautorin des „Briefs aus Weimar“, Klaus Zeh (6. von rechts), Finanzminister und Thüringer DA-Vorsitzender, Willibald Böck (1. von links), Innenminister und Vorsitzender der Thüringer CDU, 1990



Kabinett von Ministerpräsident Bernhard Vogel (untere Reihe, 3. von rechts), 1992